G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Manfred Pahl-Rugenstein
Nixon, Mao und die Erfordernisse der Entspannung

Henner Wolter
Kriterien zur Reform der Juristenausbildung

Gerd Peter
Modernes Management (I)

Klaus-Peter Dietzel
Militär und Politik in der Türkei

Die geheimen Vietnam-Dokumente des Pentagon (II)

8'71

August 1971 Einzelheft 4,00 Im Abonnement 3,00 DM,
für Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

August 1971

CHRONIK DES MONATS AUGUST 1971 773

KOMMENTARE UND BERICHTE

Der 13. August 1961 . . . . . *Wolfgang Abendroth* 776

Berlin im August 1971 . . . . . *Harold Rasch* 780

„Nationalchina" heute . . . . . *Klaus Elliesen* 781

HAUPTAUFSÄTZE

Nixon, Mao und die Erfordernisse der Entspannung *Manfred Pahl-Rugenstein* 785

Ist Sicherheit in Europa unmöglich? . . . . . *Ernst Henry, Moskau* 793

Kriterien zur Reform der Juristenausbildung . . . . . *Henner Wolter* 798

Modernes Management (I) . . . . . *Gerd Peter* 816

Militär und Politik in der Türkei. Vom Kemalismus zum Faschismus? . . . . . *Klaus-Peter Dietzel* 825

Zum Verhältnis Wissenschaft, Verwaltung und Öffentlichkeit . . . . . *Wilke Thomssen* 836

BÜCHER

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 848

FERNSEH-SPALTE

Zeichen des Fortschritts . . . . . *E. H. Wahl* 850

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Die geheimen Vietnam-Dokumente des Pentagon (II) 851

7-Punkte-Friedensplan für Vietnam, vorgelegt von der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam (Wortlaut) 882

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift • Sechzehnter Jahrgang • Heft 8/1971

Herausgeber

HILDE BENTELE †
GERHARD GOLLWITZER
ANTON NEUHAUSLER
KNUT NEVERMANN
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HAROLD RASCH
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF v. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Juli 1971

1. 7. — Vietnam. Auf der 119. Vollsitzung der Vietnam-Konferenz in Paris unterbreitet der Außenminister der Provisorischen Regierung Südvietnams, Frau Nguyen Thi Binh, einen Sieben-Punkte-Plan, der detaillierte Vorschläge für die Beendigung des Krieges und eine politische Lösung des Vietnam-Konflikts enthält (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

4. 7. — Sowjetunion/VAR. Der ägyptische Außenminister Mahmoud Riad beendet einen sechstägigen Besuch in Moskau, wo er Gespräche mit Außenminister Gromyko geführt hatte und von Parteisekretär Breschnew empfangen worden war. In einem Kommuniqué heißt es, das Problem der Öffnung des Suez-Kanals für die internationale Schiffahrt könne „nicht losgelöst von anderen Problemen" geregelt werden, sondern hänge mit einer Vereinbarung über den Abzug aller israelischen Truppen „einschließlich der Festlegung fester Termine dieses Abzuges" zusammen. Riad und Gromyko tauschen die Ratifikationsurkunden zum „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der VAR" vom 27. Mai 1971 aus (vgl. Blätter", Heft 7/1971, S. 769 ff.).

7. 7. — Großbritannien. Das konservative Kabinett legt dem Unterhaus ein Weißbuch über die Verhandlungen Großbritanniens mit der EWG vor und empfiehlt dem Parlament die Annahme der ausgehandelten Beitrittsbedingungen. — Am 8. 7. eröffnet Premierminister Heath eine parlamentarische Debatte, in deren Verlauf

von führenden Labour-Politikern unterschiedliche Ansichten über den Anschluß des Landes an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft vorgetragen werden. Während der Parteivorsitzende Wilson eine ablehnend-abwartende Haltung einnimmt, plädiert sein Stellvertreter Jenkins für den Beitritt.

— D D R. Das Präsidium des Ministerrats faßt den Beschluß, die Tätigkeit des „Staatssekretariats für Westdeutsche Fragen" einzustellen. Das von Staatssekretär Joachim Herrmann geleitete Amt hatte seine Tätigkeit im Dezember 1965 als „Staatssekretariat für Gesamtdeutsche Fragen" aufgenommen.

9. 7. — N a h e r O s t e n. In einem Interview mit der „Jerusalem Post" rückt Bundesaußenminister Scheel, der sich vom 7.—10. 7. zu einem offiziellen Besuch in Israel aufhält, von einem (noch unveröffentlichten) „Nahost-Papier" der EWG-Länder ab und bezeichnet dessen Inhalt als „umstritten". Scheel verneint die Frage, ob sich die Regierung Brandt im Gegensatz zu der von der früheren Bundesregierung vertretenen Politik befinde. — Am 14. 7. publiziert die Tageszeitung „Die Welt" erstmals das vertrauliche Dokument, das Beauftragte der sechs Außenministerien am 14. Mai 1971 fertiggestellt hatten. Der Text enthält u. a. die folgenden Feststellungen: „1) Unzulässigkeit der Gebietsaneignungen durch Krieg; 2) Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den Gebieten, die während des letzten Konflikts besetzt wurden, wobei möglicherweise geringfügige Berichtigungen der vor dem letzten Konflikt bestehenden Grenzen und Grenzlinien berücksichtigt werden, soweit sich die Parteien darüber einig sind."

10. 7. — M a r o k k o. König Hassan II. entgeht einem Attentat. Während der Feiern zum 42. Geburtstag des Monarchen versucht ein „Komitee der militärischen Revolution" die Macht zu übernehmen und über den vorübergehend besetzten Rundfunk die Republik auszurufen. Als Verantwortlicher für die Aktion wird in Rabat General Mohammed Medbouh bezeichnet. Mehrere hundert Personen werden im Verlauf der Kämpfe getötet. Der König überträgt Innenminister General Mohammed Oufkir zivile und militärische Sondervollmachten, und schon am 13. 7. werden zehn Offiziere unter der Beschuldigung des Staatsstreiches hingerichtet.

— T s c h a d / D D R. Als 30. Staat nimmt die Republik Tschad diplomatische Beziehungen mit der DDR auf und vereinbart den Austausch von Botschaftern. Ein entsprechendes Kommuniqué wird in Berlin und in Fort Lamy veröffentlicht. Der Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärt in Bonn, die Bundesregierung habe die Entscheidung der Republik Tschad mit Bedauern und Enttäuschung aufgenommen.

13. 7. — I s l a n d. Eine Koalition aus Mitgliedern der Fortschrittspartei (Radikale Bauernpartei), der Volksallianz (Kommunisten) und der Linksliberalen übernimmt die Regierung. Ministerpräsident wird Olafur Johannesson (Fortschrittspartei). Die Koalition hatte bei den Parlamentswahlen vom 13. Juni 1971 mit 32 Sitzen gegenüber 28 Sitzen der Konservativen (22) und Sozialdemokraten (6) die Mehrheit erringen können. — Am 14. 7. heißt es in Reykjavik über das außenpolitische Programm der Regierung, Island wolle das Verteidigungsabkommen mit den USA revidieren, um innerhalb der nächsten vier Jahre die Aufhebung des NATO-Stützpunktes Keflavik auf seinem Territorium zu erreichen. Die NATO-Mitgliedschaft werde davon nicht berührt. In den Vereinten Nationen werde sich Island für die Aufnahme der Volksrepublik China und der beiden deutschen Staaten einsetzen.

15. 7. — U S A / C h i n a. Präsident Nixon teilt in einer überraschend angesetzten Fernsehansprache seine Absicht mit, die Volksrepublik China zu besuchen. Im Rahmen seiner Ansprache verliest der Präsident eine Erklärung, die gleichzeitig in Peking von der Nachrichtenagentur „Neues China" kommentarlos verbreitet wird und die folgenden Wortlaut hat: „Ministerpräsident Tschou En-lai und Dr. Henry Kissinger, der Berater Präsident Nixons für Nationale Sicherheitsfragen, haben vom 9. bis 11. 7. 1971 in Peking Gespräche geführt. In Kenntnis des erklärten Wunsches Präsident Nixons, die VR China zu besuchen, hat Ministerpräsident Tschou En-lai im Namen der Regierung der VR China Präsident Nixon eingeladen, China zu einem passenden Zeitpunkt vor dem Mai 1972 zu besuchen. Präsident Nixon hat die Einladung gerne angenommen. Das Treffen der führenden Männer Chinas und der USA soll der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern sowie einem Gedankenaustausch über beide Seiten inter-

essierende Fragen dienen." — Am 16. 7. hinterlegt Formosa einen „scharfen Protest" in Washington gegen die Reisepläne des US-Präsidenten. In Taipeh heißt es, man betrachte den Schritt Nixons als eine „de-facto-Anerkennung" der Volksrepublik China.

19. 7. — Sudan. Aus Khartum wird der Sturz von Staats- und Regierungschef Gaafar Mohammed al-Numeiri gemeldet. Eine Gruppe von Offizieren, an deren Spitze Major Haschem al-Atta steht, begründet ihr Vorgehen mit der Unterdrückung politischer Organisationen durch das bisherige Regime und dem Ausbleiben innerer Reformen. — Am 20. 7. wird ein neuer Revolutionsrat gebildet, dem neben Oberst Babikir al-Nur Osman (als Vorsitzender) und Major Faruk Osman Hamadallah (als Ministerpräsident) auch Major Atta (als Oberbefehlshaber der Streitkräfte) angehört. Alle drei Militärs waren von Numeiri im November 1970 aus der Regierung entlassen worden. — Am 22. 7. werden al-Nur und Hamadallah, die sich während des Umsturzes in London aufgehalten hatten, in Libyen festgenommen; die von ihnen benutzte britische Verkehrsmaschine wird zu einer Zwischenlandung gezwungen. Zur gleichen Zeit gibt Radio Omdurman bekannt, Präsident Numeiri habe die Macht wieder übernommen. In einer Ansprache beschuldigt der Präsident die verbotene Kommunistische Partei des Staatsstreichs und ruft zu einer Verfolgung ihrer Mitglieder auf. Unter den von eigens eingesetzten Sondergerichten zum Tode verurteilten und hingerichteten Politikern und Militärs befinden sich Oberst al-Nur und Major Hamadallah (beide waren von den libyschen Behörden an den Sudan ausgeliefert worden) sowie Major al-Atta, der Vorsitzende der Gewerkschaften und Vizepräsident des Weltgewerkschaftsbundes Shafei Ahmed al-Sheikh, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Abdel Khalek Mahjub, und der Minister für Fragen des Südsudan, Joseph Garang. — Am 31. 7. verbreitet die Nachrichtenagentur TASS eine autorisierte Stellungnahme zu den Ereignissen im Sudan, die auf den „zügellosen Massenterror gegen die fortschrittlichen national-demokratischen Kräfte des Landes, darunter gegen die führenden Vertreter und Mitglieder der Sudanesischen Kommunistischen Partei" hinweist und sich gegen „die unfreundlichen Akte gegenüber den sowjetischen Vertretern im Sudan, die Schädigung des Eigentums, die Drohungen und Gewaltakte gegen sowjetische Mitarbeiter in Khartum" wendet. Außerdem wird mitgeteilt, Staatspräsident Podgorny habe am 25. 7. mit einer Botschaft an Numeiri appelliert, „gegen die Vertreter des öffentlichen Lebens des Sudan, die vor dem Militärtribunal stehen, keine harten Urteile zu fällen".

24. 7. — Chile/Argentinien. Auf der ersten Auslandsreise nach seiner Amtsübernahme besucht der chilenische Präsident Allende für knapp 26 Stunden Argentinien, um mit Präsident Lanusse zu konferieren. Beide Staatsmänner vereinbaren ein Schiedsverfahren zur Beilegung von Grenzkonflikten und plädieren für eine Politik des „ideologischen Pluralismus" in den internationalen Beziehungen.

27.—29. 7. — Comecon. Die Ministerpräsidenten der Mitgliedstaaten verabschieden anläßlich der 25. Ratstagung in Bukarest einstimmig ein umfangreiches „Komplexprogramm der sozialistischen Wirtschaftsintegration" für die nächsten 15 bis 20 Jahre. Das Programm sieht eine verstärkte planmäßige Arbeitsteilung, die Annäherung der Wirtschaftsorganismen und eine schrittweise Angleichung des Entwicklungsniveaus der Volkswirtschaften vor. An den Beratungen nimmt eine Beobachterdelegation aus Jugoslawien, das nicht Mitglied des Comecon ist, teil.

30.—31. 7. — Jordanien. Auf einer „Gipfelkonferenz" in der libyschen Hauptstadt Tripolis befassen sich die Staatschefs der VAR, Syriens, Libyens, des Jemen und Südjemen mit der Lage in Jordanien. In einem Kommuniqué werden die „Aktionen Jordaniens, die auf die Liquidierung der palästinensischen Widerstandsbewegung gerichtet sind", verurteilt. Ein Regierungssprecher in Amman hatte am 18. 7. bekanntgegeben, die Regierung betrachte sich nicht mehr an die Abkommen von Kairo (27. September 1970) und Amman (13. Oktober 1970) über den Status der Organisationen der Palästinenser auf jordanischem Gebiet gebunden. Jordanische Truppeneinheiten setzten gleichzeitig ihre „Säuberungen" in den Lagern der verschiedenen Kommandoorganisationen fort.

Kommentare und Berichte

Der 13. August 1961

Vor nunmehr zehn Jahren hat die DDR — gestützt durch eine Erklärung der Regierungen aller Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes — ihre Grenzen gegenüber West-Berlin fest verschlossen. Der Bau der Berliner Mauer — der polizeilich bis zum letzten und mit schärfsten Mitteln gesicherten Sperre, die jeden unkontrollierten Personenverkehr unmöglich machen sollte und im wesentlichen auch unmöglich gemacht hat — war darauf berechnet, das „Loch" zu schließen, das bis dahin noch immer den relativ ungefährdeten Zu- und Abfluß von Menschen, Geld, Gütern und Material in das Gebiet der DDR ermöglicht hatte, gleichgültig, ob er nach ihren Gesetzen erlaubt war oder nicht. Das war angesichts der extrem manipulierten Kursdifferenz zwischen DM-West und „schwarzer" DM-Ost für die Wirtschaftsplanung der DDR zu einer erheblichen Gefahr geworden. In der administrativ, ökonomisch und politisch längst geteilten Millionenstadt, die einst die Hauptstadt des Deutschen Reiches gewesen und dann zum Sitz des Kontrollrates des Vierzonengebietes geworden war, bis die Londoner Beschlüsse (durch die Vorbereitung der Gründung des westdeutschen Staates) und bis die Währungsreform in Trizonesien die Hoffnung auf eine gemeinsame Entwicklung Deutschlands für eine lange Periode zerstört hatten, ließ sich eine voll wirksame Überwachung der Kommunikationen zwischen der Bevölkerung (und damit auch der Verschiebung von Geld und Waren) nicht bewirken, wenn nicht ein tiefer Schnitt das Herrschftsgebiet der drei Westmächte und den Teil der Stadt trennte, der — einst sowjetischer Sektor — längst zum Sitz der Regierung der DDR geworden war. Blieb aber hier die Grenze der DDR gleichsam perforiert, so war sie insgesamt ungesichert. Denn von West-Berlin ging jeder Weg für den, der ihn jeweils benutzen wollte, beliebig in die Bundesrepublik und in die NATO-Staaten. Jeder Versuch der Regierung der DDR, lediglich Ost-Berlin im Gebiet der DDR so abzukapseln, daß die Kommunikation dorthin wirklich überwacht werden konnte, damit wenigstens der Ab- und Zufluß aus dem übrigen Staatsgebiet des zweiten deutschen Staates über West-Berlin zu den Territorien der kapitalistischen Staaten voll abgewehrt würde, mußte jedoch die Kräfte der DDR übersteigen, ihren inneren Aufbau ständig behindern und sinnlose Widersprüche in ihrer Bevölkerung provozieren. Gleichwohl konnte kein Zweifel daran bestehen, daß dieser Schritt — der Bau der Mauer — zunächst heftige Gegenreaktionen in der Stimmung der Bevölkerung erzeugen würde. Die Bevölkerung Berlins — wie jeder anderen großen Stadt — war durch eine Fülle enger Beziehungen verbunden, nicht nur aus Gründen der früheren sozialökonomischen und kulturellen Einheit der Stadt und ihres Verkehrsnetzes, sondern auch um der unzähligen familiären und persönlichen Bindungen willen, die nicht an Stadtteile gekoppelt waren. So ließ sich der Protestschrei breiter Schichten, der auf den 13. August 1961 zunächst gefolgt ist, leicht verstehen und ebenso leicht prognostizieren.

Da es die DDR war, die den Schnitt vollziehen mußte, war vorherzusehen, daß sie durch ihn zuerst, in der ersten Phase der kommenden Entwicklung, dem antikommunistischen Wahn, wie er mit dem Beginn des Kalten Krieges wieder aufgelebt war, Scheinargumente liefern würde. Und waren es wirklich nur Scheinargumente? Vom Standpunkt

des Bruders, der in Schöneberg, und der Schwester, die in Köpenick, vom Standpunkt der Eltern, die in Weißensee, der Kinder, die im Wedding lebten, aus gesehen, sah sich das unvermeidlich anders an. So bestand und besteht kein Zweifel daran, daß diese Entwicklung, auch wenn sie nicht vermieden werden konnte, eine Fülle menschlicher Belastungen erzeugt hat. Weil dem so war, war es andererseits unmöglich, einen solchen unpopulären Schnitt anders als unter Einsatz schärfster polizeilicher Mittel zu vollziehen und aufrecht zu erhalten, mit allen negativen Konsequenzen, die das dann notwendig mit sich bringt.

Deshalb hatten die DDR und hatten ihre Bündnispartner solange gezögert, diesen Schritt zu tun, wie sie irgend glaubten, das verantworten zu können. Bereits die Gründung der DDR war einst als Antwort auf die Entstehung der BRD erfolgt, nicht weil die UdSSR die Spaltung des Kontrollrat-Gebietes gewünscht hätte [1]). Auch im Ausbau dieser zunächst noch nicht-souveränen Staatsfragmente zu bewaffneten Staaten war die DDR jeweils hinter der BRD hergehinkt. Erst nach der Ratifikation der Verträge, durch die die BRD zum Glied der NATO wurde, erfolgte in der DDR die Wendung von der Politik der bloßen Schaffung der Grundlagen einer sozialistischen Volkswirtschaft zur vollen Durchsetzung sozialistischer Produktionsverhältnisse.

Das war schon deshalb unvermeidlich, weil ein anderer Weg nicht bestand, den ökonomischen Wiederaufbau zu Ende zu führen und gegenüber dem Vorsprung des ökonomischen Aufschwungs der monopolkapitalistisch reorganisierten BRD mit ihren besseren Ausgangslagen einigermaßen „aufzuholen", nachdem vorher das Gebiet der kleineren DDR, die über keinerlei schwerindustrielle Grundlagen verfügte und deren Verkehrssystem durch den Abbau der zweiten Eisenbahngleise schwer angeschlagen war, die Reparationslasten des Zweiten Weltkrieges fast allein getragen hatte. Nun setzte zwar auch in der DDR die wirtschaftliche Erholung dank der ungeheuerlichen Anstrengungen ihrer arbeitenden Bevölkerung rasch ein; aber der Lebensstandard, vor allem das unmittelbare Konsumniveau, blieb — auch schon wegen der Notwendigkeit des Aufbaus einer eigenen Schwerindustrie und der großen Aufwendungen für ihr Bildungssystem, die die DDR von ihrem Sozialprodukt abzweigen mußte — gegenüber der BRD unvermeidlich noch immer stark zurück. Die ständige Gefahr des Absaugens ausgebildeter Arbeitskräfte durch die BRD blieb also bestehen, solange das „Loch" in der Grenze nicht geschlossen werden konnte.

Die BRD trieb gleichzeitig ihre Politik der unverhohlenen Absicht und des offen ausgesprochenen Zieles weiter, die DDR als zu „befreiendes", also als in der Form der „Wiedervereinigung" zu annektierendes Gebiet anzusehen, das in ihr aufzugehen habe. Das war der politische Inhalt der (angeblich) völkerrechtlichen und staatsrechtlichen These, daß die DDR weder staatsrechtlich noch völkerrechtlich anerkannt werden dürfe, und ihres Ausdrucks in der Hallstein-Doktrin. Die „Spiegel"-Dokumentation über den Bundesnachrichtendienst, die in diesem Jahr publiziert wurde, hat zur Genüge gezeigt, mit welchen Mitteln (einschließlich über West-Berlin infiltrierter Sabotage) sie diese Zielsetzungen ständig verfolgt hat.

Aber die DDR (wie die UdSSR) hofften noch immer, zu einem durch völkerrechtliche Vereinbarungen der Mächte und durch Verträge zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten vermittelten Nebeneinander friedlicher Koexistenz zu gelangen. So hatte die 30. Tagung des ZK der SED am 1. Fe-

[1]) Vgl. dazu den sehr durchdachten Beitrag von Anne Hartmann, Stefan Schardt und Gerhard Weiß, in: H. Jung, F. Deppe, K. H. Tjaden usw., BRD-DDR, Vergleich der Gesellschaftssysteme, Köln 1971, S. 13 ff.

bruar 1957 das Angebot einer Konföderation beider deutscher Staaten mit dem Endziel der Wiedervereinigung entwickelt, das — wenn auch zum Teil mit anderen Formen und Modifikationen — im Deutschland-Plan der SPD vom 18. März 1959 eine Parallele fand [2]).

So schien in der großen Oppositionspartei der BRD noch immer eine reale Kraft zu bestehen, die für die DDR die Hoffnung aufrechterhalten konnte, die Beziehungen zwischen den deutschen Staaten könnten so gewandelt werden, daß es nicht notwendig sei, den eigenen sozialökonomischen Aufbau durch extrem unpopuläre Maßnahmen abzuschirmen, und daß in friedlicher Zusammenarbeit West-Berlin aus einem Störungsfaktor in ein Mittel der Kooperation verwandelt werden könne. Die Verhandlungen Smirnows, des sowjetischen Botschafters in Bonn, mit Ollenhauer und Wehner erbrachten dazu Vorschläge, die dem Vorstand der SPD noch am 19. Februar 1960 als durchaus prüfenswert erschienen [3]). Auch in der Weltpolitik schienen sich in dieser Periode Tendenzen zur Transformation des Kalten Krieges in friedliche (wenn auch antagonistische) Koexistenz der Supermächte anzuzeigen: Die Pariser Gipfelkonferenz stand bevor.

Aber die Pariser Konferenz ist gescheitert, weil Eisenhower nicht bereit war, sich von der eindeutigen Verletzung sowjetischen Territoriums durch den militärischen Spionageflug der U2 zu distanzieren, und also den Anspruch der USA aufrecht erhielt, als größte kapitalistische Weltmacht an keinerlei Regeln des Völkerrechts gebunden zu sein, wie der sowjetische Regierungschef am 17. Mai 1960 feststellen mußte [4]). Die Hoffnung, man könne zu baldiger, durch Kompromisse vermittelter Koexistenz beider Lager überleiten, war damit für längere Zeit verspielt. Wenige Tage später, am 25. Mai 1960, begann die SPD, repräsentiert durch Herbert Wehner, ihren Gegensatz zur Politik der Adenauer-Regierung und der CDU in der Deutschlandfrage systematisch abzubauen [5]). Schon am 30. Juni 1960 folgte jene Bundestagsrede, in der Wehner den Deutschland-Plan der SPD formell preisgab, und Fritz Erler, der Fraktionsführer der SPD, sekundierte [6]). Die Hoffnung der DDR, durch den Druck der Opposition innerhalb der BRD zu einer mindestens relativen Respektierung ihrer Grenzen und der Notwendigkeiten ihres Aufbaus durch die BRD zu gelangen, war damit für eine Reihe von Jahren widerlegt. Die alte Politik der Bundesregierung, zu behaupten, sie habe das „Heimatrecht" der Deutschen „in den Grenzen von 1937" in „Alleinvertretung" zu beschützen und (natürlich „friedlich") wiederherzustellen, wurde in einer Erklärung des Bundespressechefs und Staatssekretärs Felix v. Eckardt — durch die Opposition unangefochten — wieder aufgenommen [7]).

Gleichzeitig begann die Tendenz, bewußt und systematisch Arbeitskräfte aus der DDR in die BRD abzusaugen, wieder anzusteigen. Angesichts der Differenz des Konsumniveaus zwischen beiden deutschen Staaten, die durch deren Ausgangsbedingungen erzeugt worden war, nahm mit der Zerstörung aller Hoffnungen auf eine künftige Kooperation beider deutscher Staaten die Bereitschaft der politisch noch labilen Bevölkerungsgruppen der DDR wieder zu, sich für das Land des „Wirtschaftswunders" abwerben zu lassen. Allein 1960 waren fast 700 Ärzte, 2000 Lehrer und Hochschullehrer, 2700 Ingenieure und Techniker in die BRD abgewandert [8]). Das waren also zum großen Teil qualifizierte Arbeitskräfte, die die DDR nicht nur dringend brauchte, sondern für deren Ausbildung — soweit sie jüngeren Generationen angehörten —

2) Keesings Archiv, 1959, S. 7614.
3) Keesings Archiv, 1960, S. 8231.
4) Keesings Archiv, 1960, S. 8401.
5) Keesings Archiv, 1960, S. 8415.
6) Keesings Archiv, 1960, S. 8494.
7) Bulletin der Bundesregierung (Bonner Bulletin) vom 24. Februar 1961.
8) Bonner Bulletin vom 17. Februar 1961.

die Volkswirtschaft der DDR erhebliche Opfer gebracht hatte. Nur eine verschwindende, statistisch völlig bedeutungslose Minorität dieser Abwanderer hat auch nur versucht, diese Flucht politisch zu motivieren. Aber West-Berlin war in den meisten Fällen der Durchgangspunkt, über den derartig wichtige Arbeitskräfte, sei es „hinüberwechseln", sei es fast gefahrlos „abgeworben" werden konnten. Und dieser Strom stieg weiter an: Allein im Juli 1961 wuchs die Zahl derjenigen Bewohner der DDR, die „Notaufnahme" in der BRD beantragten, auf 30 500 (gegenüber 16 000 im Juli 1960) [9]), im August 1961 stieg sie auf 47 500 [10]). Hinzu kam noch das Problem der sogenannten „Grenzgänger" in Berlin, derjenigen Ost-Berliner also, die in West-Berlin arbeiteten und dadurch die spekulative und künstliche „schwarze" Kurs-Divergenz zwischen beiden Währungen ausnützen und vergrößern konnten.

So wurde der „Schnitt" des 13. August 1961 vom Standpunkt der Sicherung des ökonomischen Aufbaus der DDR aus gesehen fast unvermeidlich und notwendig, nachdem mit dem Scheitern jeder Verständigungsaussicht zwischen beiden deutschen Staaten und nach der Kapitulation der Opposition der SPD vor der Außen- und Deutschland-Politik der Bundesregierung jede Hoffnung entfallen war, das ökonomische Ausbluten durch die offene Wunde West-Berlin in anderer Weise verhindern zu können. Durfte die Regierung der DDR ihre Chance zum selbständigen weiteren Aufschwung einer sozialistischen Ökonomie dadurch zerstören oder doch mindestens erheblich beeinträchtigen lassen, daß sie sich einen großen Teil der durch ihre Gesellschaft und auf deren Kosten ausgebildeten Arbeitskräfte durch die (vorläufig noch, aber im Falle des Abstoppens dieser Gefahr auf lange Sicht wahrscheinlich nur vorübergehend) überlegene Ökonomie der kapitalistischen Bundesrepublik absaugen ließ, die ihrerseits dadurch z. T. auch die Ausbildungskosten für hochqualifizierte Arbeitskräfte der DDR aufbürden und dadurch selbst sparen konnte? Hatte diese Problematik nicht in Wirklichkeit noch viel höhere Bedeutung als das (von der DDR in ihrer offiziellen Propaganda in den Vordergrund gerückte) Problem der direkten politischen und Spionage-Infiltration, das gewiß zusätzlich zu diesem Grundproblem auch noch immer bestand (und in früheren Jahren wesentlich bedeutsamer und gefährlicher gewesen war)?

Die Konsolidierung der Ökonomie der DDR ist nach dieser Wendung durch den 13. August 1961 rasch weitergetrieben worden. Schon im Januar 1963 konnte der 6. Parteitag der SED das „Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" einleiten. Jener Weg zum wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der DDR war nun gesichert, der innerhalb des folgenden Jahrzehnts jede Hoffnung der führenden Kräfte des Monopolkapitals und seiner politischen Schildträger in der BRD auf baldige „Einbeziehung" der DDR in ihren Machtbereich soweit in eine Illusion verwandelt hat, daß heute in zunehmender Weise die politischen Spitzen der BRD zur Einsicht genötigt sind, daß die Anerkennung des anderen deutschen Staates als eines gleichberechtigten Verhandlungspartners nur noch eine Frage der Zeit ist. Obwohl sich auch gegenwärtig noch die Regierung Brandt/Scheel immer wieder zu Manövern verleiten läßt, die die Anerkennung der DDR durch dritte Staaten verlangsamen und behindern, ist dieser Prozeß nicht mehr aufzuhalten und die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen und damit ihre Respektierung als gleichberechtigte Völkerrechtssubjekte auch durch die westlichen Großmächte auf der Tagesordnung. So hat der 13. August 1961 trotz des persönlichen Leids, das er in vielen Fällen mit sich gebracht hat, sein Teil dazu beige-

[9]) Keesings Archiv, 1961, S. 9266.
[10]) Bonner Bulletin vom 14. Oktober 1961.

tragen, wie zehn Jahre später deutlich erkennbar geworden ist, daß die deutsche Frage ihrer friedlichen Bereinigung zugeführt werden kann. Das ist geschehen, obwohl und nachdem vorher der Machtanspruch der Bundesregierung (und der Klasse, auf die sie sich stützte und stützt) alle Möglichkeiten zur unmittelbaren Anbahnung der Wiederherstellung der politischen Einheit der deutschsprachigen Bevölkerung bewußt ausgeschaltet hatte. Andererseits wird durch diese Entwicklung immer klarer erkennbar, daß es nur einen Weg gibt, die negativen Konsequenzen der „Mauer" für die Bevölkerung beider Teile Berlins abzumildern: nämlich die Respektierung der Tatsache, daß West-Berlin staatsrechtlich und völkerrechtlich kein Teil der BRD ist und kein Teil der BRD werden kann, auch durch die Regierung der BRD selbst und ihre öffentliche Meinung. Die Einsicht, daß eine eindeutige Verständigung der Vier Mächte darüber, daß West-Berlin weder politisch und kulturell noch ökonomisch als Angriffsmittel gegen die DDR verwendet werden darf, erforderlich ist, ist conditio sine qua non für jede Verbesserung dieser Situation. Die gegenseitige völkerrechtliche Anerkennung der beiden deutschen Staaten wird im Endergebnis die Voraussetzung dafür sein, daß sich die ungehinderte Kommunikation zwischen ihren Bürgern und den Bürgern beider Teile Berlins wiederherstellen läßt.

Wolfgang Abendroth

Berlin im August 1971

Zehn Jahre nach dem 13. August 1961 hat sich eine politische Lage herausgebildet, in der zum ersten Male eine Regelung wichtiger Berlin betreffender Fragen sich abzeichnet. In Ost-Berlin wird man im Gedenken an den August 1961 erneut eine scharfe Trennungslinie zwischen beiden deutschen Staaten ziehen. In Bonn wird vermutlich verlegenes Schweigen herrschen.

Sicher ist, daß alle diejenigen Unrecht behalten haben, die damals in dem Bau der Berliner Mauer eine Verzweiflungstat der Regierung der DDR erblicken zu können glaubten, die ihr Ende in absehbarer Zeit ankündigte. Das Gegenteil solcher Prophezeiungen ist eingetreten: die DDR ist im Innern und nach außen hin ständig stärker geworden, und auch bei uns gibt es wohl kaum noch jemand, der es für möglich hielte, daß sie eines Tages von der Landkarte wieder verschwindet. Die heutige Bundesregierung jedenfalls hat die Existenz der DDR als Staat zur Kenntnis genommen.

Aber das „Ende der Bonner Illusionen", von dem Golo Mann seinerzeit in einem viel beachteten Aufsatz gesprochen hatte („Die Zeit" vom 18. August 1961), ist noch keineswegs gekommen. Noch immer weigert sich die Bundesregierung, die einzig mögliche Konsequenz aus ihrer Einsicht in die tatsächliche Entwicklung zu ziehen, die — wie immer auszusprechende — völkerrechtliche Anerkennung der DDR, und flüchtet sich hinter den Begriff der „besonderen Beziehungen" zwischen beiden deutschen Staaten. Noch immer stehen irreale Vorstellungen über unsere Möglichkeiten in Berlin einer Befriedung Mitteleuropas, d. h. heute vor allem der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau, im Wege.

Wir haben in einem Beitrag im März-Heft der „Blätter" von der Sackgasse gesprochen, in die sich die Bundesregierung durch die unglückliche Verkopplung der Ratifizierung des Vertrages von Moskau mit einer „befriedigenden Lösung der Berlin-Frage" hineinmanövriert hat. Inzwischen ist der Zugzwang, dem sich die Regierung un-

terworfen fühlt und dem sie tatsächlich unterworfen ist, immer deutlicher geworden. Das zeigt sich im Augenblick namentlich in der Frage der Errichtung eines Generalkonsulats der UdSSR in West-Berlin.

Als Bundeskanzler Brandt und Bundesaußenminister Scheel vor einem Jahr den Vertrag von Moskau abschlossen, seine Vorlage an den Bundestag aber von einer befriedigenden Berlin-Regelung abhängig zu machen erklärten, mußten sie sich darüber klar sein, daß jeder Wunsch nach zusätzlichen, nicht im Vertrag selbst anerkannten Zugeständnissen der Sowjetunion wahrscheinlich zusätzliche Forderungen ihrerseits nach sich ziehen würde; dies zu ignorieren, wäre grob fahrlässig gewesen. Worin solche Forderungen bestehen könnten, wissen wir nach allem, was bisher über die Verhandlungen der vier früheren Besatzungsmächte durchgesickert ist, ziemlich gut; was das letzte Wort auf jeder Seite sein wird, wissen wir nicht. Mit einiger Sicherheit ist anzunehmen, daß der Rechtsstatus Berlins als solcher nicht geändert, sondern daß dieses Problem nach bewährtem Muster „ausgeklammert" werden wird; so bleibt Gelegenheit, hierüber noch viele Jahre weiter zu diskutieren. Was aber die bundesdeutsche Öffentlichkeit jetzt endlich begreifen sollte, ist, daß keinerlei juristische Konstruktion, aber auch keine Leistung der Bundesrepublik an den aus der geographischen Lage West-Berlins innerhalb des Hoheitsgebiets der DDR resultierenden Kräfteverhältnissen auch nur das Geringste wird ändern können.

Die heutige Gesellschafts- und Rechtsordnung West-Berlins, die finanziellen Hilfen des Bundes stehen bei den gegenwärtigen Verhandlungen nicht zur Diskussion, das ist wichtig. Sitzungen des Bundestags in Berlin andererseits sind ebenso wenig nötig für die Lebensfähigkeit der Stadt, wie die Errichtung eines Generalkonsulats der UdSSR schon an sich gefährlich wäre. Natürlich kann man ein abschließendes Urteil erst abgeben, wenn die Gesamtheit der endgültig in Aussicht genommenen Regelungen bekannt ist. Aber folgendes muß der Opposition der CDU/CSU und nicht nur ihr schon heute gesagt werden:

Wir entgehen der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Welt nicht, am allerwenigsten in Berlin, durch bloße organisatorische Maßnahmen, mögen sie konservierender Natur sein, wie es die Beibehaltung einer größeren „Bundespräsenz" in der Stadt wäre, oder abwehrenden Charakter tragen wie der Widerstand gegen einen „Viermächte-Status" nur für West-Berlin und ähnliches. Diese Dinge sind sicher nicht ganz gleichgültig. Aber sie lenken vom Wesentlichen, von den materiellen gesellschaftlichen Problemen unserer Zeit ab. Nehmen wir endlich die geistige Auseinandersetzung mit der sozialistischen Ordnung ernster als bisher, auch, ja in erster Linie in der Bundesrepublik selbst. Das ist die Aufgabe, die uns die Mauer in Berlin stellt.

Harold Rasch

„Nationalchina" heute

Die neue China-Politik der USA bedeutet noch keine Existenzbedrohung für das über Taiwan herrschende Kuomintang-Regime. Dennoch ist man in Taipeh ernsthaft beunruhigt. Bedroht sind nämlich wichtige politische Positionen.

Als kurz nach dem Zweiten Weltkrieg die UN gegründet wurden, erhielt China einen der fünf ständigen Sitze im Weltsicherheitsrat. Damals regierte noch Marschall Tschiang Kai-schek

über den größten Teil des riesigen Landes. Zwei Jahre später wurde die China vorgelagerte Insel Taiwan seine letzte Zuflucht. Damit begann die bis heute fortgesetzte politische Komödie. Die lange von Washington dominierten UN ließen dem Regime Tschiang Kai-schek seinen Sitz im Weltsicherheitsrat. Die Volksrepublik China, die inzwischen über 700 Millionen Menschen vertritt, blieb bis heute draußen. Für Washington blieb das Regime Tschiang Kai-schek die rechtmäßige Regierung Chinas.

Für die USA besitzt Taiwan in erster Linie strategische Bedeutung. Als trotz ihrer Unterstützung Tschiang Kai-schek vom Festland weichen mußte, stellten sie die Insel unter ihren direkten militärischen Schutz und gliederten sie in ihr pazifisches Stützpunktsystem ein. Man ließ es sich in Washington etwas kosten, „Nationalchina" militärisch sowie wirtschaftlich wieder aufzupäppeln. Jedoch trotz seines politischen Weltmachtanspruchs kam es über die Rolle einer Militärbasis der USA nicht hinaus. Und deren Wert steigt — oder fällt —, je nachdem, wie sich das Verhältnis zwischen Washington und Peking entwickelt.

Die Bevölkerung Taiwans hat insofern von der Niederlage der Kuomintang auf dem Festland profitiert, als die USA als Schutzmacht für Tschiangs Restterritorium darauf drangen, die ärgsten Auswüchse einer korrupten und halbfeudalen Gesellschaft zu beseitigen. Sollte Taiwan für die USA als Stützpunkt erhalten bleiben, durfte sich dessen Bevölkerung nicht in einem Zustand ständiger Revolte befinden. Die Lebensbedingungen mußten also verbessert werden. Hierzu waren Reformen unerläßlich, und aus diesem Grund wurden sie auch durchgeführt. Zustatten kam den USA hierbei die totale Abhängigkeit des Kuomintang-Regimes, das sich eine Mißachtung der Wünsche Washingtons kaum leisten konnte.

Wichtig waren vor allem Reformen auf dem Agrarsektor. Sie wurden von der „Joint Commission on Rural Reconstruction (JCRR)" ausgearbeitet und zwischen 1949 und 1953 in drei Stadien verwirklicht. Man begann mit einer Beschränkung des Pachtzinses auf 37,5%. Als Schutz gegen Willkür der Verpächter wurden erstmals schriftliche Pachtverträge eingeführt, deren Duplikat bei den lokalen Regierungsstellen deponiert blieb. Der zweite Schritt erfolgte 1951 mit dem Verkauf von 58 000 Hektar Regierungsland an 114 000 Pächter und Landarbeiter, die den zugewiesenen Boden innerhalb von zehn Jahren mit einem Teil der Jahresernte abzahlen mußten. Zwei Jahre später schließlich wurde der Grundbesitz allgemein auf drei Hektar Paddy-Grund (d. h. Reisland) oder sechs Hektar trockenen Bodens beschränkt. Die hierdurch freiwerdenden 143 000 Hektar erhielten 200 000 Bauern zu den eben schon beschriebenen Bedingungen. Die in ihrem Bodenbesitz beschränkten bisherigen Großgrundbesitzer wurden von der Regierung teils in bar, größtenteils aber mit Obligationen und Aktien staatlicher Industriebetriebe entschädigt, die dadurch in Privatbesitz übergingen.

Es geht den so zu selbständigen Bauern avancierten Pächtern besser als vor den Reformen, besonders nachdem sie sich ihrer Schulden entledigt haben. Dennoch ist ihr Lebensstandard in der Regel nicht sehr gestiegen — ein Besitz von einem halben Hektar reicht eben zur Ernährung einer mehrköpfigen Familie nicht aus. Ebenso niedrig ist auch das Einkommen der Industriearbeiter. Taiwan hat zwar — bedingt durch den Vietnam-Krieg — einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, weil die US-Armee hier wie auch in anderen ihr befreundeten Staaten einen Teil ihrer Materialien bezieht. Naturgemäß ist dies jedoch ein sehr unsicherer Markt. Ferner steigt der Anteil ausländischer — d. h. in erster Linie US-amerikanischer, japanischer und auch westdeutscher — Konzerne an der Industrie unverhältnismäßig stark. Maß-

gebend ist hierfür besonders ein Lohnniveau, welches lediglich ein Drittel des japanischen bzw. die Hälfte desjenigen Hongkongs beträgt. Investiert wird vorwiegend in sogenannten Wachstumsindustrien (Elektronik, Chemie), während sich die Leichtindustrie in einheimischem Privatbesitz befindet. Der Staat hat sich allerdings einige Schlüsselpositionen wie z. B. Bergbau, Elektrizitätsversorgung, Ölwirtschaft und Kunstdüngerproduktion vorbehalten.

Taiwan wurde 1945 zwar von der japanischen Okkupation befreit und an China zurückgegeben. Für seine Bevölkerung gab es aber keine Selbstbestimmung. Die Macht übernahmen sofort Kuomintangfunktionäre vom Festland, ohne die Inselbewohner zu beteiligen. Korruption, Mißwirtschaft, Inflation und Rechtswillkür — dies waren die Kennzeichen des neuen Regimes, welches die Japaner ablöste. Die getäuschten Erwartungen der Bevölkerung manifestierten sich in dem Aufstand vom 28. Februar 1947. Er wurde von der Tschiang-Armee nach etwa einer Woche niedergeschlagen, und zwar gründlich. Nach amerikanischen Berichten verloren dabei etwa 10 000 Intellektuelle ihr Leben.

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Als Ergebnis der Niederlage der Kuomintang gegen die Kommunisten gelangten etwa eineinhalb Millionen Festlandchinesen — hauptsächlich Angehörige der Armee und Verwaltung u. a. — nach Taiwan. Sie pfropften sich als Herrenkaste auf die damals rund neun Millionen zählende Inselbevölkerung auf. An diesem Zustand hat sich bislang nichts geändert. Zwar unterliegen die Einheimischen keiner wirtschaftlichen Diskriminierung. In politisch einflußreiche Positionen gelangt jedoch kein Taiwanchinese. Ebenso ist es bei der Armee.

Nach wie vor hält das Regime in Taipeh die Fiktion aufrecht, das ganze China zu repräsentieren. Dies spiegelt sich auch im Aufbau der Staatsverwaltung wider. Auf der unteren Ebene ist sogar ein gewisses Maß an formaler Demokratie erlaubt, indem hier Wahlen stattfinden, zu denen neben Mitgliedern der Kuomintang auch parteilose Kandidaten zugelassen werden. Auf diese Weise wurde 1950 die Verwaltung der Kommunen bestellt. Neun Jahre später nahm eine ebenso gewählte Provinzversammlung ihre Tätigkeit auf. Damit sind die Möglichkeiten der Taiwanesen, politisch mitzuwirken, jedoch erschöpft. Denn der Provinzgouverneur sowie seine Regierung werden vom Präsidenten selbst ernannt. Auch die Landeshauptstadt Taipeh wurde im Jahre 1967 aus der kommunalen Selbstverwaltung herausgenommen und zum „Sonderbezirk" erklärt, nachdem drei Jahre zuvor die Regierungspartei das Amt des Bürgermeisters an einen parteilosen Kandidaten verlor.

Alle wesentlichen Befugnisse fallen in die Kompetenz der Zentralregierung und ihrer Kontrollorgane. Letztere wurden seit ihrer Übersiedlung nach Taipeh nicht mehr erneuert und verringern sich nach und nach durch den Tod ihrer Mitglieder. Von der ursprünglich 773 Abgeordnete zählenden Gesetzgebenden Versammlung sind inzwischen weniger als 500 vorhanden und von den ursprünglich 3000 der Nationalversammlung nicht einmal mehr die Hälfte. Dieses Gremium gleicht in etwa der Elektorenversammlung bei den Präsidentenwahlen in den USA, hat aber auch parlamentarische Befugnisse. Eine Neubestellung dieser parlamentarischen Institutionen soll erst nach einer „Wiedergewinnung der Macht auf dem Festland" erfolgen. Wenn sie deshalb auch einem natürlichen Schrumpfungs- und Vergreisungsprozeß unterliegen, so ist dies in der Praxis doch recht belanglos. Regiert doch Tschiang Kai-schek sein ihm verbliebenes Territorium ohnehin mittels einer Ausnahmegesetzgebung, welche ihm praktisch unumschränkte Vollmachten einräumt.

Im Juni 1967, während der maoistischen Kulturrevolution, konstituierte sich in Taipeh ein „Nationaler Verteidigungsrat". Er gliedert sich in vier Ausschüsse: „Planung des nationalen Wiederaufbaus", „Nationale Mobilisierung", „Politische Angelegenheiten der Kriegsgebiete" und „Überwachung und Koordination der wissenschaftlichen Entwicklung". Zu den wesentlichsten Aufgaben dieses „Verteidigungsrates" gehört es, die Wiedereroberung des Festlandes vorzubereiten. Für dieses Ziel wird eine — gemessen an der Bevölkerungsziffer — äußerst umfangreiche Armee aufrechterhalten. Diesem Ziel ist die Wirtschaft des Landes untergeordnet. Auf dieses Ziel hin wird die Bevölkerung geistig gedrillt. Jede Opposition hiergegen wird als Landesverrat geahndet.

Die Zeit arbeitet jedoch gegen das Kuomintang-Regime. Washington beginnt die Volksrepublik China politisch zu entdecken und hält die Zeit für nützlich, sich mit Peking zu arrangieren. Der Zeitpunkt könnte kommen, da Taipeh von seinem bisherigen Protektor nurmehr als politischer Ballast empfunden wird, den es früher oder später abzuwerfen gilt. Klaus Elliesen

Nixon, Mao und die Erfordernisse der Entspannung

Von Manfred Pahl-Rugenstein

Unsere Welt ist „schnellebig". Täglich lassen Fernsehen, Funk und gedruckte Publikationen grelle Schlaglichter auf die „Sensationen" des Tages fallen, seien es Flugzeug-, Eisenbahnkatastrophen, ein Putsch, die Hochzeit des Jahres, Greuel und Not in Bengalen, Liebespaarmord, Schiffsbrand, Krach im Europarat. Die Ereignisse von gestern werden zur Seite gedrängt; die von vorgestern beginnen zu verblassen. Eben standen noch die Enthüllungen der geheimen Vietnam-Dokumente des Pentagon im Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit, da — am 16. Juli 1971 — waren auch sie verdrängt durch eine „historische Wende" und „sensationelle Wendung", durch die Preisgabe des „bestgehüteten Geheimnisses der neueren amerikanischen Geschichte": „Nixon reicht Mao die Hand". Der amerikanische Präsident hatte eine „dramatische" Fernsehansprache gehalten, in der er von dem Gespräch berichtete, das Ministerpräsident Tschou En-Lai mit Dr. Henry Kissinger, Nixons „Berater für nationale Sicherheit", vom 9. bis 11. Juli 1971 in Peking geführt hatte. Nixon konnte ein Kommuniqué folgenden Wortlauts vorweisen: „Im Bewußtsein von Präsident Nixons erklärtem Wunsch nach einem Besuch der Volksrepublik China hat Ministerpräsident Tschou En-lai für die Regierung der Volksrepublik China eine Einladung an Präsident Nixon übergeben, China zu einem angemessenen Zeitpunkt vor Mai 1972 zu besuchen. Präsident Nixon hat die Einladung mit Vergnügen angenommen. Auf dem Treffen der Führer Chinas und der Vereinigten Staaten soll nach einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern gesucht werden und ein Meinungsaustausch über Fragen von beiderseitigem Interesse stattfinden."

Nicht nur die amerikanische und die internationale Öffentlichkeit waren überrascht, auch die Regierungen in aller Welt waren es, ebenso wie Nixons eigene Minister oder Vizepräsident Agnew, der sich gerade in Madrid aufhielt. Nixon hatte — entgegen seiner Erklärung vor dem Kongreß über die vertrauensvolle Zusammenarbeit und Konsultation in allen wichtigen Fragen mit den Verbündeten und befreundeten Nationen (oder sollte es sich hier nicht um eine solch wichtige Frage handeln?) — allein mit seinem Berater als Doppelgänger gehandelt. Selbst wenn, wie verlautet, einige US-Diplomaten den Regierungen, bei denen sie akkreditiert sind, sozusagen eine Stunde vorher die Kenntnis des Ereignisses vermittelten, so darf man dies wohl kaum eine Konsultation nennen. Auch Bundeskanzler Brandt wurde sicherlich nicht um seine Meinung gefragt.

Nun, nachdem die Ankündigung Nixons die Schlagzeilen der Weltpresse durchlaufen hat, spontane Reaktionen sich verflüchtigen, erweist es sich als notwendig, sich gründlichere Gedanken über die Motive und Hintergründe, über wahrscheinliche Auswirkungen des Ereignisses zu machen. Was hat, so ist zu fragen, Nixon dazu bewogen, 1971 seine Fühler nach einem Land auszustrecken, das die USA über 20 Jahre lang nicht beachteten, ja feindlich behandelten und dessen Aufnahme in die Völkerfamilie der Vereinten Nationen sie sich mit aller Energie widersetzten? Was bewog Mao dazu, eine Einladung an Nixon zu veranlassen? Beide Seiten müssen sich von der Überzeugung getragen wissen, durch

das Treffen und die Annäherung und gegenseitige Abstimmung zu durchaus ins Gewicht fallenden Vorteilen zu gelangen. Für die Völker in der Welt, die an einer Entschärfung der Konflikte interessiert sind, geht es hier vor allem um die Gretchenfrage: Wie haltet ihr es mit den Prinzipien der freundschaftlichen Zusammenarbeit in Übereinstimmung mit den Völkerrechtsprinzipien? Diese besagen, sich untereinander und in internationalen Beziehungen jeder Form des politischen, militärischen, wirtschaftlichen oder sonstwie gearteten Zwanges zu enthalten und die politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität jedes Staates zu achten. Dies ist die Kernfrage für eine progressive und auf friedliche Zukunft gerichtete Politik. Es ist verständlich, daß sie an die Großmächte mit besonderer Eindringlichkeit gestellt wird.

Für die Bundesrepublik, für ihre Bevölkerung, stellt sich die Frage, ob und wie die „Wende" der US-Politik sich in bezug auf unsere Probleme und die europäische Situation auswirkt.

Um dieser Frage nachzugehen, erscheint es zweckmäßig, zuerst einen Blick auf die Reaktionen in den USA selbst zu werfen, die der Ankündigung des amerikanischen Präsidenten folgten; die weltpolitischen Zusammenhänge und die Situation in Nixons eigenem Land zu betrachten. Der spektakuläre Schritt des Präsidenten erfolgte in einem Augenblick, in dem seine Popularitäskurve den tiefsten Stand seiner Amtszeit erreicht hatte und er sich für die Präsidentschaftswahlen des kommenden Jahres kaum Chancen ausrechnen konnte. Er, der vor zwanzig Jahren dafür plädiert hatte, die USA sollten präventiv gegen das kommunistische China mit Atombomben vorgehen, hatte nun in den fünf Minuten seines Televisionsauftritts die Wahlkonkurrenz vorerst überspielt. Überspielt hatte Nixon aber vor allem seine schwierige innen- wie außenpolitische Lage. Rund 5,5 Millionen US-Bürger sind arbeitslos, viele von ihnen ohne ausreichende soziale Hilfe, und diese Massenarbeitslosigkeit wird eher noch zunehmen als abebben. Inflationäre Tendenzen nehmen seit dem Mai dieses Jahres ständig zu. Man rechnet mit einem Auftrieb der Verbraucherpreise von sieben bis acht Prozent in diesem Jahr. Die Handelsbilanz kann sehr bald ein Defizit zeigen. Viele Amerikaner sehen pessimistisch in die Zukunft und legen sich eine Sparrücklage an. So gibt es dieses Jahr die seit Jahrzehnten höchste Sparquote mit 8,4 %. Obwohl Nixon den Unternehmern große Investitions- und Abschreibungsgeschenke machte und mit seiner Politik des Defizit-spending Milliardenaufträge des Staates vergab, zogen die Unternehmer es vor, nicht zu investieren und die Kapazitäten kaum zu 75 % auszulasten. „Nixon hat auf die Inflation noch die Rezession gepfropft, und er hat diese Last einfach auf die Schultern des amerikanischen Volkes abgeladen", erklärte George Meany, der Vorsitzende des Spitzenverbandes der US-amerikanischen Gewerkschaften (AFL/CIO). Ein besonders großes Ansteigen der Arbeitslosigkeit ist bei den „professionals", den Akademikern mit Spezialausbildung, zu verzeichnen. Diese Zahl ist allein 1970 von 280 000 auf 400 000 gestiegen. Ihr Einkommen betrug früher 20 000 bis 50 000 Dollar im Jahr. Meist waren sie mit militärischen und zivilen Forschungs- und Entwicklungsaufgaben beschäftigt, vor allem beim Weltraumprogramm und im Raketen- und Flugzeugbau, in der Elektronikindustrie.

Die Ursache dieser ganzen Malaise ist vor allem in der Kriegsführung in Vietnam zu sehen. Einerseits werden Rohstoffe und Halbfabrikate für die konventionelle Kriegsausrüstung in der dafür tätigen Industrie benötigt, die nun der Konsumgüterindustrie fehlen, so daß diese zu Produktionseinschränkungen gezwungen ist. Andererseits ist für die weitere Entwicklung und den Bau der kostspieligen

strategischen Waffensysteme Geld bei weitem nicht in dem Maße vorhanden, wie die aufgeblähten großen Rüstungskonzerne es erwarten: für den Ausbau des Raketen-Abwehrsystems, die Verlagerung der Interkontinentalraketensilos auf den Meeresboden, für den Bau von Mehrfachraketen, für die Erstellung neuer See- und Luftflotten. So ist die Vermutung aufgetaucht, daß diese Riesenkonzerne und das mit ihnen verbündete Kapital, für die die weitere Fortsetzung des konventionellen Vietnamkrieges sozusagen geschäftsschädigend ist, den Zeitungen die geheimen Pentagon-Dokumente über den Vietnamkrieg zugespielt haben oder zumindest ihre Hand dabei im Spiel hatten.

Diese Pentagon-Papiere, soeben in den USA als Taschenbuch erschienen und in der ersten Massenauflage im Handumdrehen verkauft, bestimmten seit ihrem Bekanntwerden die öffentliche Diskussion in den Vereinigten Staaten, nicht nur wegen ihres auf die Vorgänge in Vietnam bezogenen Inhalts, sondern viel mehr noch wegen der nun amtlich erwiesenen Tatsache, daß das amerikanische Volk ebenso wie der Kongreß, der Senat und viele Behörden von höchster Stelle aus getäuscht, betrogen und hinters Licht geführt wurden. Der Glaube an das mustergültige, für alle Welt vorbildliche Funktionieren der amerikanischen Demokratie war bei den US-Bürgern mit einem Mal gründlich zerstört worden. Ein stolzer nationaler Traum wurde zum Trauma. Für viele Amerikaner war es dabei sicher keine ganz unvermutete Überraschung, daß der Texaner Johnson in Wild-West-Manier Volk und Kongreß belogen und immer tiefer in den Vietnam-Krieg verstrickt hat; daß jedoch auch das Idol John F. Kennedy nun vom Denkmalssockel stürzte, ist der wohl politisch tiefste Schock der letzten Jahre gewesen. Tag um Tag wuchs seitdem in der Öffentlichkeit die Stimmung gegen den Krieg in Indochina, gegen die zögernde und zwiespältige Haltung des Präsidenten, der einerseits die Rückkehr der Soldaten in die Heimat versprochen hatte, andererseits unter dem Vorwand, daß dies aus militärischen Gründen nicht möglich sei und die Pariser Verhandlungen behindere, keinen Abzugstermin und Abzugsplan bekanntgeben wollte. Washington und die USA erlebten in diesem Jahr die bisher größten Massendemonstrationen gegen den Vietnam-Krieg, mit die eindrucksvollste darunter die der Opfer und Veteranen — Soldaten und Offiziere —, die ihre Orden und Kriegsauszeichnungen zurückgaben. Erneut regte sich auch der Unmut gegen den Eingriff des Präsidenten in die Justiz nach der Verurteilung von Oberleutnant William Calley, der der Ermordnung von 102 südvietnamesischen Zivilisten in My Lai schuldig befunden worden war, und für den Nixon statt der Strafe „Hausarrest" anordnete. Anlaß der Erinnerung hieran ist der jetzt in Fort McPherson in Georgia beginnende Prozeß gegen den Hauptmann Ernest Medina, den direkten Vorgesetzten von Calley, der „als ranghöchster Offizier" für das Massaker von My Lay verantwortlich sein soll. War er, muß man fragen, der ranghöchste Verantwortliche, der einzige, militärisch und politisch? Ist My Lay ein Einzelfall? Wie unterscheidet er sich von den zivilen Opfern der Bombenteppiche in Vietnam? Wie von den Napalm-Opfern und den Opfern der „Entlaubung"? In der amerikanischen Öffentlichkeit melden sich Stimmen, die fordern, die Akten des Nürnberger Tribunals zu Rate ziehen, sich ihrer bei der Rechtsfindung zu erinnern.

Wie steht die Frage des Friedens in Vietnam? Seit dem 1. Juli 1971 liegt auf dem Schreibtisch Nixons und seiner Mitarbeiter der 7-Punkte-Friedensplan für Vietnam, vorgelegt in Paris von der Vertreterin der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam, Frau Nguyen Thi Binh. Darin wird die Bereitschaft zur Freilassung aller militärischen und zivilen Kriegsgefangenen aller betroffenen Seiten einschließlich der in Nordvietnam gefangenen Piloten

sowie der ungefährdete Abzug aller Truppen angeboten, wenn die US-Regierung für den Rückzug der gesamten Truppen einen endgültigen Termin im Jahr 1971 festsetzt. Die beiderseitigen Schritte sollen dann Zug um Zug erfolgen. Mit diesem Friedensplan ging die Vietnam-Delegation in Paris auf die Forderung von Nixon nach Freilassung aller Kriegsgefangenen ein, die er für die US-Öffentlichkeit zum Kernpunkt der Vietnamfrage erhoben hatte. Der Präsident sah sich in einer schwierigen Situation. Während die Kampfhandlungen in Vietnam und Kambodscha forciert durchgeführt wurden, trug der amerikanische Chefdelegierte bei den Pariser Verhandlungen am 8. Juli eine Erklärung vor. Darin hieß es, daß man „trotz einiger neuer Elemente" in den 7 Punkten keine „Änderung der seit langem vorgebrachten Grundforderungen" sehe und der Plan nicht „auf die Absicht hindeute, die Kampfhandlungen zu beenden". Bruce warf den Vietnamesen dann vor, sich sprachlicher Tricks zu bedienen, um sich nicht „auf den implizierten Aktionskurs" festzulegen, und daß sie die Sitzung lediglich zu Propagandazwecken benutzten. Die Erklärung schloß: „Lassen Sie uns jetzt einen neuen Anfang machen. Ich schlage vor, daß die nächste Zusammenkunft eine vertrauliche Sitzung ist, auf der wir Ihre Vorschläge weiter sondieren und auch unsere eigenen erörtern können. Ein solches Forum, das nicht im Scheinwerferlicht der Publizität steht und auf dem keine öffentlichen Erklärungen gemacht werden müssen, außer den von uns gemeinsam abgesprochenen, könnte eine bessere Atmosphäre für produktive Gespräche bieten". Nixon machte also plötzlich den Versuch, die Diskussion der amerikanischen und der Weltöffentlichkeit zu entziehen. Die Gegenseite ist hierauf nicht eingegangen und hat die Vorwürfe, in der Kriegsgefangenenfrage nicht ehrlich zu sein, dadurch zurückgewiesen, daß sie eine Namensliste sämtlicher Kriegsgefangenen anbot.

Offensichtlich hängt Nixon noch immer dem Plan der „Vietnamisierung" des Kriegs nach. Er will Zeit gewinnen; die Pariser Verhandlungen sollen auf der Stelle treten. In Kürze soll der Chefdelegierte Bruce ausgewechselt werden. Seinen Rücktritt aus Gesundheitsgründen hat er schon angekündigt. Das dürfte zwangsläufig zu einer technischen Konferenzverzögerung führen. Auch Präsident Kennedy — daran erinnern die Pentagon-Dokumente — glaubte jahrelang an militärische Erfolge in Vietnam; und je mehr sie ausblieben, desto geheimer agierte er, betrieb er die Eskalation (die Johnson dann steigerte), und als die Ermordung von Diem bevorstand, um die er wußte, informierte er über die amerikanische Unterstützung bei dem Coup nicht einmal den zuständigen Kongreßausschuß. Nixon und seine Berater sollten wissen, daß dieser Krieg keine heimlichen Aktionen mehr verträgt. Wenn die USA noch von „Wahrung ihres Gesichtes" reden wollen, dann können sie diesen Krieg nur durch eine eindeutige und öffentliche Erklärung zum sofortigen Frieden beenden. Damit würden sie nicht nur Vietnam dienen, sondern vor allem sich selbst.

Es deutet jedoch einiges darauf hin, daß die USA versuchen, die militärischen Aktionen in Vietnam, Laos und Kambodscha bis zum Besuch Nixons in Peking weiter voranzutreiben, um dann mit dem Plan einer neuen Indochinakonferenz unter Beteiligung der Volksrepublik China politisch einen Gewinn einzustreichen, den man mit Gewalt nicht erzwingen konnte. So überrascht es nicht, daß in Vietnam sofort Befürchtungen auftauchten, daß die Volksrepublik China und die USA mit dem Vorschlag einer neuen Indochinakonferenz beabsichtigen, unter ihrem beherrschenden Einfluß den Völkern „Friedensregelungen" aufzuzwingen, die diese selbst nicht wünschen und die eine Einmischung in ihre eigenen Angelegenheiten bedeuten. In Hanoi und von seiten der südvietnamesischen Provisorischen Revolutionsregierung wird eine solche Konferenz deshalb abgelehnt

und auf der Fortführung der Friedensgespräche in Paris bestanden. Die nordvietnamesische Zeitung „Nhan Dan", das Zentralorgan der Partei der Werktätigen, schrieb dazu in einem Leitartikel: „Trotz der Hinterlist und trotz des Umherreisens, um nach einem Ausweg zu suchen, kann die Nixon-Clique ihrer Niederlage nicht entgehen. Wenn alle ihre Anstrengungen auf den Schlachtfeldern ihr nicht helfen können, die Lage zu ändern, dann ist auch ihr Umherreisen umsonst". In der Tat kann ein dauerhafter Friede in Südostasien nicht verwirklicht werden, ohne Bedingungen zu schaffen, die den dortigen Völkern eine von ihnen selbst verantwortete Souveränität und Sicherheit gestatten. Das aber heißt, daß die Beziehungen der Völker zueinander, ihr gesamtes Verhalten, in Übereinstimmung stehen müssen mit den Grundsätzen, die in der „UNO-Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts, betreffend die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen" niedergelegt sind. Diese Deklaration wurde am 24. Oktober 1970 mit Zustimmung auch der USA in der UNO verabschiedet. In ihr wird u. a. festgehalten, daß „jeglicher Versuch, die nationale Einheit und die territoriale Integrität eines Staates oder eines Landes teilweise oder gänzlich zu zerstören oder jeglicher gegen deren politische Unabhängigkeit gerichteter Anschlag mit den Zielen und Prinzipien der Charta unvereinbar ist".

Nicht aus der Luft gegriffen sind Bedenken, Nixons Peking-Wendung entspringe weniger ernsthaftem Drang nach Frieden und Verständigung als vielmehr dem Versuch, einen unvermuteten Verbündeten für die Kontrollinteressen der USA im asiatischen Raum zu mobilisieren. Auf Kosten der Betroffenen, wie diese fürchten. Die kritischen Stimmen mehren sich. Sie kommen nicht nur aus Taiwan, das sich verraten sieht und das eine Veränderung seines Status und um seinen Platz im UNO-Sicherheitsrat fürchtet, sondern ebenso aus Japan, aus Indien, aus Vietnam, nicht zuletzt aus der Sowjetunion und schließlich aus den USA selbst. Alles spitzt sich dabei auf die Frage zu, ob hier eine Machtpolitik zum Zuge kommen will, die angesichts jahrelanger militärischer Niederlagen nun diesen Krieg mit anderen Mitteln weiterführen will, eben mit politischen Waffen und dennoch nach der antiquierten Methode früherer Jahrhunderte. So können nur neue gefährliche Spannungen in die Welt gesetzt werden.

Viel hängt von der Entwicklung in den nächsten Monaten ab. Zunächst zeichnen sich einige überfällige Schritte ab. Die Frage der Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO dürfte im Herbst dieses Jahres sicher positiv entschieden werden. Eine einfache Stimmenmehrheit für die Aufnahme scheint gewiß, und weder die USA noch die Sowjetunion (die sich seit je für Pekings Aufnahme einsetzte) werden beantragen, die Aufnahme zu einer „wichtigen Frage" zu erklären, die eine Zweidrittelmehrheit erfordert. Ungelöst ist noch das Problem der Mitgliedschaft von Taiwan, das seit der Gründung der Weltorganisation einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat hat, verbunden mit einem Vetorecht. Es ist eine Frage der Juristen, ob es dieses Recht ausüben kann, um die Aufnahme der Volksrepublik China in die UN zu verhindern. Zwar erfolgt die Aufnahme eines Staates nach Art. 4/2 auf Empfehlung des Sicherheitsrates durch Beschluß der Generalversammlung, doch steht die Mitgliedschaft nach Art. 4/1 allen friedliebenden Staaten offen, die gewillt sind, die in der Charta enthaltenen Verpflichtungen auf sich zu nehmen und zu erfüllen. Wenn Taiwan beharrlich bei seinem Einspruch bleibt, würde es gegen die Grundsätze der Charta verstoßen und könnte dann seinerseits durch die Generalversammlung ausgeschlossen werden, wobei die in Art. 6 der Charta festgelegte Mitwirkung des Sicherheitsrates in

diesem Falle eines Verstoßes gegen die Charta und gegen die Deklaration vom 24. 10. 1970 ein Vetorecht des betroffenen Staates gemäß Art. 27/3 (Stimmenthaltung) nicht zum Zuge kommen läßt. Es dürfte jedoch wahrscheinlicher sein, daß dieses Problem eine politische Lösung findet.

Nixon wird nicht nach Peking reisen können, ohne zuvor Abstimmungen vor allem mit Japan und Indien, mit Taiwan, Australien, Indonesien und den kleinen Staaten im asiatischen Raum vorgenommen zu haben, wenn er wirkliche Ergebnisse und Fortschritte für den Frieden und die Zusammenarbeit erreichen will. Diese liegen auch im wohlverstandenen Interesse des amerikanischen Volkes. Dieses Ziel kann aber nur dann erreicht werden, wenn diplomatische Schritte, politische Vereinbarungen oder auch nur Kontakte sich nicht gegen andere Mächte oder Mächtegruppen richten. Erklärungen Washingtons haben freilich bisher kaum den Verdacht entkräften können, Nixon betrachte China-Politik als ein willkommenes Druckmittel gegen die Sowjetunion, die als der ausschlaggebende Widerpart gegen die globale Strategie der USA bewertet werden. Moskau hat bisher eher abwartend reagiert. Die ersten Reaktionen lassen erkennen, daß man die in Gang befindlichen Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion nicht unmittelbar gefährdet sieht. Kommentare weisen darauf hin, daß erst die weitere Entwicklung zeigen werde, welches die wahren Absichten der beiden Mächte sind.

Für uns, die Bürger der Bundesrepublik, liegt auf der Hand, daß wir eine neue Asienpolitik der USA und die Ergebnisse eines Pekinger Treffens — wenn es tatsächlich zustande kommt — dann aufrichtig begrüßen können, wenn dadurch eine Zeitspanne friedlicher Zusammenarbeit aller Staaten in Asien eingeleitet wird, die Wunden des Krieges in den Staaten Indochinas verheilen können und ein günstiges Klima für eine weltweite Entspannung entsteht.

Eine solche Entwicklung kann für uns und in Europa nur nützlich sein; es wäre allerdings eine absurde Folgerung, deshalb nun in eigenen Entspannungsanstrengungen nachzulassen, gar zu glauben, daß die europäischen politischen Wege sich nunmehr geändert hätten. Gerade das allerdings meint beispielsweise die „Welt" vom 27. Juli 1971: Der Umweg über ein China, „das sowjetische Truppen in Sibirien bindet — im Augenblick rund 42 Divisionen —" sei „ein natürliches deutsches Interesse". Westeuropa könnte selbständig zwischen den beiden Supermächten stehen, China entlasten und ein möglicher Gesprächspartner sein: so sehen es — weiß „Die Welt" — die Chinesen. Und Redakteur Cycon fährt fort: „Was läge also näher, als daß eine Annäherung zwischen der Bundesrepublik und China mit Hilfe der Europäischen Gemeinschaft versucht wird, daß die Westeuropäer eine gemeinsame China-Politik entwerfen, daß die Bundesrepublik die Vermittlung jener westeuropäischen Staaten benutzt, die schon lange eine Brücke nach Peking geschlagen haben." „Erstes Ziel könnte vielleicht ein Handelsvertrag sein. ... Aber (es) wäre doch wohl nicht einzusehen, warum es dabei bleiben, warum nicht auch die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen angestrebt werden sollte." Cycons Untertitel spekuliert: „Gewinn wäre zu erwarten". Seine Überschrift lautet: „In wessen Schlepptau?" Gemünzt ist das auf die Ostpolitik Bundeskanzler Brandts, im Sinne der bekannten Propagandakampagnen der CDU/CSU und ihrer rechten Verbündeten. In wessen Schlepptau freilich die zitierte China-Spekulation liegt, ist unschwer zu erkennen: Im Schlepptau des CSU-Vorsitzenden F. J. Strauß und seines Freundeskreises für Hochspannungspolitik. Strauß verfolgt schon seit Jahren „sorgfältig" den Gegensatz Moskau—Peking, empfiehlt, unser Verhältnis zu China sorgfältig zu überdenken und zu „prüfen, wie weit der sowjetisch-chinesische Riß geht". Die Cycon-Passagen

über China finden sich fast wörtlich in der Strauß-Schrift „Herausforderung und Antwort", so S. 96: „Aber pragmatisches Denken sollte in der Lage sein, zu erkennen, daß Rot-China ein Interesse an einer Potenz an der Westgrenze des sowjetischen Imperiums in Mitteleuropa hat, während wir an der stärkeren Bindung der Sowjets an ihrer asiatischen Ostgrenze interessiert sind. Partiell und zeitweilig begegnen sich daher unsere und die chinesischen Interessen." Den zu erwartenden „Gewinn" kann man im „Entwurf für Europa" des gleichen Verfassers auf S. 55 nachlesen: „Die Sowjetunion sollte vor die Entscheidung gestellt werden, entweder dem gegenwärtigen Status quo mit allen seinen unvorhersehbaren Risiken europäischer Spannungen und mit deren Auswirkung auf die chinesisch-sowjetischen Auseinandersetzungen beizubehalten oder der Idee eines autonomen Europa zuzustimmen." So einfach ist das also. Wir bedienen uns der EWG, der Länder mit diplomatischen Beziehungen zur Volksrepublik China, z. B. Italien und Österreich, um sozusagen nach dem Prinzip der hydraulichen Presse China zu vermehrtem Druck gegen seinen großen Nachbarn, die Atommacht Sowjetunion, zu bewegen, und im Westen fallen uns die bekannten Traumwünsche des Herrn Strauß und seiner Stützen endlich doch noch als Realitäten in den Schoß! So einfach ist immer noch das Plädoyer für „Politik" am Rande des Weltbrandes.

Die Bundesrepublik hat durchaus ein berechtigtes, schon lang genug verschlepptes Interesse an der Normalisierung ihres Verhältnisses zur Volksrepublik China und zum Ausbau der Handelsbeziehungen, nicht zuletzt kultureller Begegnung. Dafür treten wir seit langem ein. Wir treten für friedliche, korrekte Beziehungen der BRD zu allen Staaten ein, ebenso wie für den Beitrag unseres Landes zur Universalität der Weltorganisation. Das betrifft die VR China, Korea, Vietnam nicht anders als unsere osteuropäischen Nachbarn, die DDR und die anderen sozialistischen Staaten. Nur stehen wir hier vor deutlichen Prioritäten.

Die Spannungsfelder, denen wir uns konfrontiert sehen, liegen noch immer inmitten unseres Kontinents, sowohl militärisch als auch politisch. Nirgends in der Welt stehen sich so vernichtungsstarke gegnerische Waffenarsenale gegenüber, nirgends aber auch scheint es so schwer zu sein, sich aus dem verhängnisvollen Freund-Feind-Denken zu befreien, sich von dem Irrglauben zu lösen, daß die modernen Super-Waffensysteme Sicherheit, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt erlauben. Das Gegenteil ist der Fall. Sie bringen Unsicherheit, schüren das politische Mißtrauen der Völker gegeneinander, verschlingen Rohstoffe, Steuern, Arbeitskraft und mindern das Sozialprodukt. Eine Politik der Entspannung und der Entlastung liegt vor allem und zuerst im ureigensten Interesse der Bundesrepublik und auch der Bevölkerung von Westberlin. Wir müssen deshalb den geringen außenpolitischen Spielraum, der zur Verfügung steht, intensiv nutzen. Wir müssen glaubhaft werden, indem wir zu dem stehen, was in Moskau und Warschau unterzeichnet wurde. Der in diesen Verträgen ausgesprochene gegenseitige Gewaltverzicht und die Grenzgarantien, die Zusicherung, etwaige Grenzänderungen nur friedlich in gegenseitigem Einvernehmen vorzunehmen, von uns gegeben und von den Vertragspartnern uns ebenso zugesichert: sind sie nicht für die Bundesrepublik fast noch gewichtiger als für die andere Seite? Leonid Breshnew sagte in einer Rede kürzlich: „Die Unantastbarkeit der Grenzen der UdSSR, der Deutschen Demokratischen Republik, Polens, der Tschechoslowakei und der anderen Bruderländer ist auch unabhängig vom Vorhandensein eines solchen Vertrages gesichert."

Die dringend notwendige baldige Ratifizierung der Ostverträge liegt gerade angesichts des abrupten Chinasprungs des amerikanischen Präsidenten mehr denn

je in unserem eigenen Interesse. Lernen wir aus den jüngsten, fatalen Erfahrungen Japans, das ganz ähnlich wie die Bundesrepublik geglaubt hat, amerikanischer als Amerika Politik zu treiben, sei eine Garantie gegen Überraschungen und für eine eigene krisenfeste Zukunft. Von den Auswirkungen auf die Interessen der breiten Bevölkerung oder gar von den Erfahrungen der Koreaner und Vietnamesen mit US-„Beistand" überhaupt nicht zu reden: die Lektion sollte begreifbar sein, daß es sich nicht auszahlt, sein Land auf Gedeih und Verderb den USA auszuliefern. Wie Washington mit der Souveränität von „Verbündeten" umspringt, haben ja eben erst auch die Pentagon-Dokumente kraß enthüllt — besonders eindrucksvoll, da wir aus diesen Papieren die eigenen Worte der Verantwortlichen vernehmen.

Wir müssen endlich kühl und nüchtern erkennen, daß wir mit der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR nicht etwa „Rechte verschenken", sondern einfach einen unausweichlichen Schritt tun, den Schritt von der Alleinvertretungspolitik zur realen Friedens- und Entspannungspolitik in der europäischen Völkerwelt von heute, den Schritt, der unsere Bereitschaft zur friedlichen Verständigung über gemeinsam berührende Probleme zeigt, der es uns ermöglicht, mit gutem Gewissen bei einer bestimmten Frage unsere Meinung und unseren Standpunkt, auch wenn er von dem des Kontrahenten abweicht, zu vertreten. Die Normalisierung unseres völkerrechtlichen Verhältnisses zur DDR ist nicht nur ein deutsches Problem, es ist ein europäisches — zumindest in Hinsicht auf die friedliche Zukunft dieses Kontinents. Längst ist diese Einsicht im Westen Europas zu Hause. Der Kreis der Parlamentarier und einflußreichen Persönlichkeiten in europäischen Staaten, die die Anerkennung der DDR durch ihre Regierung fordern, ist in ständigem Wachsen begriffen. Wir müssen, gründlicher als bisher, in aller Öffentlichkeit ganz nüchtern ohne angeheizte Emotionen einerseits darüber nachdenken, welche realen Möglichkeiten ein solcher Schritt eröffnet, was er für Europa bedeutet, für die Bürger in den beiden deutschen Staaten, für die Einwohner von Westberlin, und andererseits darüber, wie fiktiv, wie psychologisch vergiftend die Vorstellungen sind, die immer noch das Denken vieler Menschen bei uns beherrschen, die nicht unterscheiden können zwischen ihrer Ablehnung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung und dem notwendigen korrekten Umgang von Staaten miteinander, auch wenn sie verschiedene Systeme haben.

Zusammenarbeit in Europa, Sicherung einer friedlichen Zukunft, Verminderung der Rüstungen, Übernahme gemeinsamer Aufgaben, Ausbau des Handels, Austausch wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse, Umweltschutz, Verbesserung des sozialen Standards, all diese Aspekte und viele andere erfordern vernünftigerweise ein Zusammengehen. Das Medium hierzu ist die geplante Einrichtung einer Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit. Sie wird nicht im ersten Anlauf die Probleme in Europa lösen. Aber sie ermöglicht es, das Rechnen mit machtpolitischen Pressionen, Rüstungskapazitäten, „Abschreckung" und Kriegsdrohung zu beenden und dafür der unserer Zeit gemäßen Alternative Geltung zu verschaffen: Koexistenz und Kooperation.

Ist Sicherheit in Europa unmöglich?

Von Ernst Henry, Moskau

Das Bemühen um die kollektive Sicherheit in Europa ist wiederum zu einem Gebot des Tages, zu einer der wichtigsten und aktuellsten Aufgaben geworden. Wie auch in den dreißiger Jahren, als die sowjetische Diplomatie erstmals einen Entwurf für ein System kollektiver Sicherheit vorlegte, entwickelt die Sowjetunion in dieser Grundfrage Europas heute starke Impulse.

Es geht um nicht weniger als um die Frage: Wie lange sollen noch Europäer in Leid und Unruhe leben? Wie viele politische und militärische Erdbeben bedrohen sie noch in unserem Jahrhundert? Das ist eine berechtigte Frage. Jeder von uns hat das Recht, diese Frage zu stellen. Wir haben nicht vergessen, was war, und wir wollen wissen, was vor uns liegt.

Die Augen vor der Zukunft zu verschließen, daran nicht zu denken, was morgen passieren kann, dazu haben wir weniger Grund, als die Bewohner jedes beliebigen Erdteils. Auf keinem Kontinent wurde soviel Blut vergossen wie zwischen dem Atlantik und dem Uralgebirge. Es gibt kein einziges Land in diesem Raum, wo keine Kriege geführt worden wären, es gibt kein einziges Stückchen Land, auf dem die Menschen in Ruhe ihr Leben führen konnten.

Soll es auch weiterhin so bleiben? Stimmt es, daß die Europäer nicht anders leben können? Die entwickeltste Zivilisation — und die größte Zahl von Getöteten und Gefolterten! Gipfelleistungen der Kultur — und daneben totale Unfähigkeit zu politischer Sicherheit? Die höchste Produktion von materiellen Gütern (wenn man das ganze Europa sieht) — und eine Katastrophe nach der anderen, eine Explosion nach der anderen. Ist das unvermeidlich? Kann dem ein Ende gesetzt werden?

I

Werfen wir einen Blick auf die letzten vier Jahrhunderte in Europa. Die Menschen rechnen gewöhnlich in den Jahrzehnten ihres eigenen Lebens und vergessen dabei, daß die Zeitrechnung weiter reicht.

Im XVII. Jahrhundert wurde in Europa ein großer Krieg geführt, der Dreißigjährige Krieg Spaniens und Österreichs gegen die deutschen protestantischen Fürsten, Schweden, Dänemark und Frankreich; es gab auch mehrere „kleinere" Kriege. 3 300 000 Soldaten und eine unbekannte Zahl von Zivilisten starben.

Im XVII. Jahrhundert wurden vier große Kriege geführt: der Krieg Englands, Österreichs, Hollands, Preußens und Portugals gegen Frankreich und Spanien, der Nordische Krieg Rußlands gegen Schweden, der Krieg Frankreichs, deutscher Staaten, Spaniens und Schwedens gegen Österreich und der Siebenjährige Krieg Preußens, Englands und Portugals gegen Österreich, Frankreich, Rußland, Sachsen und Schweden. In diesen 100 Jahren fielen in Europa 5 372 000 Soldaten, die getöteten Zivilisten wurden auch diesmal nicht mitgerechnet.

Die Sicherheit wurde immer geringer. Das XIX. Jahrhundert plus die ersten 13 Jahre des XX. Jahrhunderts: ein Blutvergießen nach dem anderen. Die Napoleonischen Kriege, der griechisch-türkische Krieg, russisch-türkische Kriege, der Krieg Englands und Frankreichs gegen Rußland, Preußens gegen Dänemark, gegen

Österreich (zwei Kriege), gegen Frankreich, der Krieg Frankreichs gegen Italien, Italiens gegen Österreich, Österreichs gegen Frankreich; Balkankriege Bulgariens, Serbiens, Montenegros, Rumäniens, Griechenlands, der Türkei. Diese Kriege hatten den Tod von 5 674 000 Soldaten zur Folge. Seit dieser Zeit hat die Spannung in Europa nicht für ein einziges Jahr nachgelassen. Es wurden große Militärbündnisse geschlossen, ein fieberhaftes Wettrüsten setzte ein. Zwei kolossale Explosionen folgten: der Erste Weltkrieg mit mehr als 9 Millionen Opfern, der Zweite Weltkrieg mit 50 Millionen Opfern.

Rechnen wir anders. Der Jahresdurchschnitt der Gefallenen in Europa: im XVII. Jahrhundert 33 000 Menschen, im XVIII. Jahrhundert 53 000, im XIX. Jahrhundert und in den ersten 38 Jahren des XX. Jahrhunderts 116 000, 1939—1945 mehr als 8 Millionen. In den sechs Jahren des Zweiten Weltkrieges sind doppelt soviel Menschen gefallen wie in 338 Jahren davor. Hier wurde in Todeszahlen gerechnet. Und das Leid der Menschen?

Man sagt, es wird noch weiter gerechnet werden müssen. Es ist unmöglich, vorherzusagen, wie hoch die Kurve des Gewalttodes in Europa bei einer nächsten Explosion emporschnellen würde. Niemand weiß, wieviele Menschen in Europa, Amerika und Asien am Leben bleiben, wenn der „Antisicherheitsdynamik" kein Ende bereitet wird. Wie lange soll noch Europa ein Katastrophenkessel bleiben?

II

Es gibt Menschen (besonders viele dieser Art gibt es in Amerika und Ostasien), die sagen, es sei nichts zu machen und nichts zu ändern: Die europäische Sicherheit sei die Quadratur des Kreises. In diesem Erdteil kann es ihrer Meinung nach keinen wahren Frieden, ja nicht einmal eine relative Ruhe geben. Um das zu beweisen, berufen sie sich auf die gegenwärtigen internationalen Widersprüche, auf die europäische Geschichte, auf die Philosophie, Psychologie, auf alles Mögliche. Aber der wirkliche Gedanke dieser „Fatalisten", der sorgfältig getarnt wird, ist anders: Es soll in Europa kein Frieden sein.

Man muß offen sagen, daß es in der gegenwärtigen Welt Kräfte gibt, für welche die europäische Sicherheit das Schrecklichste ist, was sie sich vorstellen können. Ungeheuerlich, aber wahr. Es ist gar kein Zufall, daß die Lösung solch einer scheinbar allgemein klaren und dringenden Frage auf keine geringen Schwierigkeiten stößt.

Diejenigen, die amerikanische Kriege mit den Händen europäischer und asiatischer Soldaten zu führen beabsichtigen, sind an wirklicher Sicherheit in Europa nicht interessiert. Sie sind an der Vertiefung europäischer Unstimmigkeiten, an der Erhaltung entgegengesetzter Blöcke, am weiteren „Balancieren" am Rande des Abgrundes interessiert. Die Strategie der amerikanischen Habichte ist mit der Garantie einer friedlichen Koexistenz in Europa unvereinbar. In dem Augenblick, da diese Garantie gegeben ist, wird Washington alle Agressionspläne entweder revidieren und neu beginnen oder sich im Ernst auf den Frieden orientieren müssen.

Darin besteht zweifelsohne einer der potentiell wichtigsten Aspekte des ganzen Problems: Europa könnte Amerika „umschulen". Es gibt Leute in Übersee, die scheuen das wie das Feuer.

Ganz verhaßt ist der Gedanke an die europäische Sicherheit den deutschen Revanchisten, allerdings aus einem anderen Grund. Die Erben Adenauers sind keine Trottel. Sie verstehen, daß im Rahmen der europäischen Sicherheit an keine

Revanche, ja nicht einmal an eine Halbrevanche zu denken ist; der ganze Plan ihrer „Neuordnung Europas" wird wie eine Seifenblase platzen.

Das ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt dieser Frage. Manche sind der Meinung, daß der deutsche Revanchismus, seit in Bonn eine sozialdemokratisch geführte Regierung an der Macht ist, den Geist aufgegeben hat. Sie irren sich: er lebt, obwohl ihm empfindliche Schläge versetzt wurden, er gruppiert seine Reihen um und entwickelt auf breiter Front neue gefährliche Offensiven. Es ist verfrüht, ihn abzuschreiben. Nur ein fest zusammengefügtes, stabiles System der kollektiven Sicherheit kann den deutschen Revanchismus und Neonazismus begraben. Das ist der geschichtliche Vorteil eines solchen Systems.

Es ist kein Gehemnis, daß auch gewisse Kräfte, die weit östlich von Europa am Werke sind, keine Entspannung auf unserem Kontinent wünschen. Es ist nicht schwer, auch ihre Beweggründe zu verstehen. Für diejenigen, die auf eine globale Katastrophe und die Schaffung einer neuen Welthegemonie setzen, würde die europäische Sicherheit ein wirksames Hindernis sein. Der politische Wahnsinn verkörpert sich in verschiedenen Formen: In unserer Zeit ist jede davon feuergefährlich. Die Argumente, welche die Politik des Todes verschleiern können, sind kaum alle aufzuzählen. Hier interessieren uns aber weniger die außereuropäischen Kräfte und ihre Verbündeten, sondern die Europäer selbst. Wollen wir nachprüfen, was ihnen die politische Sicherheit auf ihrem Erdteil geben würde.

III

Was würde sich zum Beispiel im Leben Englands ändern? Das wichtigste. Die Engländer hätten es nicht mehr nötig, sich vor der physischen Vernichtung in den allerersten Tagen eines großen Krieges zu fürchten. Sie würden nicht jedes Jahr den Löwenanteil ihres Budgets für militärische Zwecke ausgeben und somit ihre Wirtschaft ruinieren. In der Weltarena würde England von der Fesselung an die Globalstrategie der USA freikommen können. Es könnte sich mindestens die Hälfte der militärischen Ausgaben ersparen und sich endlich auf die Sanierung und Festigung seiner Wirtschaft konzentrieren. Das ist keine Hypothese. Sachverständige haben eine praktische Möglichkeit der wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung Großbritanniens nach seinem Übergang auf die Bahn einer friedlichen Politik unwiderlegbar bewiesen.

Was gibt die Sicherheit den Franzosen? Das, was sie bereits seit 100 Jahren, seit dem deutsch-französischen Krieg 1870 anstreben: die Garantie der Unantastbarkeit und Integrität ihres Landes. Wenn alle europäischen Staaten Garanten werden, werden die Franzosen ruhig leben können.

Werden, sagen wir, die Deutschen in Westdeutschland durch die gesamteuropäische Sicherheit im Nachteil bleiben? So reden die Rechten in Bonn. Es gibt nichts Verlogeneres als diese Behauptung. Derzeit ist die BRD als ein NATO-Land nichts anderes als ein ins Zentrum Europas vorgeschobener Brückenkopf des Pentagon. Im Falle einer NATO-Aggression wird das Schicksal dieses Brückenkopfes in gezählten Stunden oder sogar Minuten entschieden. Das wird jetzt von allen zugegeben. Es genügt ein Blick auf die Landkarte. Dieselbe BRD wird, wenn sie ihren Beitrag zur Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit leistet, zum ersten Male in der ganzen Nachkriegszeit ein selbständiger Staat werden können, frei von ausländischer Bevormundung, von allen unabhängig, niemanden bedrohend. Was ist besser für die Westdeutschen? Das, was es gibt, oder das, was sein wird, wenn ihr Land zusammen mit dem restlichen Europa einen neuen Weg einschlägt?

Dieselbe Frage könnte man an Italiener, Holländer, Belgier, Spanier, Skandinavier und andere Völker stellen. Die Verhältnisse sind in jedem westeuropäischen Land anders, die Geschichte und die Geographie sind ebenfalls unterschiedlich, aber die Antwort in der Sicherheitsfrage ist, wenn man der Sache auf den Grund geht, für jedes Land gleich.

Es ist nicht notwendig, zu unterstreichen, daß das in gleichem Maße auch die sozialistischen Länder betrifft. Das System der gesamteuropäischen Sicherheit ist für sie genauso wichtig wie für ihre kapitalistischen Nachbarn. Der Vorteil gilt für beide Seiten. Die Sowjetunion braucht keine Spannung. In Moskau war man nie der Meinung, daß der geschichtliche Wettbewerb zweier Weltsysteme von Militärblöcken wie NATO und Warschauer Vertrag gelöst werden soll. Clausewitz hat das Kernwaffenzeitalter nicht vorausgesehen: Der Krieg kann nicht grundsätzlich als eine Fortsetzung der Politik gelten, und die Marxisten verstehen das offenbar besser als andere. Der Kampf um den Sozialismus wird mit anderen Mitteln geführt. Ist es nicht besser für alle Europäer, wenn ihr Kontinent aufhört, ein Pulverfaß zu sein?

„Safety first" — heißt der englische Ausdruck. Die Einsicht in den Vorrang der Sicherheit darf vor der europäischen Politik nicht haltmachen. Nur friedliche Politik kann einen Weg zu all dem bahnen, was Europa braucht: Annäherung der Völker, Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Ohne Politik oder außerhalb der Politik ist es möglich, das Leben besser zu machen, wie sehr man sich auch bemüht, von welchem Ende man auch herangeht. Man kann die gigantischen Errungenschaften der modernen Technik für die Menschen nicht in vollem Maße ausnutzen, wenn fast alle Länder einen bedeutenden Teil ihres Nationaleinkommens für Rüstungen ausgeben müssen. Indessen könnten bei kollektiv vereinbarter politischer Sicherheit Dutzende Milliarden Pfund Sterling, Mark, Franc und Rubel in den Bau friedlicher Industriebetriebe, in den Wohnungsbau, in den Ausbau des Schul- und Spitalnetzes, in die Schaffung großer gesamteuropäischer technischer Systeme (zum Beispiel auf dem Gebiet der Energiewirtschaft oder des Kampfes mit der Umweltverschmutzung) investiert werden. Zehn Jahre friedliche Zusammenarbeit könnten Europa beim heutigem Tempo des technischen Fortschritts genügen, ein blühender Kontinent zu werden. Nicht erst die Söhne und Enkel, sondern die noch lebende Generation könnte die Früchte des Aufschwungs ernten.

Aber man kann keinen gegenseitig vorteilhaften zwischeneuropäischen und Welthandel, den ausnahmslos alle Länder brauchen, in der nötigen Breite entfalten, wenn die Beziehungen zwischen den Staaten gespannt bleiben.

Man kann die moderne Wissenschaft mit ihren wahrhaft phantastischen Möglichkeiten nicht konsequent in den Dienst friedlicher Bedürfnisse der Menschen stellen, wenn, unter den Umständen fortgesetzter politischer Unsicherheit, diese oder jene Seite neue Kriegsmittel erfindet. Noch nie in der Geschichte hatte die Wissenschaft solch gewaltige Möglichkeiten, das Glück und die Größe der Menschen zu fördern, wie jetzt. Solange es aber am politischen Horizont wetterleuchtet, wird die Wissenschaft nicht nur aufbauen, sondern auch zerstören. Der Schlüssel zur Lösung bleibt derselbe.

Man kann die psychologische Atmosphäre in Europa nicht bereinigen, Angst und Mißtrauen nicht aus dem Denken der Europäer verbannen, wenn die Spannungen aufrechterhalten und sogar zugespitzt werden. Wir alle wissen, wie schädlich die vergiftete Propaganda sein kann, viel schädlicher noch als vergiftete Luft und vergiftetes Wasser. Nur wenn jedes Volk sich in Sicherheit fühlen wird,

kann sich die politische Atmosphäre entspannen. Es genügt die Erinnerung an die Erfahrungen der Nachkriegsjahre, um zu verstehen, wie wichtig das wäre. Es ist schwer, ruhig zu atmen, Lebensfreude in vollen Zügen zu empfinden, wenn der Mensch nicht sicher ist, ob der Welt und ihm selbst morgen nicht doch das Inferno des Krieges droht. Wenn das System der europäischen Sicherheit hilft, Angst und Hoffnungslosigkeit aus dem Leben von Millionen Europäern zu bannen, wird schon das allein eine historische Errungenschaft sein.

Wir sprechen von Axiomen. Aber dadurch, daß alles so offensichtlich ist, hört die Wahrheit nicht auf, Wahrheit zu sein. In Europa funktioniert in dieser Hinsicht seit langem vieles nicht, und, wie schon gesagt, sehr viele haben sich daran gewöhnt; man kann sich an alles gewöhnen. Aber wie lange kann man gedankenlos am Krater eines nicht erloschenen Vulkans sitzen? Wir waren Zeugen von zwei Ausbrüchen. Die Hände in den Schoß zu legen und darauf zu setzen, ein dritter Ausbruch sei nicht aktuell, das ist kein Fehler und keine Dummheit. Das ist ein Verbrechen.

IV

Im Westen sagt man oft: „Das ist ja alles schön und recht, die Idee der gesamteuropäischen Sicherheit ist zweifellos eine ausgezeichnete Idee. Ihre Verwirklichung könnte tatsächlich vieles zum Besseren wenden. Aber: sind das nicht Träume? Wie kann man 30 europäische Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen, verschiedenen Bestrebungen, mit verschiedener und sogar entgegengesetzter Außen- und Innenpolitik zusammen- und zu wirksamen Vereinbarungen bringen? Das wäre sehr schön, aber das ist praktisch unmöglich.

Diejenigen, die so denken, bleiben hinter dem Zeitalter zurück. Ihr Geist klammert sich noch an die Schablonen des Vergangenen. Solche Leute werden nie helfen, die Welt voranzubringen, werden nie etwas Kühnes und Wichtiges vollbringen. Es stimmt, das System der europäischen Sicherheit ist nicht so einfach aufzubauen. Nicht sehr leicht ist es anscheinend sogar, einige Länder für die Einberufung einer Konferenz zur Besprechung dieser Aufgabe zu gewinnen. Es werden verschiedene Einwände vorgebracht, kluge und unkluge Vorbehalte gemacht. Die einen wollen verschieben, die anderen können sich nicht entschließen. Wir haben schon die nichteuropäischen und die europäischen Kräfte erwähnt, die überhaupt kein System kollektiver Sicherheit in Europa wollen und alles tun, um seine Entwicklung zu durchkreuzen. Aber Sicherheit auf unserem Kontinent kann verwirklicht werden. Sie ist kein Traum. Sie kann durchaus Realität werden. Europa ist nicht „verdammt".

Man muß deutlich aussprechen: Diejenigen, die den Aufbau eines Systems der europäischen Sicherheit zu verhindern suchen, übernehmen eine gewaltige historische Verantwortung, wie sie vor ihnen noch niemand getragen hat. Das Spiel mit dem Frieden ist in den siebziger Jahren tausendmal gefährlicher als in den Dreißigern und Vierzigern. Das sollten sich diese Spieler einprägen. Es wird wohl wirklich gar nicht so einfach sein, über alle Fragen Vereinbarungen zu treffen, Details auszuarbeiten und Streitigkeiten über diese oder jene Fragen beizulegen. Einfach kann Politik in unserer Welt nicht sein. Es handelt sich aber nicht um die Beseitigung grundlegender ideologischer und sozialer Widersprüche. Sie sind mit den Verträgen nicht zu beseitigen. Es geht vielmehr darum, daß solche Widersprüche mit der Zeit ohne Blutvergießen beseitigt werden.

Man kann und muß erreichen, daß allen Staaten, ungeachtet ihrer unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen, die Unabhängigkeit, Souveränität, Gleichberechti-

gung und territoriale Integrität gewährleistet wird. Man kann und soll garantieren, daß alle Länder wissen: Ihre Grenzen sind unantastbar, niemand hat das Recht, sich in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen, alle Streitfragen zwischen ihnen werden nur friedlich gelöst.

Das wollen die Menschen. In jedem Land wird das Volk den Verlauf der Dinge verfolgen und auf ein Ergebnis warten. Den Willen von Millionen zu verhöhnen, ist in unseren Tagen auch nicht einfach.

Man soll nicht zuerst an das Nebensächliche, sondern an das Wichtigste denken. Wenn es nach 25 Jahren schärfster Differenzen und äußersten Mißtrauens möglich wurde, einen Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD zu unterzeichnen, dann ist es auch keinesfalls unmöglich, eine Vereinbarung über die Sicherheit für alle zu treffen. Die UdSSR ist bereit, eben diesen Weg zu gehen. Man braucht Geduld, Sachlichkeit, Bereitschaft, einander entgegenzukommen, und vor allem die echte Entschlossenheit, einen Erfolg zu erzielen. Es gibt keinen anderen Weg.

Kriterien zur Reform der Juristenausbildung*)

Von Henner Wolter

Einleitung

Die Notwendigkeit von Reformen im Bildungswesen wird von keiner Seite mehr ernsthaft bestritten; die Neuorganisation von Wissenschaft und Ausbildung ist zu einer der großen Aufgaben der kommenden Jahre erklärt worden.

Dies gilt auch für die Reform der Juristenausbildung. Der 48. Deutsche Juristentag im September 1970 in Mainz befaßte sich in einer eigenen Abteilung mit der Reform der Juristenausbildung. Bezeichnend ist schon, daß der Juristentag sich nicht wie üblich die Frage vorlegte: „Empfiehlt es sich, die Juristenausbildung zu reformieren?", sondern „In welcher Weise empfiehlt es sich, die Juristenausbildung zu reformieren?"

In vielen Bundesländern sind Kommissionen zur Reform der Juristenausbildung eingesetzt worden. Die Zahl der Ausbildungsmodelle, Gesetzesvorschläge, Stellungnahmen hierzu, Aufsätze usw. ist inzwischen kaum noch zu übersehen. Inzwischen hat sich auch der Bundesgesetzgeber mit der Reform der Juristenausbildung befaßt. Der Bundestag hat noch vor der Sommerpause in größter Eile sehr detaillierte Beschlüsse zu den §§ 5 ff. des Deutschen Richtergesetzes, der „sedes materiae" für die Rahmenkompetenz des Bundes in dieser Frage, gefaßt[1]). Zur

*) Der vorliegende Artikel ist die für die „Blätter" überarbeitete Fassung eines Referats, das der Verfasser auf einer Tagung des „Initiativ-Ausschusses der Verteidiger in politischen Strafsachen für die Amnestie" gehalten hat.

1) Vgl. BT-Drucksache VI/2269.

Änderung der §§ 5 ff. DRiG haben u. a. Entwürfe der Bundesregierung[2]) vorgelegen samt Stellungnahme des Bundesrates[3]), der CDU/CSU[4]), des Bundestagsabgeordneten Dichgans (CDU)[5]), verschiedener Justizminister und Justizprüfungsämter, bis hin zum Bund Deutscher Verwaltungsrichter[6]). Am 25. März 1971 fand im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages ein Hearing zur Reform der Juristenausbildung statt, auf dem mehr als 30 „Sachverständige" Stellungnahmen abgaben[7]).

Vorbereitet worden war das Hearing durch die beiden Berichterstatter des Ausschusses, Dichgans (CDU) und Dr. Beermann (SPD). Dabei hatten die beiden Herren weder Zeit noch Mühe gescheut: Der von ihnen ausgearbeitete 31 Seiten lange Fragebogen zur Reform der Juristenausbildung[8]) war an mindestens 95, wahrscheinlich weit über 100 verschiedene Institutionen und Personen verschickt worden, von denen nur 9 die Beantwortung schuldig blieben. Ausgefüllt haben ihn u. a. der BDI, der Gerling-Konzern, die Volkswagenwerke AG, die BASF, die Dresdner Bank und die Farbenfabriken Bayer. Die vorläufige Auswertung des Fragebogens umfaßt 138 Seiten[9]).

Als besonders interessiert hat sich dabei Dichgans gezeigt.

Dichgans ist ein vielbeschäftigter Mann: Er ist Verbandsgeschäftsführer der „Wirtschftsvereinigung Stahl und Eisen" in Düsseldorf[10]). Dieser großindustrielle Verband ist eine der mächtigsten Lobbys im Bundestag und hat in vergangenen Wahlkämpfen einen großen Teil der Wahlkampfkosten der CDU/CSU aufgebracht. Dichgans ist Mitglied des „Bundes Freiheit der Wissenschaft". Er gehört dem Initiatorenkreis dieses reaktionären Bundes und dem „harten Kern" um dessen Kampfblatt, die „Hochschulpolitischen Informationen", an.

Herr Dichgans hat Thesen zur Reform der Juristenausbildung und einen eigenen, sehr detaillierten, 11 Absätze umfassenden Entwurf zur Änderung des § 5 DRiG ausgearbeitet[11]). Er ist zusammen mit Dr. Beermann zu vier Universitäten gereist, um sich an Ort und Stelle über die Juristenausbildung zu unterrichten.

Warum nehmen der vielbeschäftigte Monopoljurist Dichgans und seinesgleichen, warum nehmen die Krupp und Thyssen, der BDI und BASF ein so reges Interesse an der Reform der Juristenausbildung?

Die Antwort ist einfach: Sie halten eine in ihrem Interesse reformierte Juristenausbildung offensichtlich für notwendig und dringend. Denn es zeichnet sich mehr und mehr ab, daß der Nachfrage der Konzerne nach qualifizierten „Führungskräften" in Staat und Wirtschaft von juristischer Seite ein immer spärlicheres Angebot gegenübersteht. Waren in der Geschäftsführung deutscher Großunternehmen 1925 19 %, 1935 22 % Juristen, so waren es 1963 nur noch 14 %[12]), und von den akademisch ausgebildeten Vorstandsmitgliedern deutscher Unternehmen waren 1935 19 %, 1963 dagegen nur noch 12 % Juristen[13]).

---

2) Vgl. BT-Drucksache VI/1380.
3) Vgl. Anlage zum Fragebogen der beiden Berichterstatter des Rechtsausschusses Dichgans und Beermann zur Juristenausbildung v. 19. 1. 1971; hektographiertes Manuskript.
4) Vgl. BT-Drucksache VI/665.
5) Unveröffentlichtes Manuskript.
6) Vgl. Fragebogen zur Reform der Juristenausbildung, vorläufige Auswertung v. 23. 3. 1971, Reg.-Nr. WF III — 67/71.
7) Vgl. Schreiben des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages vom 11. 3. 1971.
8) S. o. FN 3.
9) S. o. FN 6.
10) Übrigens hat er sich seine Treue zur „Branche" bewahrt: vor 1945 war er Leiter eines Arbeitsstabes beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion; vgl. O. Reinhold, Herrn Dichgans' Unbehagen über das Unbehagen in der Bundesrepublik, „Einheit" Berlin, Heft 4/69, S. 476.
11) Unveröffentlichte Manuskripte, 1970.
12) W. Kaupen, Die Hüter von Recht und Ordnung, Neuwied und Berlin 1969, S. 26.
13) W. Kaupen, a.a.O., S. 27.

Nach neuesten Untersuchungen sind Juristen nur noch mit 10,4 % unter den leitenden Angestellten mit Hochschulabschluß vertreten, gegenüber rund 40 % Wirtschaftsakademikern[14]).

Zugleich stagniert der Bedarf an Juristen, bzw. er geht sogar zurück:

Obgleich hinreichend exakte Untersuchungen über den künftigen Bedarf an Juristen nicht vorliegen, mehren sich die kritischen Stimmen: Einer ständig steigenden Zahl von Jurastudenten (1955: 14 895, WS 1969/70: 35 550 Jurastudenten in der BRD)[15]) steht ein nur unwesentlich steigender Bedarf gegenüber[16]). Bei Rechtsanwälten liegt nach Angaben der Bundesrechtsanwaltskammer der Zuwachs schon jetzt über dem Bedarf, so daß sich viele Anwälte in finanziell bedränger Lage befinden[17]).

Offenbar reicht das Instrumentarium der Juristen besonders in den leitenden Positionen nicht mehr aus, um die neuen Aufgaben bewältigen zu können.

Es wird im folgenden versucht, eine Erklärung für die Reformbedürftigkeit der Juristenausbildung und der von den Großunternehmen und ihrem Staat intendierten Stoßrichtung der Reform aus den Widersprüchen unseres Gesellschaftssystems zu geben und die demokratische Alternative aufzuzeigen.

1) Der Grundwiderspruch

Das Gesellschaftssystem der BRD wird durch das Privateigentum an Produktionsmitteln bestimmt, die BRD ist ein kapitalistisches Land und damit gekennzeichnet u. a. durch ein kompliziertes System von Widersprüchen.

Der Grundwiderspruch des Kapitalismus in der BRD ist der zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Exemplifiziert werden soll dies an der Produktivkraft Wissenschaft.

Der einzelne Unternehmer ist nur an der Verwertung seines Kapitals, an Produktion von Mehrwert interessiert. Von da aus beurteilt sich auch sein Interesse, in Forschung und Wissenschaft zu investieren.

Die Möglichkeit der privaten Investition wird jedoch für das einzelne Großunternehmen beschränkt wegen

— des ständig steigenden Kapitalaufwandes für die Forschung;

— der hohen Investitionen, die die Überführung der Forschungsergebnisse in die Produktion verlangt;

— des hohen Kapitalrisikos, das sowohl die Forschung selbst als auch ihre Auswertung in der Produktion beinhalten[18]).

Zunehmend überfordert die wissenschaftlich-technische Revolution die Möglichkeiten der kapitalistischen Großunternehmen selbst. Zu den oben genannten Momenten kommen hinzu:

— Die Langfristigkeit wissenschaftlicher Unternehmen widerspricht dem Zwang zu rascher Kapitalverwertung;

— die Notwendigkeit, auch die Grundlagenforschung möglichst planvoll voranzutreiben, fordert Investitionen, die gar keinen oder nur langfristigen Profit bringen;

14) Vgl. Wirtschaftswoche — Der Volkswirt, v. 26. 3. 1971, S. 65 f.
15) Vgl. Wunner, Drohender Juristenüberschuß?, Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 19. 9. 1969, und Zusammenstellung aus der „Kleinen Hochschulstatistik".
16) Vgl. Erklärung der Innenministerien in: Vorläufige Auswertung des o. a. Fragebogens v. 23. 3. 71, a.a.O., S. 6; vgl. weiter L. Kroeber-Kenneth, Zuviel Akademiker, Input 1/69, S. 33 ff.
17) Vgl. Deutscher Bundestag, a.a.O.
18) Vgl. W. Marschall, Produktivkraft Wissenschaft², „Rote Korrespondenz", Zeitschrift des „Spartakus AMS" 1. extra, 1970, S. 12.

— vor allem in der Grundlagenforschung läßt sich schwer voraussehen, ob ihre Ergebnisse für das einzelne Großunternehmen überhaupt verwertbar sein werden — das Risiko wird für das private Kapital zu groß[19]).

Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sind also eine Fessel für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte; die Vergesellschaftung der Produktion verlangt die Mobilisierung von und Verfügung über gesellschaftliches Kapital[20]).

2) Lösungsversuch auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsverhältnisse

Der gesellschaftliche Charakter der Produktion verlangt daher nach Anpassung der Produktionsverhältnisse an die Produktivkräfte.

Lösungsversuch auf Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse ist das Entstehen des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Staatsmonopolistischer Kapitalismus heißt die „Vereinigung der Macht der Monopole mit der des bürgerlichen Staates und damit verbunden das unmittelbare Eingreifen des Staates in die Wirtschaft sowie die Verwandlung des Staates in einen direkten geschäftsführenden Ausschuß der Monopolbourgeoisie . . ."[21]).

Beim Staat werden dabei ökonomische Entscheidungsbefugnisse zentralisiert, die er im Interesse des Finanzkapitals dauerhaft und vorausplanend einsetzt und vermittels seines Herrschaftssystems besonders effektiv durchzusetzen vermag. Er konzentriert in seinen Händen selbst große Teile des gesellschaftlichen Gesamtkapitals[22]). Mit seiner Hilfe reguliert das Finanzkapital immer mehr gesellschaftliche Bereiche und kann eine Umverteilung des Nationaleinkommens erzwingen[23]). Zugleich baut der Staat durch die „innere Staatsreform" seine politische Funktion aus[24]). Dies zeigt sich im weitgehenden Abbau dezentralisierter Entscheidungsstränge und formaldemokratischer Rechte durch Notstandsgesetze, Stabilitätsgesetz, Finanzreform, Verwaltungsreform, Hochschulreform, Wahlrechtsreform und Parlamentsreform[25]).

Dies spiegelt u. a. die Widersprüche im Inneren wider und trägt zu ihrer weiteren Verschärfung bei.

3) Juristen und Juristenausbildung im System der Widersprüche

Staat und Recht, ebenso wie die ökonomischen Gesetze, wirken und realisieren sich jedoch ausschließlich über das Handeln der Menschen[26]). Die Menschen, die die dem Staat zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen haben, sind zu einem erheblichen Teil Juristen (35—45 % der Juristen sind nach einer Schätzung der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung in Frankfurt in Justiz und Verwaltung tätig)[27]). Ähnliches gilt für die Juristen in der Wirtschaft (30 % der Juristen)[28]).

Diese Juristen werden für ihre Aufgaben im wesentlichen durch eine bestimmte Ausbildung qualifiziert.

---

19) Vgl. W. Marschall, a.a.O., S. 13.
20) Vgl. Autorenkollektiv, Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin (Akademie-Verlag) 1967, S. 18 ff.
21) S. Philosophisches Wörterbuch, hrsg. v. G. Klaus u. M. Buhr, Berlin (Dietz) 1969, Stichwort „Kapitalismus, staatsmonopolistischer".
22) Vgl. Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, Köln und Opladen 1970, Stichwort „staatsmonopolistischer Kapitalismus".
23) Vgl. Autorenkollektiv, a.a.O., S. 22.
24) Vgl. G. Matthiessen, Zur Rolle der SPD im Spätkapitalismus und ihrem ideologischen Einfluß auf die Studentenbewegung, Facit, Zeitschrift marxistischer Studenten, Neumünster, Nr. 20, Juli 1970, S. 6.
25) G. Matthiessen, a.a.O.,
26) Vgl. G. Feige, Staatliche Leitung und sozialistisches Recht bei der Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Staat und Recht, 1970, S. 1815, P.-B. Schulz, Zur Dialektik von Basis und Überbau — ihre Bedeutung für die weltanschauliche Orientierung der Staats- und Rechtspraxis, Neue Justiz 1970, S. 2 ff.
27) Deutscher Bundestag, v. 23. 3. 1971, a.a.O., S. 3; s. o. FN 6.
28) Deutscher Bundestag, a.a.O.

Die Frage ist also: Produziert die Juristenausbildung Juristen, die

a) die dem Staat aufgrund des Versuchs der Anpassung der Produktionsverhältnisse an die Produktivkräfte auf kapitalistischer Grundlage zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen imstande sind?

b) in den Unternehmen selbst die neuen Aufgaben für Juristen, die aus den veränderten Produktionsverhältnissen resultieren, zu erfüllen vermögen?

Oder werden Ausbildungsorganisation, -institutionen und Ausbildungsinhalte diesen neuen Anforderungen nicht mehr gerecht? Mit anderen Worten: Erweist sich also die Juristenausbildung als eine Fessel, als ein Hemmnis für die Produktionsverhältnisse? Oder anders ausgedrückt: Die Juristenausbildung ist nach marxistischen Kategorien dem Überbau zuzurechnen[29]). Entspricht dieser Überbau der Basis? Stimuliert er die Entwicklung der Basis, d. h. der staatsmonopolistischen Produktionsverhältnisse[30]), oder erweist sich die Juristenausbildung als eine Bremse für die Anpassung der Produktionsverhältnisse an die Produktivkräfte? Die Antwort auf diese Frage ist einfach: Sie ergibt sich aus dem Reform- bzw. Formierungseifer der Bundesregierung, der Länderjustizminister und der Dichgans und Co. Aus dieser Aussage folgt jedoch noch nicht, *welche* Widersprüche konkret vorliegen. Im übrigen ist diese Fragestellung unvollständig, denn sie erfaßt nur eine Seite des Problems. Staat und Recht sind selbst Bestandteil der Institutionen und Anschauungen, die in ihrer Gesamtheit den Überbau bilden, und bleiben es, auch wenn ihnen durch die Entwicklung der Produktionsverhältnisse neue Aufgaben zugewiesen worden sind. (Das gilt natürlich nicht für den Fall, daß der Staat als Unternehmer auftritt.)

Über das Rechtssystem der BRD läßt sich sehr summarisch[31]) folgendes aussagen: Die herrschenden Unternehmen und Banken haben sich durch ihren Staat, d. h. durch die oben beschriebene „innere Staatsreform", durchaus das ihren Interessen dienende Recht geschaffen. Zum Teil haben sie auch selbst Recht gesetzt (etwa durch Allgemeine Geschäftsbedingungen). Ähnliches gilt für den Staat, dessen Organisation teilweise durchaus den Bedürfnissen des Finanzkapitals angepaßt ist. Dieser Prozeß ist jedoch noch längst nicht abgeschlossen und verläuft in sich sehr widerspruchsvoll, uneinheitlich und durch viele Faktoren gehemmt. Diesem angepaßten Staat und Recht widerspricht offenbar die inhaltliche und organisatorische Gestaltung der Juristenausbildung.

Die zu analysierenden Widersprüche sind daher nicht nur solche zwischen Basis und Überbau, sondern auch solche innerhalb des Überbaus selbst:

Zwischen „modernem" Recht und herkömmlicher juristischer Dogmatik, innerhalb des Rechtssystems selbst (weiterbestehende demokratische Rechte gegenüber staatsmonopolistischen Gesetzen) und, was hier vor allem von Bedeutung ist, zwischen juristischen Inhalten, juristischer Methodik und Juristenausbildung.

Diese Widersprüche und die Versuche, sie zu lösen, sind im folgenden konkret darzustellen.

[29]) „Die Gesellschaft stellt auf jeder Entwicklungsstufe eine Gesamtheit gesellschaftlicher Verhältnisse zwischen den Menschen dar, die in materielle und ideologische eingeteilt werden können. Die ersteren bilden die Grundlage, die reale Basis einer Gesellschaft, die letzteren stellen einen Überbau über dieser Basis dar. Die (ökonomische) Basis ist demnach die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die Gesamtheit der materiellen ökonomischen Verhältnisse, das System der jeweiligen Produktions- und Klasenverhältnisse . . . Der Überbau ist das System der dieser Basis entsprechenden politischen, juristischen, moralischen, weltanschaulichen Anschauungen sowie der dieser Basis entsprechenden politischen, juristischen und sonstigen Institutionen (Staat, politische Parteien, gesellschaftliche Organisationen, kulturelle Einrichtungen, Bildungswesen usw.). In jeder Gesellschaftsformation bringt eine gegebene Basis den ihr entsprechenden Überbau hervor, der seinerseits auf die Basis zurückwirkt . . ."; vgl. Philosophisches Wörterbuch, a.a.O., Stichwort „Basis und Überbau".

[30]) Vgl. P.-B. Schulz, a.a.O.

[31]) Eine detaillierte Analyse, inwieweit das Recht der BRD den Bedürfnissen der Herrschenden angepaßt ist, kann hier nicht geleistet werden.

3,1) Widersprüche zwischen juristischer Dogmatik und Juristenausbildung

Der erste Widerspruch resultiert aus der mangelnden Eindeutigkeit und Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung[32]) und einer Juristenausbildung, in der eine Dogmatik vermittelt wird, die gerade auf diesen Eigenschaften eines Rechtssystems beruht, sowie aus den Folgen dieses Zustandes des Rechtssystems für die Interessen der Konzerne. „Die generell-abstrakte Gesetzesnorm, der die Vertragsfreiheit als der juristische Ausdruck der ökonomischen Gesetze des vormonopolistischen Kapitalismus zugrunde liegt, ist von der staatsmonopolistischen Entwicklung geradezu überrollt worden und hat eine hilflose Rechtswissenschaft zurückgelassen[33])." Das Ideal des abstrakten Gesetzes, das derart bestimmt ist, daß es dem Richter so wenig freies Ermessen wie möglich läßt, entspricht den Bedürfnissen des Konkurrenzkapitalismus[34]). In der bürgerlichen Rechtswissenschaft ist dieser Zerfall der formalen Rationalität der Rechtsordnung häufig beschrieben und beklagt worden, ohne daß das Wesen hinter diesen Erscheinungsformen erfaßt worden wäre: „Normenkaskaden" und „Unüberschaubarkeit der Rechtsordnung"[35]), „Altern der Kodifikationen"[36]), „außergesetzliche Rechtsordnung"[37]), immer größer werdende Bedeutung von Generalklauseln und ihre Rechtfertigung[38]), „verfassungskonforme Auslegung", „richterliche Rechtsfortbildung", „Problemdenken"[39]), „Maßnahmegesetz", „Topik", auf der einen Seite bis in kleinste Einzelheiten gehende Regelungen (wie etwa im Aktiengesetz von 1965), andererseits Generalklausel „von nicht zu überbietender Schwammigkeit"[40]) (etwa §§ 1 Stabilitätsgesetz, 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, 1 Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb) — alles dies artikuliert die Bedürfnisse der Oligopole nach einem den staatmonopolistischen Produktionsverhältnissen entsprechenden Recht.

Ähnliches gilt etwa vom Verwaltungsrecht. Dort versucht man mit aller Gewalt, eine Streitigkeit als öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche zu klassifizieren, den Verwaltungsakt von Normen und beide von bloß innerdienstlichen Maßnahmen abzugrenzen. (Suggeriert werden soll u. a. dadurch eine nach wie vor bestehende Trennung zwischen Staat und Gesellschaft.) Besonders im öffentlichen Recht versagt die herkömmliche Dogmatik und die „Bindung ans Gesetz" angesichts der Aufgaben des „lenkenden, verteilenden, beschützenden und schlichtenden Staats"[41]). Eine Juristenausbildung, die nach wie vor an der Überschaubarkeit des Rechts, an der „Einheit und Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung" orientiert ist, der der Jurist immer noch primär als „Rechtsanwender" gilt, in der Juristen also in präziser Subsumtion geschult werden, wird diesem Zustand des Rechts nicht mehr gerecht. Juristen werden damit für die Bewältigung ihrer Aufgaben nicht hinreichend vorbereitet.

Ist aber die jeweils zu treffende Entscheidung aus dem Normensystem nicht mehr mit hinreichender Deutlichkeit abzulesen, so folgt daraus: Der Rechts„anwender", der insoweit zum Recht„setzer" geworden ist, könnte Entscheidungen fällen, die nicht zur Herrschaftssicherung bzw. Profitmaximierung beitragen.

---

32) Vgl. R. Wassermann, Richter — Reform — Gesellschaft, Karlsruhe 1970, S. 69 ff.
33) R. Meister, Das Rechtsstaatsproblem, Berlin (Staatsverlag der DDR) 1966, S. 228.
34) Vgl. grundlegend F. Neumann, Demokratischer und autoritärer Staat, Frankfurt 1967, S. 45 ff.
35) S. Simitis, Informationskrise des Rechts und Datenverarbeitung, Karlsruhe 1970, S. 11 f., 37 f.
36) F. Kübler, Kodifikation und Demokratie, Juristenzeitung 1969, 645 ff.
37) Simitis, a.a.O., S. 36 ff.; F. Wieacker, Gesetz und Richterkunst, Schriftenreihe der Juristischen Studiengesellschaft Karlsruhe, Heft 34, Karlsruhe 1958, S. 5 ff.
38) Vgl. Simitis, a.a.O., S. 38; Kübler, a.a.O., S. 650 f.; R. Schmidt, Archiv für die civilistische Praxis, Bd. 166 (1966), S. 25 f.
39) Vgl. H. Ehmke, Veröffentlichungen der Vereinigung deutscher Staatsrechtslehrer, Heft 20, S. 55: „Nicht das System, die Probleme sind vorgegeben."
40) F. Wieacker, a.a.O.
41) Vgl. S. Simitis, a.a.O., S. 38.

Wird die Entscheidung vom System nicht mehr hinreichend deutlich präjudiziert, so muß der Rechts„anwender" selbst die gesellschaftlichen Auswirkungen seiner Entscheidungen überschauen und selbst mehr und mehr aktiv leitend und gestaltend in den Wirtschaftsablauf eingreifen. Das gilt natürlich sowohl für den Juristen im Staatsapparat, der sich mit Planung, Leitung, Organisation und Konfliktentscheidungen befaßt, als auch — allerdings in unterschiedlichem Maße, je nach Aufgaben — für den Unternehmensjuristen. Es wird daher immer notwendiger, daß dem Juristen eine Orientierung für die gesellschaftlichen Auswirkungen seiner Handlungen gegeben wird[42]). Das setzt eine entsprechende Bildung voraus. Hier wird die ambivalente Wirkung von Bildung klar und es zeigt sich wieder, daß die Lösung eines Widerspruchs auf kapitalistischer Grundlage nur um den Preis des Entstehens neuer Widersprüche möglich ist: Der Jurist kann durch eine Ausbildung, aufgrund derer er in den Stand versetzt wird, die gesellschaftlichen Auswirkungen seiner Handlungen zu übersehen, zugleich die Funktionsweise dieser Gesellschaftsordnung durchschauen, kann Einsicht gewinnen in die mögliche Entfaltung der Produktivkräfte und ihre Beschränkung, Vernichtung und Verwandlung in Destruktivkräfte durch die staatsmonopolistischen Produktionsverhältnisse. Er könnte an der Rationalität der Fortexistenz einer besonderen Klasse von Produktionsmitteleigentümern zu zweifeln beginnen und sich gar auf die Seite der demokratischen Kräfte schlagen.

Diese Handlungsorientierung, die notwendigerweise die gesellschaftlichen Bezüge juristischer Entscheidungen einbeziehen muß, geht jedoch Hand in Hand mit ideologischer Verschleierung, Integration der Auszubildenden und den Versuchen der Identifikation von Sonderinteressen mit dem Gesamtinteresse der Gesellschaft. Die Herrschenden sind darauf angewiesen, ihr Wohl als das Gemeinwohl auszugeben[43]). Die Einbeziehung der gesellschaftlichen Seite eines Konflikts in die juristische Entscheidung zeigt sich klar z. B. im „Feldmühle-Urteil" des Bundesverfassungsgerichts[44]); zugleich aber auch die Identifizierung von „Gemeinwohl" mit dem Wohl der Flick und Stinnes.

3,2) Verwaltungsorganisation

Für die Effektivität der Tätigkeit von privaten und staatlichen Verwaltungen bedeutet dies von organisationswissenschaftlichem Standpunkt aus folgendes: „Der Erfolg komplexer Organisationen hängt von ihrer Informationsdurchlässigkeit ab. Damit ergibt sich von selbst das auch von den ‚Perspektiven' genannte Erfordernis einer ‚Demokratisierung des öffentlichen Dienstes'. Traditionelle Hierarchien erlauben keinen schnellen Informationsfluß[45])." Moderne effizientere Führungsmethoden verlangen kooperative und kollegiale Führung, Teamarbeit und die Schaffung von dezentralisierter Selbstverantwortung[46]). Diese

42) Vgl. auch H. Kronstein, Juristische Ausbildung in der modernen Gesellschaft, aus: politik und zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „das Parlament", B 37/70 v. 12. 9. 1970, S. 33.
43) Vgl. Heininger-Hess, Die Aktualität der Leninschen Imperialismuskritik, Frankfurt/M., 1970, S. 50 f.
44) Vgl. BVfGE Band 14, S. 263 ff.; an der Feldmühle AG waren Flick zu ca. 58 % und Stinnes zu ca. 22 % beteiligt. Sie gründeten eine neue AG, die AG für Papier- und Zellstoffinteressen, in die sie ihre Anteile einbrachten. Sodann beschloß die Hauptversammlung der Feldmühle AG die Umwandlung und Übertragung des Vermögens auf den Hauptgesellschafter die AG für Papier und Zellstoffinteressen. Die Minderheitsaktionäre wurden abgefunden. Das BVfG erklärte am 7. 8. 1962 den § 15 des Umwandlungsgesetzes in der Fassung vom 12. November 1956 für verfassungsmäßig, der die Rechtsgrundlage für die Enteignung der Minderheits- durch die Mehrheitsaktionäre bildete.
45) Vgl. K. v. Dohnanyi, Erläuterungen zu den „Perspektiven sozialdemokratischer Politik im Übergang zu den siebziger Jahren, 1969; zit. n. Dokumentation der Zeit, 2/71, S. 12.
46) Vgl. v. Dohnanyi, a.a.O.; Entwurf eines CDU-Programms, Monatsblatt, Nr. 7/70; vgl. auch von der Harzburger Akademie der Führungskräfte R. Holm, Verwaltung heute — autoritäre Führung oder modernes Management, Bad Harzburg 1970, S. 208 ff. Vgl. auch Steinmüller, EDV und Recht, Einführung in die Rechtsinformatik. Juristische Arbeitsblätter-Sonderheft 6, 1970, S. 115 f. Steinmüller kommt ebenda S. 53 f. zu einem ähnlichen Ergebnis durch eine kybernetische Betrachtungsweise von Recht und Staat. Relative Selbständigkeit der Subsysteme (wie z. B. Kommunalverwaltungen) zum System „Staat" erhöhen dessen Elastizität und Umweltunabhängigkeit; fragt sich nur: in wessen Interesse?

Delegation von Entscheidungsbefugnissen kann jedoch nur dann die Effektivität steigern, wenn sich die Entscheidungsträger mit den Zielen der Organisation identifizieren und ihre gewonnene Entscheidungsfreiheit für die Ziele des Unternehmens einsetzen. In jedem Falle besteht die Möglichkeit, daß diese „Entscheidungsträger" leichter als bisher überschauen, wem eine Maßnahme nützt, in wessen Interesse sie ergeht.

3,3) Ausbildungsinhalte

Ein weiterer Widerspruch ergibt sich aus dem heute für die Herrschenden relevanten und dem in der Ausbildung vermittelten Recht. So wenig, wie die Oligopole den „Nachtwächterstaat" gebrauchen können, so wenig nutzt ihnen das „Nachtwächterrecht". Die Juristenausbildung ist jedoch noch weitgehend an diesem Recht orientiert, was zwangsläufig zu „Nachtwächterjuristen" führen muß.

Ausgebildet werden Juristen vorzugsweise am BGB, der „Hohen Schule der Jurisprudenz"[47]; Hypothekenrecht wird bis in die feinsten Verästelungen hinein betrieben. Im Staatsrecht werden immer noch Gewaltenteilung, Bindung ans Gesetz, Funktionieren des Parlaments etc. gelehrt.

Im Verwaltungsrecht übt man, wie eine Polizeiverfügung geprüft wird, usw. Noch ein letztes Beispiel: In Wirtschaftsrechtsvorlesungen werden z. B. Kartelle vorzugsweise an solchen Sachverhalten dargestellt wie „A und B sind die beiden einzigen Würstchenverkäufer auf einem Fußballplatz. Sie kommen überein, nur zu gleichen Preisen anzubieten". (Würde B seinen Stand zumachen, müßte man das Geschäft des A wohl als Monopol bezeichnen!)

Diese Ausbildungsinhalte sind sicherlich Ausdruck des Zurückbleibens der Ausbildungsinhalte gegenüber den Erfordernissen der Basis, Ausdruck einer „Nachtwächteruniversität".

Ihre Vermittlung hat jedoch auch ideologische Funktion: Sie dient der Verschleierung der staatsmonopolistischen Wirklichkeit[48]). Daß die Herrschenden dem auch weiterhin erhebliche Bedeutung beimessen, läßt sich an vielen Ausbildungsmodellen und Äußerungen ablesen[49]).

3,4) Ausbildungsorganisation

Auch die Organisierung der Juristenausbildung entspricht nicht mehr den Anforderungen der Herrschenden.

Die Intelligenz des 19. Jhdts. rekrutierte sich entweder direkt aus der Bourgeoisie oder war mit ihr eng verbunden. Dies galt in besonderem Maße von der juristischen Intelligenz: Das juristische Studium galt als das teuerste. An das meist vierjährige Studium schloß sich eine etwa vierjährige Referendarzeit an, während der der Jurist unentgeltlich dienen mußte. Die Assessorzeit dauerte durchschnittlich 5 bis 10 Jahre. Während dieser Zeit wurde der Assessor nur bei Vertretung eines Richters bezahlt. Die Ausbildung eines „kaiserlichen Richters" kostete zwischen 30 000 und 50 000 Mark[50]).

---

47) Gleichwohl ist nicht zu übersehen, daß die Vermittlung von BGB, Teilen des HGB usw. für die auch in Zukunft entstehenden Konflikte innerhalb der Klein- und Mittelbourgeoisie, zwischen dieser und der Arbeiterklasse sowie innerhalb der Arbeiterklasse selbst relevant sein wird. Dies folgt schon aus der Tatsache, daß die Zivilgerichte 1967 im streitigen Verfahren 363 113 Urteile verkündet haben. In Strafsachen sind im selben Jahr 499 282 Urteile ergangen; vgl. Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 41 v. 28. 2. 70. Aus dieser Tatsache ergibt sich bereits die Tendenz zur Schaffung zweier „Klassen" von Juristen: „Rezeptmacher" und „Rezepteanwender"; vgl. dazu unter 45.

48) Vgl. R. Meister, a.a.O., S. 226 ff.

49) Z. B. beim Münchener Modell der CDU/CSU v. 6. 4. 70, hektographiert; Mainzer Beschlüsse der Dekane der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, auszugsweise in: Juristische Schulung 1970, 363—365; Dichgans-Gesetzentwurf; s. o. FN 5.

50) Vgl. H. Hannover, Politische Justiz 1918—1933, Frankfurt/M., 1966, S. 25; ders. noch über die weiteren Maßnahmen des Kapitals, um sich seine treuen Diener heranzuziehen; s. auch E. Fraenkel, Zur Soziologie der Klassenjustiz und Aufsätze zur Verfassungskrise 1931—32, Darmstadt 1968, S. 18.

Diese im Vergleich zu heute zahlenmäßig winzige Intelligenz fand eine gesicherte und privilegierte Stellung in dem damaligen System vor. Eine systemsprengende Opposition drohte nicht von ihr. Nur ganz vereinzelt stießen die fortgeschrittensten Vertreter dieser Intelligenz zum Proletariat. Konsequenz war eine verhältnismäßig freie Gestaltung der Ausbildung.

In der technisch-wissenschaftlichen Revolution nimmt die Produktivkraft Wissenschaft einen zentralen Platz ein; nach wissenschaftlichen Berechnungen kommen in den führenden Industriestaaten der Welt gegenwärtig 60 bis 90 % des jährlichen Zuwachses an Arbeitsproduktivität aus der Anwendung und Nutzung neuester Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung[51]).

Die technisch-wissenschaftliche Intelligenz nimmt zahlenmäßig ungeheuer zu, ebenso wie der Teil der Intelligenz, der im Distributionssektor und im Überbau tätig ist. Für Juristen gilt: Kein anderer Staat unterhält auch nur annähernd so viele Richter wie die BRD[52]). Ihre Zahl beträgt gleichwohl weniger als die Hälfte der dem Bundesverteidigungsministerium unterstehenden Beamten und weit weniger als 1 % der westdeutschen Beamten[53]). Die überwältigende Mehrheit der Studierenden rekrutiert sich nicht aus der zahlenmäßig winzigen Großbourgeoisie und auch nicht aus der ihnen angenäherten Elite von Managern, Politikern, oberen Chargen der Ministerialbürokratie, „intellektuellen Unternehmern", wie z. B. Chefs von großen Steuerberatungsfirmen, Krankenhäusern, Rechtsanwaltsbüros, Konzernen der Kulturindustrie usw. Die überwältigende Mehrheit der Intelligenz rekrutiert sich vielmehr aus dem Kleinbürgertum und aus der durch das Monopolkapital deklassierten und ihrer Selbständigkeit beraubten Bourgeoisie, derer Verhältnis zu den Produktionsmitteln, Stellung im Arbeitsprozeß und Existenzbedingungen denen des Proletariats immer mehr angenähert sind bzw. ihnen teilweise bereits entsprechen.

Auch hierdurch entstehen jedoch zwei Widersprüche für dieses System: Die Vermittlung von mehr und besserer Bildung an mehr Menschen als Potenz kapitalistischer Entwicklung führt dazu, daß immer mehr Menschen die Möglichkeit erwerben, die Gesetze der hier herrschenden Produktionsweise zu durchschauen; der Sozialisationsprozeß, d. h. in der bürgerlichen Soziologie: individuelle Aneignung von Normen durch Lernprozesse, findet bei einer sich aus der herrschenden Klasse rekrutierenden Intelligenz meist bereits vor dem Studium statt. Bei einer Intelligenz, die sich vor allem aus den unterprivilegierten Klassen und Schichten rekrutiert, findet die Sozialisation, d. h. Anpassung an kapitalistische Rollenerwartungen, nicht mehr quasi im Selbstlauf statt, sondern sie muß erst noch hergestellt werden, dies insbesondere in, aber auch nach der Ausbildung. Eine im Sinne der Herrschenden nicht sozialisierte und nicht integrierte Intelligenz jedoch stellt eine große Gefahr für dies System dar, da sie sich auf die Seite der demokratischen Bewegung schlagen könnte.

Zwangsreglementierung, numerus clausus, Prüfungszwänge u. ä. formale Regelungen sind der Versuch einer Sozialisation der Auszubildenden im Interesse des Kapitals, sie erklären sich nicht aus inhaltlichen Notwendigkeiten.

3,5) Ideologische Widersprüche eines Teils der bürgerlichen Intelligenz

Schließlich gerät ein beträchtlicher Teil der bürgerlichen Intelligenz selbst in einen Widerspruch zu den derzeitigen Herrschaftsformen: Ihre Ideologie der Spontaneität und des Individualismus, Ausfluß vormonopolistischer Stadien unserer Wirtschaftsordnung, gerät in Widerspruch zu den dem staatsmonopolistischen

51) Vgl. Feige, a.a.O., S. 1804 ff.
52) Vgl. R. Meister, a.a.O., S. 108.
53) Meister, a.a.O.

Kapitalismus immanenten Formierungs- und Planungstendenzen und Beschränkungen selbst der bourgeoisen Freiheit[54]).

4) Lösung der Widersprüche durch die Herrschenden

Einerseits angewiesen auf die aktive und bewußte Mitarbeit von immer mehr Mitgliedern der Gesellschaft, müssen die Großunternehmen und ihr Staat diese jedoch wieder fürchten: Zu leicht könnten diese erkennen, daß heute eine besondere Klasse von Produktionsmitteleigentümern überflüssig ist und den gesellschaftlichen Fortschritt hemmt. Mittels der Ideologie der „Entideologisierung" wird daher der Versuch gemacht, die arbeitenden Menschen auf den ideologischen Standpunkt der Bourgeoisie zu fixieren — wenn auch in verdeckter und „unideologischer" Form[55]). „Die Ideologie der Entideologisierung bringt die Bedürfnisse des Imperialismus nach Passivität der Arbeiterklasse, Preisgabe sozialer Errungenschaften, Unterordnung unter die Bedingungen spätkapitalistischer Reproduktionsbedingungen zum Ausdruck. Aber die im imperialistischen Sinne ebenso notwendige Mobilisierung der Massen vermag sie nicht zu leisten. Deshalb gibt es von offenen Apologeten des Imperialismus eine ständige Polemik gegen die Ideologie der Entideologisierung — eben weil sie nur einen, allerdings sehr wichtigen, Aspekt dieser Klasseninteressen des Imperialismus zum Ausdruck bringt[56])."

Die erforderliche aktive Unterstützung der Ziele des Herrschenden und die Mitarbeit breiter Massen der Bevölkerung soll durch eine ideologische Offensive gewährleistet werden. Sie wird gekennzeichnet durch die Konvergenztheorie in allen Spielarten; Propagierung eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" gegenüber dem „doktrinären" oder „orthodoxen" Marxismus (verkörpert vor allem in der DDR), damit in engem Zusammenhang Wiederbelebung des „demokratischen Sozialismus"[57]). Ein weiterer Lösungsversuch ist die Zentralisierung von Ausbildungsplanung und -gestaltung. Grundgesetzlich abgesichert durch Art. 75, Ziff. 1a und 91b GG, sind das Hochschulrahmengesetz, das Graduiertenförderungsgesetz und das Hochschulbauförderungsgesetz mit der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und dem „Planungsausschuß" als parlamentarisch unkontrollierte Gremien die wichtigsten Instrumente zur Zentralisierung der Bildungsplanung[58]). Eine besonders wichtige Maßnahme zur Lösung der Widersprüche ist die Disziplinierung. Ein System von Studiengängen und -plänen, -ordnungen und Prüfungsordnungen, numerus clausus, intensive Studien- und Berufsberatung, die auf der Schule einsetzt und auf der Hochschule fortgeführt wird[59]), führt zu einer starken Formierung der Ausbildung und Disziplinierung der Auszubildenden. Ihre Funktion ist klar: Sie erzeugen Angst[60]). Diese hat eine politisch-manipulative Rolle im herrschenden System[61]), die auch heute noch voll beabsichtigt ist[62]).

---

54) Vgl. R. Steigerwald, Klassenbewußtsein, Klassenorganisation und Partei im Lichte Lenins, in: Lenin und die Arbeiterbewegung heute, Frankfurt/M., 1970, S. 194 f.
55) Vgl. W. Jopke, Die bürgerliche Ideologie in der Gegenwart und die Bedeutung des sozialistischen Bewußtseins im ideologischen Klassenkampf, Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Berlin, Sonderheft 1970, S. 84, Heininger-Hess, a.a.O., S. 58 f.
56) Vgl. W. Jopke, a.a.O.; G. Matthiessen, Zur Rolle der SPD im spätkapitalistischen System, Marxistische Blätter, Frankfurt/M., Heft 4/70, S. 12, vgl. Autorenkollektiv, auch Spätkapitalismus ohne Perspektive, Frankfurt/M., 1970, S. 275 ff.
57) G. Matthiessen, a.a.O.
58) Vgl. Stellungnahme des VDS zum Hochschulrahmengesetz, in: Hochschulpolitische Materialien (HoPoMat) des vds Nr. 1, 1970, S. 13 ff.; vgl. auch die Stellungnahmen von SHB und Spartakus-AMS zum geplanten Hochschulrahmengesetz; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/70, S. 1182 ff.
59) Vgl. HoPoMat., S. 21 ff.
60) Vgl. R. Geulen u. H. Bacia, Arbeit und Angst im Leistungsbetrieb, in: Wider die Untertanenfabrik, Köln 1967, S. 168 ff.
61) Vgl. Die politische und gesellschaftliche Rolle der Angst. Hrsg. H. Wiesbrock, Politische Psychologie 6, Frankfurt/M. 1967.
62) Vgl. D. Frießem, Zur Psychopathologie der Prüfung, marburger blätter, Juli 1969.

Vermittels des irrationalen Prüfungssystems befriedigt die Universität die Nachfrage nach autoritären Persönlichkeiten in allen führenden Positionen.

Im Zusammenhang mit der Einrichtung von Grund- und Aufbaustudien schließlich stehen die Bestrebungen der Trennung von Forschung und Lehre und die Möglichkeit zur Errichtung von Privatuniversitäten (§ 54 Hochschulrahmengesetz-Entwurf[63])). Erreicht werden soll dadurch die Schaffung zweier „Klassen" von Akademikern — eine kleine Elite von besonders angepaßten, deshalb im Sinne des Systems besonders befähigten Studenten erhält eine „wissenschaftliche" Ausbildung („Rezeptemacher"); sie stellen die künftigen Offiziere des Kapitals dar; die große Masse der Studenten soll dagegen durch ein sechssemestriges rein fachbezogenes Schmalspurstudium gejagt werden („Rezeptanwender") und nur eng und kurzfristig verwertbare Qualifikationen erwerben[64]). Die emanzipatorische Wirkung von Bildung soll dergestalt und durch eine extreme Verschulung verhindert werden.

Anhand verschiedener Ausbildungsmodelle, Gesetzesvorschläge, Beschlüsse und Stellungnahmen lassen sich die für den Ausbildungsbereich allgemein konstatierten Formierungstendenzen auch für die Juristenausbildung klar nachweisen. Dabei sind sich die verschiedenen Gruppen von Reformern durchaus in Einzelfragen uneins; besonders reaktionären Vorstellungen stehen „moderne", „technokratische" Varianten gegenüber. Es spiegeln sich hier, wenn auch sehr vermittelt, die unterschiedlichen Strategien der verschiedenen Herrschaftsgruppen und der sie repräsentierenden politischen Richtungen wider. Es kommt zunächst in Betracht die

4,1) Entideologisierte Ausbildung

Nach dem „Münchener Modell" der CDU/CSU vom 6. April 1970[65]) soll der Jurist „am Ende seiner Ausbildung aufgrund der erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten in der Lage sein, sich schnell in die verschiedenen Aufgaben, die dem Juristen in unserer Zeit gestellt werden, einzuarbeiten und den vielseitigen und wechselnden Anforderungen der pluralistischen Gesellschaft gerecht zu werden". Ganz ähnlich CDU-Dichgans. Es soll ein Jurist „geliefert"[66]) werden, der „sich fruchtbar in den Arbeitsprozeß einfügen kann", und in der Begründung zu seinem Entwurf zu § 5 DRiG[67]) heißt es: Ziel der Ausbildung sei „eine gründliche Rechtskenntnis in den wichtigsten Bereichen des Bürgerlichen Rechts (die ersten drei Bücher des BGB), Strafrechts und Verwaltungsrechts (Allgemeines Verwaltungsrecht und Polizeirecht) ... Der Studierende muß es lernen, Sachverhalte aufzuklären und darzustellen, Argumente, einschlägige Entscheidungen und Meinungen der Wissenschaft zu sammeln, gegeneinander abzuwägen und seine Überlegungen, ausmündend in einem Entscheidungsvorschlag, überzeugend darzustellen ..."

Juristen werden hier vor allem als „Rechtstechniker" gesehen; die erstrebte — und bisher auch schon weitgehend praktizierte — „handwerkliche" Ausbildung ist nichts anderes als eine entideologisierte, sich auf „Sachgesetzlichkeiten" oder auch „Sachzwänge" berufende Ausbildung[68]).

---

63) Vgl. BR-Drucksache 689/70.
64) Vgl. HoPo Mat, a.a.O., S. 20 f.; dies ist nur eine, wenn auch die bekannteste Strategie; zu einer weiteren vgl. HoPoMat., a.a.O.
65) S. o. FN 49.
66) So in seinen Thesen zur Reform der Juristenausbildung; s. o. FN 11.
67) S. o. FN 5.
68) Ähnlich auch R. Wassermann, der Ideologiefreiheit für ein erstrebenswertes Ausbildungsziel hält — so geäußert in der Diskussion über seinen Vortrag „Erziehung zum Establishment", gehalten vor dem Loccumer Arbeitskreis, hektographiertes Manuskript; vgl. auch D. Oehler, Gutachten E zum 48. Deutschen Juristentag, München und Berlin 1970, S. 120 ff.

Ähnlich auch die Vorstellungen der Konferenz der Länderjustizminister für die Referendarausbildung[69]).

Daß Juristen auch diese handwerklichen Fähigkeiten beherrschen müssen, ist selbstverständlich. Aber gerade darin, daß sich die praktische Ausbildung im wesentlichen hierin erschöpfen soll, liegt die Entideologisierung der Ausbildung, der Versuch der Verschleierung der wirklichen Machtverhältnisse, das Bedürfnis, über die Vermittlung bestimmter Methoden die Existenz eines Rechtssystems vorzuspiegeln, das keine politischen, keine Klassenkonflikte zu regulieren hat, das nicht den Interessen ganz bestimmter Machtgruppen dient.

Das Bedürfnis nach Passivität der Juristen kommt hierin zum Ausdruck. Der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages hat für eine verstärkte handwerkliche Ausbildung der Juristen nunmehr die institutionellen Voraussetzungen geschaffen — bezeichnenderweise wieder auf Vorstoß von Dichgans[70]). In §§ 5 c und 5 d DRiG ist die Anrechungsmöglichkeit von Ausbildungen auf privaten Rechtsschulen, bei Repetitoren und auf Rechtspflegerschulen auf das Studium vorgesehen.

Damit können Großunternehmen und ihre Verbände wie BDA und BDI Rechtsschulen als Kaderschmieden einrichten, auf denen ungestört durch demokratische Kontrolle und Mitbestimmung ausschließlich an ihren Verwertungsinteressen ausgerichtete reaktionäre Forschungs- und Bildungsinhalte durch reaktionäre Unternehmensjuristen vermittelt werden[71]).

Die Einbeziehung des Repetitors in das Studium wird einen weiteren Qualitätsverlust der Ausbildung zur Folge haben: Repetitorien sind „Paukschulen", eigenständiges wissenschaftliches Arbeiten lernt man dort nicht. Das bedeutet Erschwerung des selbständigen Neuerwerbs von Qualifikationen. Angesichts des immer schnelleren Veraltens einmal erworbenen Wissens erhöht dies die Gefahr der sozialen Deklassierung der Juristen. Zum anderen heißt dies noch festere Verankerung der „herrschenden Lehre", die stets die Lehre der Herrschenden ist, in den Köpfen der Auszubildenden. Die mögliche kritische Dimension der Rechtswissenschaft, die in der Negation der hier herrschenden Verhältnisse liegt, soll derart den Auszubildenden gänzlich unbekannt bleiben.

Das für die Bewältigung der heute relevanten Konflikte im Interesse der Herrschenden erforderliche Übersehen der gesellschaftlichen Auswirkungen der juristischen Planungs-, Leitungs- und Konfliktentscheidungen und die aktive Unterstützung und Identifikation mit den Interessen der Großkonzerne durch die Juristen wird durch eine derart organisiserte Ausbildung freilich nicht geleistet. Dies kann nur erreicht werden durch die

4,2 Einbeziehung der geschichtlichen, philosophischen, politischen, ökonomischen und sozialen Bezüge des Rechts

Diese Forderung wird in allen Reformvorschlägen von links bis rechts erhoben[72]) und hat bereits gesetzlichen Niederschlag etwa in § 8 Abs. 1, Nr. 5 UND Abs. 2 Juristenausbildungsgesetz NRW gefunden.

Wer jedoch die „historischen Bezüge" des Rechts in die Ausbildung einbezieht, riskiert zugleich, daß die Auszubildenden die Herkunft der §§ 611 ff. BGB Dienstvertrag von der Dienstmiete erkennen[73]). Wer die „philosophischen Grundlagen"

69) Hektographiertes Manuskript, 1970.
70) Vgl. BT-Drucksache VI/2269.
71) Vgl. „Referendar-Express", Mitteilungsblatt des Bundesvorstandes Junger Juristen, Bonn, Heft 2, 1971, sowie VDS-Press, hrsg. vom Verband Deutscher Studentenschaften, Bonn, Nr. 27/1971.
72) So richtig H. Palm, Gedanken zur Reform der Juristenausbildung, Justizverwaltungsblatt 1970, S. 193 ff., FN 6.
73) Vgl. dazu R. Wiethölter, Rechtswissenschaft, Frankfurt/M. 1968, S. 283.

des Rechts in die Ausbildung einbezieht, muß gewärtig sein, daß Naturrecht und Rechtspositivismus einer materialistischen Kritik unterzogen werden oder daß gar marxistische Staats- und Rechtstheorie betrieben wird.

Wer schließlich die politischen, sozialen und ökonomischen Grundlagen in den Rechtsunterricht einbezieht, riskiert, daß z. B. die Rechtsprechung des BAG unter politischen Gesichtspunkten analysiert wird[74]), riskiert, daß die sozialen Konflikte, die Mietstreitigkeiten zugrunde liegen, analysiert werden, und riskiert vor allem, daß die Studenten mit politischer Ökonomie in Berührung kommen, die Zusammenhänge zwischen ökonomischer, politischer und rechtlicher Macht klar werden, daß bei jeder Maßnahme gefragt wird: „. . . In wessen Interesse?"

Hier zeigt sich die Ambivalenz dieser — für die Herrschenden notwendigen — Maßnahmen in voller Deutlichkeit. Gedacht als Mittel zur Herrschaftssicherung und Profitmaximierung, drohen sie umzuschlagen ins Gegenteil. Wie soll dies verhindert werden? Durch „Öffnung der Juristenausbildung für die empirischen (sprich: bürgerlichen, positivistischen) Sozialwissenschaften"[75]). Die Einbeziehung erfolgt „auf der Grundlage empirisch gesicherter Forschung und nicht auf der Grundlage spekulativer Annahmen oder einer vorgefaßten Ideologie"[76]). (Gegen wen das gerichtet ist, ist klar.) Dies hat H. Schelsky[77]) weiter präzisiert; danach sind beteiligt: „Ökonomie, insbesondere Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik und BWL; Soziologie, und zwar allgemeine und spezielle Soziologien; Sozialstatistik und neuere Sozialgeschichte, politische Wissenschaften"; ähnlich auch T. Ramm[78]). Als „sozialwissenschaftliche Spezialkurse" sind vorgesehen: Wirtschaftspolitik, Statistik, Unternehmenspolitik und -planung, Betriebssoziologie und Betriebspsychologie. Dies ist schon deshalb notwendig, damit der Unternehmensjurist „Lieferverträge, Anstellungsverträge und Lizenzverträge entwerfen" kann und dabei „die steuerlichen Auswirkungen berücksichtigt"[79]). Besonders klar werden die Intentionen bei der Ausbildung der künftigen Verwaltungsbeamten. Nach Klaus v. Dohnanyi[80]) muß die Grundausbildung den leitenden Beamten „ein Wissen vermitteln, das es dem einzelnen ermöglicht, die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen im Zusammenhang zu sehen. Deswegen ist die betriebswirtschaftliche Ausbildung mit volkwirtschaftlichen Kenntnissen und technischem sowie juristischem Verständnis wahrscheinlich am geeignetsten für den öffentlichen Dienst von morgen". — Ein interessanter Anhaltspunkt für die Berufsperspektive von Juristen im Staatsapparat! — Und die Frage des Dichgans-Beermann-Fragebogens[81]): „Ist es erforderlich, im Rahmen von Studium und Praxis den zukünftigen Verwaltungsbeamten im modernen Management (Planungstechniken, Kosten- und Nutzanalysen, Organisationsschemata, Personalbewirtschaftung) auszubilden, statt in herkömmlichen für die Ablegung der beiden Staatsprüfungen geforderten Lehrinhalten?", bejahte die große Mehrheit der Befragten[82]).

Herr Dichgans ist[83]) wieder einmal am weitesten vorgeprescht. Dabei scheint es

74) Vgl. dazu etwa R. Wiethölter, a.a.O., S. 296, 308 f.; noch „gefährlicher" wird es, wenn die historischen Bezüge noch hinzu kommen; die Studenten könnten dann z. B. heranziehen O. Kahn-Freund, Das soziale Ideal des Reichsarbeitsgerichts, abgedr. in Arbeitsrecht und Politik, Quellentexte 1918—1933, hrsg. v. T. Ramm, Neuwied und Berlin 1966, S. 149 ff.
75) Vgl. H. Palm, a.a.O.
76) So Prof. A. Heldrich, Mitglied der Kommission zur Reform der Juristenausbildung beim Justizminister von NRW in seinen Thesen zur Einbeziehung der Sozialwissenschaften, unveröff. hektographiertes Manuskript.
77) In seinem Referat vor eben der Kommission, hektographiertes Manuskript.
78) In seinen „Leitsätzen zur Reform der Juristenausbildung" vom 23. 4. 1970, hektographiertes Manuskript.
79) Vgl. das Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) R. Krevet, Berufsbildung stud. (Wirtschafts-) jur., „der arbeitgeber", 3/1970, S. 98; vgl. auch die eindeutigen Ausführungen v. H. Kronstein, a.a.O.
80) a.a.O.
81) S. o. FN 3.
82) S. o. FN 6.
83) In seinen „Thesen" s. o. FN 11.

zunächst, als sei er für eine echte Pluralität des Lehrangebots unterschiedlicher Wissenschaftsverständnisse und damit gegen eine Formierung. So gesteht er durchaus eine „Vorlesung über Marxismus-Leninismus in der Ausbildung" zu, verlangt aber auch „eine Vorlesung über die Mechanismen der modernen Industriegesellschaft in einem freiheitlichen System". Hierbei läßt Dichgans jedoch wohlweislich im dunkeln, wer diese Vorlesung halten soll. Dies aber ist die entscheidende Frage: Eine solche Marxismus-Vorlesung etwa von gestandenen Antikommunisten wie I. Fetscher oder W. Leonard oder auch vom durchschnittlichen Jura-Professor gehalten, und vom Pluralismus bleibt auch gar nichts übrig, diese Vorlesung dient vielmehr ausschließlich der antikommunistischen Indoktrination. Hierdurch soll erreicht werden, daß Juristen wieder fungibel werden für die Profitmaximierung und Herrschaftssicherung. Das ist jedoch nur die eine Seite; die Einbeziehung bürgerlicher Sozialwissenschaften ist Bestandteil der ideologischen Offensive, um die Identifikation des einzelnen mit dem System, seine Integration zu erreichen. Auch die

4,3) Zentralisierung von Ausbildungsplanung und -gestaltung

ist im Bereich der Juristenausbildung klar nachweisbar Ausdruck der Zentralisierungstendenzen, der Verlagerung auf höhere, durch studentische Öffentlichkeit gänzlich unkontrollierte Gremien, so zum Beispiel die Tätigkeit der Konferenz der Länderjustizminister, deren Ausschuß zur Reform der Juristenausbildung sich von Mai bis Oktober 1970 mit der Intensivierung des Vorbereitungsdienstes befaßt und zur Gestaltung des Referendardienstes sehr detaillierte Vorstellungen einschließlich eines Stoffplanes entwickelt hat[84]). Auch was die Zentralisierung angeht, ist Herr Dichgans wiederum von nicht zu überbietender Klarheit: § 5 DRiG ist eine Rahmenvorschrift. Sein Gesetzentwurf geht jedoch weit über die Kompetenz des Bundes zum Erlaß von Rahmenvorschriften bezüglich der allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens und der Rechtsverhältnisse der im öffentlichen Dienst der Länder stehenden Personen (vgl. Art. 75 Ziffern 1 und 1a GG) hinaus. Nach seinem extrem zentralistischen Vorschlag würden den Ländern bei der Gestaltung der Juristenausbildung kaum noch echte Entscheidungsmöglichkeiten verbleiben, sie wären auch in diesem Bereich nur noch „autonome Verwaltungsprovinzen".

§ 5 DRiG soll nach Dichgans 11 Absätze haben. Dort sollen über den bisherigen Inhalt des § 5 hinaus geregelt werden:

Einführung von Studienjahren, Einführung einer Mindestprüfungszeit, Anrechnung einer Ausbildung als Rechtspfleger, Einführung privater Rechtsschulen, 3 sechswöchige Praktika während des Studiums, Festlegung des Studienzieles und damit indirekt der Studiengänge, Einführung weiterer Prüfungen und Streichungen der Wahlstage.

Im Gesetzentwurf von Dichgans spiegeln sich auch seine antiparlamentarischen Vorstellungen über die Aufgabenteilung zwischen Exekutive und Legislative getreulich wider:

§ 5 seines Entwurfes enthält sechs Ermächtigungen an die Landes*regierung*, jedoch keine einzige an den Landes*gesetzgeber*. Auch die Beschlüsse des Rechtsausschusses gehen weit über die Rahmenkompetenz des Bundes hinaus. Am direktesten werden die Studenten und Referendare jedoch die

4,4) Verschulung und Disziplinierung

als Sozialisationsmaßnahmen zu spüren bekommen.

---

[84]) S. o. FN 69.

Diese Tendenzen sollen anhand der Formierung der Referendarausbildung nachgewiesen werden[85]).

Sie zeigen sich z. B. in dem Bericht der Länderjustizministerkonferenz: Ziel ist die „Intensivierung des Vorbereitungsdienstes". Der Vorbereitungsdienst soll „besser genutzt und ertragreicher gestaltet" werden. Dies soll u. a. dadurch geschehen, daß die Referendare sowohl beim Zivilgericht als auch bei der Verwaltung „so häufig, wie dies den Umständen nach möglich ist, im Zimmer (bei der Verwaltung: „An der Seite") des Ausbilders dessen Tagesablauf miterleben und dessen Arbeitsweise kennen lernen". Die Ausbildung verlangt derart „den vollen Einsatz des Referendars". In Verbindung mit der totalen Vereinzelung des Referendars durch die grundsätzlich befürwortete Einzelzuweisung führt dies zu seiner totalen Disziplinierung, wenn nicht die Ausbilder vielfach zu „lax" wären. Auch hierfür ist jedoch schon vorgesorgt: Ausbildungspläne und Besprechungen mit den Ausbildungsleitern (deren Aufgabe ist u. a. Überwachung des Ausbildungswesens), die den Stationsausbildern „Hilfe bei der Gestaltung der Ausbildung geben", tragen zur Disziplinierung der Ausbilder bei.

Das zweite Beispiel bietet die Anrechnungsfrage. Von den Referendaren z. B. in NRW wurde und wird als erster Schritt und Sofortmaßnahme zur Abschaffung des jede Reform blockierenden 2. Staatsexamens die 50%ige Anrechnung der in den verschiedenen Stationen der praktischen Ausbildung erteilten Zeugnisse auf die Examensnote gefordert. Die Folge wäre eine wesentlich geringere Bedeutung des Staatsexamens, es hätte nicht mehr in dem Maße den disziplinierenden Rückwirkungseffekt auf die gesamte praktische Ausbildung[86]). Mehrere Justizministerien gestehen 30% zu, der Rechtsausschuß beschränkt gem. § 5e DRiG die Anrechnung auf höchstens 33⅓%. Dies ist jedoch kein Entgegenkommen der Verwaltung, sondern stellt eine eindeutige Verschlechterung für die Referendare dar: Laut Begründung zum Änderungsentwurf JAO Berlin[87]), der ebenfalls eine 30%ige Anrechnung vorsieht, hat die „Anrechnung der Leistungen zur Folge, daß die Referendare ihre Mitarbeit in der praktischen Ausbildung verstärken müssen und diese nicht mehr als ‚Nebensache' neben einer als Hauptsache betriebenen Examensvorbereitung behandeln können". Andererseits hat das Examen aber nicht wesentlich an Bedeutung verloren; Verschulung der Ausbildung bei Fortbestehen des Examensdrucks, das ist Zweck dieser Maßnahme.

Schließlich muß noch einmal Dichgans zitiert werden:

Zusätzlich zu den beiden Staatsexamina sollen ausbildungsbegleitende Leistungskontrollen eingeführt werden, und während der Referendarausbildung beim Zivilgericht soll eine schriftliche Prüfungsarbeit anzufertigen sein, deren Thema und Bearbeitungszeit das Justizprüfungsamt bestimmt!

Dichgans will „weitere Kürzung und Straffung des Studiums"[88]) erreichen durch Einführung des Studienjahres; verstärkte Studienplatzreglementierung; Festsetzung der Mindestzeit der Prüfung und deren Anrechnung auf die Studienzeit (Begründung: „Erfahrungsgemäß ist die Lernwirkung bei der Anfertigung von Prüfungsarbeiten und die Vorbereitung auf diese Arbeiten größer als die der sonstigen Studienzeit". D. h. das Studium soll so weit, wie es der Landesregierung richtig erscheint, zu einer dauernden Prüfungssituation gemacht werden).

---

85) Für den gesamten juristischen Ausbildungsbereich hat wiederum u. a. H. Kronstein, a.a.O., S. 34 ff., eine sehr klare Sprache geführt.
86) Vgl. „Referendar-Express", Nr. 1/1971.
87) Stand: 7. 9. 1970; hektographiertes Manuskript.
88) Vgl. „Rechtsausschuß befaßt sich mit der Juristenausbildung / Zwei Gesetzentwürfe erlauben das Experimentieren / Vorstellungen des Abgeordneten Dichgans", Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 17. 2. 1971.

4,5) Grund- und Aufbaustudium

Die oben dargestellte emanzipatorische Wirkung von mehr Bildung, die auf Grund der Notwendigkeit des Überschauens der gesellschaftlichen Auswirkungen von juristischen Entscheidungen bestehenden Emanzipationschancen, diese Widersprüche für die Herrschenden sollen auch in der Juristenausbildung durch die Einrichtung von Grund- und Aufbaustudium und die Möglichkeit privater Rechtsschulen und Akademien gelöst werden.

Gemäß dem Entwurf der Bundesregierung und den Beschlüssen des Rechtsausschusses zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes werden die Länder in § 5b zur Einrichtung von einstufigen Ausbildungen ermächtigt. Dort ist. u. a. vorgesehen, daß die erste Prüfung durch eine Zwischenprüfung ersetzt werden kann. Damit sind die Weichen gestellt für die Einrichtung von Grund- und Aufbaustudien durch die Länder. Bundestag und Bundesregierung kommen auch damit den Bedürfnissen „der Wirtschaft" weit entgegen. Denn die Wirtschaft „wird es begrüßen, schon nach drei Jahren berufsfähige junge Menschen in die Unternehmen zu bekommen"[89]). Eine solche Zwischenprüfung sieht z. B. auch das Münchener Modell vor. Sie schließt sich an das Grund- und Vertiefungsstudium an, und ihr Bestehen ist die Voraussetzung für die Zulassung zum Spezialstudium.

Den Vogel schießt wieder einmal CDU-Dichgans ab. Die Referendare sollen nach seinem Gesetzentwurf 3—4 Monate in einer Akademie des jeweiligen Fachbereiches ausgebildet werden.

„Die Landes*regierung* (Unterstreichung durch d. Verf.) kann den Zugang zu diesen Akademien von Voraussetzungen abhängig machen, bei denen auch der zu erwartende Bedarf an Juristen dieses Zweiges berücksichtigt werden kann". Das bedeutet Regulierung des Stromes der Referendare je nach Bedarf durch die Landesregierung mit Hilfe dieser Akademien. Abgesehen von den Bedenken, die sich aus Art. 12 GG herleiten (Bedarfsprüfung!), sollen hiermit weitere zentrale Steuerungsinstrumente geschaffen werden!

Wer Träger dieser Akademie ist, ist im Gesetzentwurf nicht normiert; einzige Voraussetzung: Zulassung durch die Landesregierung. Damit entgleitet die Juristenausbildung auch insoweit vollends der gesellschaftlichen Kontrolle, private Akademien, die von der Großindustrie getragen werden und deren Interessen vertreten, können unbehelligt durch gesellschaftliche Kontrolle und Mitbestimmung durch die Referendare diese für ihre Bedürfnisse zurechttrimmen!

Die Wahlstage[90]), „nicht selten mißbraucht, sollten durch gezielte Stipendien nach Art der Doktoranden-Stipendien ersetzt werden"[91]). Der „Mißbrauch" der Wahlstage besteht darin, daß viele Referendare sie zur Examensvorbereitung nutzen. Auch diese Möglichkeit soll ihnen genommen werden, statt dessen soll die Ausbildung mit Hilfe der Anwendung des Graduierten-Förderungsgesetzes, eines entscheidenden zentralen Steuerungs- und Selektionsinstrumentes, weiter reglementiert und vorgeblich gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen, in Wahrheit denen der Herrschenden untergeordnet werden.

5) Demokratische Alternative

Durch den Kampf um Demokratie und die Erringung von Mitbestimmung soll Sicherung der Arbeitsplätze und Verbesserung der Lebensbedingungen erreicht werden, er dient als Waffe zur Zurückdrängung der Macht der Großindustrie[92]).

89) Vgl. Unternehmerbrief 9/70.
90) Vgl. § 5 IV DRiG in der geltenden Fassung.
91) Dichgans' Gesetzentwurf, Begründung zur Streichung des § 5 IV DRiG.
92) Vgl. Autorenkollektiv, Mitbestimmung als Kampfaufgabe, Köln 1971, S. 303 ff.

Frage ist zunächst, können und werden Juristen aktiv an diesem Kampf teilnehmen? Dies setzt wie jede oppositionelle politische Strategie eine ökonomische und sozialstrukturelle Analyse der Zielgruppe „Juristen" voraus[93]). Dazu gehört eine Klassenanalyse. Eine präzise Analyse der Klassenlage von Juristen gibt es bisher nicht. Gegenwärtig noch recht globale Aussagen über die Klassenlage der Juristen lassen gleichwohl den Schluß zu, daß die Einbeziehung der Jurastudenten, des Großteils der Referendare und der meisten berufstätigen Juristen und ihre Rekrutierung für den demokratischen Kampf die demokratische Bewegung stärkt, wenngleich nicht zu übersehen ist, daß dies ein sehr langwieriger Prozeß ist.

Die zweite Frage: Soll Mitbestimmung auch in der Juristenausbildung erkämpft werden? Mit anderen Worten: Dient es den Interessen der demokratischen Bewegung, wenn die große Mehrheit der Bevölkerung, die nicht über das Eigentum an Produktionsmitteln verfügt, und/oder die Auszubildenden selbst, die ihrerseits größtenteils zu diesem Teil der Bevölkerung gehören, Mitbestimmungsrechte bezüglich der Juristenausbildung erringen? Die Antwort hierauf ergibt sich zum einen Teil aus den Aufgaben von Staat und Recht. Angesichts der allgemeinen Krise dieses Systems, die durch die Existenz und zunehmende Stärke des realen Sozialismus, der nationalen Befreiungsbewegung und den sich verschärfenden Klassenkampf im Innern der imperialistischen Staaten gekennzeichnet wird, werden Staat und Recht als Machtinstrument zur Durchsetzung der Interessen der Herrschenden und zur Niederhaltung der Unterdrückten erheblich an Bedeutung gewinnen. Es wird bei uns der Versuch gemacht werden, besonders die sich verschärfenden nationalen Klassenkämpfe mit Hilfe von Staat und Recht unter Kontrolle zu bekommen, zu kanalisieren. Dabei spielen Juristen eine wichtige und an Bedeutung zunehmende Rolle. Für ihre Aufgaben werden sie auch durch die Ausbildung getrimmt.

Zum anderen sind die Handlungsspielräume von Juristen gewachsen, wie bereits oben ausgeführt, ebenso wie die Möglichkeit zur Rekrutierung demokratisch gesonnener Juristen, was zugleich die Chance für antimonopolistische Entscheidungen vergrößert. Aufgrund der sich verschärfenden Widersprüche wird die Bedeutung des Rechtsschutzes für demokratische Kräfte erheblich zunehmen. Dies kann man keinesfalls mit der linken Hand abtun als „romantische Illusionen vom APO-Anwalt"[94]). Auch nimmt die Rechtspolitik einen wichtigen Platz im demokratischen Kampf ein, wie nicht zuletzt die Aktivität der „Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen (AIJD)" gezeigt hat.

Aus diesen Andeutungen ergibt sich bereits die Notwendigkeit der Ausarbeitung einer demokratischen Alternative zu den Formierungstendenzen des Kapitals. Hier sollen nur die grundsätzlichen Forderungen angeschnitten werden.

5,1) Mitbestimmung

„Externe Mitbestimmung" durch die Gewerkschaften in überörtlichen Gremien, „interne", d. h. Mitbestimmung am Arbeitsplatz selbst durch die Auszubildenden. Die Mitbestimmung erstreckt sich auf

- inhaltliche Ausgestaltung der Lehrveranstaltungen;
- Aufstellung von Lehrprogrammen;
- didaktische Formen der Erarbeitung des Lehrstoffes;
- Leistungsbewertungen in Ausbildung und Prüfungen;
- personelle Besetzung von Lehrveranstaltungen.

93) Vgl. H. Jung, Neuer Mittelstand oder neue Arbeiterklasse: die Angestellten und Beamten; in Alternativen der Opposition, 69, S. 289 ff.
94) So aber Knöss, marburger blätter 1/71.

Diese Mitbestimmung, die ansatzweise in der Referendarausbildung in Hamburg bereits durchgesetzt ist, wird einen echten Wissenschaftspluralismus ermöglichen. Nur über die Erkämpfung von Mitbestimmung kann die dauerhafte Institutionalisierung der Vermittlung demokratischer Lehrinhalte erreicht und abgesichert werden. Dazu gehört selbstverständlich ganz wesentlich die Vermittlung marxistischer Lehrinhalte durch Marxisten. In diesem Konzept erscheint die Mitbestimmung nicht als eine Art Machtersatz oder als die Möglichkeit, allein schon als Mittel zur Veränderung der Gesellschaft zu dienen[95]), sondern als Hebel, um über eine Einflußnahme der demokratischen Kräfte auf Ausbildungsinhalte und -organisation Juristen nicht mehr in dies System zu integrieren und für die Interessen der Herrschenden zurechtzutrimmen, sondern sie an die Seite der demokratischen Kräfte zu führen, damit sie juristische Entscheidungen fällen, Rechtsschutz gewähren und ihre Rechtspolitik machen im Interesse der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung.

Im Zusammenhang damit steht eine Reihe abgeleiteter Forderungen:

5,2) Integration von Theorie und Praxis

Die Integration von theoretischer und praktischer Ausbildung kann zum einen dazu führen, daß die Referendare aus ihrer Vereinzelung in der praktischen Ausbildung herausgenommen werden und an der Universität solidarisch gegenüber Formierungstendenzen vorgehen. Das ist eine Verbesserung der Kampfbedingungen.

Zum zweiten besteht die Möglichkeit, daß sie die demagogische Vermittlung von rechtsstaatlichen und demokratischen Theorien und ihre verschleiernde Funktion in echter Konfrontation mit der Praxis leichter durchschauen und die Praxis an demokratischen Vorstellungen messen.

Daraus erklärt sich auch das überaus zögernde Experimentieren von Bundestag und Bundesregierung mit der einstufigen Ausbildung:

Die Beschlüsse des Rechtsausschusses zu §§ 5 ff. DRiG sehen als Regel die bisherige Ausbildung, geteilt in Universitätsausbildung und Referendarszeit, vor. Daneben werden die Länder ermächtigt, eine einphasige Ausbildung einzuführen, bei der Theorie und Praxis zusammenhängend vermittelt werden (Experimentierklausel). Dieses Experiment ist auf 10 Jahre begrenzt. Die Länder — mit Ausnahme der Stadtstaaten — sind verpflichtet, neben der einstufigen Ausbildung den herkömmlichen Ausbildungsgang beizubehalten.

Andererseits brauchen die Herrschenden die Integration von Theorie und Praxis um überhaupt einen für sie brauchbaren Juristen zu erhalten. Die einstufige Ausbildung muß Regelausbildung werden[96]).

— Eigenverantwortliche Praxis

Ein möglichst tiefer Einblick in die Praxis, verbunden mit ständiger theoretischer Aufarbeitung dieser Praxis, führt nicht nur zu einer guten Berufsvorbereitung, sondern ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß die in der integrierten Ausbildung liegenden Emanzipationschancen zum Tragen kommen.

— Jede Art von Zwangsreglementierung, numerus clausus in welch verschleierten Formen auch immer, wird abgelehnt.

Gleiches gilt für

— die Trennung in Grund- und Aufbaustudium.

95) Vgl. Autorenkollektiv, Mitbestimmung . . . a.a.O., S. 54 ff.
96) Allerdings bedeutet Integration von Theorie und Praxis nicht einfach „Integration" von Praktikern in die Theorie, d. h. Universitätsausbildung. Dadurch würde das Studium noch weniger wissenschaftlich und noch stärker handwerklich ausgerichtet als bisher! Genau das ist aber offensichtlich die Konzeption von Bundesrat und Bundesregierung, vgl. BT-Drucks. VI/1873, S. 54, 61 f.

— Die Integration von Sozialwissenschaften ist erforderlich. Durch die Mitbestimmung in inhaltlicher und personeller Hinsicht auf allen Ebenen wird gesichert, daß nicht nur bürgerliche positivistische Sozialwissenschaften, insbesondere auch als Manipulationswissenschaften und Sozialtechniken, vermittelt werden, sondern ein echter Wissenschaftspluralismus herrscht, d. h. auch marxistische Lehrinhalte von Marxisten angeboten werden.

— Als wesentliches Hindernis für jede Reform muß zuvor das 2. Staatsexamen weg.

Eine solche hier in Umrissen skizzierte Reform der Juristenausbildung würde den Interessen der Bevölkerung entsprechen. Hierfür gilt jedoch dasselbe wie für jede demokratische Reform:

Die Studenten und Referendare werden nur dann eine demokratische Ausbildung bekommen, wenn sie sie sich selbst erkämpfen, und zwar an der Seite und als Teil der demokratischen Bewegung.

Modernes Management (I)

Von Gerd Peter

Begriffsbestimmung und Abgrenzung des Themas

Manager heißen in der angelsächsischen Literatur Führungskräfte großer Wirtschaftsunternehmen. In dieser Bedeutung ist der Begriff in die (west-)deutsche Sprache eingegangen. Management im weiteren Sinne bedeutet dann die Führung von Unternehmen, im engeren Sinne bezeichnet es die innerbetriebliche Führungsschicht. Deshalb bedarf Management der Abgrenzung zu „Unternehmer" und „leitende Angestellte" [1]).

Im Gegensatz zu den Unternehmern, die sich nach H. Hartmann ideologisch vor allem drei Wertsystemen verpflichtet fühlen: Privateigentum, Berufung, Elite-Denken [2]), wird die Leitungsbefugnis der Manager funktional begründet. Der Manager ist in erster Linie Führungskraft, nicht Eigentümer des Betriebes. Zwar gehört die mittlere und untere Ebene des Managements zu der Gruppe der „leitenden Angestellten". Sie sind aber gegenüber den auch dazu zählenden „Spezialisten" durch „Personalverantwortung" abgegrenzt [3]).

Management ist danach die Führungsschicht im Industriebetrieb, die sowohl „Personalverantwortung" hat als auch Entscheidungen über Sachvorgänge trifft, deren Leitungs- und Entscheidungsbefugnis aber in erster Linie funktional, von

1) Vgl. allg. Erwin Grochla (Hrsg.), Handwörterbuch der Organisation, Stuttgart 1969.
2) Heinz Hartmann, Der deutsche Unternehmer: Autorität und Organisation, Frankfurt/M. 1968, S. 17 f.
3) Zum Begriff des „leitenden Angestellten" vgl. Der Arbeitgeber, Nr. 9/1970, S. 397; Der Spiegel, Nr. 19/1971, S. 38 ff.

der Zielsetzung des Unternehmens her, nicht durch Eigentum an Produktionsmitteln begründet wird [4]).

„Managementtechniken" bezeichnet Art und Weise, die Methoden, (in der) mit denen das Management seine Führungsfunktion ausübt. „Moderne Managementtechniken" sind die der zuerst in den USA einsetzenden Phase der „wissenschaftlich-technischen Revolution". Ihre Herausbildung und die Wirkung auf die „Mitarbeiter", die im Unternehmen abhängig Arbeitenden, soll im folgenden modellhaft untersucht werden. Und zwar vor allem unter dem Aspekt der „Integration", d. h. der interessensmäßigen Motivierung der abhängig Arbeitenden im Sinne des Unternehmens [5]).

Die Begründung der „wissenschaftlichen Betriebsführung" durch F. W. Taylor

Als Begründer des „Scientific Management" (Wissenschaftliche Betriebsführung) wird allgemein der amerikanische Ingenieur Frederick Winslow Taylor angesehen. In seinem erstmals 1911 veröffentlichten Buch „The Principles of Scientific Management" [6]) vertritt Taylor die Ansicht, daß die Interessen von Arbeiter und Unternehmer nicht gegensätzlich sind, sondern in der Produktion zusammenfallen, indem beide ein gemeinsames Ziel verfolgen: Steigerung der Produktivität durch äußerste Rationalisierung bei Akkordentlohnung. Dem Unternehmer verschafft das höheren Profit, dem Arbeiter höheren Lohn.

Rationalisierung im Sinne Taylors basiert auf zwei Prinzipien:

1) Es gibt für jede Arbeitsverrichtung einen besten Weg, den zu befolgen der Arbeiter angehalten werden muß.

2) Das macht eine Teilung der Arbeiterschaft notwendig. Auf der einen Seite die weitaus größte Gruppe der angelernten Arbeitskräfte, die fast ausschließlich routinierte Verrichtungen ausführt, auf der anderen Seite die Minderheit der qualifizierten Arbeiter, die alle nichtdeterministischen Arbeiten übernimmt.

Zur Ermittlung des „besten Weges" führten Taylor, Frank B. Gilberth u. a. Zeit- und Bewegungsstudien durch, die über das in Deutschland übliche Refa-Verfahren zu den noch heute in vielen kapitalistischen Betrieben benutzten Systemen vorbestimmter Zeiten (MTM, Work Factor) sich entwickelten. Durch die einseitige Anwendung dieser Verfahren im Sinne der Profitsteigerung weckten sie in der Arbeiterschaft entschiedene Ablehnung (MTM = Mit Teuflischen Mitteln), die ihren rationalen Kern, auf den bereits Lenin hingewiesen hatte, für sie zunehmend verdeckte [7]).

Das wesentliche Resultat des Taylorismus in der Industrie und neuerdings auch in der Verwaltung (Neo-Taylorismus) [8]) ist eine zunehmende Qualifikationsproletarisierung der abhängig Arbeitenden. Die Zerlegung komplizierter Arbeitsvorgänge in einfache, aufeinanderfolgenden Handgriffe ermöglichte zwar, daß Henry Ford durch die Einführung des Fließbandes kurz nach der Jahrhundertwende mit den zahlreich zur Verfügung stehenden ungelernten Arbeitern die Massenproduktion von Automobilen aufnehmen konnte, sie verhinderte aber, daß sich die Arbeiter durch die Arbeit qualifizierten. Die nach dem Taylorsystem eingesetzten Arbeiter lernten weder hinzu, noch wurden sie motiviert, sich in

---

4) So auch das Ergebnis einer Umfrage von Nagel. Vgl. Kurt Nagel, Die innerbetriebliche Ausbildung von Führungskräften, Berlin (West) 1969, S. 15.
5) Vgl. Heinz Dürrbeck, Leitende Angestellte: Ihre Lage ändert sich radikal, in: Der Gewerkschafter XI/1970, S. 406.
6) Frederick W. Taylor, The Principles of Scientific Management, 1911 (Deutsch: Die Grundsätze der wissenschaftlichen Betriebsführung, München und Berlin 1913).
7) Vgl. W. I. Lenin, Werke, Bd. 20, S. 145 ff. (Prawda v. 13. 5. 1914); Georges Friedmann, Der Mensch in der mechanisierten Produktion, Köln 1952; ders., Grenzen der Arbeitsteilung, Köln 1955.
8) Vgl. Burkhart Lutz, Zu einigen Problemen des „technischen Fortschritts" im Verwaltungsbereich, in: IBM-Nachrichten, Nr. 202/1970, S. 281 fs.

ihrem Beruf weiterzuentwickeln. Gerade deshalb versagte das Taylorsystem auch überall dort, wo maximale Qualität und Flexibilität erforderlich waren [9]).

E. Mayo und die Human-Relations-Bewegung

Die Allgemeingültigkeit des Taylorismus in den USA wurde schließlich entscheidend erschüttert durch die von Elton Mayo vorgelegten Ergebnisse der Hawthorne-Untersuchungen (1933) und die dadurch entscheidend gestärkte Human-Relations-Bewegung [10]). Die Untersuchungsreihe in den Hawthorne-Werken des Western Electric Company in Chicago hatte bereits 1924 firmenintern begonnen, um der angespannten Arbeitssituation im Werk nachzuspüren. Analysiert werden sollte zunächst die Einwirkung von Beleuchtungsart und -stärke auf die Arbeitsleistung. Die dreijährigen Experimente waren jedoch in ihren Ergebnissen für die Firma dermaßen unverständlich, daß sie den Psychologen E. Mayo und einige seiner Kollegen von der Harvard University beauftragte, den Einfluß physischer Bedingungen auf die Arbeitsleistung erneut und umfassend zu untersuchen. Mayos Arbeit dauerte bis 1931, als die große Depression den Abbruch erzwang [11]).

Bei den „unverständlichen" Beleuchtungsexperimenten hatte man zwei Gruppen gebildet, eine Untersuchungs- und eine Kontrollgruppe. Während man die Kontrollgruppe bei unveränderter Beleuchtung arbeiten ließ, wurde diese bei der Untersuchungsgruppe in regelmäßigen Abständen gesteigert. Das erwartete Ergebnis, ein Ansteigen der Arbeitsleistung, trat ein, nur, und das war das unverständliche, bei beiden Gruppen. Auch als man die Lichtstärke bei der Untersuchungsgruppe erheblich wieder herabsetzte, sogar noch unter die Werte der Kontrollgruppe, stieg die Arbeitsleistung bei beiden während der Untersuchungsperiode weiter an. Mayo führte nun ähnliche Tests mit Licht, Feuchtigkeit, Temperatur, Lohnanreizen, Pausen, besseren Mahlzeiten usw. durch. Die Ergebnisse waren die gleichen.

Schließlich erkannte man, daß die Beschränkung auf äußere Faktoren, wie unter dem Einfluß des Taylorismus üblich, nicht weiter führte. Vielmehr wiesen die Ergebnisse auf die Bedeutung des psychischen, und bezogen auf die formale Organisation, des informellen Bereichs hin. Das von Taylor entworfene Bild des egoistischen Arbeits, den nur sein Lohn interessiert, sonst nichts, erwies sich als ideologisch, als Projektion des Unternehmer-Egoismus auf die Arbeiter. Vielmehr zeigten die Hawthorne-Untersuchungen, daß auch das soziale Leben der Arbeiter im wesentlichen von der Berufssphäre, der Arbeit her bestimmt wird, daß ihm deshalb seine Stellung, sein Ansehen im Betrieb nicht gleichgültig sein durfte. Weiter erkannte man, daß Industriearbeit vor allem Gruppenarbeit, nicht Einzelarbeit ist und daß sogenannte „informelle Gruppen" einen wesentlichen Einfluß auf Arbeitsleistung, Betriebsklima etc. haben [12]). So hatte bei den Untersuchungen gerade die Bildung von Gruppen und die stetige Aufmerksamkeit, die man ihnen schenkte, vor allem zu der Produktivitätssteigerung beigetragen, nicht die äußeren Faktoren. Die schließliche Folgerung war, daß z. B. Klagen über Monotonie ihre Ursache nicht nur in der Arbeit, sondern in den Gruppenbeziehungen oder dem seelischen Zustand des Einzelnen haben konnten. Lohn-

9) Lutz a.a.O., S. 287; vgl. auch Peter Drucker, Gesellschaft am Fließband, Frankfurt/M. 1952.
10) Elton Mayo, The Human Problems of an Industrial Civilization, New York 1933; ders., The Social Problems of an Industrial Civilization, Boston 1945; vgl. D. C. Miller und W. H. Form, Unternehmen, Betrieb, Umwelt, Köln/Opladen 1957.
11) Vgl. S. Epstein, Die Industriesoziologie im Dienste des Big Business, 1. Teil, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Nr. 9/1966, S. 936 ff.
12) Kritisch zur Theorie der „informellen Gruppen": Ludwig v. Friedeburg, Soziologie des Betriebsklimas, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. 13, Frankfurt/M. 1963², S. 8 ff.

forderungen konnten also ihren Grund in ganz anderer Unzufriedenheit haben als in der über zu schlechte Bezahlung.

Daß es überhaupt derart langwieriger Untersuchungen bedurfte, um zu diesen, teilweise für Marxisten selbstverständlichen Einsichten zu gelangen, zeigt, inwieweit die Arbeits- und Sozialwissenschaften sich in den Dienst des Kapitals gestellt hatten, daß die herrschenden Gedanken immer die Gedanken der herrschenden Klasse sind.

In der Hand der bereits im Ersten Weltkrieg entstandenen Personalabteilungen hatte die durch die Hawthorne-Untersuchungen „ausgereifte" Human-Relations-Bewegung von Anfang an eindeutig manipulativen Charakter. Personalverwaltung in der damaligen Zeit war Sache von Spezialisten, zentrale Aufgabe war das Zurückdrängen der Gewerkschaften. Humane Relation war dazu eine hilfreiche Technik. Im Laufe der Entwicklung wurde sie ergänzt um die Bereiche „Labour Relations" (Mitverantwortlichkeit der Mitarbeiter), „Industrial Relations" (Beeinflussung der Gewerkschaften), „Stockholder Relations" (Beeinflussung der Aktionäre), und „Public Relations" (Beeinflussung der Öffentlichkeit), ohne jedoch ihren „Abwehrcharakter" zu verlieren. Human Relations wollte die Menschen im Betrieb frohstimmen, ihnen die Furcht vor Entlassungen ausreden, Freude an der Arbeit suggerieren, ein für die Produktion günstiges Klima schaffen („Der glückliche und zufriedene Arbeiter ist auch ein guter und tüchtiger Arbeiter") [13]). Da man dabei den zentralen Bereich, die Arbeit und ihre Organisation, ausklammerte, allein auf die „zwischenmenschlichen Beziehungen" zielte, kam man oft über Allgemeinplätze nicht hinaus. Schrittweise wurden deshalb die Erkenntnisse von Mayo mit denen Taylors verbunden. Denn bei allen Unterschieden hatten beide gemeinsam, wie ein Unternehmer die Arbeiter vor allem als fungibel, als Werkzeug, als Mittel zum Zweck zu betrachten und zu behandeln [14]).

Die Herausbildung des Managements als innerbetriebliche Führungsschicht

Während in den Jahren vor und nach dem Ersten Weltkrieg Henry Ford zum dominierenden kapitalistischen Industrieführer der USA gehörte, seine „Erfindung" der Fließbandproduktion hatte ihm einen entscheidenden Vorsprung auf dem Automobilmarkt gesichert, kündigte sich gleichzeitig die Wende beim Konkurrenten General Motors an. Hier wurde Alfred Sloan 1923 Generaldirektor, einer der ersten „Top-Manager" der Geschichte und der erste, der die traditionell zentralistischen Formen der Organisation zerstörte und dem dezentralisierten Unternehmen ein Management mit definierten Verantwortungsbereichen, klaren Kommunikations-, Entscheidungs- und Kontrolleinrichtungen verordnete. Und während 20 Jahre später das zentralistisch und tyrannisch geführte Ford-Unternehmen vor dem Bankrott stand, war General Motors zum größten Monopolunternehmen der kapitalistischen Welt geworden. Und der Wiederaufstieg von Ford erfolgte durch dieselben Methoden, denen General Motors seine „Größe" verdankte [15]).

Die Ursachen lagen zweifellos in der stimulierenden Wirkung der Rüstungsproduktion. Denn wie der Erste Weltkrieg dem Taylorismus starke Verbreitung

13) Vgl. „Kraft durch Freude" der „Deutschen Arbeitsfront". Daß in Deutschland die Human-Relations-Bewegung nie in der Systematik, wie in den USA auftrat, lag wohl zum einen an dem klarer ausgebildeten Klassenantagonismus, zum anderen an der Existenz einer sich früh entwickelnden Sozialgesetzgebung. Der Zusammenhang zwischen autoritärer Führerschaft in der Industrie und Sozialgesetzgebung hier, Human Relations und Führung durch Management drüben wäre eine Untersuchung wert. Sie wäre zugleich ein notwendiger Beitrag zu einer allgemeinen Theorie des Faschismus. Eine organisierte Bewegung, wie die „Moralische Aufrüstung", dürfte dabei ein interessantes Bindeglied sein.

14) Vgl. Wolfram Burisch, Industrie- und Betriebssoziologie, Berlin 1971, S. 49 ff.

15) Vgl. Peter Drucker, Das Großunternehmen, Düsseldorf/Wien 1966, S. 134 ff.; ders., Die Praxis des Managements, Taschenbuchausgabe Knaur, München/Zürich 1970, S. 123 ff.

brachte, Personalpolitik und Human Relations entstehen ließ, so verhalf der Zweite Weltkrieg der Unternehmensführung durch Management zum Durchbruch. Beide Male war es nötig, ungelernte Arbeitskräfte, Männer wie Frauen, zur Rüstungsproduktion einzusetzen, im Zweiten Weltkrieg jedoch in einem weitaus größerem Umfang. Die Rüstungsmassenproduktion erforderte derart organisatorische Leistungen, wie sie von Einzelunternehmer einfach nicht mehr erbracht werden konnten [16]). Es trat ein, was James Burnham in seinem 1941 veröffentlichten Buch kurzschließend „The Managerial Revolution" nannte [17]).

Zur Theorie der „Revolution durch Management"

Es ist Burnhams „Verdienst", daß er mit seiner Analyse versuchte, den Dingen auf den Grund zu gehen, sich nicht mit der Beschreibung und vordergründigen Erklärung vollzogener Strukturveränderungen zufrieden zu geben. Daß der Trotzki-Schüler die allgemeine Verwirrung allerdings eher vergrößern als beseitigen half, tat dem Erfolg seines Buches in den USA keinen Abbruch.

Bei Burnham finden sich fast alle Ideen, die in der bürgerlichen Diskussion über die Zukunft des Kapitalsmus bis auf den heutigen Tag eine Rolle spielten und spielen. Im Mittelpunkt der Analyse steht die Hypothese, im Verlaufe der Weltwirtschaftskrise sei die Herrschaft der Manager in sämtlichen fortgeschrittenen Industrienationen angebrochen. Die konkreten Ausformungen seien noch geprägt von den historischen Besonderheiten eines jeden Landes, die frühen Managerideologien kündigten sich etwa in Form des Leninismus, des Stalinismus, des Faschismus, des Nationalsozialismus oder in den USA in Form des New-Dealismus und der Technokratenbewegung an. In allen diesen Ideologien drücke sich aber bereits das kommende Zeitalter der „Managerial Society" aus, das dem kapitalistischen folgen werde [18]).

Die Schwäche von Burnhams Thesen heute zu erkennen, macht keine Schwierigkeit. So, wenn man bedenkt, daß, konsequent gedacht, die Vernichtung der europäischen Juden durch die SS als wohl bisher größte Managerleistung dieses Jahrhunderts akzeptiert werden müßte. Deshalb zerfiel seine Theorie auch bald in ihre einzelnen Elemente: nach außen in die Totalitarismustheorie, die die Gleichheit von Stalinismus und Faschismus postulierte [19]), weitgehend abgelöst durch die Konvergenztheorie [20]). Nach innen in die Theorie der Mittelstandsgesellschaft und der „modernen Industriegesellschaft" [21]). So auch der Titel des 1968 in deutsch erschienenen Buches von John K. Galbraith [22]), das wohl die derzeit fortgeschrittenste bürgerliche Interpretation des staatsmonopolistischen Kapitalismus darstellt. Gemeinsam ist all diesen Konzeptionen, auch in ihren europäischen Varianten (Aron, Schelsy), daß sie die gesellschaftlichen Systeme primär vom technologischen Standpunkt aus betrachten [23]). Die sozialen Verhältnisse, die Produktionsverhältnisse, werden weitgehend als vom Stand der Produktivkräfte bestimmt begriffen. Denn, „hat man sich erst einmal für eine moderne

16) Vgl. Drucker, Das Großunternehmen, a.a.O., S. 52 ff.
17) James Burnham, The Managerial Revolution, What ist happening in the World, New York 1941 (deutsch: Das Regime der Manager); dazu schon kritisch: Peter Drucker, Die Zukunft der Industriegesellschaft, Düsseldorf/Wien 1967 (engl.: The Future of Industrial Man, 1942).
18) Burnham, a.a.O., S. 191 f.; vgl. Claus Koch und Dieter Senghaas (Hrsg.), Texte zur Technokratiediskussion, Frankfurt/M. 1970.
19) Zur ersten bürgerlichen Kritik der Totalitarismustheorie vgl. Peter C. Ludz, Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft, in: ders. (Hrsg.), Soziologie der DDR, Kölner Zeitschr. f. Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 8/1964, S. 11 ff.
20) Vgl. Günther Rose, Konvergenz der Systeme. Legende und Wirklichkeit, Köln 1970.
21) Vgl. Drucker, Die Zukunft der Industriegesellschaft, a.a.O.
22) John K. Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, München/Zürich 1968.
23) Vgl. Raymond Aron, Die industrielle Gesellschaft und die drei Welten, Rheinfelden 1960; Helmut Schelsky, Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, Köln, Opladen 1961; Koch/Senghaas, a.a.O.; E. Bregel, Die Theorie der Konvergenz der beiden Wirtschaftssysteme, in: Sowjetwissenschaft . . ., Nr. 5/1968, S. 483.

Industrie entschieden, dann verläuft so ziemlich alles andere zwangsläufig" (Galbraith) [24]).

Dabei waren die Bewegungsgesetze des Kapitals von Marx und Engels grundlegend analysiert, die Herausbildung der Monopole bereits von ihnen erkannt sowie die Entwicklung zum Imperialismus von R. Hilferding, R. Luxemburg und vor allem W. I. Lenin weitgehend richtig beschrieben worden [25]).

Wegen der Behauptung, Marx habe die Bedeutung des Managertums für die Entwicklung des Kapitalismus nicht gesehen oder sehen können und sei deshalb zu falschen Schlußfolgerungen gekommen, seien hier nur zwei Stellen aus dem „Kapital" zitiert. Im ersten Band definiert Marx den Kapitalisten als „bewußten Träger" der „Bewegung des Kapitals", als jemand, der den objektiven Inhalt jener Zirkulation zu seinem „subjektiven Zweck" macht, „und nur soweit wachsende Aneignung des abstrakten Reichtums das allein treibende Motiv seiner Operationen (ist), funktioniert er als Kapitalist oder personifiziertes, mit Willen und Bewußtsein begabtes Kapital" [26]). Und in dem von Engels herausgegebenen dritten Band heißt es zu den sich herausbildenden Kapitalgesellschaften:

„Es ist die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst und daher ein sich selbst aufhebender Widerspruch, der prima facie als bloßer Übergangspunkt zu einer neuen Produktionsform sich darstellt. Als solcher Widerspruch stellt er sich dann auch in der Erscheinung dar. Er stellt in gewissen Sphären das Monopol her und fordert die Staatseinmischung heraus. Er reproduziert eine neue Finanzaristokratie, eine neue Sorte Parasiten in Gestalt von Projektmachern, Gründern und bloß nominellen Direktoren; ein ganzes System des Schwindels und Betrugs mit Bezug auf Gründungen, Aktienausgabe und Aktienhandel. Es ist Privatproduktion ohne Kontrolle des Privateigentums" [27]).

Von daher kann also nicht, wie bei bürgerlichen Manager-Theoretikern, davon gesprochen werden, daß Managerherrschaft oder eine „Technostruktur" den Kapitalismus überwunden habe, wenn gleichzeitig indirekt der Grundwiderspruch des Kapitalismus, der zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, als noch existierend, ja als notwendig existierend, anerkannt wird. Auch wenn man Leiter sozialistischer Industriebetriebe als „Manager" bezeichnet, bleibt doch die Hauptfrage: was wird nach welchen Prinzipien und Kriterien, zu welchem Zweck „gemanagt". Die Tatsache allein, daß sowohl im Kapitalismus als auch im Sozialismus „gemanagt" wird, sagt für sich allein kaum etwas aus. Höchstens, daß in der Phase der wissenschaftlich-technischen Revolution einige Methoden zur Leitung großer Unternehmen sich ähneln [28]).

Zentrale Frage ist deshalb, wie es dem „bewußten Trägern des Kapitals" z. B. in den USA oder der BRD gelang, über lange Perioden der Entwicklung die „Konkurrenz der Arbeiter unter sich", die „Isolierung der Arbeiter durch die Konkurrenz" aufrechtzuerhalten, und die „immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter" [29]) zumindest soweit zu verhindern, daß von einer aktu-

24) Galbraith, a.a.O., S. 437.
25) R. Hilferding, Das Finanzkapital, 1912; R. Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals (1912), Leipzig 1921; W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (Petrograd 1917), Berlin 1946[1]; eine grundlegende Darstellung erübrigt sich an dieser Stelle, da inzwischen durch die verstärkte Marx- und Lenin-Rezeption vor allem in der Intelligenz der BRD die Kenntnisse zumindestens der wichtigsten Schriften der marxistischen Klassiker und der mit ihnen verbundenen Problematik vorausgesetzt werden kann. Vor einigen Jahren wäre dies noch nicht möglich gewesen.
26) Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, in: MEW 23, S. 167 f.
27) Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, hrsg. von Friedrich Engels, in: MEW 25, S. 454.
28) Vgl. S. P. Trapesnikow, Der Leninismus und die wissenschaftlich-technische Revolution, in: Sowjetwissenschaft . . ., Nr. 9/1970, S. 905 ff.; I. Dudinski, Ökonomische Probleme des entwickelten Sozialismus, in: Ebenda, Nr. 4/1971, S. 351 ff.; allgemein auch Arnold Buchholz, Die große Transformation, Stuttgart 1968.
29) K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Berlin (DDR) 1945, S. 13 und 16.

ellen Gefahr für das System als Ganzem nicht gesprochen werden kann [30]). Die historische Entwicklung ist weitgehend bekannt, die objektiven Bedingungen auch, die subjektiven, über das Einzel- und Gruppenbewußtsein der Arbeiter, sind es noch kaum. Konkret gefragt: warum ist bei einem der größten internationalen Konzerne seit über 40 Jahren noch nie gestreikt worden, obwohl gerade er als Computerproduzent seinen „Mitarbeitern" „Bildungselemente" in großer Zahl zugeführt hat, die zur Waffe gegen das Kapital hätten werden können [31]). Die mögliche Antwort: Bestechung durch überdurchschnittliche Bezahlung ist die des Taylorismus und längst widerlegt.

EDV und Management: das Unternehmen als kybernetisches System

Aus der bisher wiedergegebenen Entwicklung der Grundzüge moderner Managementtechniken läßt sich bereits entnehmen, daß die entscheidenden Vorstöße jeweils von Großunternehmen, Monopolen, unternommen wurden, und zwar jeweils aus der Gruppe, die zu den technologisch fortgeschrittensten gehörte. Also die Automobilindustrie, die chemische Industrie und die Elektroindustrie, darunter in den letzten Jahren vor allem die Computerproduzenten.

Doch fällt es mit zunehmender Differenzierung und Qualifizierung der Managementmethoden schwer, jeweils den genauen Ursprung auszumachen. Dies verliert auch um so mehr an Bedeutung, wie im Verlaufe der wissenschaftlich-technischen Revolution die Konzentration des Kapitals auch international weiter zunehmen wird und mit der Herausbildung sogenannter „multinationaler Unternehmen", die immer weniger bestimmten Produktions- und Distributionsbereichen zuzuordnen sind, eine Angleichung auch im Bereich des Management sich vollziehen wird. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die gegenwärtig erkennbaren Tendenzen durchaus nicht immer einheitlich sind und die weitere Entwicklung nicht zuletzt sowohl von der Stärke als auch Überzeugungskraft der sozialistischen Länder wie auch der weiteren Entwicklung der internationalen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung außerhalb des sozialistischen Lagers bestimmt wird [32]).

Entscheidender Aspekt bei der Betrachtung moderner Managementtechniken ist die Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) in der Unternehmensführung. Erst „der Computer" schafft die praktischen Voraussetzungen zu einer Ausdehnung der „wissenschaftlichen Unternehmensführung" über den Arbeitsprozeß hinaus auf alle Bereiche des Unternehmens [33]). Jetzt erst konnte man herangehen, das immer dringender werdende Problem der großen, komplexen Konzerne, die Beschaffung relevanter Informationen für den Entscheidungsprozeß der Unternehmensführung, zu bewältigen [34]).

Dementsprechend ändern sich auch die Anforderungsmerkmale an das Management, wobei sich unterschiedliche Schwerpunkte auf den verschiedenen Managementebenen feststellen lassen. Allgemein kann man das Treffen von Entscheidungen als zentrale Aufgabe nennen.

30) So auch Max Schäfer, Aspekte für eine demokratische Alternative zur imperialistischen Integration, in: Marxistische Blätter, Nr. 3/1971, S. 48.
31) Vgl. William H. Rodgers, Die IBM Saga. Ein Unternehmen verändert die Welt,Hamburg 1971.
32) Vgl. Heinz Jung, Internationale Konzerne heute, in: Marxistische Blätter, Nr. 3/1971, S. 9 ff. und Jörg Goldberg, Imperialistische Integration und Verschärfung der Widersprüche, in: Ebenda: S. 39 ff.
33) Vgl. Gerhart E. Reuss, Management im Zeitalter des Elektronenrechners, 2. Sonderreihe der List-Gesellschaft, Bd. 3, Basel/Tübingen 1965; Fortschrittliche Betriebsführung, Bd. 20: Industrial Engeneering und Datenverarbeitung als Instrument moderner Unternehmenführung, hrsg. vom Refa-Verband, Berlin usw. 1969; Peter Lindemann, Unternehmensführung und Wirtschaftskybernetik, Neuwied/Berlin 1970; noch immer grundlegend: Stafford Beer, Cybernetics and Management, deutsch: Kybernetik und Management, Hamburg 1961.
34) Manfred P. Wahl, Grundlagen eines Management-Informationssystems, Neuwied/Berlin 1969; S. 13 f.; Hans Blohm, Die Management-Methoden der 70er Jahre, in: Managementperspektiven der 70er Jahre, hrsg. von Götz Hohenstein, München 1970, S. 114; Rolf Hausmann, Der Wandel der Organisationsstrukturen in den 70er Jahren, in: Ebenda, S. 126 ff.

Dem Top-Management fällt vor allem die Formulierung langfristiger Ziele, die „Zielfunktionen des Unternehmens" [35]), sowie die sich daraus ergebenden grundlegenden Richtlinien für den weiteren Entscheidungsprozeß zu. Es steckt den allgemeinen Rahmen für das Handeln auf den unter ihm liegenden Ebenen ab. Die Informationen, die es dazu befähigen, werden ihm von Spezialisten aus den Stäben der Unternehmensleitung geliefert. Eine wesentliche Aufgabe des Top-Managements ist deshalb die Integration der Detail-Informationen.

Der weitere Entscheidungsprozeß gliedert sich in Planung, Organisation und Kontrolle. Planung ist dabei vor allem Aufgabe des Middle Managements, wiederum unterstützt durch die jeweiligen Stäbe. Es gilt, aufgrund der vorgegebenen Zielfunktion die zu lösenden Aufgaben zu identifizieren, die nötigen Informationen zu beschaffen, um mögliche Alternativen aufstellen und bewerten zu können und sich schließlich für die zweckmäßigste zu entscheiden. Die weiteren Stufen — Organisation und Kontrolle — verteilen sich vor allem auf Middle- und Lower-Management [36]).

Theoretisch waren die wesentlichen Methoden für wissenschaftliche Unternehmensführung auf breitester Grundlage bereits seit längerem vorhanden. Ökonometrie [37]), Operations Research [38]), Organisationssoziologie [39]) lassen sich in ihrer Entstehung über 30 Jahre zurückverfolgen. Zur Anwendung im Sinne einer dynamischen, auf die Zukunft orientierten Unternehmensführung („Management by Innovation") bedurfte es jedoch noch der Entwicklung einer allgemeinen Systemtheorie und der Kybernetik als Lehre von der Steuerung, Regelung und Informationsübermittlung in Systemen [40]). Die damit anfallenden Denkprozesse wiederum konnten nur mit Hilfe der EDV bewältigt werden. Die hierdurch prinzipiell ermöglichte Entwicklung geht dabei nicht allein in Richtung automatisierter Produktionsprozesse, sondern zielt auf eine einheitliche Steuerung von Gesamtabläufen, die sich über mehrere traditionelle Funktionsbereiche des Unternehmens, also Ein- und Verkauf, Lagerhaltung, Planung und Kontrolle [41]), Personalpolitik und Produktion erstrecken. Durch den beginnenden Aufbau integrierter Management-Informationssysteme (MIS) wird dieses Ziel

---

35) Wahl, a.a.O., S. 17 ff.
36) Ausführliche Literatur bei Nagel, a.a.O. (Anm. 4), S. 39 ff.
37) Vgl. S. Awgurski, Die Ökonometrie und der gegenwärtige Kapitalismus, in: Sowjetwissenschaft . . ., Nr. 5/1970, S. 498 ff.
38) Vgl. Lindemann, a.a.O., S. 105 f. (mit weiteren Literaturangaben)).
39) Renate Mayntz, Soziologie der Organisation, Reinbek b. Hamburg 1963.
40) Vgl. u. a. Norbert Wiener, Kybernetik, Düsseldorf/Wien 1963 (Reinbek b. Hamburg 1968); Georg Klaus, Heinz Liebscher, Was ist, was soll Kybernetik, Leipzig/Jena/Berlin 1966; Georg Klaus (Hrsg.), Wörterbuch der Kybernetik, Berlin (DDR) 1967 (Frankfurt/M. / Hamburg 1969); Karl Steinbuch, Automat und Mensch, Berlin/Heidelberg/New York 1965; Guido Fischer, Kybernetik in der betrieblichen Personalpolitik, in: Personal Nr. 1/1969, S. 2 ff.; Allg. Ossip K. Flechtheim, Futurologie, Köln 1970, S. 126 ff.; Horst Wagenführ, Industrielle Zukunftsforschung, München 1970, S. 33 ff.
41) Im Zusammenhang mit der neuen Methode des Budget-Programming wurde die These selbst in Gewerkschaftskreisen vertreten, damit sei bereits ein Teil der gewerkschaftlichen Mitbestimmung, nämlich die „funktionale Mitbestimmung", erfüllt. Dies wurde damit begründet, daß jetzt ja nicht mehr die Planung einschließlich der Aufstellung der Budgets zentral von oben nach unten erfolge, sondern vielmehr durch die konkurrierende, eigenständige Zielformulierung der einzelnen Bereiche deren Einfluß im Zusammenhang mit einer Offenlegung des Rechnungswesens sich vergrößere. An dieser Hypothese stimmt nur eins: daß die Stellung des einzelnen Mitarbeiters, besonders in den mittleren Positionen, dadurch gestärkt ist, daß er nicht mehr in erster Linie den persönlichen Launen seines Vorgesetzten ausgesetzt ist, sondern einen objektiven Rahmen für seine Arbeit besitzt. Innerhalb dieses Rahmens kann er relativ nach eigenem Ermessen tätig werden. Mit Mitbestimmung hat das allerdings nur soweit etwas zu tun, als er nun in der Lage ist, mit Sachverstand in bestimmten Fragen effizientere Methoden durchzusetzen, ohne von bürokratischen Hemmnissen behindert zu werden. Er ist aber gezwungen, dabei im Rahmen der vom Top Management vorgegebenen Prizipien zu argumentieren. Der Einfluß auf die verbindlichen unternehmenspolitischen Zielformulierungen jedoch ist nach wie vor der Unternehmensführung vorbehalten. Und zwar in viel höherem Maße als früher, da gerade mit Hilfe der EDV das Top Management einen direkteren Zugriff zu den Informationen besitzt als jemals zuvor. So bildet die Propaganda mit der „funktionalen Mitbestimmung", u. a. von Ernst von Siemens öffentlich verkündet, in der Hand des Top Managements ein ausgezeichnetes Instrument zur Zurückdrängung des Einflusses der gewerkschaftlichen Forderung nach Mitbestimmung, vor allem im Bereich des unteren Managements und der leitenden Angestellten. — Vgl. K. Schleume, Budget-Programmierung. Der Computer verändert das Berufsbild des Angestellten, in: Der Gewerkschafter, IV/1969, S. 140 f. und die Entgegnung von Konrad Scholz, Die Rechte des Betriebsrats werden ausgehöhlt, in: Ebenda, S. 142; Vgl. allg. Carl Böhret, Entscheidungshilfen für die Regierung, Köln/Opladen 1970.

bereits in den fortgeschrittensten Konzernen, wie IBM, Esso, Ford, in Angriff genommen [42]).

Der Definition und Steuerung des Unternehmens als „System" kommt nun, bei aller Rationalität, im Kapitalismus notwendigerweise eine wichtige ideologische Komponente zu [43]). Denn wenn die Betrachtung eines Unternehmens auf die seiner abstrakt-logischen Wirkungszusammenhänge reduziert wird, spielt z. B. der traditionelle Gegensatz von Kapital und Arbeit theoretisch überhaupt keine Rolle mehr. Unternehmensziel ist nämlich jetzt nicht mehr die Profitmaximierung, sondern allgemein, „in seiner Umwelt optimal zu bestehen und sich im Rahmen der sich aus der Umwelt ergebenden Möglichkeiten weiterzuentwickeln" [44]). Der Gewinn ist jetzt Führungsgröße, Maßstab, inwieweit das Unternehmen die „Möglichkeiten der Umwelt" genutzt hat. Gleichzeitig ist er, in Form des Plangewinns, Vorgabegröße für die einzelnen Teilbereiche bei der Planaufstellung. Hoher Gewinn zeugt also von der Stabilität des Systems, bedeutet damit Sicherheit für alle „Mitarbeiter", ist damit ein Ziel, das anzustreben im Interesse eines Jeden, ob Generaldirektor oder Arbeiter, liegen müßte [45]).

Voraussetzung nun, daß Systemdenken zu einem allgemeinen Denken, nicht nur zu dem der Unternehmenführung, wird, ist, daß das Unternehmen in Organisation und Struktur dem kybernetischen Modell nachgebildet wird. Und zwar möglichst schon zu einem Zeitpunkt, an dem es ein solches System in der Wirklichkeit noch überhaupt nicht darstellt [46]).

Notwendig für die Anwendung der Kybernetik ist eine möglichst weitgehende Beschreibbarkeit aller Bereiche (Untersysteme) und Vorgänge. Dabei ist man sich im klaren, daß die Beschreibbarkeit von innen (Produktion) nach außen (Umwelt) abnimmt. Mit Hilfe der Methode des Schwarzen Kastens kann man jedoch auch in ihrer Struktur nicht zugängliche Systeme annähernd in ihrer Wirkung erfassen [47]).

Diese Tendenz der Objektivierung bewirkt im Personalbereich eine möglichst vollständige Beschreibung aller Arbeitsplätze und Tätigkeiten („System Management") mit weitgehenden Auswirkungen auf die im Betrieb abhängig Arbeitenden. Dies soll folgend am Modell eines in der BRD bestehenden Unternehmens idealtypisch beschrieben werden, und zwar vor allem unter dem Aspekt der Integration der abhängig Arbeitenden [48]).

(Teil II folgt)

---

42) Vgl. Wahl, a.a.O. (Anm. 34); Gesellschaft für Informatik (GI) (Hrsg.), Fachtagung Information Retrieval Systeme (IRS), Management Information Systeme (MIS), Stuttgart, 9.—11. 12. 1970, Vorabdrucke der Vorträge, o. O. o. J.; Klaus Seemann, Neue integrierte Managementsysteme in Regierung und Verwaltung, Berichte des Deutschen Industrieinstituts zur Wirtschaftspolitik, Nr. 9/1970.

43) Vgl. allg. Wolf-Dieter Narr, Theoriebegriffe und Systemtheorie, Einführung in die moderne politische Theorie (Narr/Naschold), Teil 1, Stuttgart usw. 19712, S. 171 ff.; Jürgen Habermas, Niklas Luhmann, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Frankfurt/M. 1971.

44) Lindemann, a.a.O. (Anm. 33), S. 45.

45) Vgl. Drucker, Praxis des Managements, a.a.O., S. 333 ff.

46) Vgl. Blohm, a.a.O. (Anm. 34), S. 122.

47) Vgl. Lindemann, a.a.O., S. 45 ff.

48) Das folgend beschriebene Modell deckt sich formal weitgehend, aber nicht vollständig, mit einem in der BRD existierenden Unternehmen. Ein Quellennachweis ist an dieser Stelle nicht möglich. Stattdessen wird auf die weiterführende Literatur verwiesen. Die angeführten Zahlen sind authentisch.

Militär und Politik in der Türkei

Vom Kemalismus zum Faschismus?

Von Klaus-Peter Dietzel

Mit dem Memorandum vom 12. März dieses Jahres und dem erzwungenen Rücktritt der Regierung Demirel haben die Militärs in der Türkei faktisch die Macht übernommen. Die tiefe Krise der türkischen Wirtschaft, manifestiert in einem nach Millionen zählenden Heer von Arbeitslosen und Unterbeschäftigten, einem chronischen und ständig wachsenden Zahlungsbilanzdefizit sowie zunehmender Staatsverschuldung und Geldentwertung, führte in den letzten Jahren nicht nur zu einer entscheidenden Verschlechterung der Verwertungsbedingungen für das in- und ausländische Kapital, sondern gefährdete, indem sie den Prozeß der Verelendung der breiten Masse der türkischen Bevölkerung, des Proletariats der Städte, des Landproletariats und der verarmten Kleinbauern vorantrieb, die Grundlagen des Systems selbst. Die Unfähigkeit der Regierung Demirel, die türkische Wirtschaft aus der Krise zu führen, mußte daher nicht nur den Widerstand und die Unzufriedenheit der herrschenden Klassen der Türkei heraufbeschwören (ein Umstand, der zur Spaltung der regierenden Gerechtigkeitspartei (AP) geführt hatte und deren Mehrheit im Parlament auf zwei Sitze zusammenschrumpfen ließ): der unausweichlich scheinende wirtschaftliche Zusammenbruch und die damit verbundene Gefahr einer grundlegenden Kräfteverschiebung im Verhältnis der sozialen Klassen bedrohte unmittelbar die Profitinteressen des ausländischen Kapitals und die militärisch-strategischen Ziele der USA im Nahen Osten und Mittleren Osten.

Das Eingreifen der Militärs ist jedoch vor diesem Hintergrund allein nicht hinlänglich zu erklären. Die fortschrittlichen Traditionen der türkischen Armee, die sich mit dem Begriff des „Kemalismus" verbinden, und ihre Rolle beim Übergang von der feudalen zur bürgerlichen Gesellschaft müssen ebenso in die Analyse einbezogen werden wie der daraus begründete sozialreformerische Anspruch, den das türkische Militär als entscheidender politischer Machtfaktor dieses sozial wie ökonomisch schwach entwickelten Landes unter Berufung auf die kemalistische Staatsidee noch heute aufrechterhält.

Das Osmanische Reich — ein hochorganisierter feudaler Militärstaat

Die Feudalordnung des Osmanischen Reiches enthielt entscheidende Strukturmerkmale, die sie von den feudalen Gesellschaftssystemen westeuropäischer Prägung unterschied. Dem Militärwesen kam von Anfang an eine zentrale, die Entwicklung der Gesellschaft bestimmende Bedeutung zu.

Nach dem Zusammenbruch des Seldschukenreiches ging aus dem westanatolischen Emirat der Osmanen zu Beginn des 14. Jahrhunderts im Verlauf zahlreicher kriegerischer Auseinandersetzungen mit den benachbarten Emiraten das Osmanische Reich hervor, das nach dem Fall von Konstantinopel (1453) schließlich im 16. Jahrhundert den Höhepunkt seiner Machtentfaltung erreichte. Die politisch-ökonomischen Hauptaktivitäten dieses hochorganisierten, feudalen Militärstaates waren nach außen gerichtet [1]; sie fanden ihre ideologische Rechtfertigung in der islamischen Staatsidee (Heiliger Krieg gegen die Ungläubigen). Entsprechend den

1) Vgl. Steinhaus, Kurt, Soziologie der türkischen Revolution, Frankfurt (M) 1969, S. 17.

militärischen Bedürfnissen des Reiches war die osmanische Wirtschafts- und Sozialverfassung ausgebildet. Die ausschließlich „agrarisch und militärisch orientierte feudale Oberschicht" [2]) hatte sich einen straff organisierten bürokratischen Herrschaftsapparat geschaffen, der sich aus eben dieser Schicht regenerierte und die Hauptstütze einer stark zentralisierten Feudalgewalt darstellte. Die agrarische Produktion, neben der Plünderung eroberter Gebiete wesentlichste Quelle materieller Subsistenz, war in einem, der militärischen Staatsidee entsprechenden Lehnssystems gefaßt. Der Sultan als oberster Lehnsherr vergab Ländereien an verdiente Militärs (Sipahi), ein Privileg, das an deren Stellung im Staatspparat geknüpft und im Prinzip nicht vererbbar war. Als Gegenleistung war die Gestellung und Unterhaltung von Truppen für die zahlreichen Feldzüge des Sultan-Kalifen zu erbringen. „Im Osmanischen Reich waren Agrar- und Militärverfassung zusammengefallen" [3]).Handel und Gewerbe waren nur schwach entwikkelt und lagen — das macht den besonderen Wesenszug der osmanischen Wirtschaftsverfassung aus — anfangs teilweise, später fast gänzlich in den Händen religiöser und ethnischer Minderheiten [4]). „Das Interesse der Türken am Handel war nicht ökonomischer, sondern fiskalischer Natur" [5]), eine Tatsache, die in der Folgezeit einer bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung jede Grundlage entzog.

Die Produktionen staatlicher Manufaktur- und Bergbaubetriebe waren ebenso auf die Bedürfnisse der Heereswirtschaft abgestellt, wie die Entwicklung der Wissenschaften weitgehend auf die militärisch nutzbaren Fachgebiete (Mathematik, Geometrie) beschränkt blieb, denn „die Kampfkraft der Armee bestimmte, indem sie über den territorialen Besitzstand entschied, letzten Endes auch über die Höhe des gesellschaftlichen Surplus" [6]). Weil somit die militärische Überlegenheit des Reiches die „Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses in seiner bestehenden Form" bildete [7]), wurde die militärische Oberschicht selbst zum Träger gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Innovationen, die freilich keine tiefgreifenden Veränderungen herbeiführten, sondern rein selektiv, allein den militärischen Bedürfnissen angepaßt Eingang in das Osmanische Reich fanden. Eine Bourgeoisie, die entsprechend der westeuropäischen Entwicklung ideell wie materiell den Feudalismus zu Fall gebracht hätte, hatte sich nicht entwickeln können [8]). So verblieb die Türkei, als in Europa das Maschinenzeitalter anbrach, auf der Stufe agrarischer Subsistenzwirtschaft. Infolgedessen konnte auch die Übernahme westeuropäischer Militärtechnik, die sich der türkischen sehr bald überlegen zeigte, und der mit der Abschaffung des mittlerweile verrotteten Lehnssystems einhergehende Aufbau einer modernen Armee zu Beginn des 19. Jahrhunderts den militärischen Niedergang des Reiches nicht mehr aufhalten.

Die Reformen der „Tanzimat-Periode" (1839—1878), deren Höhepunkt die Einführung einer Verfassung (1876) darstellte (die allerdings unter der Diktatur Abdul Hamids II. bereits 1878 faktisch wieder außer Kraft gesetzt wurde), begünstigten das Einsickern bürgerlicher Ideen aus Westeuropa. Zum Träger demokratischen und nationalistischen Gedankengutes wurde in erster Linie das Offizierkorps der neuen Armee, „das seit der Ausschaltung der Sipahi und der Janitscharen zunehmend von den feudalen und theokratischen Ideologien der Ver-

2) Ebenda, S. 19.
3) Ebenda, S. 29.
4) Zu Steinhaus' These der „ethnischen Arbeitsteilung" siehe auch Boran, Behice, Türkiyede Sosyalizmin Sorunlari, Istanbul 1968, die hier zu abweichenden Ergebnissen kommt.
5) Steinhaus, a.a.O., S. 15 f.
6) Ebenda, S. 29.
7) Ebenda.
8) Auf die in diesem Zusammenhang bedeutsame Rolle des ausländischen Einflusses, dem das Osmanische Reich seit dem 16. Jahrhundert ausgesetzt war, kann an dieser Stelle leider nicht näher eingegangen werden.

gangenheit gelöst wurde und dessen Rekrutierung nicht mehr aus den traditionellen Machteliten, sondern überwiegend aus Unter- und Mittelschichten erfolgte" [9]).

Die Militärakademien wurden zu Zentren der progressiven — später als „jungtürkisch" bezeichneten — Opposition [10]) gegen die hamitische Diktatur, organisiert im „Komitee für Einheit und Fortschritt". Nach einem vorzeitigen vereitelten Putschversuch im Jahre 1896 gelang es schließlich 1908, die Wiedereinsetzung der Verfassung von 1876 zu erzwingen und ein Jahr später den Monarchen zu stürzen.

„Das jungtürkische Regime war eine von Militärs und Bürokraten getragene Oligarchie und nahm schließlich die Form eines (...) Triumvirats an" [11]). Trotz formaler Existenz eines Parlaments wurde diktatorisch regiert; eine Massenbewegung, auf die das Regime sich hätte stützen können, fehlte völlig. Die eingeleiteten Reformmaßnahmen litten unter wachsendem militärischen Druck, dem das Reich ausgesetzt war, und führten ebensowenig wie frühere Ansätze zu Veränderungen, die es der Türkei ermöglicht hätten, Anschluß an die mittlerweile zu imperialen Großmächten aufgestiegenen europäischen Industrienationen zu finden, welche ihrerseits — und hier liegt ein wesentlicher Grund für das Scheitern jungtürkischer Reformpolitik — das sieche Osmanische Reich inzwischen in halbkoloniale Abhängigkeit gebracht hatten. Dennoch wurden in der Verwaltung, auf dem Sektor der kommunalen Dienstleistungen und im Erziehungswesen einige Fortschritte erzielt, die nicht ohne Bedeutung für die weitere Entwicklung der modernen Türkei waren.

Der nationale Befreiungskampf unter Ata Türk — Versuch einer bürgerlichen Revolution

„Durch die militärische Niederlage der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg war das Osmanische Reich uneingeschränkt zum politischen Objekt der Entente geworden" [12]). Gegen die Kapitulationspolitik der Hohen Pforte, die — eine Marionette in der Hand der siegreichen Imperialmächte — ihre feudalen Privilegien zu retten suchte, formierte sich eine Front nationalistisch gesinnter Militärs, unterstützt von patriotischen Beamten und intellektueller Kleinbourgeoisie. Der populäre General Mustafa Kemal, der sich auf ihm ergebene Truppenteile im Norden und Osten des Landes stützen konnte, organisierte einen einheitlichen nationalen Widerstand. Im September 1919 gelang auf dem zweiten Nationalen Kongreß in Sivas die Gründung der „Vereinigung für die Verteidigung der Rechte von Anatolien und Rumelien"; im April des folgenden Jahres konstituierte sich in Ankara die „Große Nationalversammlung der Türkei" als höchste politische Instanz des Landes, die Funktionen der Exekutive wie auch die der Legislative in sich vereinigend.

Im Bürgerkrieg (1920—1923) kämpfte die kemalistische Armee, in der auch die Kurden organisiert waren, unterstützt durch die als Guerilla operierenden „Fliegenden Kolonnen" und die breiten Volksmassen gegen die auf Veranlassung der Entente gebildete „Armee des Kalifats" und die ausländischen Interventionsstreitkräfte. Der Sieg machte den Weg frei zur Schaffung eines neuen türkischen Staates, „der sich auf die nationale Souveränität stützte und eine Unabhängigkeit ohne jeden Vorbehalt und ohne jede Einschränkung" besitzen sollte [13]). Ziel des

[9]) Steinhaus, a.a.O., S. 42.
[10]) Vgl. ebenda, S. 42.
[11]) Ebenda, S. 44.
[12]) Ebenda, S. 51.
[13]) Ebenda, S. 80.

neuen Staates sollte es sein, eine nationale Bourgeoisie zu schaffen, die Industrialisierung des Landes voranzutreiben und umfangreiche Reformen nach europäischem Muster durchzuführen. Ideologische Grundlage waren die sechs Hauptprinzipien des Kemalismus: Reformismus, bürgerlicher Nationalismus, Republikanismus, Laizismus, Etatismus und Populismus.

Der Kongreß von Izmir im Februar 1923 sollte — entsprechend den Prinzipien des Populismus — allen Klassen und Schichten Gelegenheit geben, ihre Forderungen und Vorstellungen über den Aufbau des neuen Staates vorzubringen. Bezeichnenderweise war das landlose Agrarproletariat nicht vertreten, ein Umstand, der mit der Tatsache korrespondiert, daß in der Türkei bis heute keine Agrarreform durchgeführt wurde, die die zum Teil halbfeudale Abhängigkeit der Kleinbauern und Landproletarier beseitigt oder zu einer grundlegenden Veränderung in der Besitzstruktur geführt hätte. Ebenso bezeichnend für das Verhältnis der Klassenkräfte in der Revoltuion war es, daß die Forderungen der Arbeiterklasse nur insofern Berücksichtigung fanden, als sie unerläßliche Voraussetzungen für den Aufbau einer nationalen Industrie waren und die Bildung eines städtischen Industrieproletariats förderten (nationale Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produktion, Arbeitsrecht etc.). Das geforderte Streik- und Koalitionsrecht wurde hingegen nicht zugestanden. Die auf dem Kongreß beschlossene und in der Folgezeit durchgeführte Zurückdrängung des ausländischen Kapitals (Nationalisierung der ausländischen Tabakmonopole, Aufkündigung der Kapitulationen, Gesetz zur Förderung der Industrie 1927 etc.) machte den Weg frei für den Aufbau einer eigenständigen industriellen Basis.

So wurden unter der Ägide der Republikanischen Volkspartei (CHP), der Partei Kemals, nicht nur entscheidende Reformen im gesellschaftlichen Überbau durchgeführt (Säkularisierung, Alphabetisierung) und der ausländische Einfluß zurückgedrängt, sondern auch erste Schritte getan, um das Kernproblem der türkischen Revolution — den forcierten Nachvollzug der ursprünglichen Akkumulation — zu bewältigen. 1927 hatten 90,81 % aller Unternehmen weniger als 5 Beschäftigte, 95,68 % aller Fabriken produzierten ohne Motoren [14]). Dieser Entwicklungsstand der Produktivkräfte und die geringe Kapitalhilfe der akkumulationswilligen Kleinbourgeoisie machten sehr bald deutlich, daß auf rein privatkapitalistischer Grundlage an die Schaffung einer schwerindustriellen Basis nicht zu denken war. Ganz abgesehen von der mangelhaften Infrastruktur, die hohe Investitionen erforderte.

Mit dem Etatismus zu Beginn der 30er Jahre griff die Regierung zum „System eines massiven, teilweise politisch motivierten Staatsinterventionismus mit stark ausgeprägten gesamtgesellschaftlichen Zielsetzungen" [15]). Über verschiedene staatliche und halbstaatliche Kreditinstitute entfaltete der türkische Staat eine aktive Investitionstätigkeit. Als Akkumulationsquelle diente der Export von Landwirtschafts- und Bergbauprodukten, die auf Grund der niedrigen Arbeitsproduktivität teilweise unterhalb ihres Äquivalents getauscht werden mußten [16]). Die Schwerpunkte der staatlichen Investitionstätigkeit lagen im Bereich der Textil- und Montanindustrie. Die hohen Investitionen, die in der Montanindustrie erforderlich waren, konnte das Privatkapital nicht aufbringen. Die Investitionstätigkeit des Staates in diesem Bereich zeigt, daß die Bedeutung einer schwerindustriellen Basis für die Unabhängigkeit einer nationalen Wirtschaft klar erkannt wurde.

Unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise, die eine deutliche Verschlechterung

[14]) Barthel, Günter, Zur Industrialisierung der Türkei. Bilanz und Perspektive. Diss. Leipzig 1966, S. 75.
[15]) Steinhaus, a.a.O., S. 125.
[16]) Vgl. ebenda, S. 192.

der Terms of trade mit sich brachte, sowie angesichts der Industrialisierungserfolge der Sowjetunion erfolgte um 1933 eine Neubestimmung des etatistischen Prinzips. Man entwickelte ein Schwerpunktprogramm für industrielle Investitionen, den ersten türkischen Fünfjahrplan (1934—1938), dessen finanziellen Grundstock ein zinsloses Darlehen der UdSSR in Höhe von umgerechnet 10 000 000 $ bildete. Im Planzeitraum von 1934—1938 stieg die Summe der Bruttoinvestitionen von 36,2 Mio. TL (1934) auf 62,2 Mio. TL (1938) [17]). Die damit verbundene Erhöhung der agrarischen und leichtindustriellen Produktion führte zu einer fortschreitenden Verringerung des Konsumgüter- und Fertigwarenimports. 1939 produzierten türkische Unternehmen fast alle Konsumgüter, wenn auch von einer vollen Bedarfsdeckung nicht gesprochen werden konnte [18]). „Trotz der forcierten Industrialisierung bildete der Agrarsektor weiterhin die Grundlage der türkischen Volkswirtschaft" [19]). Da der Großgrundbesitz de facto ebenso unangetastet blieb wie das halbfeudale Pacht- und Wuchersystem, „erhielt sich die ‚Gentry' als die entscheidende politische Kraft auf dem Dorfe" [20]). Der ideologische Einfluß und der ökonomische Druck, dem die Bauernschaft infolgedessen weiterhin ausgesetzt blieb, behinderte die Hebung des kulturellen Niveaus Anatoliens ebenso wie die Erhöhung der agrarischen Produktion und Produktivität [21]).

Die sich entwickelnde türkische Arbeiterklasse blieb, obwohl sie die Hauptlast des Industrialisierungsprozesses trug, rechtlos, gewerkschaftliche Organisationen waren nicht zugelassen, ihre politische Organisation war in die Illegalität verbannt. Die Negierung der Interessen der Arbeiterklasse — Mustafa Kemal leugnete die Existenz von Klassen [22]) — und die Unterbindung jeglicher demokratischer Aktitität der Bevölkerung verunmöglichten die Verankerung der neuen Ideen im Volk und deuten zugleich auf die Wurzeln für das spätere Scheitern der anfänglich fortschrittlichen Initiative der türkischen Militärs.

Die Armee, der die Funktion der Geburtshelferin der modernen Türkei zugefallen war, leistete beim nationalen Aufbau aktive Mithilfe (z. B. führten speziell geschulte Kader die Alphabetisierungskampagne auf den Dörfern durch) und betrachtete sich nach dem Tode Kemals (1938) als den Hort der kemalistischen Staatsidee. Sie sollte ihre progressive Rolle, die ihr in der Geschichte der modernen Türkei ohne Zweifel zugekommen ist, noch einmal beim Putsch gegen das reaktionäre Menderes-Regime spielen.

Die „Revolution" von 1960

Obwohl die Türkei während des Zweiten Weltkrieges eine neutrale Position einnahm, war fast die gesamte Industrieproduktion auf Kriegswirtschaft umgestellt worden; die Türkei lieferte Rüstungsmaterial an die kriegführenden Mächte. Die sich daraus ergebenden ruinösen Folgen für die türkische Ökonomie hatten in den unmittelbaren Nachkriegsjahren zu einer Kräfteverlagerung innerhalb der herrschenden Klasse geführt. Der großgrundbesitzerlichen Klassenfraktion im Verein mit den Kriegsgewinnlern der Handels- und Finanzbourgeoisie gelang es, die kleinbürgerlichen, kemalistisch gesonnenen und die nationale Industrie tragenden Schichten von der Macht zu verdrängen. Sie stützte sich dabei auf die Stimmen der Bauern, die durch die bürokratischen Maßnahmen der Kriegszeit eine Verschlechterung ihrer Lage erfahren hatten.

17) Barthel, Günter, Der industrielle Aufbau in der Türkei zwischen 1923 und 1966; in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1968, Teil 3, S. 169.
18) Vgl. ebenda, S. 173.
19) Steinhaus, a.a.O., S. 131.
20) Ebenda, S. 132.
21) Vgl. ebenda.
22) Vgl., Barthel, Aufbau, a.a.O., S. 153.

Die Jahre von 1950—1960, die Regierungszeit von Bayar und Menderes, brachten nach einer kurzen Phase der Prosperität nicht nur eine rapide Verschlechterung der ökonomischen Situation (wachsende Staatsverschuldung, Inflation und Geldentwertung) und eine zunehmende Verelendung der arbeitenden Bevölkerung (während sich die Lebenshaltungskosten im Zeitraum von 1948—1960 — errechnet zu konstanten Preisen des Jahres 1938 — verzehnfachten, waren die Löhne von 1938—1960 nur auf ihr Zweieinhalbfaches gestiegen [23]), sie waren auch gekennzeichnet von dem Beginn eines wachsenden Zustroms ausländischen, vor allem US-amerikanischen Kapitals. „Die Führer der Demokratischen Partei (DP), die Interessenvertreter der reaktionären Großgrundbesitzer und der rechten Teile der Bourgeoisie sahen es als ihr Hauptziel an, alle Anstrengungen zu unternehmen, ‚damit im Resultat unserer Politik unsere amerikanischen und englischen Freunde zufriedengestellt werden'" [24].

Gegen das Versprechen US-amerikanischer Wirtschaftshilfe fand sich die türkische Regierung bereit, im Rahmen der UN-Streitmacht ein Truppenkontingent nach Korea zu entsenden. Die Unterstützung der Aggressionspolitik der USA in Asien seitens der Menderes-Regierung kostete das türkische Volk über 8000 Tote. Der politischen und militärischen Integration in das imperialistische System (1952 wurde die Türkei Mitglied der NATO, 1955 des Bagdad-Paktes — seit dem Austritt des Irak 1959 CENTO) folgte die zunehmende ökonomische Abhängigkeit vom ausländischen Finanzkapital. Neben den privaten Direktinvestitionen US-amerikanischer Konzerne (von 1951—1964 im Wert von 142 Mio. TL [25]), pumpten die USA reichlich öffentliche „Hilfsgelder"in die Türkei: von 1950—1963 über 4 Mrd. $, davon allein an Militärhilfe 1,99 Mrd. $ [26]. Die gesamten Auslandsverpflichtungen der Türkei erhöhten sich von 277 Mio. US-Dollar (1950) auf 1,139 Mio. $ (1960) [27].

Die USA errichteten im Lauf der Jahre über 100 Militärbasen in der Türkei und bauten türkische Mittelmeerhäfen zu Stützpunkten der 6. Flotte aus. Die türkische Armee wurde nach US-amerikanischem Vorbild umstrukturiert; Teile des Offiziers- und Unteroffizierskorps wurden in den USA und der BRD ausgebildet. Die völlige Aufgabe des etatistischen Wirtschaftsprinzips, verbunden mit einer dem Profitinteresse der herrschenden Klassenfraktion entsprechenden Öffnung der einheimischen Märkte und Anlagesphären für industrielle Fertigwaren und ausländisches Kapital [28] stoppte den unter Ata Türk begonnenen Industrialisierungsprozeß und überantwortete die nationalen Rohstoffressourcen den ausländischen Monopolen. Der wachsenden inneren Opposition begegnete das Menderes-Regime mit brutalen Terrormaßnahmen und der Entdemokratisierung des öffentlichen Lebens.

Die verschärften Klassenauseinandersetzungen erreichten 1959/60 nach Massenentlassungen in der Textilindustrie ihren Höhepunkt und veranlaßten die Armeeführung, am 27. Mai 1960 in einem Staatsstreich das korrupte Regime zu stürzen und die Regierungsgewalt zu übernehmen. Menderes und seinen Komplizen (freilich nur denen, die im Lande und greifbar waren) wurde der Prozeß gemacht;

23) Vgl., Barthel, Zur Industrialisierung der Türkei, a.a.O., S. 112.
24) Barthel, a.a.O., S. 96; zit. nach Samsutdinov, A.M., Tureckaja Respublika-Kratkij Ocerk Jstorii 1923—1961. Moskau 1962.
25) Vgl. Barthel, Günter, Das Auslandskaiptal in der Türkei; in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin 15/1967/8, S. 1340.
26) Vgl. U.S. Overseas Loans and Grants and Assistance from International Organisations, hrsg. vom Office of Statistics and Reports, U.S. State Department, Washington D.C. 1971.
27) Vgl. Prof. Dr. Kenen Bulutoglu, 100 Sorude Türkiye de Yabanci Sermaye, Istanbul 1970.
28) Zwar brachte das — auf amerikanische Anregung hin — 1954 erlassene „Gesetz zur Förderung ausländischen Kapitals" nicht den gewünschten Erfolg: der Zustrom ausländischen Kapitals blieb hinter den Erwartungen zurück; da die staatliche Investitionstätigkeit jedoch fast gänzlich zum Erliegen gekommen war, konnte das vor allem in Bereiche der extraktiven Industrie fließende ausländische Kapital eine dominierende Rolle spielen.

er selbst, sein Außenminister Zorlu und Finanzminister Politkan wurden gehängt, die Demokratische Partei verboten.

Unter der Interimsregierung des Generals und späteren Staatspräsidenten Gürsel wurde der Kurs einer neu zu wählenden Regierung festgelegt: planmäßige Fortführung des unter Ata Türk begonnenen wirtschaftlichen Aufbaus (zu diesem Zweck wurde 1961 das staatliche Planungsamt ins Leben gerufen und mit der Ausarbeitung eines Wirtschaftsplanes beauftragt), die Wiederherstellung der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten durch die Einsetzung einer neuen Verfassung, ferner die konsequente Trennung von Staat und Religion, was vor allem das Verbot der unter Menderes erneut eingerichteten religiösen Schulen bedeutete.

Eine starke Minderheit linksgerichteter Offiziere und Intellektueller forderte eine sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft durch Verstaatlichung allen Bodens, die Errichtung von Staatsfarmen, Zurückdrängung der wenig produktiven handwerklichen Produktion zugunsten industrieller Massenfertigung, Planwirtschaft, Erhöhung der Investitionen von 7 auf 20 % des Nationaleinkommens durch Zwangssparmaßnahmen, Enteignung der ausländischen Monopole etc. [29]). Sie wurde jedoch ausmanövriert, während der Einfluß des ausländischen Kapitals unangetastet blieb. Daß die Türkei sich auf diese Weise jeder Chance einer eigenständigen und nicht durch imperialistische Einflüsse deformierten industriellen Entwicklung begab, liegt auf der Hand, zumal die fortgesetzte NATO-Mitgliedschaft und die dadurch verursachten enormen Rüstungsausgaben (1964 waren es 385 Mio. $, rund 5 % des BSP [30])) den Anteil der produktiven Investitionen schmälern mußten.

In der Tat blieb der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung aus. Die Planziele des ersten Fünfjahrplanes konnten nicht verwirklicht werden; beim zweiten Fünfjahrplan, der 1972 ausläuft, werden — soviel steht bereits fest — die Ergebnisse noch weiter hinter den Plandaten zurückbleiben. Die defizitäre Haushaltspolitik der Regierung, verstärkt durch die diskriminierenden Praktiken, denen ökonomisch schwach entwickelte Länder im Handel mit den kapitalistischen Industrieländern unterworfen sind, trieb den türkischen Staat weiter in die roten Zahlen: die gesamten Auslandsverpflichtungen waren 1970 auf 3,4 Mrd. $ angelaufen [31]). Noch immer arbeiten 70 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft, wo sie 37 % des Nationaleinkommens erwirtschaften, an dem der industrielle Bereich mit nur 18,6 % beteiligt ist [32]), bei einer Arbeitslosenquote von 15 %, die — rechnet man die versteckte Arbeitslosigkeit hinzu — in den Wintermonaten bis zu 35 % (Schätzung) erreicht. 2 % der Bevölkerung verfügen über 40 % des Nationaleinkommens; nur 2000 Familien besitzen 80 % des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens.

Die türkische Armee heute — Hüterin der kemalistischen Staatsidee?

Als sie 1961 die Regierungsgewalt wieder in die Hände ziviler Politiker legten, blieben die Militärs eng mit dem Regierungsapparat verbunden. Führende Generale wurden zu Senatoren auf Lebenszeit ernannt; General Gürsel ließ sich zum Staatspräsidenten wählen. Die Armee machte auf diese Weise deutlich, daß sie ein gut Teil Mitverantwortung für die künftige Entwicklung der Türkei zu übernehmen gedachte. Dennoch ließ sie — die Bewahrerin des Kemalismus — es zu, daß die eben erst gestürzten Rechtskräfte bereits 1965 unter dem neuen Firmen-

29) Vgl. „Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) vom 27. 3. 1971.
30) Vgl. Barthel, a.a.O., S. 37, sowie Second Five Year Development Plan 1968—1972, hrsg. von State Planning Organisation, Ankara 1969.
31) „Neue Zürcher Zeitung", vom 16. 5. 1971.
32) Second Five Year Development Plan, a.a.O. (Zahlen für 1966).

zeichen „Gerechtigkeitspartei" (AP) erneut zur Macht gelangten. Was war geschehen?

Der Sturz des USA-freundlichen Menderes-Regimes und die dabei manifest gewordenen starken Linksströmungen innerhalb und außerhalb der Armee, waren ein Schuß vor den Bug der USA, in Zukunft vorsichtiger zu taktieren und sich vor allem der Unterstützung der Militärs zu versichern. Dies muß vor dem Hintergrund des sich verändernden internationalen Kräfteverhältnisses gesehen werden, welches die USA zu Beginn der 60er Jahre veranlaßte, die an die Südflanke der Sowjetunion gelegenen Staaten stärker an sich zu ketten und eine entsprechende „Umschichtung" ihres Militärhilfeprogramms zugunsten dieser Länder vorzunehmen [33]).

Der Bericht eines türkischen CIA-Agenten an Oberst Dickson, Chef der CIA in der Türkei, noch zur Zeit des Menderes-Regimes verfaßt, verdeutlicht, wie die USA und die mit ihnen verbündete Kompradorenfraktion die Rolle der Militärs und ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung einschätzte. Der Bericht fordert die Liquidierung reformfreudiger Offiziere und Beamter und führt dazu aus [34]): „Es ist eine unumstrittene Tatsache, daß die Armee im politischen Leben des Landes stets den wichtigsten Faktor bei der Stabilisierung des bestehenden politischen Regimes darstellt ... Es stellt (daher) eine potentielle Gefahr für das Regime dar, das z. Z. die meisten Offiziere unter einer Reformpsychose leidend blinde Anhänger von Inönü (CHP) und der DP feindlich gesonnen sind ... Überdies befindet sich ein Teil des Staatsapparats in den Händen der Oppositionsanhänger ... In der Regierung herrscht Einigkeit darüber, daß eine Politik, die zur Abschaffung dieser Situation führt, nur in der Wiederherstellung der Befehls- und Ordnungswege und in der Paralysierung einiger von der CHP abhängiger und in Opposition zum Regime stehender Institutionen (gemeint waren u. a. die obersten Gerichtsinstanzen, vor allem das Verfassungsgericht und die Fernseh- und Rundfunkverwaltung; d. V.) bestehen kann. Während entsprechende Regierungsmaßnahmen vorbereitet und durchgeführt werden, sollten demzufolge auch die gefährlichsten Regimegegner unter den Beamten und Offizieren festgestellt werden, damit sie im Rahmen eines Programms ausgeschaltet werden können."

Die Schaffung einer „sicheren" Armee im Auge ging die in- und ausländische Reaktion daran, das Offizierskorps durch ein wohlausgewogenes System von „Bestrafungen" und „Prämierungen" planmäßig zu korrumpieren. Diese Kreise sahen die Ursache der „27. Mai-Bewegung" hauptsächlich in der ungenügenden Besoldung der Offiziere begründet. So erging bereits unter Menderes das Versprechen, Eigentumswohnungen an die Offiziere zu verteilen; zu spät freilich, um den drohenden Sturz abzuwenden.

Auch die neue Regierung war sorgsam darauf bedacht, den Lebensstandard der Offiziere stets höher zu halten als den der übrigen Beamten. Neben die Gewährung vorteilhafter Bezugsrechte für ausländische Autos (Marke Volvo) trat die Vergabe von Luxusappartements und Eigentumswohnungen an höhere Offiziere. Auch ein superluxuriöses Offizierskasino, das mit einem Kostenaufwand von 130 Mio. TL in Istanbul errichtet wurde, fehlte nicht im Geschenkprogramm der Regierung.

Zur Entschärfung der Situation trug weiterhin bei, daß die USA angesichts der wachsenden antiamerikanischen Stimmung in der türkischen Öffentlichkeit (Besuche der 6. Flotte in türkischen Häfen hatten jedesmal bürgerkriegsähnliche Straßen-

33) Vgl. Krippendorff, Ekkehart, Die amerikanische Strategie, Frankfurt (M) 1970, S. 284.
34) Die folgenden Zitate sind dem Buch von Avcioglu, Dogan, Türkiye nin Düzeni, Ankara 1969, S. 411, entnommen, in dem der Bericht 1969 veröffentlicht wurde.

schlachten zur Folge) es für ratsam hielten, seit Mitte der 60er Jahre ihr „Engagement" in der Türkei zu verringern und dieses Betätigungsfeld im Rahmen einer arbeitsteiligen Strategie dem weniger kompromittierten imperialistischen Juniorpartner BRD zu überalssen. Seit 1964 fließt denn auch die „Militär- und Wirtschaftshilfe" des alten „Waffengefährten" aus dem Ersten Weltkrieg reichlich: allein 100 Mio. DM Militärhilfe jährlich. Mit der Assoziierung der Türkei an die EWG im gleichen Jahr stieg die BRD nicht nur zum wichtigsten Handelspartner der Türkei auf, auch die westdeutschen Privatinvestitionen, die 1970 einen Stand von 103 Mio. DM [35]) erreicht hatten, wuchsen im letzten Jahr doppelt so schnell wie die US-amerikanischen [36]). Die „Frankfurter Rundschau" kann in ihrer Ausgabe vom 3. September 1970 feststellen, daß „die wirtschaftliche, militärische und soziale, ja selbst fiskalische Abhängigkeit der Türkei von Bonn die klassische amerikanische Protektion trotz vorläufig noch höherer US-Militärhilfe ... überrundet (hat)." Geliefert wird nicht nur Überschußmaterial der Bundeswehr; seit 1967 werden neben zahlreichen „Neubeschaffungen" auch Lizenzen und komplette Ausrüstungen zur Teilfertigung von „Cobra"-Abwehrraketen und zur Herstellung von Gewehren und Munition an die Türkei verkauft [37]). „Bundeswehrspezialisten lehren die türkischen Armeedienste amerikanische Mobilisationsmethoden und deutsche Geheimdiensterfahrungen" [38]).

War die Mehrheit des Offizierskorps der 500 000 Mann starken türkischen Armee durch Ausbildung in westdeutschen und US-amerikanischen Militärschulen sowie infolge der Gewährung zahlreicher Privilegien ideell wie materiell auf das westliche Paktsystem eingeschworen, so traten seit 1961 handfeste wirtschaftliche Interessen hinzu. Den Ausgangspunkt bildete die Gründung einer „Unterstützungskasse der Armee" am 3. Januar 1961. Die Kasse, entsprechend dem Charakter einer berufsgenossenschaftlichen Alters- und Invaliditätsvorsorge konzipiert, mauserte sich im Laufe weniger Jahre zur zweitgrößten Unternehmensgruppe der Türkei und gleicht mittlerweile eher einer Holdinggesellschaft. Im Aufsichtsrat der „Gesellschaft" sitzen hohe Militärs, wie der Vorsitzende General Elbisim, Kommandeur der 28. Heeresdivision und Zivilisten, wie Özel Derbil, Minister für außenwirtschaftliche Beziehungen im neuesten, unter der Regie der Generale gebildeten Kabinett Erim [39]). Der Aufstieg führender Militärs in einflußreiche Positionen der türkischen Kapitalistenklasse war kometenhaft. Die Unterstützungskasse, 1961 mit einem Anfangskapital von 44 Mio. TL gegründet, verfügte bereits 1970 über ein Stammkapital von 915 Mio. TL. Im gleichen Zeitraum wurden Mitgliedsbeiträge in Höhe von 973 Mio. TL kassiert. Davon gelangten zur Auszahlung an die Mitglieder in Form von Pensionen, Invalidenrenten und Sterbegeldern etc. 311 Mio.; 351 Mio. wurden als Kredite zum Bau oder Ankauf von Wohnungen vergeben. Auf diese Weise hatten bis 1969 8831 Kassenmitglieder eine neue Unterkunft erhalten. Die Hauptaktivität entfaltete die Kasse jedoch bei der Anlage ihrer Gelder in profitträchtigen Zweigen der „türkischen" Wirtschaft. So wurden insgesamt 411 Mio. TL investiert, und zwar in Form von Beteiligungen und Eigengründungen (298 Mio.), Ankauf von Wertpapieren und Schuldverschreibungen (81 Mio.) sowie Immobilien (26 Mio.); auf weitere Anlagenbereiche entfielen 6 Mio. TL. Von 1961 bis 1970 erzielte die „Gesellschaft" Gewinne in Höhe von insgesamt 202 Mio. TL, davon allein im Jahre 1969 120 Mio. = 62 %. Zahlreiche Beteiligungen an Unternehmen, die ganz oder teilweise durch ausländisches, vor-

35) Rundbrief des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, ohne Datum.
36) Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, 21. Jg., Nr. 46, Februar 1971.
37) Vgl. Haftendorn, Helga, Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD, Düsseldorf 1971, S. 107 f.
38) „Frankfurter Rundschau" vom 3. 9. 1970.
39) Die Informationen und Zahlen zu diesem Komplex sind entnommen: ANT, Sosyalist Teori ve Eylem Dergisi, Nr. 13, Istanbul Mai 1971.

wiegend US-Kapital (z. B. Good Year) kontrolliert werden und durchweg in wachstumsstarken Branchen angesiedelt sind (wie z. B. Turkish Petroleum J. S. Co., die Motorlu Tasitlar Ticaret A. S. (Automobilmontage) oder die Petkin A. S. (Petrochemie) etc.), dokumentieren die engmaschige Interessenverflechtung zwischen der türkischen Armeespitze und dem ausländischen Monopolkapital. Die Unterstützungskasse, die 1970 dazu überging, Dividende an ihre Mitglieder zu zahlen, ist seit diesem Jahr auch mit Renault liiert; besagter Minister Derbil sitzt auch hier, bei der türkischen Zweigniederlassung des französischen Automobilkonzerns im Aufsichtsrat. Dementsprechend fährt das türkische Offizierskorps nicht mehr Volvo; Favorit ist — durch besondere Bezugsrechte begünstigt — seit neuestem Renault.

Vor diesem Hintergrund wird das Ultimatum der Generale vom 12. März 1971 ins rechte Licht gerückt. Die Unfähigkeit der Regierung Demirel, der immer offener zutagetretenden Krise der türkischen Wirtschaft (die in erster Linie eine strukturelle und weniger eine zyklische ist) Herr zu werden, gefährdete unmittelbar die wirtschaftlichen Interessen der Generalität. Die Maßnahmen der Regierung zur Disziplinierung der sich immer kampfbewußter zeigenden Arbeiterklasse waren in den Augen der Militärs nur Halbherzigkeiten.

Nach Verabschiedung der liberalen Verfassung von 1961 konnte sich die Arbeiterbewegung in der Türkei nach 50 Jahren schärfster Repression erstmals halbwegs frei organisieren. Sie entwickelte sich rasch: die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter stieg von 250 000 im Jahre 1959 auf 600 000 im Jahre 1965 [40]). In vierzig Streiks zwischen 1961 und 1963 und in 83 Streiks zwischen 1963 und 1966 forderten die Arbeiter höhere Löhne, mehr Sicherheit am Arbeitsplatz und protestierten gegen Entlassungen und Arbeitslosigkeit. Neben den „gelben" Arbeitgeber-Gewerkschaften der Menderes-Zeit, zusammengefaßt im Gewerkschaftsbund Türk-Is, entstand 1967 die Revolutionäre Gewerkschaftsföderation DISK, in der sich eine wachsende Zahl von Arbeitern organisierte, zuletzt über 125 000. Der Versuch der Regierung Demirel, im Juni 1970 durch ein neues Gewerkschaftsgesetz, das die freie Wahl der Gewerkschaftszugehörigkeit abschaffen und das Recht, Tarifabkommen abzuschließen, auf die „gelben" Gewerkschaften beschränken sollte, die Revolutionäre Gewerkschaftsföderation auszuschalten, rief Protest und Demonstrationen von über 100 000 Arbeitern in Istanbul und Izmir hervor.

Als legale politische Organisation der Arbeiterklasse wurde 1961 die sozialistische Türkische Arbeiterpartei (TIP) gegründet, die nach der Beilegung interner Richtungskämpfe eng mit DISK zusammenarbeitet, und die wegen ihres entschiedenen Eintretens für die Rechte des kurdischen Volkes auch unter dieser Bevölkerungsgruppe zahlreiche Anhänger gewinnen konnte. Das Verbot der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP), seit 48 Jahren in die Illegalität verbannt ist sie schärfsten Verfolgungen ausgesetzt, findet seine rechtliche Grundlage in den Artikeln 141/1 und 142/1 des türkischen Strafgesetzbuches, wortgetreuen Übersetzungen der Artikel 270 und 272 des faschistischen italienischen StGBs von 1930, die 1936 ins türkische Strafrecht übernommen wurden.

Bevor jedoch die Armeeführung die Wahrung ihrer und der Interessen der mit ihr verbündeten in- und ausländischen Reaktion selbst in die Hand nehmen konnte, erwies es sich als notwendig, die eigenen Reihen von „linken Elementen" zu „säubern". Das Offizierskorps der türkischen Armee, für viele die einzige Möglichkeit, dem Elend in den Dörfern und Vorstadtslums zu entfliehen, ein geregel-

[40]) Vgl. Türkei heute. Informationen, Dokumentationen, Analysen. Hrsg.: Union für eine demokratische und freie Türkei, Westberlin (Umdruck im Eigenverlag).

tes Einkommen und eine Ausbildung zu erhalten, mithin für viele die einzige Chance des sozialen Aufstiegs, rekrutiert sich infolgedessen überwiegend aus Unter- und Mittelschichten. Sozialreformerische Ideen im Sinne Kemals aber auch sozialistische Anschauungen haben daher vor allem in den unteren Rängen eine breite Basis.

Bereits in den Jahren 1962 und 1963 revoltierten die Kadetten der Militärschule Ankara unter ihrem Kommandanten Aydemir und forderten die konsequente Wiederaufnahme der kemalistischen Politik. Eine andere oppositionelle Gruppierung innerhalb der Streitkräfte bilden die „Militärsozialisten", die sich um den ehemaligen Juntaoffizier des Putsches von 1960 und Senator auf Lebenszeit Köksal gesammelt haben und die dem linken (sozialdemokratischen) Ecevit-Flügel der Republikanischen Volkspartei nahestehen. Die türkische Arbeiterpartei hat ebenfalls eine starke Anhängerschaft in der Armee, vorwiegend in den unteren Dienstgradgruppen.

Bereits im August des letzten Jahres ging die Armeeführung daran, diese fortschrittlichen Kräfte auszuschalten: über 500 höhere Offiziere wurden auf Betreiben des Generalstabs und seines Chefs Tagmac vorzeitig aus dem Dienst entlassen [41]). Mitte März, unmittelbar nach dem erzwungenen Rücktritt Demirels, wurden weitere Generale und Obristen sowie über 200 junge Offiziere entweder zwangspensioniert oder aber in die Provinz verbannt.

Die ersten Maßnahmen der Regierung Erim — einer Marionette in der Hand der Militärs — machen deutlich, gegen wen die Politik des „reformfreudigen Kabinetts der Fachleute" [42]) gerichtet ist: Die Verzweiflungsakte linksradikaler Studenten wurden als Vorwand benutzt, um unter dem bekannten Motto „Ruhe und Ordnung" das Kriegsrecht zu verhängen und zum Generalangriff auf die gesamte linke Bewegung der Türkei zu blasen [43]). Der Hauptangriff richtet sich gegen die Revolutionäre Gewerkschaftsföderation DISK und die sozialistische Arbeiterpartei (TIP); beide Organisationen wurden verboten, ihre Vorsitzenden verhaftet. Und das Parlament hat nur noch die Aufgabe, dem wütenden Angriff der Großbourgeoisie auf die Rechte des Volkes einen demokratischen Anstrich zu geben.

Noch hat sich der Faschismus in der Türkei nicht voll entfaltet; die Formierung der Reaktion erfordert daher die Zusammenfassung und das geschlossene Handeln aller antiimperialistischen und demokratischen Kräfte. Ansätze einer potentiell faschistischen Massenbewegung sind in der Türkei bereits vorhanden. Rechtsradikale, meist von religiösem Fanatismus erfüllte Vereinigungen und ihre Kommandos, veranstalten mit wohlwollender Duldung der Regierung und unter den Augen der Polizei Pogrome unter der linken Arbeiter- und Studentenschaft.

US-Außenminister Rogers fand bei seinem Besuch in Ankara lobende Worte für das Vorgehen des Militärs [44]), entspricht doch die Wendung in der türkischen Außenpolitik — insbesondere gegenüber Griechenland — der imperialistischen Strategie der USA zur „Eindämmung" der Sowjetunion. Auf die Frage nach einer möglichen griechisch-türkischen Konföderation antwortete Erim in einem Interview mit der Hamburger Illustrierte „Stern": „Das wäre logisch. Jedenfalls werden wir die Konföderationsidee sorgfältig prüfen" [45]). Portugal, Spanien, Griechenland, Türkei — die Kette schließt sich.

---

41) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 26. 8. 1970.
42) Mitglieder des Kabinetts sind u. a.: stellvertr. Ministerpräsident für Wirtschaftsangelegenheiten, Karaosmanoglu, ehemals türkischer Experte bei der Weltbank; Industrie- und Wirtschaftsminister Cilingiroglu, früher Wirtschaftsberater der portugiesischen Regierung; Außenminister Olcay, zeitweilig Stellvertreter des Generalsekretärs der NATO.
43) Vgl. „Spiegel", Nr. 23/1971.
44) Vgl. „Neue Zürcher Zeitung" v. 1. 5. 1971.
45) „Stern", Nr. 28/1971, S. 50.

Zum Verhältnis Wissenschaft, Verwaltung und Öffentlichkeit

Von Wilke Thomssen

I

Nachdem die chaotischen Auswirkungen einer primär marktwirtschaftlichen Organisation der Gesellschaft und ihre Folgen für nichtökonomische Sektoren offenkundig wurden und mit zunehmender Konzentration der politischen und ökonomischen Macht die ideologischen, an östlichen Beispielen aufgerichteten Bedenken gegen längst unterhalb öffentlicher Diskussion sich durchsetzende vielfältige Planung und Steuerung gesellschaftlicher Prozesse verblaßten, wird Planung — mit Vorliebe mittel- und langfristige — immer mehr als Universalmittel angesehen, um zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen rational, d. h. im Sinne wie immer auch gesetzter Ziele zu steuern. Im Gefolge dieser Planung wird ein ganzes Arsenal statistischer und sozialwissenschaftlicher Methoden aufgeboten, um Informationen aller Art zu sammeln und als Grundlage für Planungs- und Entscheidungsverfahren aufzubereiten. Es entsteht eine neue Ebene sekundärer Beziehungen, auf der wissenschaftlich gewonnene Daten und Datenzusammenhänge die Rolle „letzter Wahrheiten" spielen, ohne daß die von diesen Handlungssystemen betroffenen Menschen sie durchschauen können, geschweige denn an deren Konstituierung beteiligt wären.

Die Frage, inwieweit diese instrumentelle Praxis emanzipatorische Veränderungen in den Beziehungen der Menschen untereinander sowie im Verhältnis der Menschen zu den von ihnen geschaffenen, aber über ihre Köpfe hinweg agierenden politischen und ökonomischen Institutionen hervorbringt, muß bei der gegenwärtigen Kooperationsweise von Wissenschaft und Verwaltung eher skeptisch als optimistisch stimmen. Wohl mag es staatlicher Planung gelingen, das, was Marx mit dem Begriff der Warenanarchie meinte, die naturwüchsigen Kapitalbewegungen und die in ihrem Gefolge ebenso unkontrollierbare Dynamik sozialer und politischer Verhältnisse zu kanalisieren, die Verfügung von Menschen über Menschen wird indes durch Planung nicht aufgehoben, eher totaler und geschmeidiger gemacht. Bleibt die Kapitalverwertung, die Entscheidung über Art, Ausmaß und Zeitpunkt von Investitionen mit dem Ziel einer generellen Profitsteigerung den privatrechtlich geschützten Wirtschaftsunternehmen vorbehalten, kann staatliche Planung trotz faktischer Zunahme der Exekutivgewalt nur im Rahmen der objektiven Verhaltensmaximen der Großunternehmen eigene Ziele verfolgen. Das schließt die Einführung neuer Produktions- und Verteilungsprinzipien mit der Absicht, verfestigte gesellschaftliche Strukturen und Interessenkonstellationen zu revidieren, grundsätzlich aus. Nach einer neuerlichen Analyse der Funktion des Staates im Spätkapitalismus „degeneriert ‚Politik' zu einem Handeln, das zahlreiche und immer neu auftauchende ‚Vermeidungsimperative' befolgt, wobei die Masse der differenzierten sozialwissenschaftlichen Informationen, die ins politische System einfließen, sowohl die Früherkennung von Risikozonen wie die Therapie aktueller Gefährdungen erlaubt. Entscheidend neu an dieser Struktur ist, daß nicht mehr das politisch artikulierte und kanalisierte Interesse einer herrschenden Klasse, geschweige denn irgendeiner anderen Instanz, den konkreten Gehalt staatlicher

Entscheidungen determiniert, sondern daß die in den Mechanismus privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung eingebauten, aber manipulierbaren Stabilitätsrisiken diejenigen präventiven Handlungen und Maßnahmen vorzeichnen, die akzeptiert werden müssen, solange sie mit dem bestehenden politischen Legitimationsangebot irgend in Einklang zu bringen sind" [1]).

Es mag an dieser Stelle dahingestellt bleiben, ob staatliche Planungs- und Steuerungspraxis sich in temporärer Vermeidung oder Überbrückung von Krisensituationen erschöpft oder das „System" durch permanente Eingriffe derart modifiziert, daß politische und wirtschaftliche Krisen größeren Ausmaßes nicht mehr auftreten und dadurch begrenzte Spielräume zur Lösung überwindbarer Widersprüche entstehen. Was die hier interessierende Frage anlangt, ob staatliche Institutionen sozialstrukturelle Innovationen einleiten und durchführen können, so scheint die bestehende Planungs- und Verwaltungspraxis per se durch einen entscheidenden Mangel gekennzeichnet zu sein, der sowohl die Krisenvermeidungspolitik wie auch eine mögliche Entwicklungsplanung um ihren Ertrag bringt. Solange nämlich der Staat auf die formale Rationalität von Planung vertraut, bestimmtes, regelmäßiges Verhalten oder Verhaltensdispositionen einzelner sozialer Gruppen als prognostische Werte in die Planung einsetzt, als Folge davon abweichendes Verhalten unterdrücken und kanalisieren muß, kurz: die Menschen als manipulierbare Objekte der Planung und Steuerung begreift, fehlt der Planungspraxis die notwendige demokratische Legitimitätsbasis, sind spontane Volksbewegungen, Arbeitsniederlegungen oder rechtsextremistisch umdeutbare Unzufriedenheiten, in denen sich die Bedürfnisse der Bevölkerung nur verzerrt spiegeln, nicht ausgeschlossen. Die Widersprüche zwischen Staat, organisierten Interessengruppen und politisch ohnmächtigen Bevölkerungsgruppen bleiben erhalten.

Die Frage nach der Rationalität von Planung und Verwaltung setzt jenseits der Problematik an, ob staatliche Aktivität auf Konfliktvermeidungsstrategie bei gleichzeitiger Ohnmacht gegenüber den objektiven Entwicklungstendenzen begrenzt bleibt oder aber gesellschaftliche Widersprüche progressiv lösen kann. Ist das erstere der Fall, würde auch eine veränderte, aufgeklärte Planung und Verwaltung scheitern. Sie mag von guten Absichten geleitet sein, ist aber unter gegebenen Bedingungen nicht realisierbar. Alle Versuche, sie politisch zu beeinflussen, müßten sich auf eine Position von Gegenmacht, der Abwehr von Willkür und Inhumanität, zurückziehen. Ist dagegen der zweite Fall gegeben, verlieren die institutionellen Strukturen ihren Fesselcharakter als System, kann und muß Planung als dynamische Seite dieser institutionellen Strukturen demokratisiert werden. Eine totale und perfekte Planung und Verwaltung ist weder unter den Begingungen des Kapitalismus noch unter denen einer von ökonomischen Zwängen befreiten Technokratie vorstellbar.

Habermas hat im Zusammenhang seiner Kritik am Marxschen Arbeitsbegriff die kategoriale Unterscheidung von instrumentalem (zweckrationalem) und kommunikativem (interaktivem) Handeln vorgeschlagen [2]). Die Geschichte habe gezeigt, daß die Entwicklung der Produktivkräfte primär den immanenten Prinzipien des erfolgkontrollierten instrumentellen Handelns folge, das kommunikative Handeln jedoch als entscheidende Vermittlungskategorie gesellschaftlicher Emanzipation zurückgeblieben sei. Betrachtet man den Spätkapitalismus unter dem

[1]) Bergmann, J. / Brandt, G. / Körber, K. / Mohl, E. Th. / Offe, C., Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung, in: Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft. Verhandlungen des 16. deutschen Soziologentages, Stuttgart 1969, S. 83.
[2]) Habermas, Jürgen, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", Frankfurt/M. 1968, S. 62 ff.

Aspekt „einer instinktanalogen Selbststabilisierung gesellschaftlicher Systeme ..., ergibt sich die eigentümliche Perspektive, daß die Struktur des einen der beiden Handlungstypen, nämlich der Funktionskreis zweckrationalen Handelns, nicht nur gegenüber dem institutionellen Zusammenhang ein Übergewicht erhält, sondern kommunikatives Handeln nach und nach als solches absorbiert" [3]).

Die Hervorhebung und Entfaltung des kommunikativen Handelns, für Habermas wesentliche Momente eines gesellschaftlichen Bildungsprozesses in emanzipatorischer Absicht, werfen eine Reihe von theoretischen und empirischen Fragen auf. Nicht nur die prinzipielle Frage nach dem dialektischen Verhältnis von instrumentellem und kommunikativem Handeln, vor allem auch jene, auf welche Weise der Funktionskreis kommunikativen Handelns seine spezifische Rationalität entwickelt, Impulse erhält, praktische Fragen zu formulieren und zu lösen, schließlich gegenüber dem instrumentellen Handeln seine Autonomie entfalten und erhalten kann, bedürfen der Erörterung. Die folgenden Überlegungen zum Verhältnis von Sozialforschung und Verwaltung versuchen an einer speziellen Fragestellung, die Dialektik von kommunikativem und instrumentellem Handeln auf eine praktische Basis zu stellen. Denn auch für Habermas können gesellschaftliche Veränderungen nur dann als Fortschritt begriffen werden, wenn die im Zuge dieser Veränderungen vorgenommenen Handlungen und Maßnahmen einem kommunikativen Handeln entspringen, das materiale Praxis einer wirklichen Welt ist, in der sich die Verhältnisse des täglichen Lebens den Menschen als vernünftige Beziehungen zueinander und zur Natur darstellen.

II

Habermas ordnet die beiden Handlungstypen verschiedenen gesellschaftlichen Systemen zu, das instrumentelle Handeln zur Illustration etwa dem Wirtschaftssystem oder Staatsapparat, das kommunikative Handeln etwa der Familie und Verwandtschaft. Eine derartige arbeitsteilige Zuweisung zu klassifikatorisch abgegrenzten gesellschaftlichen Bereichen, in denen der eine oder andere Handlungsaspekt dominiert, eine Zuweisung aber, die sich bei Habermas auch auf der analytischen Ebene zu wiederholen scheint, kann jedoch objektiv nicht gemeint sein. Denn auch jede planende und verwaltende Tätigkeit des Staates hat sich der „öffentlichen, uneingeschränkten und herrschaftsfreien Diskussion über die Angemessenheit und Wünschbarkeit von handlungsorientierenden Grundsätzen und Normen im Lichte der soziokulturellen Rückwirkungen von fortschreitenden Subsystemen zweckrationalen Handelns" [4]) zu stellen. Planungen dieser Art bestimmen nicht nur die zukünftigen Lebenschancen einzelner sozialer Gruppen, sie präjudizieren ganz generell die Möglichkeit, jene Idee von Freiheit zu verwirklichen, in der sich die unterdrückten Bedürfnisse vergangener und gegenwärtiger institutionalisierter Gewaltverhältnisse, wenn auch verzerrt, niedergeschlagen haben. Gesellschaftliche Reproduktion wird zwar auch unter „befreiten" institutionellen Verhältnissen auf Planung und Verwaltung nicht verzichten können. Solange aber die Menschen ihre gegenwärtigen und zukünftigen Lebensverhältnisse nicht als Ausfluß ihrer eigenen Vorstellungen und Handlungen erkennen können, fehlt der Planungspolitik — so zweckrational sie auch sein mag — die Legitimation, stellvertretend für andere zu handeln.

Daß die bisherige Planungspraxis diesem Erfordernis wenig Aufmerksamkeit schenkte, hat verschiedene Gründe; ein wesentlicher ist in der Kooperations-

[3]) Ebd., S. 82.
[4]) Ebd., S. 98.

weise von Sozialforschung und Planungsinstitutionen zu suchen. Eine Reihe von Schwierigkeiten machen sich auf beiden Seiten dieses Kooperationsverhältnisses bemerkbar. In der Regel sind die planenden und verwaltenden Institutionen, seien es Ministerien, Unternehmensverwaltungen, Parteien oder Interessenverbände, nicht in der Lage, die aus gesellschaftlichen Widersprüchen und Entwicklungstendenzen sich ergebenden Probleme in der Weise zu formulieren, daß sich ohne Schwierigkeiten sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte daraus ableiten ließen. Das hat zur Folge, daß zahlreiche Probleme unerkannt bleiben oder, ohne einer Lösung zuzutreiben, über längere Zeit unter erheblicher Effizienzeinbuße der Verwaltungen mitgeschleppt werden. Kommt es zu einer Kooperation zwischen Wissenschaft und Verwaltung, zeigt sich sehr häufig, daß es zunächst die Aufgabe der Forscher ist, die diffus vorgetragenen Schwierigkeiten als wissenschaftlich operationalisierbare Probleme zu artikulieren und den zuständigen Referenten und Sachbearbeitern transparent zu machen. Der Vorzug der Wissenschaftler, „von außen" als unabhängige Beobachter relevante Probleme artikulieren zu können, hat indes auch seine Kehrseite. Daß sie nicht zugleich Teilnehmer des von ihnen untersuchten Handlungssystems sind, kann auch zu einer ungenauen Formulierung der Fragestellungen führen. Diejenigen, die schließlich den Projektvorschlag akzeptieren müssen, bilden dagegen keine ausreichende Kontrolle, weil sie den Forschungsvorgang und seine möglichen Ergebnisse nicht übersehen und häufig auf Grund von tagespolitischen Interessen unangemessene Erwartungen hegen. Enttäuschte Erwartungen, worauf sie auch immer zurückzuführen sein mögen, veranlassen die Auftraggeber nicht selten zum Abbruch einer weiteren Kooperation.

Die bürokratischen Institutionen sind in der Regel an solchen sozialwissenschaftlichen Informationen interessiert, die als unmittelbar verwertbare Daten in die Planungs- und Verwaltungstätigkeit eingehen können. Dieses Interesse ist häufig mit einer rigorosen Forderung nach unverzüglicher Herbeischaffung solcher Daten verbunden. Soweit es sich um Informationen aus dem Bereich der Markt- und Meinungsforschung handelt, dienen sie mehr oder weniger unmittelbar der politischen Manipulation. Die in staatlicher Eigenregie durchgeführten statistischen Erhebungen unterliegen einer genauen Kontrolle durch die Ministerien. Die in den statistischen Ämtern tätigen Sozialforscher können keine Erhebungen durchführen, die sich nicht mit den ministeriellen Interessen decken. Da selbst in der mittel- und langfristigen Planung gesellschaftlicher Prozesse das Interesse an „ordnungsgemäßer Verwaltung" jenes andere an produktiver Lösung praktischer Fragen überwiegt, wird ferner denjenigen Informationen der Vorzug gegeben, die der Verhinderung von Krisen und anderen „unregelmäßigen" sozialen Erscheinungen, also der permanenten Stabilisierung als Selbstzweck dienen. Nicht selten sind Sozialwissenschaftler genötigt, sei es, weil sie ein privates Forschungsinstitut betreiben, sei es, weil sie als Hochschulangehörige nur auf schmaler Etatbasis arbeiten können, sich auf verdinglichte Planungs- und Verwaltungsinteressen einzulassen, um wenigstens einige wissenschaftliche Fragestellungen voranzutreiben. Das bedeutet jedoch, daß innovative Forschungsergebnisse, wenn überhaupt, nur noch bruchstückweise und verzerrt in die Planungsziele der Verwaltungen einfließen. Sozialwissenschaftliche Informationen, die aber in einer Weise stilisiert sind, daß sie sich bruchlos in beliebige Planungs- und Verwaltungsstrategien einfügen, tragen kaum noch zu Innovationsprozessen bei. Wo schließlich Institutionen oder Verbände Probleme ihrer eigenen Organisation untersuchen lassen, was selten genug vorkommt, werden die Fragestellungen, die untersucht werden dürfen, relativ genau abgegrenzt. Ergebnisse

solcher Forschungen geraten nur in die Hände derjenigen, die mit der Leitung und Kontrolle dieser Organisationen beauftragt sind.

Diese Kooperationspraktiken spiegeln sich auch in der Art der öffentlichen Verbreitung von sozialwissenschaftlichen Forschungsergebnissen wider. Die Ergebnisse der meisten Auftragsforschungen erblicken nicht das Licht der Öffentlichkeit, es sei denn, ihre Publikation dient gezielten politischen Absichten, die wiederum mit den Interessen der Forscher nicht übereinstimmen müssen. Aber nicht nur die allgemeine Öffentlichkeit ist ausgeschlossen, auch die von solchen Forschungsergebnissen unmittelbar Betroffenen, seien es bestimmte Situationsgruppen, die Beschäftigten einer Verwaltung oder eines Unternehmens, die Mitglieder einer Partei oder Interessenorganisation, erhalten spärliche, oftmals nur durch informelle Kanäle sickernde Informationen. Behalten sich die Forscher bei Auftragsabschluß ein Publikationsrecht vor, so werden häufig nur Teile der Forschungsergebnisse publiziert oder bestimmte Ergebnisse werden so verschlüsselt, daß sie auf konkrete Situationen nicht mehr beziehbar sind.

Die Ergebnisse der „freien" Forschung werden durch traditionelle Medien wie Vortragsveranstaltungen, Zeitschriften und Bücher verbreitet. Sie haben in der Regel keinen bestimmten Adressaten, weil sie nicht zum Zwecke bestimmter Maßnahmen, sondern im Interesse einer notwendigen allgemeinen Reflexion gesellschaftlicher Prozesse ermittelt werden. Angesichts der üblichen Darstellungsweise von Forschungsergebnissen einerseits und des herrschenden Verlags- und Buchhandelssystems andererseits kann man annehmen, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung keinen direkten Zugang zu diesen Forschungsergebnissen erhält; sie zirkulieren nur in einem kleinen Kreis von Privilegierten. So wird eine Studie über das Verhältnis von Studenten zur Politik von sozialwissenschaftlich interessierten Studenten noch am ehesten angemessen rezipiert, von Studenten und Ordinarien der medizinischen und naturwissenschaftlichen Fächer vielleicht schon weniger. Wie aber gelangen wissenschaftliche Informationen über den erschließenden und beschränkenden Charakter von Gesellschaftsbildern, Probleme der Mitbestimmung und politische Handlungsalternativen in das Bewußtsein von Arbeitern? Wie können Verwaltungsbeamte, die auf Grund der verbreiteten Sachzwangideologie die eingeschliffenen Verfahrensweisen als die einzig möglichen ansehen, verstehen lernen, daß die einmal realisierte Möglichkeit eben nur eine unter vielen Möglichkeiten ist und wegen ihrer Faktizität keine höhere Geltung beanspruchen kann? Wie kann schließlich die Bevölkerung jene Spontaneität der Bedürfnis- und Interessenartikulation erlangen, die notwendig ist, damit sozialstrukturelle Neuerungen überhaupt angeregt und vorangetrieben werden können? Unter den gegebenen Verhältnissen muß man darauf vertrauen, daß die potentiellen Adressaten sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse auf irgendeine Weise in die Hand bekommen oder daß sie von Bildungsreferenten und Dozenten der verschiedensten Institutionen sowie den Redakteuren der Massenmedien aufgegriffen werden und durch umgangssprachliche Transformation ins allgemeine öffentliche Bewußtsein eingeführt werden. Es ist nicht schwer vorstellbar, was in diesem Filterungsprozeß verlorengeht, uminterpretiert und entschärft wird.

Claus Offe hat in einem in München vor Städteplanern gehaltenen Vortrag vorgeschlagen, daß ein Mitspracherecht bei einem pluralistischen Planungsprozeß nur durch spezifische planungsbezogene Interessengruppen als Träger kollektiver Bedürfnisse herzustellen sei, daß ferner die Planungsinstanzen ihre Orientierungen von diesen poltischen Basisorganisationen zu beziehen hätten. Sind aber diese beiden Antipoden des Kommunikationsverhältnisses nicht in der Lage,

sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse, die notwendig in einen langfristigen Politisierungsprozeß gesellschaftlicher Planungen einzugehen hätten, umfassend und kritisch aufzunehmen, wozu auf seiten der staatlichen Planungsinstanzen keine allzu große Offenheit und auf seiten der Bevölkerung eine Reihe von Barrieren bestehen, verlagert sich die Notwendigkeit kommunikativer Teilnahme auf die Sozialforschung selbst. Sie hätte ihre Fragestellungen, auch soweit sie sich auf begrenzte Bereiche beziehen, aus dem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang, dessen Strukturen, Entwicklungstendenzen und Widersprüchen abzuleiten und ihre Ergebnisse als für jedermann zugängliches und verständliches Wissen in den Kreislauf von öffentlicher Diskussion und konfligierenden Interessen wiedereinzubringen.

III

Seitdem Wissenschaft und Forschung zu einer ersten Produktivkraft geworden sind, können sich Sozialwissenschaftler nicht mehr auf eine neutrale Stätte zurückziehen, die, wenn überhaupt, die reale Lebenswelt gleichsam von außen mit Informationen beliefert. Sie sind auch dann in den gesellschaftlichen Interessenzusammenhang hineingezogen, wenn sie sich nicht als unmittelbare Zulieferer und Berater von politischen Agenturen und Interessengruppen verstehen. Da Forschung und Verwertungsprozeß teilweise bereits bruchlos ineinander übergehen, politische Agenturen sich wissenschaftlicher Informationen gleich welcher Art zur Legitimation ihrer Interessen bedienen, steht prinzipiell kein wissenschaftliches Datum mehr außerhalb der politischen Sphäre. Es kann daher nicht länger von „freischwebender" Wissenschaft gesprochen werden. Freischwebend ist sie nur, wenn sie den Interessenzusammenhang, in dem sie steht, nicht reflektiert und dadurch widerspruchslos verwertet werden kann. Die Sozialwissenschaftler müssen daher in den Verwertungsprozeß ihrer Forschungsergebnisse selbst eingreifen, und zwar als politisch Handelnde, die ein wissenschaftliches Interesse zu vertreten haben. Nur indem die Wissenschaftler ihre wissenschaftlichen Interessen durch den politischen Kontext hindurch zur Geltung bringen, können sie sich vor einer vordergründigen, an kurzfristigen und partikularen Interessen orientierten Politisierung schützen.

In zwei Richtungen hat engagierte Sozialwissenschaft zu handeln. Einmal hat sie den Institutionen gesellschaftlicher Planung und Steuerung ihr Wissen und ihre Möglichkeiten anzubieten, ohne daß bereits in dieses zu vermittelnde Wissen verdinglichte Planungs- und Verwaltungsinteressen eingegangen sind. Sie hat sich gegenüber solchen Projektaufträgen zu verweigern, die im Widerspruch zu wissenschaftsimmanenten und emanzipatorischen Erkenntnisinteressen stehen, und stattdessen alternative Forschungsvorhaben vorzuschlagen und durchzusetzen, um jenes Potential gesellschaftlicher Veränderungen freizulegen, das einstweilen durch Sachzwangideologien verdeckt wird. Da Wissenschaft selbst im politischen Zusammenhang steht, wird es kein einheitliches Wissenschaftsinteresse geben, wenn auch die Pluralität von Interessen in diesem Bereich nicht identisch ist mit jener im politischen. Gleichwohl lassen sich Minimalkriterien eines allgemeinen emanzipatorischen Wissenschaftsinteresses formulieren. Sie bestehen nicht allein darin, willkürliche Begrenzungen der Forschungsgegenstände durch die Auftraggeber und deren Mittelsmänner zu verhindern oder die Bereitstellung von technokratisch verwertbaren und partikularen Interessen dienenden Informationen zu verweigern; der Forschungsvorgang und seine Resultate müssen vielmehr selbst auf die Aufdeckung und Lösung von Widersprüchen, den Abbau von Herrschaftsverhältnissen, auch soweit dadurch einerseits Grundstruk-

turen der bestehenden Gesellschaftsordnung und andererseits scheinbar naturhaft verfestigte Beziehungen berührt werden, bezogen sein. Bei der gegenwärtigen Gesellschaftsverfassung bedeutet dies vor allem, daß die von Mitteln gesellschaftlicher Verfügungsgewalt ausgeschlossenen und durch diese Mittel mehr oder weniger zwangsweise, auch ideologisch manipulierten sozialen Gruppen in den Stand gesetzt werden müssen, ihre Interessen zu artikulieren und öffentlich zu demonstrieren [5]).

Aus diesem erkenntnisleitenden Interesse folgt die zweite Handlungsorientierung engagierter Sozialwissenschaft. Sie muß ihre Erkenntnisse denen mitteilen und verdeutlichen, auf deren Teilnahme- und Aussagebereitschaft Sozialforschung angewiesen ist und die von den mit wissenschaftlichen Informationen angereicherten Planungen als Objekte verwaltet werden. Nur indem die Betroffenen auf jener eingangs bezeichneten neuen Ebene sekundärer Beziehungen zu einer neuen, reflektierten Interpretation ihrer sozialen Lage und dadurch zu neuen politischen Handlungsmöglichkeiten gelangen, können sie technokratischen Planungen Widerstand entgegensetzen und sozialstrukturelle Innovationen anregen und durchsetzen helfen.

Die beiden Handlungsorientierungen der Sozialforschung ergeben sich nicht nur aus dem oben dargelegten gegenwärtigen Kooperationsverhältnis von Wissenschaft und Verwaltung. Sie folgen ebenso dringlich aus dem Verhältnis des Forschers zu seinem Forschungsgegenstand, den Forschungsverfahren und den Darstellungsproblemen der Ergebnisse. Einerseits lebt der Forscher in einem sozialkulturellen Subsystem, dessen Normen, Sprachriten, eigentümliche thematische Schwerpunktverlagerungen und Karriereprobleme sowohl die Forschungsgegenstände wie die Darstellungsweisen der Ergebnisse präformieren. Zum anderen unterliegt der Forscher den objektivierenden Verfahren einer den Prinzipien des instrumentellen Handelns gehorchenden Wissenschaft. Das problematische Verhältnis von Wissenschaft und Verwaltung wird nicht allein dadurch gelöst, wie Habermas es an einem militärtechnischen Forschungsprojekt skizziert, daß sich die Identifizierung und Lösung eines Problems durch permanente und „langwierige Kommunikation zwischen den selbst wissenschaftlich ausgebildeten Offizieren und dem Projektleiter" [6]) noch unter Einschluß der unteren Techniker herstellt. Vielmehr muß sich der Forscher nach der Seite der von seinen Untersuchungen betroffenen sozialen Gruppen öffnen, indem er an der von ihm untersuchten sozialen Lebenswelt kommunizierend teilnimmt. Erst wenn die Betroffenen am Untersuchungsablauf und der umgangssprachlichen Transformation der Ergebnisse partizipieren, ändert sich auch das Verhältnis von Wissenschaft und Verwaltung, ist Verwaltung gezwungen, mit den von ihr verwalteten sozialen Gruppen zu kommunizieren, verändern sich „Publikumsverkehr" oder „Befehlsempfang" in mitbestimmende Teilnahme.

Nähe zum Untersuchungsgegenstand gewinnt der Forscher vor allem in der ersten Phase einer Untersuchung, in der er Erfahrungen sammelt, beobachtet, Gespräche führt, kurz: wo er sich mit seinem Untersuchungsfeld „vertraut" macht. In dieser Phase werden die später zu befragenden oder zu testenden Personen noch nicht als Objekte verhandelt. Im Gegenteil, die untersuchten Gruppen tragen um so mehr zur angemessenen Formulierung von Fragestellungen und zur Konstruktion von Instrumenten bei, je weniger sie sich im Kontakt mit den Forschern als isolierte Objekte verhalten. Die Stellung des Forschers zum Unter-

5) Zum erkenntnisleitenden Interesse in der Bildungsforschung vgl. Wolfgang Lempert, Bildungsforschung und Emanzipation, in: Neue Sammlung 1969, H. 4.
6) Habermas, a.a.O., S. 132.

suchungsgegenstand ändert sich in dem Maße, in dem die Fragestellungen präzisiert und formalisierte Befragungs- und Testinstrumente entwickelt werden. Durch diesen Vorgang werden die gesuchten Einstellungen und Verhaltensweisen im Sinne der Befragungsschemata standardisiert. Daß aber selbst in diesem begrenzten Rahmen der Untersuchungsgegenstand nicht ganz erfaßt wird, zeigt sich daran, daß im Verlauf der Konstruktion von Untersuchungsinstrumenten ein Zeitpunkt auftritt, an dem eine weitere Präzisierung sinnlos erscheint, weil zwischen den theoretischen Fragestellungen und deren Operationalisierungen eine Lücke bleibt, die sich weder von der theoretischen noch von der empirischen Seite her, etwa durch Vortests, schließen läßt. Die untersuchten Gruppen können sich weder gegen die Standardisierung ihrer Einstellungen und Verhaltensweisen wehren noch dagegen, daß durch die Untersuchungsinstrumente die Einstellungen und Verhaltensweisen nicht ganz erfaßt werden.

In der Befragungssituation sind die ausgewählten Personen vollends in eine Objektsituation gedrängt. Zwar enthält insbesondere die Umfrageforschung ein demokratisches Moment, da relevante soziale Gruppen überhaupt nach ihren Vorstellungen und Interessen gefragt werden und die Meinung eines jeden Befragten gleichviel zählt, doch wird dieses Moment dadurch wieder aufgehoben, daß die Befragten nur auf das antworten können, was sie gefragt werden. Die Einstellungen werden isoliert abgefragt, sie werden durch Fragestellung und Interviewsituation aus dem realen Zusammenhang herausgerissen, in dem sie eingebettet sind und eine spezifische Funktion haben. Die Befragungssituation ist für den Befragten in jedem Fall ungewöhnlich, tendenziell autoritär, da der Interviewer, auch wenn er „freundlich-neutral" auftritt, sich stets in der „überlegeneren" Position befindet.

Durch die Befragung entsteht eine Situation, in der die Fragen für den Interviewten einen anderen Charakter annehmen als im alltäglichen Leben. Diese Deformation fällt aber auf die Sozialforschung zurück, die die Interviewer ins „Feld" schickt und darauf wartet, die hereinkommenden Antworten statistisch aufzubereiten und zu interpretieren. Insofern ist das Interviewmaterial keine Primärinformation, sondern immer schon durch die Instrumente und die spezifischen Bedingungen der Befragungssituation präformiert. Die quantifizierenden Aufbereitungsverfahren tun ein übriges, um die Variabilität des Antwortverhaltens zu sistieren. Obwohl durch die Erhebungsverfahren die nötigen Informationen hereingeholt werden und der wissenschaftliche Kategorien- und Hypothesenapparat den Untersuchungsgegenstand erst erschließt, kann daher der Forscher sich nicht ohne weiteres als Subjekt seiner Tätigkeit begreifen. Die in den Forschungsprozeß eingegangenen Informationen verselbständigen sich nicht nur gegenüber den Auskunftspersonen, sondern auch gegenüber den Forschern, was sich daran zeigt, daß man bestimmte aus dem Datenmaterial gewonnene Einsichten und Ideen nachträglich nicht mehr realisieren kann, weil das Informationsmaterial unter anderen Gesichtspunkten erhoben worden ist.

IV

Nun wird man aber auf die entwickelten Methoden der empirischen Sozialforschung nicht einfach verzichten können. Einerseits wächst mit der Formalisierung und Standardisierung der Forschungsinstrumente die Verläßlichkeit der Erhebungen. Andererseits braucht man quantitative Verteilungen und Beziehungen zwischen einzelnen Variablen. Es dürfte auch schwierig sein, Forschungsmethoden und -instrumente zu entwickeln, die eine Verwendung der Forschungsergebnisse im Sinne von Interessen ausschlössen, die sowohl einander als auch den

Interessen der Forscher widerstreiten. Was aber notwendig ist, um die Verdinglichungstendenzen im Forschungsprozeß zu durchbrechen, sind kompensatorische Verfahren. Neben den gebräuchlichen Verfahren, die weitgehend immanent bleiben, wie die Anreicherung der vorwissenschaftlichen Erfahrung, die Durchführung von Gruppendiskussionen, die Ergänzung der quantitativen Verfahren durch mikrologische qualitative Analysen sowie die Relativierung vermeintlich „harter" Fakten durch theoretische Reflexion, neben diesen Verfahren wäre ein prinzipiell neues, *kommunikatives* Verfahren zu entwickeln. Dieses könnte in Diskussionen mit den Befragtengruppen und mit anderen relevanten Adressaten über die *vorläufigen* Ergebnisse bestehen. Derartige Diskussionen hätten vor der endgültigen Darstellung der Ergebnisse zu erfolgen; ihre Resultate hätten in die Darstellung der Ergebnisse einzufließen, sei es als integrierte Bestandteile der Interpretation, sei es als zusätzliche, vom Forschungsbericht abgehobene Informationen. Die Vorstellung nämlich, man könne Forschungsergebnisse objektiv, ohne Vermittlung durch Interpretationszusammenhänge darstellen, ist trügerisch; die Vorstellungen des Forschers gehen in die Darstellung der Ergebnisse stets mit ein, wenn sie auch nicht immer ausgesprochen werden oder dem einzelnen selbst transparent sein mögen. Auch gibt es stets mehrere Möglichkeiten, Forschungsergebnisse darzustellen und zu interpretieren. Die Daten selbst bestimmen diesen Vorgang am wenigsten. Einmal sprechen isolierte Daten nicht für sich, zum anderen ist stets eine Auswahl getroffen. Unter diesen Bedingungen wird der Forscher oftmals von heterogenen Vorstellungen darüber geleitet, was ihm gerade „aktuell" oder „interessant" erscheint. Aber eben dieses Moment des Interesses, das den Bezug zur realen Lebenssituation nur anzeigt, ließe sich durch die vorgeschlagenen Diskussionen angemessener bestimmen. Zu fragen ist daher, warum nicht auch aus jenem Bereich kommunikativen Handelns Interpretationsvorschläge in die Darstellung eingehen sollen, in dem letzten Endes wissenschaftliche Erkenntnisse in gesellschaftliches Wissen transformiert werden müssen. So wenig die nach bestimmten Prinzipien organisierten Noten auf einem Blatt bereits realisierte Musik sind, so wenig sind wissenschaftliche Erkenntnisse an sich schon gesellschaftliches Wissen, das, um eine Habermassche Wendung aufzugreifen, im Kontext interpretierter Bedürfnisse die kollektiven Entscheidungen über die Angemessenheit und Wünschbarkeit von handlungsorientierenden Grundsätzen und Normen erleichtern könnte.

Jede Untersuchung berührt in der Regel die Handlungs- und Interessenbereiche verschiedener Gruppen oder Institutionen, die ein sehr unterschiedliches Verhältnis zum Untersuchungsgegenstand haben können. Um möglichst kritische Momente einzufangen, wären nicht nur mit den unmittelbar betroffenen Gruppen, sondern auch mit Mitgliedern der sekundären Gruppen Diskussionen zu führen. Zu denken ist dabei an Vertreter von Massenmedien, Parteien oder Interessenverbänden wie überhaupt an Personen oder Institutionen, die aktiv an politischen Willensbildungsprozessen beteiligt sind.

Das vorgeschlagene Verfahren hat nicht die Funktion von Gruppendiskussionen, wie sie in der empirischen Sozialforschung etwa zur Ermittlung von gruppendynamischen Einflüssen auf Einstellungen und Verhaltensweisen oder zur Vorbereitung von formalisierten Untersuchungsinstrumenten angewandt werden. In Gruppendiskussionen dieser Art würden die Ergebnisse der Untersuchung nur mit restringierten Erfahrungen der Teilnehmer zusammengebracht. Es ist zu erwarten, daß diese Diskussionen im Vorstellungshorizont der Teilnehmer weitgehend befangen bleiben. Aber selbst dieses Resultat würde bereits Licht auf die Untersuchung und deren Ergebnisse werfen. Gemeint ist jedoch ein ande-

rer Typus von Diskussionen. Ihr entscheidendes Merkmal besteht sowohl in der aktiven Rolle der Teilnehmer als auch im veränderten Verhalten der Forscher, die aus ihrer quasi-neutralen Stellung heraustreten. Nicht nur sie hätten alternative Interpretationen der Ergebnisse anzubieten, auch die Teilnehmer selbst sind aufgefordert, Erklärungen und Begründungszusammenhänge vorzuschlagen. Keinesfalls dürften die Wissenschaftler die mögliche Spontaneität der Teilnehmer durch ihre Sprache und Problemorientierung vorzeitig kanalisieren, andererseits müssen sie aber durchaus eine ebenso mögliche restringierte Erfahrungs- und Vorstellungswelt der Teilnehmer aufzubrechen und für die Diskussion der Untersuchungsergebnisse zu öffnen versuchen. Darüber hinaus müssen die emanzipatorischen Erkenntnisinteressen nicht notwendig mit den konkreten Interessen mancher Diskussionsteilnehmer konvergieren. Auf welche Weise solche Interessenorientierungen den emanzipatorischen entgegensteuern, welche Angriffsflächen die dargelegten Ergebnisse und Interpretationsvorschläge bieten, dafür müssen die Wissenschaftler selbst erst ein spezifisches Sensorium entwickeln. Einzelne Diskussionen oder mitgebrachte Seminarerfahrungen garantieren noch keinen Erfolg; erst durch vielfältige Wiederholungen geraten sie in den für sie notwendigen Lernprozeß.

Das Verfahren hat sowohl für die Forscher als auch für die Diskussionsteilnehmer eine Reihe von konkreten Vorzügen. Zunächst sind die Forscher gezwungen, die vorläufigen Ergebnisse so zu präsentieren, daß sie in einer umgangssprachlich vermittelten Diskussion kommuniziert werden können [7]). Aus der gemeinsamen und nach beiden Seiten hin selbstkritischen Erörterung lassen sich Schlüsse darüber ableiten, inwieweit der Untersuchungsansatz im allgemeinen und die einzelnen Fragestellungen im besonderen zentrale Aspekte des Untersuchungsgegenstandes erfaßt haben, sowie in welchem Verhältnis die ermittelten Ergebnisse zum sozialen Umfeld des Untersuchungsgegenstandes stehen. Ferner zeigt sich, welche der einzelnen Ergebnisse eine besondere, unbeabsichtigte positive oder negative Affinität auf mögliche Adressaten ausüben. Aus der einseitigen, verzerrenden oder falschen Rezeption einzelner Ergebnisse kann der Forscher einerseits schließen, wie er die sprachlichen und interpretativen Akzente setzen muß, um unerwünschte mißverständliche Interpretationen auszuschließen, und andererseits, welche Barrieren er einbauen muß, um einer manipulativen Verwendung der Ergebnisse vorzubeugen [8]).

Da wissenschaftliche Untersuchungen immer nur Ausschnitte der sozialen Wirklichkeit und diese unter spezifischen Aspekten erfassen, lassen sich die verzerrenden Folgen dieser Beschränkung wenigstens partiell überwinden, zumindest genauer bestimmen. Diese Funktionen haben zweifellos auch die vorausgehenden theoretischen Überlegungen und eher hermeneutisch orientierten Annäherungsversuche an den Gegenstand zu leisten. Es ist aber das eigentümliche Phänomen empirischer Untersuchungen, daß mit ihrem Fortschreiten häufig eine Verengung der Perspektiven und ein gewisser Phantasieverlust auftreten, die erst im Stadium der Interpretation wieder aufgehoben werden. Allein aus diesem Grunde steht die Diskussion der Ergebnisse im Kontext ihrer Erhebungsverfahren bereits auf einer höheren Reflexionsstufe, um einerseits die Angemessenheit der entwickelten Kategorien besser zu überprüfen und andererseits das gewonnene Wissen in die natürliche Hermeneutik der gesellschaftlichen

7) Umgangssprachlich vermittelte Darstellung von wissenschaftlichen Ergebnissen bedeutet nicht deren Popularisierung. Popularisierung ist selbst nur eine Form von Borniertheit.
8) Wird zu früh mit Vertretern von Verwaltungen, Parteien oder Massenmedien diskutiert, obgleich mögliche manipulative Verwertungstendenzen sich am ehesten bei Institutionen dieser Art beobachten lassen, so ist zu bedenken, daß diese Institutionen vor der Zeit Einblick in nicht genügend abgesicherte Untersuchungsresultate gewinnen.

Praxis einzubringen. Zwar bilden die Diskussionen die realen Verhältnisse, denen das Untersuchungsmaterial entstammt, nicht unmittelbar ab, sind daher auch die durch die Diskussion gewonnenen zusätzlichen Einsichten nicht als sekundäre Verifikationen oder Falsifikationen von Hypothesen zu verstehen; sie übersteigen aber den engen Zusammenhang von Hypothese und empirischem Beleg, indem in den Diskussionen eine reale Situation hergestellt wird, in der sich erweisen kann, ob die Ergebnisse dem gesellschaftlichen Bildungs- und Reflexionsprozeß zugänglich sind oder als bloß instrumentelles Wissen jenseits des allgemeinen Bewußtseins gespeichert werden, um dann je nach administrativem Bedarf verwendet zu werden. Fraglos entheben die Diskussionen nicht der Notwendigkeit, die empirischen Ergebnisse mit theoretisch zentralen Fragestellungen zusammenzubringen. Weder ist die Hypothese identisch mit jener Theorie, aus der sie abgeleitet ist, noch gibt der Beleg die Spannung zwischen Möglichem und Wirklichem zu erkennen. Insofern sind die Diskussionen kein Ersatz für notwendige theoretische Reflexion, sie befruchten aber diese, schützen Theorie vor jenem „Grau", das „Funktion des entqualifizierten Lebens" [9]) ist.

V

Naturwissenschaftliche Verfahren erkennen ihre Gegenstände nur durch die instrumentellen Verfahren selbst. Die Erkenntnisse sind durch die Verfahrensweisen definiert. Die Instrumente haben für die Objekte keine symbolisch vermittelte Bedeutung; daher sind die Gegenstände der Naturwissenschaft nicht in dem Sinne lernfähig, daß durch die Anwendung von Erkenntnissen eine neue Qualität erzeugt wird, die nicht mehr auf diese Erkenntnisse selbst zurückzuführen ist. Alle Veränderungen dieser Art gehen auf Operationen zurück. Das eben gilt aber für die in historischen Zusammenhängen handelnden und denkenden Menschen nicht. Sozialwissenschaftliche Instrumente sind selbst sprachlich vermittelt, und diese Bedeutungen sind den Objekten gegenüber nicht indifferent. In die Resultate fließen die Bedeutungen ein, die die Instrumente für die Befragten annehmen. Die intentionalen Bedeutungen der Instrumente und die objektiven sprachlich vermittelten Bedeutungen, die von den Befragten an die Instrumente herangetragen werden, lassen sich prinzipiell nicht trennen. So entsteht etwa auch durch wissenschaftlich angeleitete Operationen und Maßnahmen ein mehr oder weniger bewußter Lernvorgang, der eine neue Qualität von Einstellungen und Verhaltensweisen erzeugt, die nicht auf vorgenommene Operationen reduzierbar ist. Daß Menschen sich adaptiv *und* reflexiv verhalten, ist für Erkenntnis selbst konstitutiv. Wird aber „nicht nur die Theorie, sondern ebenso deren Absenz ... zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift" [10]), so wären gerade die Probleme einer theorielosen, sprachlich nicht ausgewiesenen Zwecken zugänglichen Anwendung von Forschungsergebnissen ins Bewußtsein derer zu heben, die, auf welche Weise auch immer, den Maßnahmen von Planung und Verwaltung ausgesetzt sind und auf diese nur blind reagieren können.

Manipulative Verwendung sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse kann grundsätzlich nicht verhindert, wohl aber erschwert werden. Eine Erschwerung wird nicht allein durch eine die möglichen Rezeptionsweisen reflektierende Darstellung der Ergebnisse erreicht, sie wird durch die Diskussionen selbst in Bewegung gesetzt, soweit diese zahlreich genug veranstaltet werden. Daher liegt

[9]) Adorno, Theodor W., Marginalien zu Theorie und Praxis, in: Stichwort. Kritische Modelle 2, Frankfurt/M. 1969, S. 169.
[10]) Ders., Soziologie und empirische Forschung, in: Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, Sociologica II, Frankfurt/M. 1962, S. 220.

deren weitere Bedeutung in der Mobilisierung der untersuchten sozialen Gruppe und anderer Adressaten.

Die vorgeschlagenen Diskussionen sind nicht als Volkshochschul- oder sonstige Fortbildungskurse zu verstehen, in denen kanonisierter Bildungsstoff — mehr oder weniger beziehungslos zu den Bedürfnis- und Interessenlagen der Teilnehmer — vermittelt wird. Die Teilnehmer werden vielmehr mit ihrem eigenen kollektiven Antwortverhalten und den objektiven Gegebenheiten ihrer Existenz konfrontiert. Sie treten damit in einen gegenstandsnahen Prozeß des Erkennens und Lernens ein, der ihnen nicht nur Einblick in die Genese von Forschungsergebnissen verschafft, sondern sie auch mit Handlungsmöglichkeiten zur Abwehr von manipulativen administrativen Maßnahmen ausstattet. Indem sie aus der durch mannigfache Zwänge verengten und oftmals isolierten sozialen Alltagssituation heraustreten, Einstellungen und kollektives Verhaltenspotential ihrer sozialen Gruppe kennenlernen, vermögen sie sich nicht nur ein angemesseneres Bild vom sozialen Gefüge und deren Kräften zu verschaffen, sondern können zugleich eine neue Bestimmung ihrer eigenen sozialen Lage vornehmen, schließlich ihre Interessen im Zusammenhang kollektiver Realisierungschancen besser artikulieren. Sie können ferner in den auf sie zukommenden Maßnahmen oder den sich abzeichnenden Entwicklungen noch ihr eigenes Verhalten und deren manipulative und durch bestimmte Interessenkonstellationen herbeigeführte Umdeutung erkennen und abwehren. Denn nur im kollektiven „Akt der Selbstreflexion ist die Erkenntnis einer Objektivation, deren Gewalt allein darauf beruht, daß sich das Subjekt in ihr als seinem Anderen nicht wiedererkennt, unmittelbar eins mit dem Interesse an Erkenntnis, nämlich an der Emanzipation von eben jener Gewalt" [11]).

Die Diskussionen selbst sind noch keine politische Praxis, weil sie nicht im praktischen Vollzug politischer Handlungsmöglichkeiten erfolgen; sie sind aber auf jener Ebene gesellschaftlicher Aufklärung anzusiedeln, die politische Praxis begleiten muß, damit diese nicht in naiver Unmittelbarkeit befangen bleibt. Spontaneität ist in dem Sinne zu erwarten, als die Teilnehmer nicht durch die formalisierenden Untersuchungsvorgänge eingeengt sind, also frei sind, die Ergebnisse und Interpretationen in Konfrontation mit ihren Interessen zu akzeptieren oder auch nicht. Diese Spontaneität ist vermittelt durch die sozialen Bezüge, in denen die Menschen leben; sie wird darüber hinaus durch die Reflexionen während der Diskussionen vermittelt. Sie kann nur dann eine neue Ebene der Unmittelbarkeit erreichen, wenn es gelingt, durch diese Vermittlungen hindurch zu einer veränderten, angemessenen Einschätzung der sozialen Kräfte, Entwicklungstendenzen und gesellschaftlichen Widersprüche sowie zu einer Politisierung unpolitisch gehaltener Interessen und Ansprüche zu gelangen. Verwaltungen, insbesondere diejenigen, die sich sozialwissenschaftliche Informationen verschaffen können, sind eben deshalb in der stärkeren Position, weil die von den Planungs- und Verwaltungsmaßnahmen betroffenen Gruppen ihren Widerstand nicht auf der Ebene politischen Handelns formulieren, die, um einen Gedanken Saint-Simons aufzugreifen, eine strukturelle Reduktion der unterschiedslosen Verwaltung von Sachen und Menschen auf eine von Sachen allein möglich erscheinen läßt, auf der Ebene der politischen Zielsetzungen, der demokratischen Legitimationsbasis, des wiederholten Nachweises von Qualifikationen und der Humanität der Verwaltungspraxis. Das sozialstrukturelle Bildungsgefälle wirkt sich in diesen Bereichen besonders stark aus. Die schwächer Ausgebildeten sind zugleich diejenigen, die sich in restriktiveren Arbeitssituationen befinden und

11) Habermas, Erkenntnis und Interesse, Frankfurt/M. 1968, S. 348.

einer stärkeren Kanalisierung ihrer Bedürfnisse unterliegen. In diesem Sinne stellen die vorgeschlagenen Diskussionen einen Versuch dar, Formen der Weiterbildung zu entwickeln, die nicht abgreifbare, ökonomisch und technologisch geforderte Qualifikationen vermitteln, sondern eine Einheit von Bildungsanstrengungen, Arbeit und Mitbestimmung zu schaffen, um jenen praktischen Emanzipationsprozeß einleiten zu können, der im oben angedeuteten emanzipatorischen Wissenschaftsinteresse seine theoretische Seite hat.

Sie sind als eine mögliche Form kommunikativen Handelns zweifellos ein bescheidenes Mittel, um die angedeuteten Widersprüche zu lösen. Nicht nur eignet sich nicht jede Untersuchung gleich gut für ein derartiges Verfahren, es besteht auch eine Reihe von Barrieren, Diskussionen in einem größeren Umfang zu veranstalten. Bei den gegenwärtigen institutionellen Bedingungen sozialwissenschaftlicher Forschung wäre das personelle und finanzielle Vermögen einzelner Forschungsinstitute in den meisten Fällen überfordert. Aber auch in der gegenwärtigen Debatte über die Reorganisation von Wissenschaft und Forschung zeichnen sich keine Perspektiven ab, die in die vorgeschlagene Richtung weisen. Daß dies so wenig aktuell ist, obwohl die Voraussetzungen dazu auf der Hand liegen, ist selbst ein Indikator für den Zustand des bestehenden institutionellen Gefüges der Gesellschaft. Nicht nur unterliegt die „Freiheit von Wissenschaft und Forschung" ökonomischen und politischen Zwängen, die in den Karriereproblemen der Wissenschaftler nur ihren subjektiven Niederschlag finden, es bestehen auch konkrete, politisch verfestigte Widerstände gegen mögliche Aufklärung. Ganz allgemein ist damit eine Schranke immanenten gesellschaftlichen Fortschritts bezeichnet, nämlich aus den bestehenden Bedingungen heraus neue Ideen entfalten und realisieren zu können. Gleichwohl zeigen die vorgeschlagenen Diskussionen eine Richtung an, auf die Lösungsversuche gesellschaftlicher Widersprüche verwiesen sind. Denn so wenig von anderen gesellschaftlichen Institutionen einstweilen eine derartige Aktivität zu erwarten ist, so sehr hätte wissenschaftliche Forschung selbst den Prozeß der kollektiven Reflexion und Selbstreflexion zu initiieren, und zwar an strategisch wichtigen Stellen unseres politischen und sozialen Gefüges.

Bücher

Infolge des ungewöhnlichen Umfangs der in dieser Ausgabe veröffentlichten Folge der geheimen Vietnam-Dokumente des Pentagon sahen wir uns zu unserem Bedauern gezwungen, die vorgesehenen Buchbesprechungen fortzulassen. D. Red.

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Wolfgang Müller-Lauter, Nietzsche. Seine Philosophie der Gegensätze und die Gegensätze seiner Philosophie. Verlag de Gruyter, Berlin, VII, 195 S., Groß-Oktav, Ln. 38.— DM.

Karlheinz Deschner, Das Christentum im Urteil seiner Gegner. Bd. 2. Limes Verlag, Wiesbaden, 290 S., Ln. 38,— DM.

Helm Stierlin, Das Tun des Einen ist das Tun des Andern. Versuch einer Dynamik menschlicher Beziehungen. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 152 S., kart. 12.— DM.

C. I. Gulian, Mythos und Kultur. Die Entwicklungsgeschichte des Denkens. Aus dem Rumänischen von Friedrich Kollmann. Europa Verlag, Wien, 192 S., Paperback

14,— DM (Reihe „Europäische Perspektiven").

Joseph P. Hodin, Oskar Kokoschka, Eine Psychographie. Europa Verlag, Wien, 292 S. mit vielen Illustrationen, Ln. 40,— DM. — Erschien zum 85. Geburtstag des Künstlers am 1. März 1971.

Harry F. Young, Maximilian Harden — Censor Germaniae. Verlag Regensberg, Münster, 290 S., Ln. 26,— DM, kart. 22,— DM.

Klaus Bergmann, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft. Verlag Anton Hain, Meisenheim, X, 405 S., br. 59,50 DM (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 20).

Gert Raethel, Opfer der Gesellschaft. Armut in den USA. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 296 S., Ln. 26,— DM.

Jürgen Roth, Armut in der Bundesrepublik Deutschland. Beschreibungen, Familiengeschichten, Analysen, Dokumentationen. Melzer Verlag, Frankfurt, 265 S., Paperback 12,— DM.

Klaus v. Beyme, Die politische Elite in der Bundesrepublik Deutschland. Piper Verlag, München, 144 S., kart. 16,80 (Piper Sozialwissenschaft/Texte und Studien zur Politologie, Bd. 1) — Die weiteren Bände der Reihe sind: Bd. 2: Kurt Sontheimer, Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland (244 S., kart. 16,80 DM); Bd. 3: Horst Holzer, Gescheiterte Aufklärung? Politik, Ökonomie und Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland (272 S., kart. 19,80 DM); Bd. 4: Konstanzer Soziologenkollektiv, Berufe für Soziologen (260 S., kart 19,80 DM).

Einigkeit der Einzelgänger. Dokumentation des ersten Schriftstellerkongresses des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS). Herausgegeben von Dieter Lattmann. Kindler Verlag, München, 128 S., Paperback 9,80 DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

Wolfram Eberhard, Geschichte Chinas. Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, X, 436 S., Kt., Ln. 22,— DM (Kröners Taschenausgabe, Bd. 413).

Philippe de Commynes, Memoiren. Europa in der Krise zwischen Mittelalter und Neuzeit. Übertragen und herausgegen von Fritz Ernst. Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, XXXVII, 424 S., Großoktav, Subskriptionspreis (bis 1. 9. 71) 62,— DM, später 88,— DM. — Es handelt sich um den photomechanischen Nachdruck der im Jahre 1952 erschienenen Ausgabe.

Gernot Seide, Regierungspolitik und öffentliche Meinung im Kaisertum Österreich anläßlich der polnischen Novemberrevolution (1830—1831). Verlag Otto Harrassowitz, Wiesbaden, 184 S., br. 42,— DM (Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts, München, Bd. 38).

Gunnar Adler-Karlsson, Der Fehlschlag. Zwanzig Jahre Wirtschaftskrieg zwischen Ost und West. Aus dem Englischen von Fred Prager. Europa Verlag, Wien, 216 S., Paperback 16,— DM (Reihe „Europäische Perspektiven"). — Als „Fehlschlag" bezeichnet der Autor vor allem die Embargo-Politik, die der Westen auf Initiative der Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion und den Staaten Osteuropas im Jahre 1947 einleitete.

Aktuelle Themen

Gordon L. Weil / Ian Davidson, Der Goldkrieg. Deutsche Ausgabe von „The Gold War". Aus dem Amerikanischen von Marie-Dorothee Frings. Walter Verlag, Freiburg, 295 S., Ln. 25,— DM.

Hans Georg Mangold, Die Absatzpolitik der deutschen Warenhaus-Gesellschaften. Verlag Duncker & Humblot, 252 S., br. 48,— DM (Betriebswirtschaftliche Schriften, Bd. 47).

Horst Regling, Militärausgaben und wirtschaftliche Entwicklung. Verlag Weltarchiv, Hamburg, 265 S., Oktav, br. 34,— DM.

Alain Labrousse, Die Tupamaros. Stadtguerilla in Uruguay. Aus dem Französischen von Johannes Piron. Hanser Verlag, München, 200 S., br. 9,80 DM (Reihe Hanser, Bd. 65).

Gewerkschaften — Standort und Perspektive. Herausgegeben von Josef Ledwohn und Heinz Seeger. Nachrichten-Verlags.-GmbH, Frankfurt, 344 S., kart. 7,50 DM.

KPD-Verbot. Ursachen und Folgen 1956—71. Herausgegeben von Max Reimann, Ludwig Landwehr, Willi Mohn, Otto Niebergall. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 81 S., br. 3,— DM. — Die Schrift erscheint zum 15. Jahrestag des Verbots der KPD durch das Bundesverfassungsgericht am 17. August 1956.

Fernseh-Spalte

ZEICHEN DES FORTSCHRITTS

Im kürzlich erschienenen ZDF-Jahrbuch 1970 spielt Dieter Stolte (Hauptabteilung Programmplanung) mit dem revolutionären Gedanken, die bisherige „Programmkonzeption entspricht nicht mehr der gesellschaftlichen Wirklichkeit". Also heißt es Abschied nehmen von der „Vorstellung einer ‚heilen' ... Familie" und zu erkennen, „daß wir eine Gesellschaft sind, die in Konflikten lebt; in permanenten Konflikten". Und wie stellt er sich das neue Fernsehen vor? „... als etwas Verändertes". Diesem Ergebnis erkenntniskritischer Maßarbeit fühlt sich auch Professor Holzamer verpflichtet, wenn er im Vorwort bekennt: „Eine Programmkonzeption, die in sich selbst die Konfliktsituation der Gesellschaft widerspiegelt, muß verstärkt darauf ausgerichtet sein, dem Fernsehteilnehmer brauchbare Orientierungshilfen zu geben." Welch reformerische Kühnheit zeichnet diesen Mann aus, der einst die Tele-„Lebenshilfe" erfand. Radikal die alten Zöpfe stutzend, propagiert er nun im Zeichen des Fortschritts (dieser Slogan stehe künftig im Sinne von ZDF) das Wagnis der „Orientierungshilfe". Und er fährt fort: „Spiel und Unterhaltung werden im Programm weiterhin ihren legitimen Platz einnehmen." Um Mißverständnissen und dem Vorwurf vorzubeugen, ein Zitat aus dem Zusammenhang gerissen zu haben, folge auch noch der nächste Satz: „Gegenüber der möglichen Konkurrenz neuer Medien wird sich das öffentlich-rechtliche Fernsehen vor allem zum Träger aktuellpolitischer wie kultureller Berichterstattung machen müssen und mit und in der Familie als Hauptadressaten des Programms möglichst auch abgrenzbare Zielgruppen deutlicher ansprechen."

Spiel, Unterhaltung, politische und kulturelle Berichterstattung, Hauptadressat Familie: eine wahrhaft umwälzende Neukonzeption! Mit anderen Worten: die Idiotisierung des Publikums wird nicht gestoppt, sondern intensiviert werden. (Das betrifft auch die ARD). Infratest wird weiterhin — gestützt auf dreihundert Fernsehhaushalte der Bundesrepublik — das Programm diktieren, ein Programm für Analphabeten, wenn man den Indexzahlen glauben wollte. Und Politik im ZDF? Ihr Symbol (und leider auch ihre reale Personifizierung) ist und bleibt wohl auch der Mann mit der Zigarre, der mit blauem Dunst die rote Gefahr beschwört und mit der braunen Reaktion sympathisiert. (Näheres siehe u. a. „Spiegel' vom 21. 6. 71.) Der Protest der ZDF-Redakteure gegen Löwenthal wurde, milde ausgedrückt, zum Bumerang. Die „personalpolitischen Veränderungen" erwiesen sich als Farce. Der neue Chefredakteur des ZDF heißt Rudolf Woller (CDU), bisher „militantkonservativer Leiter des Bonner ZDF-Studios" („Spiegel", 19. 7. 71). Die vielzitierte Konzession an die Kritiker des „ZDF-Magazins", das angebliche Ende der „Alleinherrschaft" Löwenthals, ist ein Akt grotesker Beschwichtigung. Der neu eingestellte zweite Moderator des „ZDF-Magazins" wird — laut „Spiegel" vom 19. 7. 71 — „freilich kaum als der ‚liberale Gegenpol zum rechten Löwenthal' in Erscheinung treten ...: Es ist der 1957 aus der DDR-Plankommission geflohene Journalist Fritz Schenk ... vom rechten SPD-Flügel — ein erklärter Gegner der Bonner Ostpolitik." Nun bin ich durchaus der entschieden demokratischen Ansicht, daß ein intaktes pluralistisches Massenmedium die Repräsentanten verschiedener politischer Ideen und Positionen zu verkraften hat. Aber dann müßte es tatsächlich eine pluralistische und demokratisch intakte Institution sein. Und wer wollte das vom ZDF behaupten? Von jenem ZDF, das einen Sympathisanten der radikalen Rechten nicht nur in einer publizistischen Schlüsselposition duldet, sondern unterstützt, dessen Gesamtprogramm — vorsichtig ausgedrückt — konzentriert aufklärungsfeindlich ist und das vom ersten Tag an mehr ideologisches Instrument als eine allen gesellschaftlich relevanten Gruppen verpflichtete öffentlich-rechtliche Anstalt war. Wenn es stimmt, was der „Spiegel" vom 19. 7. 1971 und mehrere Zeitungen meldeten, daß weitere repräsentative Posten mit CDU-Mitgliedern und -Sympathisanten besetzt werden (und das ist wohl kaum noch zu verhindern), möge sich das ZDF doch wenigstens — der Einfachheit halber und damit es auch die Dümmsten begreifen — künftig CDF nennen: Christlich - Demokratisches Fernsehen.

E. H. Wahl

Dokumente zum Zeitgeschehen

Die geheimen Vietnam-Dokumente des Pentagon (II) *)

XI

Auszüge aus einem Bericht des Stellvertretenden Unterstaatssekretärs im State Department, Marshall Green, an den Unterstaatssekretär William P. Bundy über die nach dem Zwischenfall im Golf von Tonkin durchgeführten Aktionen

Datiert 7. November 1964

Die USA sind, zusammen mit RLG [20]) und GVN, an einer Anzahl von Operationen beteiligt — 34-A, Yankee Team, Recce [21]) sowie TL-28-Operationen der Königlich-Laotischen Luftwaffe —, die darauf angelegt sind, Nordvietnam zu warnen und zu belästigen („harass") und es dem Feind erschweren sollen, den laotischen Pfannenstiel zur Verstärkung des Vietkong in Südvietnam zu benutzen. Ferner sollen sie der Abwehr des von Pathet Lao/Vietminh in Laos ausgeübten Druckes dienen. De Soto-Patrouillenfahrten und grenzüberschreitende Bodenoperationen sind auch geplant. Der gegenwärtige Stand und die Aussichten für diese Operationen werden nachstehend beschrieben, zusammen mit einem Verzeichnis („checklist") hervorstechender Probleme betreffend jedes der einschlägigen Operationsgebiete.

Im großen und ganzen herrscht in der Arbeitsgruppe Übereinstimmung darüber, daß es unser Ziel sein soll, die jetzige Signalstärke („signal strength") und den jetzigen Grad der Belästigung aufrechtzuerhalten, keinerlei Anzeichen verminderter Entschlossenheit zu geben, aber auch Aktionen zu vermeiden, durch die die grundlegende Entscheidung präjudiziert werden könnte.

A. Operationsplan 34-A

Obwohl nicht alle Aktionen im Rahmen des Operationsplans 34-A nach dem ersten Zwischenfall im Golf von Tonkin eingestellt wurden, ist doch tatsächlich für den Rest des Monats August und im September wenig erreicht worden. Verschiedene erfolgreiche See- und Luftoperationen sind nach dem für Oktober festgelegten Zeitplan durchgeführt worden. Ein Zeitplan für November steht derzeit zur Debatte und wird wahrscheinlich am 7. November genehmigt werden.

1) Seeoperationen

Seit der Wiederaufnahme von Marops nach dem Zeitplan für Oktober sind die folgenden Operationen durchgeführt worden:

Recon L-Tag (4. Oktober) Annäherung an Vinh Sor bis auf einen Abstand von 12 Meilen.

Recon L + 2 (10. Oktober) Annäherung an Vinh Sor bis auf einen Abstand von 12 Meilen.

Loki IV L + 5 mißglückter Versuch, eine Dschunke zu fangen.

32 & 45 E L 8 (28./29. Oktober) Bombardement der Radarstation von Vinh Son und des Beobachtungspostens von Mui Dai.

Die folgende Operation ist nicht genehmigt worden:

44 c L + 10 Sprengung einer Brücke an der Nationalstraße 1 durch Froschmänner mit Unterstützung eines Schießkommandos.

Soeben genehmigt wurde:

34 B L + 12 (4. November) Bombardement der Kasernen auf Hon Matt und Tigerinsel.

*) Vgl. „Blätter" 7/71, S. 745—768.
20) RLG = Royal Laotian Government = Königlich-Laotische Regierung.
21) Recce (auch „Recon" anderweitig im Text) = Reconnaissance = Erkundung.

Die folgenden maritimen Operationen verbleiben auf dem Zeitplan für Oktober und werden vermutlich in denjenigen von November übernommen werden, zusammen mit einigen weiteren Operationen ähnlicher Art.

L + 13 Festnahme eines Gefangenen durch ein Team von einem PTF
L + 15 Fang einer Dschunke
L + 19 Bombardement von Kap Mui Ron und Tigerinsel
L + 25 Bombardement von Yen Phu und der Sam Son Radaranlage
L + 28 Sprengung der Brücke an der Nationalstraße 1 und Bombardement von Kap Mui Dao
L + 30 Rückführung von Gefangenen aus L + 1 15
L + 31 Bombardierung von Hon Ne und Hon Me
L + 36 Sprengung der Pier in Phuc Loi und Bombardement von Hon Ngu
L + 38 Unterbrechung der Eisenbahnlinie von Hanoi nach Vinh
L + 41 Bombardement von Dong Hoi und Tigerinsel
L + 24 Bombardement der Nachtigallen-Insel.

2) Luftoperationen

Fünf Teams und ein Einzelagent waren Anfang Oktober im Einsatz. Seitdem ist eines der Teams neuversorgt und verstärkt worden. Die anderen vier hätten auch neuversorgt und verstärkt werden sollen, doch wurden die dafür vorgesehenen Flüge durch die Wetterlage verhindert. Diese Operationen sowie der Einsatz eines weiteren Fallschirmteams werden in den Zeitplan für November übernommen.

Zwei der Teams führten im Oktober erfolgreiche Aktionen aus. Eines zerstörte eine Brücke, das andere überfiel eine nordvietnamesische Patrouille aus dem Hinterhalt. Beide Teams erlitten Verluste, die im letzteren Falle erheblich genug waren, um den Sinn der Aktion in Frage zu stellen.

3) Psychologische Operationen

Sowohl das schwarze wie auch das weiße Radio waren täglich im Betrieb. Schwarze Rundfunksendungen beliefen sich im Durchschnitt auf 8 bis 10 Stunden in der Woche, weiße auf 60 Stunden wöchentlich.

Es wurden im Durchschnitt 50 bis 100 Briefe in der Woche über Hong Kong aufgegeben. In den Monaten September und Oktober wurden nur einmal Flugblätter abgeworfen, und zwar in Verbindung mit einer Versorgungsmission.

Im Zeitplan für November ist eine große Zahl von Operationen zum Abwurf von Flugblättern und zu Täuschungszwecken vorgesehen.

4) Erkundungsflüge

Durch den Einsatz von durchschnittlich vier Flügen in der Woche wurden die meisten Ziele des Operationsplans 34-A erreicht.

Probleme

1) Marops auftauchen lassen? — Die Frage, ob die maritimen Operationen weiter versteckt oder offen durchgeführt werden sollen, bleibt ungelöst. Während Washington sie an die Oberfläche bringen will, hat sich Genral Khanh dieser Anregung gegenüber zurückhaltend gezeigt. Es wird das Argument vorgebracht, daß die USA bei einem offenen Vorgehen die Möglichkeit haben würden, diesen Operationen einigen Schutz angedeihen zu lassen; das Gegenargument besteht in der Annahme, daß die USA sich damit in Nordvietnam engagieren würden und daß dies zu weiterer Eskalation führen würde.

2) Sicherheit der Operationen. — Der Aufschub einer Operation, gleichgültig ob er wegen schlechten Wetters erfolgt, oder weil Washington nicht rechtzeitig das grüne Licht dazu gibt, gefährdet die Operation. Die Isolierung der Teams bringt Gefahren mit sich.

3) Sicherheit der Stützpunkte. — Nach der Beschießung von Bien Hoa ist der Sicherheit der Basis von Danang erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt worden. Die Außenposten sind verstärkt worden, doch ist bisher nichts geschehen, um die Basis von der Seeseite aus abzusichern; die Frage wird zur Zeit geprüft.

Günther Anders

Visit Beautiful Vietnam

ABC der Aggressionen heute

209 Seiten, Sonderausgabe, DM 6,—

»Es ist kein Bericht über die Kampfhandlungen, keine Reportage vom Kriegsschauplatz, sondern eine scharfsinnige Analyse der Methoden der amerikanischen Außenpolitik und ihrer Verflechtung mit den Wirtschafts- und Rüstungsinteressen der USA.
„Visit Beautiful Vietnam" lautet die makabre Empfehlung eines Prospekts des staatlichen Reisebüros in Saigon. Anders gibt für solchen Besuch im „schönen Vietnam" ein „ABC der Aggression" mit: Grundsatzglossen in alphabetischer Reihenfolge . . .«
Stimme der Gemeinde

»Vietnam als Glossenstoff? Dazu bedarf es eines Schriftstellers, der so genau wie Karl Kraus, so scharf satirisch wie Tucholsky in seinen bittersten Texten, so nüchtern-analytisch wie Ossietzky im Aussprechen unangenehmer Wahrheiten die Lage blitzartig erhellt. Das sprachliche, philosophische und vernunftspolitische Rüstzeug dazu besitzt gewiß einer: Günther Anders.«
Gewerkschaftliche Umschau

»Günther Anders ist in keiner Zeile, die er schreibt, „antiamerikanisch". Er nimmt sich sogar stärker der amerikanischen als der vietnamesischen Opfer des Krieges an, nicht nur der GI's, die in Vietnam verbluten, sondern vor allem auch der Rüstungsindustriellen und Gewerkschafter, der Journalisten und Leser, der Politiker und Wähler, aller jener, die in diesem Krieg die Vernunft, die Wahrhaftigkeit, die Menschlichkeit verlieren.
Entsetzt sieht er, wie die Barbarisierung auch das mit den USA verbündete Westeuropa überzieht. Er liest es aus den Presse- und Funkmeldungen heraus. Er analysiert die Sprache jener Zeitungsmeldung, wonach die „freie Welt" es nicht länger ertragen kann, daß die vietnamesische Stadt Phuc-yen noch länger „unfrei" bleibt, sondern sie endlich „freigibt" — als Ziel für Bombenangriffe.«
Frankfurter Rundschau

«Wer ätzend kritische Kommentare zu unserem Weltgeschehen liebt, wird an dem Buch seine Freude haben.«
Die Zeit

Pahl-Rugenstein

4) Wohlergehen der Teams. — Die im Feindland operierenden Teams Bell und Easy benötigen seit mehreren Wochen dringend Nachschub, der bisher durch das Wetter verhindert worden ist. Ein neuer Versuch soll im Laufe der Mondphase im November unternommen werden.

5) Nordvietnamesische Gegenaktion. — Die Widerstandsfähigkeit der Nordvietnamesen gegen Marops ist etwas größer geworden, jedoch noch nicht genug, um diese Operationen unwirksam zu machen.

B. Yankee Team Operationen

(Die ersten fünf Zeilen dieses Absatzes sind unübersetzbar, da mehrere Wörter unlesbar sind — von der NYT so gekennzeichnet). Darüber hinaus haben wir seit einiger Zeit die Erlaubnis erhalten, täglich maximal zweimal auf dem Luftwege eine kurze Strecke (in den Pfannenstiel) einzudringen, damit wir uns ein genaues Bild vom Umfang der Grenzüberschreitungen machen können. Wir haben auch MACV [22]) dahingehend informiert, daß wir dringend Nachtaufnahmen der Hauptstraßen für den motorisierten Verkehr in Laos benötigen. Gegenwärtig werden zu diesem Zweck innerhalb einer Periode von zwei Wochen jede Nacht zwei Erkundungsflüge entlang der Nationalstraße 7 unternommen.

Yankee Team leistet Luftkampfhilfe („combat air patrol") bei gewissen T-28-Angriffen im Korridor. Die so eingesetzten Flugzeuge dürfen sich nicht an den Angriffen selbst beteiligen oder schweres Feuer („suppressive fire") abgeben.

Zu den noch ungelösten Fragen gehören diese: (a) ob Yankee Team zur Unterstützung der von den Flugzeugen vom Typ T-28 der RLAF [23]) im Korridor vorgenommenen Operationen eingesetzt werden soll; (b) ob YT in Gebieten nördlich der 20. Parallele Erkundungsflüge vornehmen soll; (c) schwere YT-Angriffe auf die Nationalstraße 7, insbesondere die Ban Ken Brücke; und (d) was Yankee Team tun soll, wenn der Pathet Lao eine umfangreiche Bodenoffensive entfesseln sollte (diese Frage hat sich noch nicht gestellt, sie würde aber sicher aktuell werden, falls der Pathet Lao eine Offensive solchen Ausmaßes unternehmen sollte, daß sie von den laotischen Regierungstruppen und den getarnten Thais nicht bewältigt werden könnte).

C. T-28-Operationen

Zur Zeit befinden sich 27 Flugzeuge vom Typ T-28 (darunter drei RT-28) in Laos, von denen 22 in Betrieb sind. Auf Wunsch von Botschafter Unger hat CINCPAC [24]) dafür gesorgt, daß dieser Bestand wieder auf 40 Flugzeuge erhöht wird, eine Anzahl, für die hinreichend Piloten, einschließlich von Thais, in Laos zur Verfügung stehen.

Die T-28 führen folgende Operationen aus:

1) Allgemeine Belästigung von militärischen Anlagen und Bewegungen des Pathet Lao, besonders in den Provinzen Xien Khouang und Sam Neua. Dazu gehören auch Bemühungen, die Benutzung der Nationalstraße 7 unmöglich zu machen.

2) Taktische Unterstützung für die Operation „Jahrestag Sieg Nr. 2" (Saleumsay), die von FAR-Meo [25]) im nördlichen Abschnitt der Nationalstraße 4 und nördlich von Tha Thom vorgenommene Säuberungsaktion.

3) Taktische Unterstützung für die Operation „Siegreicher Pfeil" (Sone Sai), eine FAR-Säuberungsaktion im südlichen Laos.

4) Angriffe auf Gelegenheitsziele, darunter solche zur Unterstützung defensiver FAR-Aktionen, wie z. B. bei Ban Khen, nordwestlich von Thakhek.

5) Das Programm zur Sperrung des Korridors. Die nach diesem Programm ursprünglich festgesetzten Ziele wurden angegriffen, und Pläne sind jetzt in Vorbereitung, vier weitere Ziele (darunter im Gebiet von Tschepone) anzugreifen, sowie weitere Angriffe auf einige der 13 ursprünglich ausgewählten Ziele durchzuführen. Botschafter Unger hat im Rahmen dieses Programms sechs weitere Angriffsziele zur Billigung vorgeschlagen.

---

[22]) MACV = Military Assistance Command, Vietnam (amerikanisches Oberkommando in Saigon).
[23]) RLAF = Royal Laotion Air Force (Königlich-Laotische Luftwaffe).
[24]) CINCPAC = Commander in Chief, Pacific (amerikanischer Oberkommandierender im Pazifik).
[25]) FAR dürfte eine Abkürzung von FARMGATE (vgl. Fußnote 9) sein; die Meos sind ein Bergstamm im laotisch-thailändischen Grenzgebiet, aus dem der CIA häufig Söldner rekrutiert.

6) Der Botschafter ist ermächtigt worden, mit der RLAF Erkundungsflüge durch Maschinen vom Typ RT-28 zu besprechen, und zwar für ein Gebiet im nordwestlichen Laos entlang einer Strecke unmittelbar nördlich und östlich sowie westlich der Linie von Veng Phou Kha-Muong Sai.

In den vergangenen Wochen haben die T-28 bei vielen ihrer Missionen eine große Anzahl von Flugblättern mit der Aufforderung, sich zu ergeben, abgeworfen. Dadurch sind schon in einigen Fällen Pathet Lao-Leute zum Überlaufen veranlaßt worden.

Amerikanische Teilnahme an SAR-[26]) Operationen für abgeschossene T-28 ist genehmigt worden.

Wir stehen vor folgenden Problemen in Verbindung mit den T-28 Flügen:

1) Die Yankee Team-Flugzeuge sind bisher noch nicht ermächtigt worden, im Korridorgebiet zur Unterstützung des dort laufenden T-28-Programms schwere Angriffe („suppressive strikes") zu fliegen.

2) Auch die Ermächtigung für schwere YT-Feuerangriffe auf die Brücke von Ban Ken an der Nationalstraße 7 steht noch aus.

3) Wir untersuchen Berichte über stark vermehrte Bewegungen von Lastkraftwagen entlang der Straße 7 wie auch über eine Zusammenziehung von Panzern und anderem Material durch den Feind in Nordvietnam, direkt hinter der Grenze. Eine Gegenaktion mag erforderlich werden, bei der es zu einem Angriff auf Ban Ken kommen müßte.

4) Thailändische Beteiligung. Hanoi behauptet, einen T-28 über dem Gebiet der DRV am 18. August abgeschossen zu haben und daß dabei der thailändische Pilot der Maschine gefangengenommen worden sei. Wenn auch die von den Nordvietnamesen im Zusammenhang mit diesem Fall mitgeteilten Informationen zu stimmen scheinen, ist es doch nicht klar, ob der Pilot lebt und der I.C.C.[27]) vorgeführt werden kann. Die Möglichkeit kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, ebensowenig wie es ausgeschlossen ist, daß andere thailändische Piloten vom Pathet Lao gefangengenommen werden.

5) Die DRV behauptet, T-28 Flugzeuge hätten den nordvietnamesischen Luftraum am 1. und 2. August, am 16. und 17. Oktober und wieder am 28. Oktober verletzt und dabei nordvietnamesische Dörfer bombardiert bzw. beschossen. Diese Anschuldigungen sind wahrscheinlich zutreffend, was die beiden ersten Daten (entlang der Straße 7) und das letzte (Gebiet des Mu Gia Passes) anbelangt. Die Angriffe vom 16. und 17. Oktober fanden dagegen in Wirklichkeit in einem umstrittenen Gebiet statt, das nach den Genfer Vereinbarungen vom Jahre 1954 als zu Laos gehörend anerkannt wurde.

6) Der Pathet Lao hat die von den T-28 im Korridorgebiet vorgenommenen Angriffe zur Kenntnis der I.C.C. gebracht und hat die Kommission aufgefordert, ihnen ein Ende zu bereiten und die beiden Vorsitzenden zu informieren. Die I.C.C. hat sich schon bereit erklärt, eine andere Beschuldigung des PL betreffend angebliche Verletzungen der Genfer Verträge durch die USA und SVN im Korridorgebiet zu untersuchen.

D. De Soto-Patrouillefahrten

Die De Soto-Patrouillefahrten sind bis auf weiteres eingestellt worden, bis an höchster Stelle über sie entschieden ist. Botschafter Taylor (Saigons 1378) meint, daß es keinen Sinn habe, die De Soto-Patrouillen wiederaufzunehmen, außer für wesentliche nachrichtendienstliche Zwecke. Er meint, wir sollten unsere Handlungen von der Unterstützung des Vietkong durch Hanoi abhängig machen, nicht von der Verteidigung rein amerikanischer Interessen.

E. Grenzüberschreitende Bodenoperationen

Früher im laufenden Jahr wurden mehrere 8-Mann-Erkundungsteams über Laos als Teil der Operation „Leaping Lena" per Fallschirm abgesetzt. Alle diese Teams wurden vom Feind aufgespürt, und nur vier Überlebende kehrten in die RVN zurück. Infolgedessen ist das Programm der grenzüberschreitenden Bodenoperationen einer sorgfältigen Nachprüfung unterzogen worden und der Oberkommandierende (COMUSMACV) hat zum Aus-

[26]) SAR = Search and Rescue (Such- und Rettungsaktion).
[27]) Internationale Kontrollkommission für Laos.

druck gebracht, er glaube nicht, daß wirksame grenzüberschreitende Bodenoperationen vor dem 1. Januar 1965, frühestens, durchgeführt werden könnten.

F. Verdeckte Operationen in Laos

Es wird daran gedacht, „Hardnose" zu verbessern (unter größerer thailändischer Beteiligung) und „Hardnose" für wirksamere Operationen im Korridor-Infiltrationsgebiet einzusetzen. Keine Veränderung im Status von Kha.

G. Andere sensitive Geheimdienstoperationen

Dazu gehören „Queen Bee", „Box Top", „Lucky Dragon" und „Blue Springs".

XII

Kabel des Außenministers Dean Rusk an die amerikanische Botschaft in Vientiane, betreffend „Search and Rescue"-Flüge

Datiert 26. August 1964

Wir stimmen mit Ihnen in Ihrer Beurteilung der Bedeutung von SAR-Operationen überein und auch darin, daß die Piloten von Air America [28]) dabei eine äußerst wichtige Rolle spielen können, sowie daß bei den SAR Bemühungen kein Unterschied gemacht werden sollte zwischen Aktionen zur Rettung von Amerikanern, Thailändern oder Laoten. Sie werden hiermit auch wunschgemäß ermächtigt, AA-Piloten in T-28-Flugzeugen für SAR-Operationen nach Belieben einzusetzen, insofern Sie dies für den Erfolg der Operation für unumgänglich — wiederhole, unumgänglich — halten, und mit der Maßgabe, daß Sie jedesmal wenn es die Lage erlaubt, in Washington um vorherige Erlaubnis nachsuchen.

Gleichzeitig glauben wir, daß die Zeit gekommen ist, um die Reichweite und die Kontrollmaßnahmen für zukünftige T-28-Operationen zu überprüfen. Eine solche Überprüfung ist besonders deswegen angezeigt, weil diese Operationen mehr oder weniger automatisch dazu führen, daß amerikanisches Personal bei SAR-Operationen eingesetzt werden muß. Außerdem, je mehr AA bei der Hilfeleistung mitmacht, um so größer ist die Möglichkeit etwas vermehrter Verluste, und jeder solche Verlust, mit den weiteren SAR-Operationen, die er nach sich zieht, kann zu einer Eskalation von einer Aktion zur anderen führen, und zwar in einer Form, die vom höheren Standpunkt aus als nicht wünschenswert erscheinen mag. Andererseits erkennen wir natürlich an, daß die T-28-Operationen sowohl wegen ihrer militärischen als auch psychologischen Wirkung in Laos sowie auch als Verhandlungskarte zur Unterstützung von Souvannas Position von wesentlicher Bedeutung sind. Erbitten Ihre Stellungnahme, ob die Bilanz der obengenannten Faktoren für ein vermindertes Ausmaß der Operationen und/oder eventuell die Auslassung einiger der besser verteidigten Angriffsziele spricht. (Mögliche Ausdehnung der T-28-Operationen in den Pfannenstiel ist ein anderes Problem und wird in einem getrennten Telegramm behandelt werden.)

Was das Hauptproblem angeht, sind wir dahingehend unterrichtet, daß zwar die Flüge der thailändischen Piloten streng durch Ihre Luftkommando-Zentrale kontrolliert werden und (ein Wort unleserlich) das Heft fest in der Hand hat, daß jedoch das gleiche nicht für die laotischen Piloten gilt. Wir haben den Eindruck, daß die Letzteren überhaupt keiner Art von fester Kontrolle unterstehen.

Erbitten Ihre Auffassung und Empfehlungen hinsichtlich der zukünftigen Reichweite der T-28-Operationen, sowie auch Ihren Kommentar zu der Frage, ob unsere gegenwärtigen Eindrücke von der bestehenden Kontrollstruktur richtig sind und welche Maßnahmen ergriffen werden könnten, um diese zu festigen.

[28]) Air America = als zivil getarnte amerikanische Luftfahrtgesellschaft, die jedoch in Wirklichkeit den Zwecken des Geheimdienstes CIA dient.

XIII

Kabel des Außenministers Rusk vom 7. August 1964 an die amerikanische Botschaft in Laos, betreffend die Frage, ob eine Feuereinstellung in Laos wünschenswert sei

(Kopien wurden an die US-Botschaften in London, Paris, Saigon, Bangkok, Ottawa, Neu Delhi, Moskau, Pnompenh und Honkong, an das Pazifikkommando und die Mission bei den VN mit Bitte um Stellungnahme geschickt.)

1) Wie Sie in Ihrer Botschaft 219 dargelegt haben, streben wir in Laos danach, die Lage wieder zu stabilisieren, wenn möglich im Rahmen des Genfer Abkommens von 1962. Wesentlich für eine solche Stabilisierung wäre die Herstellung eines militärischen Gleichgewichts im Lande. Überdies sind wir etwas über die Möglichkeit besorgt, daß die jüngsten Erfolge des RLG und der angeblich geschwächte Kampfgeist des Pathet Lao zu einer Eskalation durch die kommunistische Seite führen könnte, die uns im jetzigen Zeitpunkt nicht gelegen käme.

2) Bis jetzt ist es Souvannas und unsere Stellung gewesen, daß die Herstellung militärischen Gleichgewichts einen Rückzug des Pathet Lao aus Gebieten, die dieser seit dem 15. Mai in PDJ (Plaine des Jarres — Ebene der Tonkrüge) besetzt hat, voraussetzen würde und daß ein solcher Rückzug auch die grundlegende Voraussetzung für die Einberufung einer 14-Mächte-Konferenz sein würde. Jetzt erhebt sich jedoch die Frage, ob die territorialen Gewinne der Operation Triangle, falls sie konsolidiert werden können, praktisch eine Lage des Gleichgewichts herbeigeführt haben und ob es infolgedessen nicht länger notwendig ist, darauf zu bestehen, daß sich der Pathet Lao als Voraussetzung für eine 14-Mächte-Konferenz aus PDJ zurückzieht. Das ist in der Tat ein Gedanke, der Souvanna schon vorher gekommen ist (Botschaft aus Vientiane Nr. 191) und der auch in dem Brief des Außenministers (Rusk-J.J.) an Butler (Telegramm Nr. 88 des State Department an Vientiane) berührt wird. Wenn Souvanna und wir weiterhin auf einem Rückzug aus PDJ bestehen, würde die andere Seite unweigerlich darauf bestehen, daß wir unsere Triangle-Gewinne aufgeben. Unserer Meinung nach würde ein solches Arrangement erheblich schlechter ausfallen, als wenn die gegenwärtige, ziemlich kohärente geographische Teilung beibehalten würde. Wenn die Voraussetzung für einen Rückzug fallengelassen werden sollte, so könnte das wohl am besten im Verlauf einer dreiseitigen (tripartite) Begegnung geschehen, auf der Souvanna eine solche Konzession benutzen könnte, um die andere Bedingung durchzusetzen, daß er an der Konferenz als laotischer Regierungschef teilnehmen würde. Übrig bliebe die Bedingung einer Feuereinstellung.

Wenn eine Feuereinstellung unter den gegebenen Umständen für Souvanna auch nicht unbedingt vorteilhaft wäre — wir denken dabei hauptsächlich an die T-28-Operationen — würde doch der Pathet Lao zweifellos darauf bestehen. In diesem Falle könnte Souvanna darauf drängen, daß die I.C.C. die Feuerpause wirksam überwacht. Das wieder könnte für eine spätere Periode von Wichtigkeit sein.

3) Beim Schreiben des Obigen denken wir daran, daß die polnischen Vorschläge (ein Wort unleserlich) praktisch zusammengebrochen sind und daß der Druck für eine Genfer (unleserliches Wort) Konferenz anhält und zweifellos durch die gegenwärtige, durch den Seeangriff der DRV ausgelöste Krise verstärkt werden wird. Eine Konferenz über Laos könnte für diesen allgemeinen Druck ein nützliches Sicherheitsventil darstellen und gleichzeitig von einer Eskalation der Feindseligkeiten an diesem Teil der „Front" abhalten. Wir würden darauf bestehen, daß sich die Konferenz auf Laos beschränkt und glauben auch, daß eine solche Beschränkung tatsächlich durchgesetzt werden könnte, gegebenenfalls indem wir uns aus dem Koferenzsaal zurückziehen, wenn irgendein anderes Thema zur Sprache gebracht wird, so wie wir es 1961—1962 gemacht haben. Diskussionen am Rande über andere Themen ließen sich wohl nicht vermeiden, doch sehen wir darin keine großen Schwierigkeiten; Gelegenheit zu informellen Korridorgesprächen mit dem Pathet Lao, der DRV und den chinesischen Kommunisten könnte im jetzigen Zeitpunkt nützlich sein.

4) Faßt man einen solchen Kurs ins Auge, so ist die erste und wichtigste Frage natürlich, ob Souvanna selbst bereit sein würde, seine Vorbedingung eines Rückzugs fallenzulassen und ob er sich in diesem Falle in Vientiane an der Macht halten könnte. Wir glauben zu wissen, daß die Antwort auf die erste Frage wahrscheinlich „ja" ist, sind uns aber viel weniger sicher, was die zweite Frage anbelangt. Wir ersuchen Vientiane um Stellungnahme hierzu. Wir ersuchen auch um die Ansichten anderer Adressaten, einschließlich der vermutlichen Reaktionen der Gastregierungen. Es ist wichtig, daß bei diesen Schätzungen der letzten Entwicklung Rechnung getragen wird, nämlich den militärischen Erfolgen der nichtkommunistischen Streitkräfte in Laos und der letzten Demonstration amerikanischer Entschlossenheit, der kommunistischen Aggression in Südostasien Widerstand zu leisten.

XIV

Kabel des Botschafters Maxwell D. Taylor in Saigon vom 9. August 1964 an Außenminister Rusk

(Kopien an die Botschaften in Vientiane, Bangkok, sowie das amerikanische Oberkommando im Pazifik.)

Aus unserer Sicht würden sich bei einer Verfolgung des im Ihrem Telegramm umrissenen Kurses eindeutige Nachteile ergeben.

1) In erster Linie würden die chinesischen Kommunisten in einem solchen Drang zum Konferenztisch eine Bestätigung dafür sehen, daß die amerikanische Vergeltung für die Zerstörer-Angriffe ein vorübergehendes Phänomen war und daß die feste Antwort der chinesischen Kommunisten in Form einer bindenden Zusage zur Verteidigung von Nordvietnam den USA „Papiertiger"-Bedenken aufgedrängt habe. Überdies würde ein großer Teil der nützlichen Wirkung, die sich anderweitig aus unserer kraftvollen Reaktion auf die Ereignisse im Golf von Tonkin ergeben hat, rasch wieder verpuffen.

2) In Vietnam würde ein plötzlicher Rückzieher von der früher von den USA nachdrücklich vertretenen Auffassung, daß ein Rückzug aus PDJ einer Laos-Konferenz vorausgehen müsse, eine möglicherweise verheerende Wirkung haben. Kampfgeist und Moral, insbesondere der Wille, die schwierige Befriedigungsarbeit vorwärtszutreiben und strenge Maßnahmen im Sinne von Khanhs neuem Notstandsgesetz zu ergreifen, würden unterminiert werden, weil man in einem solchen Vorgehen den Beweis dafür erblicken würde, daß die USA jede noch so geringfügige Verbesserung der nichtkommunistischen Position zum Anlaß nehmen würden, um sich aus Indochina auf dem Konferenzwege herauszulösen. Dadurch würde die wahrscheinlich pro-gaullistische Auffassung verstärkt werden, wonach GVN daran denken sollte, dem laotischen Beispiel zu folgen und eine Verhandlungslösung zu suchen, bevor der Vorteil einer zeitweise gestärkten antikommunistischen Position wieder zerrinnt.

3) Das allgemeine Gefühl der Enttäuschung, das sich in Vietnam aus einer Abschwächung unserer bisherigen festen Haltung gegenüber Laos ergeben würde, und zwar gerade nachdem wir den Kommunisten gegenüber so kraftvoll aufgetreten waren, würde zweifellos Khanhs persönliche Stellung aushöhlen und damit zu größerer politischer Instabilität und Putschplänen führen.

4) Man muß im Auge behalten, daß unsere Vergeltungsaktion im Golf von Tonkin praktisch einen isolierten Zwischenfall USA-DRV darstellt. Wenn auch, wie Botschafter Stevenson ausgeführt hat, ein Zusammenhang zwischen diesem Zwischenfall und dem größeren Problem der nordvietnamesischen Aggression durch Wühlarbeit in Vietnam und Laos besteht, so haben wir uns doch noch nicht — wiederhole, noch nicht — mit DRV hinsichtlich dieses größeren und viel komplizierteren Problems in kraftvoller Weise auseinandergesetzt. Stattdessen sind wir, sowohl in Vietnam wie in Laos, in stellvertretende Aktionen gegen stellvertretende Agenten der DRV verwickelt. Wenn wir, wie sowohl Khanh wie auch Souvanna es hoffen, die Folgen unseres jüngsten Zusammenstoßes mit DRV zu Ak-

tionen weiterentwickeln, die sich spezifisch gegen die Verletzungen der Abkommen von 1954 und 1962 durch die DRV richten, müssen wir es vermeiden, politische Verpflichtungen auf uns zu nehmen, die unsere Hände binden und unsere Aktionsfreiheit einschränken würden. So würde z. B. jede Bemühung, mit GVN zur gemeinsamen Planung von wirksamen Luftangriffen gegen das Infiltrationsnetz in der südlichen DRV und besonders im Pfannenstiel zu gelangen, vollkommen unterlaufen werden, wenn wir in eine Konferenz betreffend das in Frage kommende laotische Territorium verwickelt würden.

5) In ähnlicher Weise erscheint es uns, daß Souvannas Wille, an Vorbedingungen festzuhalten oder an substantiellen Verhandlungen, in direktem Verhältnis steht zu seiner Beurteilung der amerikanischen Bereitschaft, das Problem dort anzugreifen, wo es herkommt, nämlich in Nordvietnam selbst. Diese Tatsache ergibt sich recht deutlich aus seinem vor kurzem an Präsident Johnson gerichteten kurzen Schreiben. Überdies wäre es töricht anzunehmen, daß Khanh, der sich jetzt infolge unserer Aktion im Golf von Tonkin in einem Zustand verhältnismäßiger Euphorie befindet, irgend etwas anderes tun würde, als im tiefsten Keller zu versacken („slump into deepest funk"), wollten wir ihn dazu veranlassen, eine GVN-Delegation zur Konferenz zu entsenden. (Zwei Wörter unleserlich) daß er eher zurücktreten würde, als (zwei Wörter unleserlich) entsenden.

Der verstärkte Druck für die Einberufung einer Konferenz vom Genfer Typ, von dem in Ihrem Telegramm die Rede ist, scheint uns fast vollständig aus Kreisen zu kommen, die sich im Gegensatz zu den amerikanischen Zielen in Südostasien befinden (vielleicht mit Ausnahme Englands, das anscheinend bereit ist, dabei mitzumachen). Unter diesen Umständen sehen wir kaum Hoffnung, daß die Ergebnisse einer solchen Konferenz für die USA vorteilhaft sein könnten. Überdies scheinen die Aussichten, eine solche Konferenz nur auf das laotische Problem begrenzen zu können, im jetzigen Zeitpunkt geringer denn je zu sein. Selbst wenn im voraus abgemacht wäre, daß die Konferenz sich darauf beschränken sollte, sehen wir nicht ein, wie es in der Praxis möglich sein sollte, die Diskussion nur auf Laos zu begrenzen, falls andere darauf bestehen sollten, auch andere Dinge zur Sprache zu bringen. Soweit uns bekannt ist, haben wir uns auch nicht aus dem Konferenzsaal „zurückgezogen" als die DRV während der Konferenz von 1961—1962 versuchte, sachfremde Probleme aufs Tapet zu bringen. Stattdessen haben wir uns an den Vorsitzenden zur Geschäftsordnung gewandt und die DRV wurde dementsprechend abgewiesen. GVN würde nichts mehr fürchten, als die Aussicht informeller Korridorgespräche mit dem Pathet Lao, der DRV und den chinesischen Kommunisten und daraus mag sich wohl ein verstärkter Druck auf GVN ergeben, sich nach einer Verhandlungslösung umzusehen, um nicht von den USA vor ein „fait accompli" gestellt zu werden.

7) Anstatt nach einem „Sicherheitsventil" zu suchen, durch das der gegenwärtige „allgemeine Druck" in Südostasien gemindert werden könnte, scheint es uns, daß wir uns nach Mitteln umsehen sollten, um diesen Druck auf DRV abzuleiten; uns dünkt, daß es ein solches „Sicherheitsventil", soweit es benötigt wird (z. B. von den Sowjets), bereits in den laufenden Diskussionen im Sicherheitsrat der UN gibt. Wir sollten auch weiterhin in jeder Weise die Aufmerksamkeit auf die aggressiven Aktionen der Kommunisten als Wurzel aller Spannungen in Südostasien lenken und unsere jetzige Haltung versteifen. Letzten Endes wird sich diese Haltung als ein stärkeres Abschreckungsmittel erweisen, um PL/VM von weiterer Eskalation abzuhalten, als der Versuch, allein mit Bezug auf das Laos-Problem zu einer Verständigung zu gelangen.

Wenn dies auch nicht — wiederhole, nicht spezifisch — zum Bereich unserer Zuständigkeit gehört, möchten wir doch darauf hinweisen, daß PL/VM unserer Ansicht nach die Fähigkeit besitzt, jeder Zeit wenn sie wollen das von RLG infolge der Operation Triangle zurückeroberte Gebiet wieder zu besetzen, und daß daher der im Telegramm des State Department erwähnte „Gebietstausch" sich als in hohem Grade illusorisch erweisen mag. Überdies wäre jeder territoriale Handel, der eine permanente Beherrschung des Korridors durch PL/VM als ein für die USA akzeptables Arrangement bestätigen würde, für GVN völlig unannehmbar und würde als ein Beweis dafür angesehen werden, daß wir bereit seien, das Infiltrationsnetz an den Grenzen von GVN zu dulden. Eine solche Lage würde nach ihrer und unserer Auffassung jede Hoffnung auf eine erfolgreiche Befriedung des Territoriums der GVN zunichtemachen.

XV

Kabel der United States Mission in Saigon an das State Department

Datiert 18. August 1964

Dies ist eine Botschaft der U. S. Mission.

Bei der Vorbereitung unserer Antwort haben wir es einfacher gefunden, ein neues Papier vorzulegen, in dem das südvietnamesische Problem, so wie wir es ansehen, in zwei möglichen Formen dargelegt wird und dann eine jeweils entsprechende Handlungsweise vorzuschlagen.

Zugrunde liegt unserer Analyse die anscheinend im State Department Telegramm 439 vorgebrachte Annahme (die wir für richtig halten), daß das gegenwärtige Befriedungsprogramm im Lande für sich nicht genug ist, um die nationale Moral (Kampfgeist) aufrechtzuerhalten, oder eine vernünftige Hoffnung auf einen Enderfolg zu bieten. Etwas anderes muß in den kommenden Monaten hinzukommen.

Feststellung des Problems. — A) Der Kurs, den die amerikanische Politik in Südvietnam in den kommenden Monaten einschlagen sollte, kann durch die Angabe von vier Zielen zum Ausdruck gebracht werden. Das erste und wichtigste Ziel besteht darin, für die Regierung Khanh Zeit zu gewinnen, so daß sie eine gewisse Stabilität entwickeln und ihre Lebensfähigkeit irgendwie unter Beweis stellen kann. Da alle Handlungsweisen („courses of action"), die in dem vorliegenden Kabel ins Auge gefaßt werden, ein erhebliches Maß an Risiko für die USA mit sich bringen, sollten wir es uns gut überlegen, zu tief verwickelt zu werden, bevor wir uns der Qualität unseres Verbündeten besser bewußt geworden sind. Insbesondere sollten wir uns, soweit es sich vermeiden läßt, nicht militärisch mit Nordvietnam und möglicherweise mit Rotchina einlassen, wenn unsere Basis in Südvietnam unsicher ist und Khanhs Armee überall durch den Aufstand des Vietkong gebunden wird. Es liegt daher in unserem Interesse, genug Zeit zu gewinnen, nicht nur damit Khanh zeigen kann, daß er zu regieren versteht, sondern auch um Saigon von seiner derzeitigen Bedrohung durch den Vietkong zu befreien und dafür zu sorgen, daß genügend GVN Bodentruppen zur Verfügung stehen werden, um eine hinreichende Abwehr jeder Bodenreaktion der DRV zu gewährleisten, die infolge der Ausführung unseres Programms zustandekommen mag, und damit die eventuelle Notwendigkeit des Einsatzes einer größeren amerikanischen Bodenstreitmacht zu vermeiden. Ein zweites Ziel während dieser Periode ist die Aufrechterhaltung der Kampfmoral in Südvietnam, insbesondere innerhalb der Regierung Khanh. Das sollte nicht schwierig sein, soweit es die Regierung betrifft, wenn wir Khanh davon überzeugen können, daß wir bereit sind, weiteren Druck auf Hanoi auszuüben, sofern er seine Fähigkeit, seinen Teil zu tun, unter Beweis stellen kann. Drittens: während wir für Khanh Zeit gewinnen, müssen wir dazu imstande sein, die DRV in Schach zu halten und einen weiteren Ausbau der Vietkongstreitkräfte durch Infiltration aus dem Norden zu verhindern. Schließlich sollten wir während dieser ganzen Zeit eine Haltung größter Bereitschaft für eine entschiedene Eskalation des Druckes gegen Nordvietnam entwickeln, wobei der 1. Januar 1965 als geplanter „D-Day" dienen sollte. Dabei müssen wir jedoch immer im Auge behalten, daß die Entwicklung uns vielleicht zwingen könnte, „D-Day" auf ein erheblich früheres Datum vorzuverlegen.

(Anfang des Satzes unleserlich) müssen wir dann ein Aktionsprogramm entwickeln, durch das die obererwähnten vier Ziele verwirklicht werden können. Ein solches Programm würde aus drei Teilen bestehen: erstens, eine Reihe von Aktionen, die der Regierung Khanh gelten; zweitens, Aktionen, die gegen die Regierung in Hanoi gerichtet sind; drittens, nach einer Pause von einiger Dauer, Einleitung eines orchestrierten („orchestrated") Luftangriffs gegen Nordvietnam.

Bei unseren Besprechungen mit der Regierung Khanh sollten wir ihr gegenüber unsere Bereitschaft zum Ausdruck bringen, gemeinsam starken Druck auf Nordvietnam zu planen und schließlich zur Ausführung zu bringen, vorausgesetzt, daß gewisse Bedingun-

gen im voraus erfüllt sind. Bevor wir uns bereit erklären, radikal („all-out") gegen die DRV vorzugehen, muß Khanh zu allererst seine Regierung stabilisieren und Fortschritte bei der Säuberung des Hinterlandes aufweisen können. Insbesondere muß er die Anfangsstadien des Hop Tac Plans erfolgreich durchführen, so daß der Vietkong von den Toren Saigons vertrieben wird. Das gesamte Befriedungsprogramm, einschließlich Hop Tac, sollte genügend Fortschritte machen, damit wenigstens der Gegenwert von drei Divisionen zur Verteidigung im I. Korps zur Verfügung steht, falls die DRV ihre militärischen Operationen in diesem Gebiet verschärfen sollte.

Schließlich sollten wir zu einem grundlegenden Einverständnis mit Khanh und seiner Regierung hinsichtlich der Kriegsziele kommen. Wir müssen ihnen klarmachen, daß wir Aktionen gegen Nordvietnam nur zu dem Zweck unternehmen werden, die Sicherheit und Unabhängigkeit von Südvietnam innerhalb des ihm durch die Verträge von 1954 zugewiesenen Gebietes zu gewährleisten; daß wir nicht — wiederhole, nicht — an einem Kreuzzug zur Vereinigung des Nordens und Südens teilnehmen werden; und daß wir auch nicht — wiederhole, nicht — den Umsturz des Regimes in Hanoi anstreben, vorausgesetzt, daß es von seinen Bemühungen, den Süden durch subversive Kriegsführung zu erobern, abläßt.

Wenn über diese Punkte Einvernehmen erreicht ist, wären wir bereit, folgende Aktionen in Gang zu bringen:

1) Sofort 34 A wiederaufzunehmen (dabei wäre das Hauptgewicht auf Seeoperationen zu legen), ebenso die De Soto-Patrouillen. Diese könnten begonnen werden, ohne das Ergebnis der Besprechungen mit Khanh abzuwarten.

2) Die U2-Flüge über ganz Nordvietnam wieder aufzunehmen.

3) Luft- und Bodenangriffe in Laos gegen Infiltrationsziele zu unternehmen, sobald die gemeinsamen Pläne, die jetzt mit der Regierung Khanh ausgearbeitet werden, fertig sind. Diese Pläne müssen die Lage in Laos berücksichtigen. Wir meinen, daß Souvanna Phouma zu gegebener Zeit über die ganze Reichweite unserer Pläne unterrichtet werden sollte, und man darf wohl hoffen, daß er zu den Aktionen, die gegen die Infiltration durch Laos gerichtet sind, seine Zustimmung geben wird. Auf jeden Fall sollten wir stets danach trachten, im laotischen Korridor unsere Handlungsfreiheit zu bewahren.

Durch diese Aktionen wird Hanoi klargemacht werden, daß jetzt andere Regeln für unser Verhalten gegenüber der DRV gelten. Wir sollten der DRV vielleicht nachdrücklich zu verstehen geben, daß das Abschießen einer U-2 zu Repressalien führen würde. Wir sollten jetzt dafür sorgen, daß diese Flüge in der Öffentlichkeit gerechtfertigt werden und Pläne zur sofortigen Durchführung für den Fall bereit haben, daß ein Flugzeug abgeschossen wird. Man würde geneigt sein, in diesem Zeitpunkt vergeltende („tit-for-tat") Bombenoperationen für die vom Vietkong in Südvietnam angerichteten Verwüstungen in unsere Pläne aufzunehmen. Es muß jedoch damit gerechnet werden, daß die Einleitung von Luftangriffen aus SVN gegen NVN auf beiden Seiten zu neuen Arten von militärischen Aktionen führen wird, deren Ausgang sich nicht voraussagen läßt. Wir halten es daher im Rahmen der gegenwärtigen Planung nicht für wünschenswert, zu dieser Art von Repressalie zu greifen, sondern würden uns nur in Bereitschaft halten, das im Notfalle zu tun.

Bevor wir über diesen Punkt hinausgehen, sollten wir unsere militärischen Vorsichtsmaßnahmen erhöhen (soweit dies nicht schon geschehen ist) und zwar durch solche sichtbare Schritte wie die Verlegung (unleserliches Wort) von Hawk-Einheiten nach Danang und Saigon, Landung einer Marinestreitkraft in Danang zur Verteidigung des dortigen Flugplatzes und Verstärkung des Stützpunktes für das Oberkommando (MACV). Bis das geschehen ist — voraussichtlich im Spätherbst — müßte man die Leistungen Khanhs schon einigermaßen beurteilen können.

Angenommen, daß seine Leistungen zufriedenstellend sind und daß Hanoi es unterlassen hat, günstig zu reagieren, wird dann die Zeit gekommen sein, mit der Endphase des Aktionsprogramms A zu bringen, nämlich mit einem sorgfältig orchestrierten Bombenangriff auf NVN, der sich in erster Linie gegen die Infiltrationswege und andere militärische Ziele richtet. Irgendwann vorher mag es wünschenswert sein, mit Hanoi direkt in

Verbindung zu treten, wenn das nicht schon geschehen ist. Nachdem alle Vorbereitungen sowohl politischer wie auch militärischer Art getroffen sind, könnte dann das Bombardierungsprogramm beginnen, unter Einsatz von amerikanischen Erkundungsflugzeugen und südvietnamesischen bzw. Farmgate-Maschinen gegen solche Ziele, die trotz der Anwesenheit von MIGs sicher angegriffen werden können, sowie weiterer amerikanischer Kampfflugzeuge, soweit sie für die wirksame Ausführung des Bombardierungsprogramms notwendig sind.

Das Für und Wider beim Aktionsprogramm A.— Wenn es Erfolg hat, wird Aktionsprogramm A die Ziele, die eingangs als wesentlich für die Unterstützung der amerikanischen Politik in Südvietnam bezeichnet worden sind, verwirklichen. Es wird die Regierung Khanh veranlassen, ihre Hausarbeit in Sachen Befriedung zu erledigen und wird das Interesse an Abenteuern außerhalb des Landes beschränken. Es läßt hinreichend Zeit für sorgfältige Vorbereitungen, die schätzungsweise mehrere Monate in Anspruch nehmen werden, und tut gleichzeitig genug, um die Moral im Inneren aufrechtzuerhalten. Es enthält auch eine nachdrückliche Warnung an Hanoi und Peking, sich ihr weiteres Verhalten gut zu überlegen, bevor sie merken, daß sie zu weit gegangen sind.

Andererseits muß bemerkt werden, daß sich das Aktionsprogramm A weitgehend auf die Dauerhaftigkeit der Regierung Khanh verläßt. Es setzt voraus, daß die Gefahr eines plötzlichen Zusammenbruchs dieser Regierung oder ihrer Ablösung durch eine schwächere und unzuverlässigere Regierung nicht groß ist. Hinzukommt, daß das Programm, da es sich über längere Zeit erstreckt, der Gefahr internationalen politischen Druckes zur Aufnahme von Verhandlungen ausgesetzt ist, bevor Nordvietnam wirklich den ausgeübten Druck zu spüren bekommt.

Feststellung des Problems — B. Es mag wohl sein, daß das Problem der amerikanischen Politik in SVN sich dringender darstellt, als dem Obengesagten zu entnehmen ist. Es ist im gegenwärtigen Zeitpunkt noch keineswegs klar, ob sich die Regierung Khanh bis zum 1. Januar 1965 wird halten können, auch wenn die Anwendung des Aktionsprogramms A die Wirkung haben sollte, die Regierung zu festigen (Ende des Satzes unleserlich).

(Anfang des Satzes unleserlich) müßten wir das Problem wie folgt neu umreißen. Unser Ziel ist es, die möglichen Folgen eines Zusammenbruchs des nationalen Kampfgeistes zu vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, müßten wir die Kampagne gegen die DRV unverzüglich eröffnen und Hanoi so schnell wie möglich zwingen, daß es weitere Hilfeleistung für den Vietkong unterläßt und bei der Unterdrückung des Aufstandes mitwirkt.

Aktionsprogramm — B. Um dem Problem in dieser Fassung begegnen zu können, brauchen wir ein beschleunigtes Aktionsprogramm, das darauf abzielt, schnellere Ergebnisse zu erreichen, als unter dem Aktionsprogramm A. Ein beschleunigtes Programm dieser Art würde die folgenden Aktionen umfassen:

Wir müssen wieder Khanh über unsere Absichten informieren und dabei dieses Mal unsere Bereitschaft zum Ausdruck bringen, mit dem militärischen Druck auf Hanoi sofort zu beginnen, vorausgesetzt, daß er seine Pflicht tut, wie im Aktionsprogramm A. Unsere Aktion würde in diesem Falle jedoch nicht auf den Beweis solcher Leistung warten.

Auch hier mag es uns angelegen sein, mit Hanoi in der Sache direkt in Verbindung zu treten oder die Wirkung unserer militärischen Aktionen abzuwarten. Das Szenarium der nachfolgenden Ereignisse würde im Wesentlichen dasselbe sein, wie beim Programm A, doch würde bei der Ausführung nur auf die Fertigstellung der betreffenden Pläne gewartet werden, wobei fast ausschließlich amerikanische militärische Mittel zum Einsatz kommen.

Das Für und Wider des Aktionsprogramms B. Bei diesem Programm wird die Regierung Khanh praktisch um nichts gebeten, in erster Linie, weil davon ausgegangen wird, daß von ihr nur wenig zu erwarten ist. Es vermeidet also die Folgen eines plötzlichen Zusammenbruchs der Regierung Khanh und läßt die Strafmaßnahmen gegen Hanoi in kürzest möglicher Frist anlaufen. Auf diese Weise wird die Chance einer Unterbrechung des Programms durch eine international erhobene Forderung nach Verhandlungen vermindert, indem die internationalen Kritiker einem fait accompli gegenübergestellt werden.

Es erhöht jedoch andererseits die Wahrscheinlichkeit, daß die USA Bodentruppen einsetzen müssen, denn Khanh wird fast keine Bodentruppen zur Verfügung haben, die von den Befriedungsaufgaben abgezogen und zum beweglichen Widerstand gegen Angriffe der DRV verwendet werden könnten.

Schlußfolgerung: Man kommt zu dem Schluß, daß das Aktionsprogramm A besser verspricht, die Ziele der amerikanischen Politik in SVN in den kommenden Monaten zu erreichen. Wir müssen jedoch immer die Zerbrechlichkeit der Regierung Khanh im Auge behalten und bereit sein, schnell zum Aktionsprogramm B überzugehen, wenn es die Lage erfordern sollte. Auf jeden Fall müssen wir auf jede Art von militärischer Reaktion gefaßt sein, die von NVN oder den chinesischen Kommunisten eingeleitet werden mag.

Verschiedenes: Wie oben angegeben, glauben wir, daß die 34-A-Operationen sofort im Maximaltempo wieder aufgenommen werden sollten, jedoch weiterhin in verdeckter Form; gleichfalls sollten die De Soto-Patrouillen wieder vorstoßen, sich jedoch außerhalb der 12-Meilen-Grenze halten. Wir stimmen damit überein, daß eine Anzahl südvietnamesischer Piloten in der Zeit von jetzt an bis zum Beginn des neuen Jahres mit B-57-Flugzeugen ausgebildet werden sollten. Die Politik betreffend die Evakuierung amerikanischer Angehöriger sollte jetzt nicht abgeändert werden.

Empfehlung: Es wird empfohlen, daß die Regierung der USA das Aktionsprogramm A annimmt, dabei aber jederzeit bereit sein sollte, zum Programm B überzugehen.

XVI

Auszüge aus dem Memorandum „Empfohlene Aktionsprogramme Südostasien", das von den Vereinigten Stabschefs am 26. August 1964 Verteidigungsminister Robert S. McNamara unterbreitet wurde

3) Die Vereinigten Stabschefs haben sich Botschafter Taylors Feststellungen betreffend Ziele und Aktionsprogramme überlegt. In Anbetracht der jüngsten Ereignisse in SVN meinen sie jedoch, daß sein vorgeschlagenes Aktionsprogramm B der gegenwärtigen Lage besser entspricht und daß ein so beschleunigtes Programm von Aktionen gegen DRV unerläßlich ist, um einem vollständigen Zusammenbruch der amerikanischen Position in Südostasien vorzubeugen. Darüberhinaus stimmen sie nicht der Ansicht zu, daß wir es uns gut überlegen sollten, zu tief verwickelt zu werden, bis wir uns der Qualität unseres Verbündeten besser bewußt geworden seien. Die Vereinigten Staaten sind schon tief verwickelt. Die Vereinigten Stabschefs sind der Ansicht, daß nur durch bedeutend stärkeren militärischen Druck auf DRV die Erleichterung und der psychologische Auftrieb geschaffen werden können, die notwendig sind, um die erstrebte Stabilität und Lebensfähigkeit der Regierung zu gewährleisten.

4) Durch unsere militärischen Aktionen der letzten Zeit in Laos und gegen DRV ist unsere Entschlossenheit besser demonstriert worden als seit langem durch irgendeine andere Handlung. Diese Aktionen zeigten Stärke und Selbstbeschränkung. Wenn wir nicht ein Programm des militärischen Drucks wiederaufnehmen und aufrechterhalten, so könnte das falsch so ausgelegt werden, als seien uns Bedenken wegen der Operation „Pierce Arrow" und der Ereignisse, die dazu geführt haben, gekommen und als seien wir unschlüssig geworden. Die Vereinigten Stabschefs glauben daher, daß unser Programm bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung unserer Bereitschaft im Westlichen Pazifik diese nebeneinander herlaufenden Ziele haben sollte: (1) Verbesserungen in Südvietnam, wobei der Nachdruck auf dem Befriedungsprogramm und dem Hop Tac Plan zur Säuberung von Saigon und Umgebung liegen sollte; (2) Sperrung der verhältnismäßig unbehelligten Verbindungslinien des Vietkong in Laos durch Operationen im Pfannenstiel und der Verbindungslinien in Kambodscha durch strikte Kontrolle der Wasserwege, die von dort herführen; (3) Ausräumung der Vietkong-Schlupfwinkel im Grenzgebiet von Kambodscha und Vietnam durch „heiße Verfolgung" auf kambodschanisches Gebiet, wenn nötig; (4) verstärkter Druck auf Nordvietnam durch militärische Aktionen. Als Teil dieses Pro-

gramms für verstärkten Druck sollten die 34-A-Operationen und die De Soto-Patrouillen im Golf von Tonkin wiederaufgenommen werden, die erstgenannten in intensivierter, aber immer noch verdeckter Form.

5) Die Vereinigten Staatschefs glauben jedoch, daß höchstwahrscheinlich noch direktere und kraftvollere Aktionen als diese erforderlich sein werden. In Erwartung weiterer erfolgreicher Aktionen des Vietkong und Pathet Lao in RVN und Laos, und um den Druck auf DRV zu verstärken, sollte das amerikanische Programm auch eine rasche und gezielte Erwiderung auf solche Aktionen in der Form von Luftangriffen und anderen Operationen gegen geeignete militärische Ziele in der DRV umfassen.

6) Die Vereinigten Stabschefs sind sich dessen bewußt, daß es eine sehr schwierige Aufgabe ist, im voraus zu bestimmen, was eine angemessene Gegenoperation sein könnte. Wir sollten uns daher in Bereitschaft halten, eine ganze Reihe ausgewählter Gegenschläge durchzuführen, je nachdem, wie sich die Umstände entwickeln, und im Einklang mit den Prinzipien der Golf-von-Tonkin-Aktionen, wonach solche Gegenaktionen der DRV einen klaren militärischen Nachteil bringen sollen. Die Erwiderung muß also im Grad stärker sein als die Provokation und sich nicht unbedingt darauf beschränken, einen Gegenangriff gegen ein vergleichbares Ziel darzustellen. Luftangriffe zur Vergeltung könnten entweder von der VNAF allein [29]) ausgeführt werden; oder von der VNAF mit amerikanischem Geleitschutz gegen den möglichen Einsatz von MIGs; oder VNAF mit Unterstützung von amerikanischen Geleitflugzeugen in sowohl offensiver wie auch defensiver Rolle; oder aber rein amerikanisch. Die genaue Kombination sollte sich jeweils nach der angestrebten Wirkung und den verfügbaren Mitteln richten. Ziele zum Angriff aus der Luft oder durch andere Streitkräfte können den entsprechenden Plänen entnommen werden, darunter die aus 94 ausgewählten Zielen bestehende „Target Study for North Vietnam", die ihnen vor kurzem von den Vereinigten Stabschefs überreicht worden ist ...

XVII

Auszüge aus einem Memorandum „Aktionsplan für Südvietnam", das am 3. September 1964 von dem Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium John T. McNaughton aufgesetzt wurde

1) *Analyse der gegenwärtigen Lage.* Die Lage in Südvietnam verschlechtert sich. Noch bevor die Regierung in der vergangenen Woche im Durcheinander versank, war es mit dem Krieg in Südvietnam bergab gegangen; die Vietkong-Zwischenfälle wuchsen an Zahl und Intensität und die militärischen Aktionen wurden größer und erfolgreicher, so daß das Gebiet, das sich wirklich unter der Kontrolle der Regierung befand, immer mehr schrumpfte. Erfolgreiche Überfälle aus dem Hinterhalt hatten gezeigt, daß die Bevölkerung auch in Gegenden, die als befriedet galten, nicht gewillt ist, das Risiko einer Denunziation des Vietkong auf sich zu nehmen. Kriegsmüdigkeit war deutlich sichtbar. Die Krise von Ende August — besonders da die konkurrierenden Kräfte die Regierung weitgehend „gesichtslos" gelassen und ihrer Fähigkeit, das Befriedungsprogramm durchzuführen, Abbruch getan haben — verspricht zu weiterer und schnellerer Verschlechterung zu führen ... Es ist das Ziel der Vereinigten Staaten, diesen Abwärtstrend umzukehren. Wenn das nicht geht, müssen wir versuchen, aus dieser Situtation mit einem so guten Image wie möglich in den Augen der Amerikaner, unserer Verbündeten und des Feindes herauszukommen.

2) *Innerhalb von Südvietnam.* Wir müssen auf jeden Fall innerhalb von Südvietnam hart weiterarbeiten. Das bedeutet u. a. sofortige Aktion um:

(a) auf die gegenwärtig sichtbaren Führer Druck auszuüben, damit sie eine wirkliche Regierung in Gang bringen;

(b) zu verhindern, daß das Personal von oben bis unten ausgewechselt wird;

[29]) VNAF = Vietnamese Air Force = südvietnamesische Luftwaffe.

(c) dafür zu sorgen, daß die Zuständigkeiten für die Durchführung des Befriedungsprogramms klar sind;

Neue Initiativen könnten ergriffen werden um:

(d) einen amerikanischen Marinestützpunkt einzurichten, vielleicht in Danang;

(e) eine größere Anstrengung zu unternehmen, um eine Provinz in der Nähe von Saigon zu befrieden.

Eine getrennte Analyse wird unternommen, um den Vorschlag zu prüfen:

(f) daß die militärische Rolle der USA in dem Befriedungsprogramm innerhalb von Südvietnam erheblich erweitert werden solle, d. h. daß die bewaffneten Streitkräfte Südvietnams mit einer großen Anzahl von US-Spezialeinheiten („Special Forces"), Abteilungen regelrechter Kampftruppen, Luftwaffe usw. „gespickt" („interlard") werden sollten oder daß die Letzteren selbst Funktionen in gewissen geographischen Gebieten übernehmen sollten ...

3) Außerhalb der Grenzen von Südvietnam. Es besteht eine Chance, daß der absteigende Trend umgekehrt werden kann — oder daß eine neue Lage geschaffen werden kann, die neue Möglichkeiten bietet, oder wenigstens eine überzeugende Demonstration, daß ein Land, das eine Aggression gegen einen unserer Verbündeten begeht, damit große Kosten und Risiken auf sich bürdet — wenn das folgende Aktionsprogramm befolgt wird: Das Programm besteht aus Aktionen außerhalb der Grenzen von Südvietnam, zu dem Zweck, immer stärkeren Druck auf Nordvietnam auszuüben. Diese Aktionen müßten andererseits das Risiko möglichst gering halten, daß es zu einer Art von militärischer Aktion kommt, die in den Augen des amerikanischen Publikums schwierig zu rechtfertigen wäre. Auch muß soweit wie möglich die Option erhalten bleiben, daß es zu gar keiner militärischen Aktion der USA kommt ...

Aktionen. Neben einer Fortsetzung der schon laufenden „extra-territorialen" Aktionen (amerikanische Erkundungsflüge mit U-2-Maschinen über der DRV, amerikanische Erkundungsflüge mit Düsenmaschinen über Laos, T-28-Operationen in Laos) handelt es sich dabei um eine Orchestrierung von drei Arten von Aktionen, die alle so geplant sind, daß sie den folgenden fünf Anforderungen entsprechen: (1) sie sollten vom Standpunkt der USA, der GVN und hoffentlich auch unserer Verbündeten als unter den Umständen gerechtfertigt erscheinen, (2) sie sollten in der DRV Furcht erwecken oder besser noch eine schon bestehende Furcht vertiefen, (3) sie sollten mit Wahrscheinlichkeit dazu führen, daß an irgendeinem Punkt eine militärische Reaktion von Seiten der DRV provoziert wird, (4) die auf diese Weise provozierte Reaktion sollte uns mit Wahrscheinlichkeit eine gute Begründung liefern, um, wenn wir wollen, weiter zu eskalieren, und (5) die Wahl des Zeitpunkts und das Crescendo sollten unter unserer Kontrolle bleiben, samt der Möglichkeit, daß ganze Szenarium jederzeit abzudrehen ...

Gelegenheitsaktionen. Bei der Durchführung des obigen Aktionsprogramms sollten wir uns nach anderen DRV-Aktionen umsehen, die dazu angetan wären (unleserliche Wörter) zu rechtfertigen. Zu solchen DRV-Aktionen könnte die folgenden gehören:

(a) Abschießen von amerikanischen Erkundungs- oder Rettungsflugzeugen in Laos (wahrscheinlich durch Flak, unwahrscheinlich durch MIGs).

(6) MIG-Operationen in Laos oder Südvietnam (unwahrscheinlich).

(c) Verminung des Hafens von Saigon (unwahrscheinlich).

(d) Angriffe des Vietkong auf ein südvietnamesisches Öldepot, eine Eisenbahnbrücke u. dergl. (ein dramatischer Zwischenfall wäre erforderlich).

(e) Angriffe des Vietkong (z. B. mit Mörsern) auf, oder Besetzung von, Flugplätzen auf denen sich amerkanische Flugzeuge befinden (wahrscheinlich).

(f) Irgendein barbarischer Akt des Terrorismus, durch den die öffentliche Meinung Amerikas und der Welt stark aufgebracht würde (unwahrscheinlich) ...

6) *Chancen einer Lösung der Lage.* Im Verlauf des ganzen Szenariums sollten wir auf jede Chance einer Lösung der Lage aufpassen:

(a) Daß DRV veranlaßt werden kann, sich zurückzuziehen und Südvietnam befriedet werden kann.

(b) Daß ein erträglicher Vergleich ausgearbeitet werden kann, und zwar:

I. Ein ausdrücklicher Vergleich (z. B. auf dem Weg über eine Konferenz, bei der wir aus einer Position der Stärke verhandeln)

II. Ein stillschweigender Vergleich (z. B. im Wege einer stückweisen „Übereinkunft" der Vietnamesen, zu leben und leben zu lassen, oder eine de facto „Abschreibung" von Teilen Südvietnams, die nicht zu verteidigen sind, usw.)

(c) Wenn es zum Schlimmsten kommt und Südvietnam auseinanderfällt oder sein Benehmen abscheulich wird, daß wir es dann „desavouieren" können, wobei hoffentlich das Bild entsteht von „einem Patienten, der trotz der außerordentlichen Anstrengungen eines guten Arztes gestorben ist".

7) *Besondere Überlegungen während der nächsten zwei Monate.* Das bei unseren Aktionen angesprochene Publikum („audiences") sind einmal die Kommunisten (die starken Druck zu spüren bekommen müssen), zum anderen die Südvietnamesen (deren Moral stark gehoben werden muß), aber auch unsere Verbündeten (die uns als „Schutzmacht" ansehen müssen), sowie das amerikanische Volk (das uns bei dem Risiko, das wir mit dem Leben und Prestige von Amerikanern eingehen, seine Unterstützung angedeihen lassen muß). Während der nächsten zwei Monate müssen wir besonders vorsichtig handeln, da vor den Wahlen nicht genügend „Widerlegungszeit" (rebuttal time) gegeben ist, um bestimmte Aktionen, die vielleicht für die amerikanische Öffentlichkeit entstellt werden, rechtfertigen zu können, — wir müssen der DRV klarmachen, daß Initiativen ergriffen werden, der GVN, daß wir trotz der Zurückhaltung, die uns durch die politische Saison auferlegt wird, energisch auftreten, und dem amerikanischen Publikum, daß wir einen guten Zweck verfolgen und Selbstbeherrschung üben.

XVIII

Memorandum des Unterstaatssekretärs für fernöstliche Angelegenheiten im State Department, William P. Bundy, für Präsident Johnson

Datiert 8. September 1964

In dem vorliegenden Memorandum wird die übereinstimmende Auffassung, die in Besprechungen zwischen Botschafter Taylor und Außenminister Rusk, Verteidigungsminister McNamara und General Wheeler erreicht wurde, zur Überprüfung und Entscheidung durch den Präsidenten niedergelegt.

Die Lage

1) Khanh wird sich wahrscheinlich an der Macht halten und vielleicht in den nächsten zwei bis drei Monaten mit der Stärkung seiner Regierung (GVN) einigen Fortschritt machen. Das Beste, was wir erwarten können, ist, daß er und GVN imstande sein werden, die Ordnung aufrechtzuerhalten, das Befriedungsprogramm sachte im Gang zu halten (ohne dabei große Fortschritte zu machen) und sich den Anschein einer gültigen Regierung zu geben.

2) Khanh und die Führer des GVN sind zur Zeit zu sehr erschöpft, um viel an ein Vorgehen gegen den Norden denken zu können. Sie brauchen jedoch weiterhin die Versicherung, daß die USA es ernst meinen. Und wie Khanh weiterregiert, wird er wahrscheinlich mehr sichtbare amerikanische Anstrengung verlangen und auch eine gewisse Beteiligung des GVN an äußeren Aktionen.

3) GVN wird in den nächsten zwei bis drei Monaten zu schwach sein, als daß wir mit Vorbedacht ein größeres Risiko einer Eskalation auf uns nehmen könnten, bei der Südvietnam eine größere Rolle spielen müßte oder einer größeren Bedrohung ausgesetzt wäre. Jedoch würde eine Eskalation, die aus einer amerikanischen Aktion entsteht und gegen diese gerichtet ist, die GVN-Moral wenigstens zeitweise heben.

4) Die kommunistische Seite wird wahrscheinlich provokative Aktion gegen die USA vermeiden und es ist ungewiß, wie weit sie die Tätigkeit des Vietkong erhöhen wird. Es muß ihr gezeigt werden, daß wir und GVN nach dem Golf von Tonkin nicht einfach die Hände in den Schoß legen.

Aktionsprogramm

Wir empfehlen auf jeden Fall:

1) Die amerikanischen Marinepatrouillen im Golf von Tonkin sollten sofort (etwa am 12. September) wiederaufgenommen werden. Sie sollten sich anfangs außerhalb der 12-Meilen-Grenze halten und von den Marineoperationen 34-A klar getrennt sein. Die Patrouillen würden zwei bis drei Zerstörer umfassen und Luftschutz von Flugzeugträgern genießen; die Zerstörer würden selbst zur Abwehr von U-Booten ausgerüstet sein.

2) 34-A-Operationen durch GVN sollten danach sofort wieder aufgenommen werden (nächste Woche). Die Seeoperationen sind bei weitem am wichtigsten. Nordvietnam wird wahrscheinlich die öffentliche Aufmerksamkeit auf sie lenken und wir sollten jetzt GVN veranlassen, sie zuzugeben und sie zu rechtfertigen als Gegenwehr gegen die Vietkong-Infiltration von See her. 34-A-Fallschirm- und Flugblätter-Operationen sollten auch wieder aufgenommen werden, sind aber weniger wichtig. Wir sollten im gegenwärtigen Zeitpunkt keine Luftangriffe nach 34-A ins Auge fassen.

3) Begrenzte GVN Luft- und Bodenoperationen im Korridorgebiet von Laos sollten in naher Zukunft unternommen werden, zusammen mit laotischen Luftangriffen, sobald wir von Souvanna die Erlaubnis erhalten. Diese Operationen werden jedoch nur eine begrenzte Wirkung haben.

4) Wir sollten darauf vorbereitet sein, gegen DRV „tit-for-tat" Vergeltungsschläge auszuführen, falls irgendwelche amerkanischen Einheiten angegriffen werden oder irgendeine besondere DRV-Vietkong-Aktion gegen SVN stattfindet. Die Reaktion auf einen Angriff gegen US-Einheiten sollte dem Golf-von-Tonkin-Muster folgen und gegen spezifische und verwandte Ziele gerichtet sein. Eine besondere Aktion gegen SVN sollte gleichfalls durch Angriffe auf spezifische und vergleichbare Ziele beantwortet werden.

Die wichtigste weitere Frage ist, in welchem Ausmaß wir den obigen Aktionen Elemente beifügen sollten, durch die absichtlich eine DRV-Reaktion provoziert werden könnte, die uns dann Anlaß zur Vergeltung geben würde. Ein Beispiel in Frage kommender Aktionen wäre es, die amerikanischen Marinepatrouillen immer näher an die Küste von Nordvietnam heranzulassen und/oder sie mit 34-A-Operationen zu verbinden. Wir glauben, daß solche absichtlich provozierenden Elemente nicht in der nächsten Zukunft aufgenommen werden sollten, solange GVN noch versucht, wieder auf die Füße zu kommen. Es mag jedoch sein, daß wir Anfang Oktober solche Aktionen empfehlen, je nachdem welche Fortschritte GVN macht und wie die Kommunisten inzwischen reagieren, besonders auf die amerikanischen Marinepatrouillen.

Das Ziel der obigen Aktionen, außerhalb von Südvietnam, würde darin bestehen, der Moral in SVN zu helfen und den Kommunisten zu zeigen, daß wir es ernst meinen, gleichzeitig aber das Risiko möglichst gering zu halten und dafür zu sorgen, daß es in jedem Stadium unter unserer Kontrolle bleibt.

Weitere Aktionen innerhalb von Südvietnam sind in diesem Memorandum nicht enthalten. Wir glauben, daß es eine Anzahl von Aktionen mit rascher Wirkung gibt, die unternommen werden könnten, wie z. B. Gehaltserhöhungen für die Polizei und die zivilen Verwaltungsstellen, und Verbesserungsprojekte in den Städten und ausgewählten ländlichen Gegenden. Diese Aktionen würden im Rahmen der jetzigen Politik bleiben und werden im Laufe von Botschafter Taylors Besuch entscheidungsreif gemacht werden. Wir erwägen auch kleinere Änderungen in der amerikanischen Rolle in der Luft in Südvietnam, doch bräuchte darüber nicht vor November entschieden zu werden.

XIX

Memorandum, betreffend Johnsons Zustimmung zur Wiederaufnahme von Marineoperationen, von McGeorge Bundy, Berater des Präsidenten für Sicherheitsfragen, an Verteidigungsminister McNamara und Außenminister Rusk am 10. Sept. 1964

Der Präsident hat jetzt die Lage in Südvietnam mit Botschafter Taylor und anderen Beratern überprüft und hat die folgenden Aktionen gebilligt:

1) Die amerikanischen Marinepatrouillen im Golf von Tonkin werden unmittelbar nach der Rückkehr Botschafter Taylors wieder aufgenommen. Sie sollen sich anfangs ein gutes Stück jenseits der 12-Meilen-Grenze halten und von den maritimen Operationen 34-A klar getrennt sein. Die Patrouillen sollen zwei bis drei Zerstörer umfassen und Luftschutz von Flugzeugträgern beziehen; sie werden selbst zur Abwehr von U-Booten ausgerüstet sein.

2) 34-A-Operationen durch GVN sollen nach Beendigung einer ersten De Soto-Patrouille wiederaufgenommen werden. Die maritimen Operationen sind bei weitem am wichtigsten. Nordvietnam hat schon die öffentliche Aufmerksamkeit darauf gelenkt und wird es wahrscheinlich in noch größerem Maße tun, so daß wir jetzt GVN veranlassen sollten, sie zuzugeben und als Gegenwehr gegen die Infiltration des Vietkong von der See her zu rechtfertigen. 34-A-Fallschirm- und Flugblätteroperationen sollten auch wieder aufgenommen werden, sie sind aber nicht so wichtig. Wir sollten im gegenwärtigen Zeitpunkt keine Luftangriffe nach 34-A ins Auge fassen.

3) Wir sollten sofort mit der Regierung von Laos Pläne für begrenzte GVN Luft- und Bodenoperationen in die Korridorgebiete von Laos erörtern, in Verbindung mit laotischen Luftangriffen und möglicherweise unter Einsatz von bewaffneten amerikanischen Erkundungsflugzeugen. Auf Grund dieser Besprechungen wird eine Entscheidung über Aktionen getroffen werden, doch muß man sich darüber klar sein, daß diese Operationen auf jeden Fall nur eine begrenzte Wirkung haben werden.

4) Wir müssen darauf vorbereitet sein, in angemessener Weise gegen DRV vorzugehen, falls diese amerikanische Einheiten angreift oder eine besondere DRV-Vietkong-Aktion gegen SVN stattfindet.

5) Die Ergebnisse dieser Entscheidungen werden laufend überprüft werden und empfohlene Änderungen oder Zusätze werden sofort in Erwägung gezogen.

6) Der Präsident legt nochmals Nachdruck auf die Bedeutung wirtschaftlicher oder politischer Aktionen die eine rasche Wirkung in Südvietnam haben können, wie z. B. Gehaltserhöhungen für Beamte und Verbesserungsprojekte in den Städten und ausgewählten ländlichen Gegenden. Der Präsident betont wiederum, daß keine Tätigkeit dieser Art irgendwie durch das Gefühl, daß unsere Mittel für solche Zwecke beschränkt seien, verzögert werden darf. Wir können für alle wertvollen Projekte auf diesem Gebiet die nötigen Mittel flüssig machen. Er erwartet, daß Botschafter Taylor und das „Country Team" auf diesem Gebiet sehr rasch und energisch tätig werden.

7) Diese Entscheidungen gehen von der vorherrschenden Meinung aus, daß es jetzt am wichtigsten ist, etwas zu tun, um das Gefüge der Regierung von Südvietnam zu festigen; insoweit die Lage es erlaubt, sollte eine solche Aktion den größeren Entscheidungen vorausgehen. Wenn solche größere Entscheidungen zu irgendeiner Zeit durch eine Veränderung der Lage notwendig gemacht werden, so werden sie getroffen werden.

XX

Kabel des State Department und des Verteidigungsministeriums an die amerikanische Botschaft in Vientiane vom 6. Oktober 1964

Sie werden hiermit ermächtigt, RLG (königl.-laotische Regierung) dringend zu ersuchen, daß sobald wie möglich von der laotischen Luftwaffe mit Flugzeugen vom Typ T-28 Luft-

angriffe gegen die Infiltrationswege und Anlagen des Vietkong im Pfannenstiel von Laos unternommen werden. Diese Angriffe sollten über eine Periode von mehreren Wochen ausgedehnt werden und die Ziele sollten sich auf solche beschränken, die als geeignet für T-28-Angriffe angesehen werden und in Absatz 8 der Botschaft Nr. 581 aus Vientiane aufgeführt sind, mit Ausnahme des Mu Gia-Passes und solcher Ziele, welche die Laoten nicht ohne amerikanische Luftdeckung und Feuerunterstützung angreifen wollen, da hierüber noch nicht enschieden ist.

Sie sind weiterhin ermächtigt, Laos dahingehend zu informieren, daß schwere Luftangriffe durch YANKEE TEAM gegen gewisse schwierige Ziele im Pfannenstiel, in Verbindung mit weiteren T-28-Angriffen, zum Gesamtkonzept gehören und daß später mit ihnen gerechnet werden kann, daß jedoch die Ermächtigung zu solchen amerikanischen Angriffen im jetzigen Zeitpunkt nicht — wiederhole, nicht — erteilt wird.

Senden Sie sobald wie möglich den Zeitplan der Angriffe ein und melden Sie nach der Durchführung alle von den T-28 der RLG tatsächlich geflogenen Einsätze, unter Angabe der angegriffenen Ziele, der erzielten Ergebnisse und des vom Feind geleisteten Widerstands. Teilen Sie uns auch mit, welche Ziele, neben den schon in der Botschaft Nr. 581 aufgeführten, Ihrer Ansicht nach zu schwierig für RLG-Luftangriffe sein würden und schwere Angriffe durch amerikanische Flugzeuge erfordern würden.

Zur gefl. Kenntnisnahme: Die Ermächtigung für YANKEE TEAM-Angriffe auf Ziele an der Nationalstraße 7 ist bisher noch nicht erteilt worden. Da wir den Eindruck zu vermeiden suchen, daß wir den ersten Schritt zur Eskalation tun, neigen wir dazu, die Entscheidung über Angriffe auf die Straße 7 so lange aufzuschieben, bis wir starke Beweise dafür haben, daß Hanoi neue Angriffe in der PDJ vorbereitet, die sich zum Teil aus den Operationen der RLAF über dieser Straße ergeben könnten. Ende Z.g.K.

Sie können RLG jedoch informieren, daß amerikanische Flugzeuge weiterhin Erkundungsflüge über die Straße 7 ausführen werden, um über das Ausmaß des Gebrauchs dieser Straße durch den Pathet Lao auf dem Laufenden zu bleiben und Angriffsziele und Luftabwehrstellungen entlang dieser Straße zu identifizieren. Die Frage, ob eventuell Angriffe auf die Straße stattfinden sollen, wird zur Zeit in Washington geprüft.

Zur gefl. Kenntnisnahme: Für grenzüberschreitende Bodenoperationen liegt bisher keine — wiederhole, keine — Ermächtigung vor.

XXI

Teilentwurf einer Denkschrift von Unterstaatssekretär William Bundy zu Fragen der öffentlichen Meinungsbildung

Datiert 5. November 1964

1) Es kann jederzeit zu einem neuen Bien Hoa[30]) kommen. Durch diese Entwicklung könnte unsere Hand forciert werden, gleichzeitig aber bietet sie uns ein gutes Sprungbrett für eine Entscheidung zugunsten stärkerer Aktion. Der Präsident denkt offenbar daran, wie man die Begründung („rationale") unseres Handelns im Golf von Tonkin möglichst weitgehend ausnützen kann, entweder für eine Aktion, die große Festigkeit zeigt und uns Bedenkzeit gibt, bis die große Frage entschieden werden kann, oder als Grundlage für ein klares Aktionsprogramm mit weitgesteckten Optionen.

2) Der Kongreß muß vor einer größeren Aktion eingeschaltet werden, vielleicht nur im Wege einer einfachen Mitteilung, wenn wir einen Vergeltungsschlag für ein zweites Bien Hoa ausführen, aber doch wohl besser durch sorgfältige Rücksprache mit solchen wichtigen Führern wie Mansfield, Dirksen, dem Sprecher, Albert, Halleck, Fulbright, Hickenlooper, Morgan, Mrs. Bolton, Russell, Saltonstall, Rivers, (Vinson?), Arends, Ford usw. Er sollte wahrscheinlich mit einer solchen Konsultation warten, bis er sich klar für einen bestimmten Kurs entschlossen hat, womit wohl irgendwann nächste Woche zu rechnen ist.

[30]) Flugplatz bei Saigon, am 31. 10. 1964 von der FLN angegriffen.

Es fragt sich, ob man gleichzeitig andere Themen (Budget?) anschneiden sollte, um die Hitze zu mildern.

3) Wir brauchen wahrscheinlich keine weitere Ermächtigung durch den Kongreß, auch wenn wir uns für ein sehr scharfes Vorgehen entscheiden. Eine Sitzung dieses Rumpfkongresses könnte die Republikaner zu einer widerwärtigen („messy") Vorstellung veranlassen.

4) Wir stehen vor der Tatsache, daß die Infiltration nach den übereinstimmenden Berichten der Nachrichtendienste zugenommen hat, und Saigon drängt uns dazu, bis Ende dieser Woche oder Anfang nächster Woche damit herauszukommen. Es fragt sich, wie laut wir darüber reden wollen. Tatsächlich hat Grose die neue Schätzung schon Montag in der Times gebracht; allzu großes Aufsehen wird die Nachricht also wohl nicht mehr erregen. Diese Angelegenheit sollte womöglich heute noch entschieden werden... Ganz allgemein gesprochen, haben wir alle das Gefühl, daß sich das Problem, die Beteiligung der Nordvietnamesen nachzuweisen, weniger schwierig stellt als in der Vergangenheit; doch sollten wir den Jorden Report auf den neuesten Stand bringen lassen, so daß er zur geeigneten Stunde verwendet werden kann.

5) Eine Erklärung des Präsidenten, in der die Notwendigkeit des Handelns begründet wird, muß als vorrangig bezeichnet werden. Inzwischen wäre es wohl gut, wenn der Präsent ein paar recht laute Töne von sich geben würde („strong Presidential noise"), um das rechte Klima für Aktionen zu schaffen; das wäre auch auf jeden Fall wichtig, um etwaigen Befürchtungen von SVN entgegenzutreten, daß unsere Politik weicher geworden sei. Letzteres sollte womöglich noch heute entschieden werden.

6) Außenminister Rusk spricht heute mit Dobrynin. Um eine direktere Verbindung herzustellen, kann Seaborn angekurbelt werden („revved up"), so daß er am 15. hinauffährt, wenn wir das für richtig halten. Er geht sowieso nicht und wir könnten ihn wahrscheinlich zurückhalten, so daß das Fehlen einer Botschaft nicht an und für sich als ein Signal ausgelegt werden könnte.

7) Unsere internationalen Sondierungen scheinen folgendes Ergebnis gezeitigt zu haben:

a) Wir sollten wahrscheinlich England, Australien, Neuseeland und möglicherweise Thailand konsultieren, bevor wir eine Entscheidung treffen. Wir glauben auf feste moralische Unterstützung durch England rechnen zu können und auf eine wenigstens symbolische Beteiligung der anderen Länder.

b) SEATO sollte als Ganzes konsultiert werden, wenn es zu kräftiger Aktion kommt. Wir sollten die Philippinen ein oder zwei Tage vor einer solchen Aktion konsultieren, doch nicht notwendigerweise bevor wir unseren Entschluß gefaßt haben.

c) Der NATO-Rat sollte nach kubanischem Muster, d. h. gleichzeitig, benachrichtig werden, und zwar durch einen angesehenen Vertreter.

d) Aus negativen Gründen muß Frankreich wohl auch als „VIP" (sehr wichtige Persönlichkeit) behandelt werden.

e) Bei den Vereinten Nationen müssen wir mit einer sofortigen, nachdrücklichen Erklärung unserer Beweggründe zur Hand sein, die gleichzeitig abgegeben werden sollte, sei es, daß es sich um einen einzelnen Vergeltungsschlag oder den Beginn eines größer angelegten Aktionsprogramms handelt.

f) In der ganzen Welt sollten wir uns einigermaßen freundlich gesinnte Staatschefs für besondere Behandlung aussuchen und um ihre Sympathie und Unterstützung werben; auch sollten wir alle unsere Vertretungen mit der Begründung und Verteidigung unseres Handelns ausrüsten, gleichgültig, ob es sich um einen einzelnen Vergeltungsschlag oder eine größere Aktion handelt.

8) USIA [31]) muß spätestens Anfang nächster Woche in die Planung eingeschaltet werden, so daß es die richtige Art von Material für alle unsere Informationsmedien zur Hand hat und für alle Eventualitäten bereit ist. Dasselbe gilt (ein Wort unleserlich) für die C.I.A.-Kanäle.

[31]) Abkürzung von „United States Information Agency".

XXII

Zweitentwurf einer Denkschrift „Aktion für Südvietnam", verfaßt am 6. November 1964 von Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium McNaughton

1) Ziele der USA:

(a) Den Ruf der USA als Garant gegen Subversion zu schützen.

(b) Der Domino-Wirkung vorzubeugen, besonders in Südostasien.

(c) Das Gebiet von Südvietnam aus den Händen der Roten zu halten.

(d) Die Krise ohne untragbare Belastung durch die angewandten Methoden zu überwinden.

2) Gegenwärtige Lage:

Die Lage in Südvietnam verschlechtert sich. Wenn nicht neue Maßnahmen ergriffen werden, wird die neue Regierung wahrscheinlich unstabil und untüchtig sein und der VC wird wahrscheinlich seinen Einfluß auf die Bevölkerung und das Staatsgebiet weiter ausdehnen können. Es muß damit gerechnet werden, daß schon bald (sechs Monate? Zwei Jahre?) (a) Regierungsbeamte auf allen Ebenen ihr Verhalten dem Gedanken an eine schließliche Machtübernahme durch den VC anpassen werden; (b) erhebliche militärische Streitkräfte zum Gegner überlaufen werden; (c) ganze zusammenhängende Teile des Landes der GVN entzogen werden; (d) neutrale oder linksgerichtete Elemente Aufnahme in die Regierung finden werden; (e) es zu einem Volksfrontregime kommen wird, das die USA ausladen wird; (f) Südvietnam durch fundamentale Konzessionen an den VC und Abmachungen mit DRV hinter den Eisernen Vorhang gebracht wird.

3) Dringlichkeit:

Da „Bien Hoa" vorüber ist, braucht keine dringende Entscheidung betreffend militärische Aktion gegen DRV getroffen zu werden, doch sollte (a) eine solche Entscheidung wegen der allgemein verschlechterten Lage in Südvietnam bald gefällt werden, und (b) würde im Falle einer weiteren „spektakulären" Tat des VC oder der DRV eine Entscheidung (wenigstens hinsichtlich einer Repressalie) dringend geboten sein.

4) Innerhalb von Südvietnam:

Fortschritt innerhalb von SVN ist wichtig, aber auch unwahrscheinlich, trotz unserer besten Gedanken und Bemühungen (und Fortschritt, wenn überhaupt erzielt, wird mindestens mehrere Monate in Anspruch nehmen), Nichtsdestoweniger, und ohne Rücksicht auf andere mögliche Aktionen, sollten in Südvietnam große Anstrengungen unternommen werden um (a) die Regierung, ihr Beamtentum und die zivil-militärische Koordination und Planung zu stärken; (b) die Auseinandersetzungen zwischen den ethnischen, religiösen, städtischen Gruppen und zwischen Zivilisten und Militär durch die Annahme eines umfassenden und positiven Regierungsprogramms, das (mit amerikanischer Hilfe) die Unterstützung wichtiger Gruppen anstreben soll, zu dämpfen; und (c) das Befriedigungsprogramm auf dem Lande voranzutreiben.

5) Aktion gegen DRV:

Aktion gegen Nordvietnam stellt gewissermaßen einen Ersatz für die Stärkung der Regierung von Südvietnam dar. Das heißt, einem (auf Befehl der DRV) weniger aktiven VC kann eine weniger tüchtige GVN gegenübergestellt werden. Darum sollten wir starken Druck auf Nordvietnam erwägen.

6) Optionen, die uns zur Verfügung stehen:

Wir haben drei Optionen, die für uns offenstehen (alle sehen Repressalien in der DRV vor als Vergeltung für „spektakuläre" Taten des VC bzw. DRV gegen GVN oder amerianische Anlagen in Südvietnam).

Option A. Fortsetzung der gegenwärtigen Politik. Größtmögliche Hilfe in SVN sowie begrenzte äußere Aktionen in Laos und, in versteckter Form, GVN-Aktionen gegen Nordvietnam. Das Ziel jeder Vergeltungsaktion würde sein, große VC-Aktionen im Süden abzuschrecken und zu bestrafen, jedoch nicht in dem Maße, daß dadurch ein starker inter-

nationaler Druck für Verhandlungen hervorgerufen würde. Grundlegend bei dieser Option ist die weitere Ablehnung von Verhandlungen in der Hoffnung, daß die Lage sich bessern wird.

Option B. Schneller und voller Druck. Die gegenwärtige Politik, verstärkt durch ein systematisches Programm militärischen Drucks gegen den Norden, unter Einschluß der Möglichkeit von Verhandlungen zu irgendeinem Zeitpunkt, dabei Fortsetzung der Druck-Aktionen in ziemlich schnellem Tempo und ohne Unterbrechung, bis wir unsere gegenwärtigen Hauptziele erreicht haben.

Option C. Fortschreitende Abwechslung von Druck und Verhandlungen. Neben der gegenwärtigen Politik eine Orchestrierung der Verbindungen mit Hanoi und ein Crescendo von weiteren militärischen Angriffen auf Infiltrationsziele, erst in Laos, dann in der DRV, und schließlich auch auf andere Ziele in Nordvietnam. Das Szenarium soll so ausgebaut werden, daß wir jederzeit die Option haben, weiter vorzugehen oder nicht, zu eskalieren oder nicht, das Tempo zu beschleunigen oder nicht. Die betreffenden Entscheidungen müßten von Zeit zu Zeit unter Berücksichtigung aller einschlägigen Faktoren getroffen werden.

7) Analyse der Option A.
(Wird noch geliefert)

8) Analyse der Option B.
(Wird noch geliefert)

9) Analyse der Option C.

(a) Militärische Aktionen. Die gegenwärtige Politik sieht vor, neben Vergeltungsschlägen in DRV wegen DRV-Aktionen gegen die USA, (1) 34-A-Luft- und maritime Operationen, (2) De Soto-Patrouillen zu nachrichtendienstlichen Zwecken, (3) leichte südvietnamesische Bodenoperationen in Laos, falls möglich, und (4) T-28-Luftangriffe auf Ziele in Laos, die mit der Infiltration in Verbindung stehen. Zusätzliche Aktionen sollten sein:

Erste Phase (neben Repressalien in DRV wegen „spektakulärer" VC-Taten in Südvietnam): (5) amerikanische Luftangriffe auf Ziele in Laos, die mit der Infiltration in Verbindung stehen.

Zweite Phase (neben Repressalien in DRV wegen umfassender VC-Aktionen): (6) Niedrige Erkundungsflüge über dem südlichen Teil der DRV, (7) amerikanisch-südvietnamesische Luftangriffe auf Ziele in der südlichen DRV, die mit der Infiltration in Verbindung stehen.

Dritte Phase: Entweder nur mit den obigen Aktionen fortfahren, oder eine oder mehrere von den folgenden hinzufügen, bei rechtzeitigem Einsatz von US-Streitkräften: (8) Verminung von DRV-Häfen aus der Luft, (9) Seeblockade („Naval quarantine") der DRV, und (10) amerikanisch-südvietnamesische Luftangriffe, im „Crescendo", auf weitere Ziele, die auf der „Liste der 94 Angriffsziele" stehen.

Südvietnamesische Kräfte sollten bei jeder gegen DRV unternommenen Aktion eine Rolle spielen.

(b) Politische Aktionen. Es sollte sofort ein Kanal für zweiseitige Mitteilungen zwischen USA und DRV hergestellt werden. Das könnte entweder in Warschau geschehen oder durch Seaborn in Hanoi. Man sollte Hanoi klarmachen, daß wir weder Nordvietnam zu zerstören suchen, noch auch eine Kolonie oder eine Basis erwerben wollen, daß aber Nordvietnam folgende Bedingungen erfüllen muß:

(1) Damit aufhören, Mannschaften für die Kriegsführung in SVN und Laos auszubilden und dorthin zu entsenden.

(2) Damit aufhören, Waffen und Nachschub nach SVN und Laos zu schicken.

(3) Damit aufhören, militärische Aktionen in SVN und Laos zu leiten und zu kontrollieren.

(4) Dem VC und PL befehlen, daß sie ihren Aufstand und ihre militärischen Aktionen einstellen sollen.

(5) Die Vietminh-Streitkräfte und Kader aus SVN und Laos entfernen.

(6) Die propagandistischen Rundfunksendungen nach Südvietnam einstellen.

(7) Dafür sorgen, daß VC und PL Angriffe und Zwischenfälle in SVN und Laos einstellen.

(8) Dafür sorgen, daß VC und PL ihren Widerstand gegen die Streitkräfte der Regierung aufgeben.

(9) Dafür sorgen, daß VC und PL ihre Waffen und ihre Stützpunkte aufgeben.

(10) Dafür sorgen, daß VC und PL sich für eine Amnestie oder Auswanderung ergeben.

Hand in Hand mit diesen amerikanischen Forderungen sollte das Angebot gemacht werden, (1) daß ein Reis-Austauschgeschäft zwischen den beiden Hälften von Vietnam arrangiert werden soll und (2) daß die amerikanischen Streitkräfte aus Südvietnam abgezogen werden, so lange die Bedingungen erfüllt werden.

(c) Informations-Aktionen. Der Beginn militärischer Aktionen gegen DRV muß von einem überzeugenden öffentlichen Informationsprogramm in der ganzen Welt begleitet sein. (Das Informationsproblem wird leichter sein, wenn die erste amerikanische Aktion gegen DRV sich zeitlich und in ihrer Art auf eine vom VC oder DRV begangene „spektakuläre" Schandtat beziehen kann, am besten eine, die sich sowohl gegen SVN wie auch gegen amerikanische Anlagen richtet).

(d) Reaktionen des VC, der DRV, der chinesischen Kommunisten und der UdSSR. (Wird später ausführlich behandelt.) Die DRV und China werden wahrscheinlich nicht in Südvietnam, Laos oder Birma einfallen und es ist auch nicht wahrscheinlich, daß sie Luftangriffe auf diese Länder ausführen werden. Die UdSSR wird sich fast sicher auf politische Aktionen beschränken. Wenn DRV oder China losschlagen oder in Südvietnam einfallen, werden die amerikanischen Streikräfte stark genug sein, um mit dem Problem fertig zu werden.

(e) GVN-Reaktionen. Militärische Aktion gegen DRV könnte in Südvietnam eine ungünstige Wirkung haben weil (1) der VC vielleicht seine Tätigkeit verstärken würde, (2) die Südvietnamesen womöglich von Panik erfaßt werden, (3) Verbitterung darüber entstehen könnte, daß wir ihre „Brüder" angegriffen haben, und (4) die Leute vielleicht des Wartens auf Ergebnisse müde werden. Sollte Südvietnam vollkommen unter unseren Füßen auseinanderfallen, so sollten wir versuchen, es so lange zusammenzuhalten, bis wir versuchen können, unsere Streitkräfte abzuziehen und die Welt davon zu überzeugen, daß der Fall Südvietnam einmalig und von Natur aus unmöglich ist.

(f) Reaktionen unserer Verbündeten und der Neutralen (wird später ausführlich behandelt). (1) Auch wenn Option C mißlingen sollte, würde doch durch die Demonstration unserer Bereitschaft zu kämpfen das Vertrauen unserer Alliierten in die USA als Bündnispartner gestärkt werden. (2) Militärische Aktion der USA gegen DRV wird wahrscheinlich anderenorts in der Welt militärische Aktionen auslösen, wie z. B. Indonesien gegen Malaysia oder Timor, oder die Türkei gegen Zypern.

XXIII

Auszüge aus einem Vortrag von Botschafter Taylor über „Die gegenwärtige Lage in Südvietnam — November 1964", gehalten am 27. November 1964 in Washington vor den Leitern der „Arbeitsgruppe Südostasien"

Nach einem Jahr wechselhafter und untüchtiger Regierung ist das Programm zur Bekämpfung des Aufstandes im ganzen Lande festgefahren und es wird heroischer Anstrengungen bedürfen, um es wieder zum Leben zu erwecken. Sogar in der Gegend von Saigon, und trotz der Planung und besonderen Behandlung des Hop Tac-Plans, ist das Programm im Rückstand. Die nördlichen Provinzen von Südvietnam, die vor einem Jahr als fast frei vom Vietkong angesehen wurden, befinden sich jetzt in einer sehr schwierigen Lage. In der Gegend von Quang Ngai-Binh Dinh sind die Gewinne des Vietkong so ernst gewesen, daß wir wieder vor der Drohung stehen, daß das Land durch einen Vorstoß des Vietkong zur See in zwei Teile gespalten wird. Der Druck auf dieses Gebiet

wurde begleitet durch fortlaufende Sabotage der Eisenbahn und der Landstraße Nr. 1, wodurch die nördlichen Provinzen mit wirtschaftlicher Erdrosselung bedroht werden.

Diese Verschlechterung des Befriedungsprogramms ist erfolgt trotz der sehr schweren Verluste, die dem Vietkong fast täglich zugefügt wurden, und des Zuwachses an Kraft und beruflicher Tüchtigkeit bei den bewaffneten Streitkräften von Südvietnam. Nicht nur ist es den Vietkong gelungen, ihre Verluste wieder wettzumachen, sondern sie haben in der letzten Zeit auch drei neue oder neu erweiterte Taktiken demonstriert: die Beschießung wichtiger Ziele durch Mörser aus einem gewissen Abstand, wie bei dem Angriff auf den Flugplatz von Bien Hoa; die wirtschaftliche Abschnürung bestimmter Gebiete; und schließlich die verstärkte Infiltration von Militärpersonal der DRV aus dem Norden. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Verschlechterung stellt die Anwendung dieser neuen bzw. verbesserten Taktiken eine ernste Bedrohung des Befriedungsprogramms im allgemeinen und der Sicherheit wichtiger Anlagen und Einrichtungen im besonderen dar.

Vielleicht noch ernster als dieser Abwärtstrend in der Befriedungslage — nämlich seine Hauptursache — ist die anhaltende Schwäche der Zentralregierung. Obwohl die Regierung Huong eingesetzt wurde, nachdem sie getreulich und erfolgreich das von der Regierung Khanh zu ihrer eigenen Ablösung vorgezeichnete Programm durchgeführt hatte, erscheinen die Aussichten für ein langes Leben und eine tatkräftige Leistung des neuen Regimes nur gering. In der Tat, es ist in Anbetracht des in Saigon und anderswo im ganzen Lande herrschenden Cliquenwesens unmöglich, eine stabile und tüchtige Regierung unter irgendeinem Namen in absehbarer Zukunft vorauszusehen. Nichtsdestoweniger finden wir einigen Grund zu Ermutigung in dem Charakter und dem ernsten Bestreben von Premierminister Huong und seinem Kabinett und in der anscheinenden Absicht General Khanhs, die Armee wenigstens bis auf weiteres aus der Politik herauszuhalten. Während unsere Programme mühsam weiterhumpeln oder festgefahren sind, verspüren wir das steigende Gefühl von Kriegsmüdigkeit und Hoffnungslosigkeit, das sich in ganz Südvietnam breitmacht, vor allem in den städtischen Gebieten. Obwohl die Provinzen zumeist standhaft zu sein scheinen, herrscht dort zweifellos ebenso wie in den Städten chronische Entmutigung. Wenn die militärische Führung auch in der letzten Zeit nicht mehr mit viel Überzeugung von einem „Marsch nach Norden" geredet hat, sind doch sicher viele unter ihnen davon überzeugt, daß etwas Neues und Drastisches geschehen muß, um die gegenwärtige Entwicklung umzukehren und Anlaß zu der Hoffnung zu geben, daß der Aufstand in absehbarer Zeit beendet werden kann.

Die Ursachen der gegenwärtigen unbefriedigenden Lage zu finden, ist nicht schwierig. Sie rührt aus zwei Hauptursachen her, die beide schon oben erwähnt wurden, nämlich die anhaltende Untüchtigkeit der Zentralregierung und, auf der anderen Seite, die wachsende Stärke und Schlagkraft der Vietkong sowie ihre Fähigkeit, Verluste wieder zu ersetzen. Wenn es auch, angesichts der geschichtlichen Erfahrung von Südvietnam, nicht überraschend ist, daß diese Schwierigkeiten mit der Regierung bestehen, stellt doch diese chronische Schwäche eine kritische Belastung zukünftiger Pläne dar. Solange es keine wirksame Zentralregierung gibt, stellen die Anstrengungen der USA ein Rad dar, das sich im Leerlauf dreht, ohne der GVN-Maschinerie einen Anstoß übertragen zu können. Zwar macht sich die Schwäche der Regierung am meisten in Saigon bemerkbar, doch ist ist es zu einem gewissen Grad nicht anders in den Provinzen. Es ist außerordentlich schwierig, geeignete Provinzchefs und untergeordnetes Verwaltungspersonal zu finden, die imstande wären, die komplizierten Programme, die für eine erfolgreiche Befriedung erforderlich sind, durchzuführen. Wenn man sich allerdings die ungenügende Ausbildung der Provinzchefs und ihrer Beamten ansieht, muß man sich eher über die Ergebnisse, die sie erzielt haben, wundern, doch reichen diese Ergebnisse leider im allgemeinen nicht aus für die komplizierten Aufgaben, die zu lösen sind, oder für den Zeitplan, den wir festlegen möchten.

Wie die vergangene Geschichte dieses Landes zeigt, scheint etwas im Volkscharakter zu liegen, was die Cliquenbildung begünstigt und die Entwicklung eines echt nationalen Geistes hemmt. Ob diese Tendenz angeboren ist oder die Folge des Zustandes politischer Unterdrückung, in dem die verschiedenen Generationen nacheinander gelebt haben, läßt

sich schwer feststellen. Es ist aber eine unausweichliche Tatsache, daß es in diesem Volk keine Tendenz zur Zusammenarbeit („team play") gibt und auch, daß unter vielen der Führer und politischen Gruppen in Südvietnam keine gegenseitige Loyalität zu finden ist. Mit der Zeit werden sicher viele dieser (unleserliches Wort) eine Wendung zum Besseren nehmen, aber wir stehen leider unter Zeitdruck und können unglücklicherweise keine kurzfristige Lösung für die Schaffung einer stabilen und gesunden Regierung sehen. Die Fähigkeit der Vietkong, ihre Einheiten immer wieder neu aufzubauen und ihre Verluste wettzumachen, ist eines der Rätsel dieses Guerillakrieges. Wir kennen gewiß die Rekrutierungsmethoden, durch die junge Leute in den Ortschaften veranlaßt oder gezwungen werden, sich dem Vietkong anzuschließen und wir haben im allgemeinen einen Überblick über die Anzahl an Mannschaften, die von außen eingeschleust werden. Doch auch wenn wir beide diese Quellen berücksichtigen, finden wir noch immer keine plausible Erklärung für die anhaltende Stärke der Vietkong, wenn unsere Angaben über deren Verluste auch nur annähernd korrekt sind. Nicht nur besitzen die Vietkong die Selbsterneuerungskraft eines Phönix, sondern sie haben auch eine erstaunliche Fähigkeit, die Kampfmoral aufrechtzuerhalten. Nur in seltenen Fällen haben wir Anzeichen schlechter Moral bei gefangenen Vietkong feststellen können oder solche aus beschlagnahmten Vietkong-Dokumenten ersehen können.

Zweifellos ein Grund für die wachsende Stärke des Vietkong ist das wachsende Maß an Leitung und Unterstützung ihrer Kampagne durch die Regierung von Nordvietnam. Diese Leitung und Unterstützung manifestieren sich in einem endlosen Strom von Rundfunk-Befehlen und Instruktionen sowie in der ständigen Entsendung von ausgebildeten Kadern und militärischer Ausrüstung nach Südvietnam, wobei Infiltrationsrouten zu Lande und zu Wasser benutzt werden. Wenn auch insgesamt dieser Beitrag zu der Guerillakampagne im Laufe der Jahre eine ernste Belastung für die Mittel der DRV darstellen muß, gibt es doch keine Anzeichen dafür, daß diese Regierung ihre Unterstützung der Vietkong verringern würde. Tatsächlich deutet alles darauf hin, daß der Beitrag im vergangenen Jahr noch größer war, was an sich eine verständliche Entwicklung ist, denn es war zu erwarten, daß DRV sich sehr anstrengen würde, um die offensichtliche innere Schwäche im Süden auszunutzen.

Wenn wir in Südvietnam ein Spiel spielen, das verloren zu gehen droht — und die Anzeichen deuten darauf hin —, ist es höchste Zeit, daß wir uns ändern und uns etwas Besseres einfallen lassen. Um eine Veränderung der Lage herbeizuführen, das ist ganz klar, müssen wir drei Dinge tun: erstens, eine geeignete Regierung in SVN schaffen; zweitens die Kampagne zur Bekämpfung des Aufstandes verbessern; und schließlich, DRV überreden oder zwingen, daß sie ihre Hilfeleistung an die Vietkong einstellt und ihren Einfluß dazu benutzt, die Vietkong von ihren Bemühungen zum Umsturz der Regierung von Südvietnam abzuhalten ...

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, militärischen Druck auf Nordvietnam auszuüben. Am Fuße der Eskalationsleiter haben wir die Einleitung intensivierter versteckter Operationen, Anti-Infiltrationsangriffe in Laos und Vergeltungsangriffe mit Bomben, wie sie oben als Mittel zur Hebung der Moral der Südvietnamesen erwähnt wurden. Von diesem Stand der Operationen könnten wir fortschreitend eskalieren, indem wir geeignete Ziele in Nordvietnam angreifen. Wenn wir unsere Aktion hauptsächlich mit der Notwendigkeit begründen, die Infiltration zu reduzieren, wäre es natürlich, solche Angriffe auf Ziele zu richten, die mit dieser Infiltration in Verbindung stehen, wie z. B. Aufmarschgebiete, Übungsplätze, Meldezentralen usw. Tempo und Gewicht dieser Angriffe könnten je nach der gewünschten Wirkung verschieden sein. Letzten Endes könnte diese Art von Angriff bis zur Zerstörung aller festen Ziele in Nordvietnam und zur Unterbrechung aller Kommunikationsmittel gehen.

... Wir erreichen den Punkt, an dem eine Entscheidung darüber getroffen werden muß, welches Aktionsprogramm wir unternehmen sollten, um den Wind, der uns jetzt ins Gesicht bläst, umzudrehen. Es erscheint vollkommen klar, daß wir äußerste Anstrengungen unternehmen müssen, um etwas aus der gegenwärtigen Regierung Huong oder einer Nachfolgerin zu machen. Während wir das tun, müssen wir auch ständig daran denken, was wir tun würden, wenn unsere Anstrengungen erfolglos bleiben und die Regierung

zusammenbrechen sollte. Gleichzeitig sollten wir bei dem gegenwärtig verfolgten Programm auf dem Lande bleiben und es je nach den jeweiligen Fähigkeiten der Regierung zu intensivieren suchen. Um die Moral im Lande zu heben und die Vietkong während dieser Periode zurückzuhalten, sollten wir die 34-A-Operationen verstärken, im laotischen Korridor Bombenangriffe und bewaffnete Erkundungsflüge ausführen und je nach Bedarf Vergeltungsschläge mit Bomben unternehmen. Es wird wichtig sein, daß amerikanische Streitkräfte an den Operationen in Laos teilnehmen, um den Südvietnamesen unsere Bereitschaft zu zeigen, das Risiko von Angriffen auf den Norden mit ihnen zu teilen.

Wenn dieses Aktionsprogramm unzureichend ist und die Regierung fällt, dann müssen wir eben wieder von vorne anfangen oder etwas Neues versuchen. Im gegenwärtigen Zeitpunkt wäre es verfrüht zu sagen, was das genau für Maßnahmen sein sollten. Auf jeden Fall sollten wir darauf vorbereitet sein, im Notfalle militärisch gegen den Norden vorzugehen, sei es auch nur, um einen drohenden Zusammenbruch der Lage zu verhindern.

Wenn die Regierung sich jedoch andererseits, wie wir es hoffen, halten und durchsetzen kann, dann sollten wir darauf vorbereitet sein, ein methodisches Programm gesteigerter Luftangriffe in die Wege zu leiten, um unsere Ziele ständigen Druckes auf DRV zu erreichen und gleichzeitig alles in unserer Macht Stehende zu tun, damit das Befriedungsprogramm im Lande besser vorwärtskommt. Wir werden die Initiativen zu Verhandlungen Hanoi überlassen. Während dieser ganzen Zeit müssen wir im Westlichen Pazifik auf der Hut sein, bereit, jeder Reaktion von Seiten der DRV oder Rotchinas entgegenzutreten. Im Anhang I sind Vorschläge für die Entwicklung enthalten, die wir in Gang bringen könnten ...

XXIV

Memorandum von Vizeadmiral Lloyd M. Mustin vom Stabe der Vereinigten Stabschefs an Unterstaatssekretär Bundy als Vorsitzenden der „Arbeitsgruppe Südostasien"

Datiert 14. November 1964

Bezugnahmen: a) Ihr Momerandum vom 13. November 1964 an die Arbeitsgruppe des NSC [32]).

b) JCSM [33]) 902—64 vom 27. Oktober 1964

c) JCSM 933—64 vom 4. November 1964

d) JCSM 955—64 vom 14. November 1964

1) Bezugnahme a) ersucht um die Stellungnahme der Vereinigten Stabschefs, wobei Option „B" als die vorgezogene Alternative hingestellt wird, während gegebenenfalls auf Option „C" zurückgegriffen werden könnte. Wegen der Art und Weise, wie die formelle Stellungnahme der Stabschefs hierzu zustandegekommen und zum Ausdruck gebracht worden ist, erfordert die Frage eine gewisses Maß an Interpretation.

2) Bezugnahme b) stellt die jüngste Empfehlung der Vereinigten Stabschefs für ein Aktionsprogramm betreffend Südvietnam dar, wobei von einem „kaltblütigen" Vorgehen ausgegangen wird. In verschiedenen JCS-Papieren, von denen das jüngste vom 22. Oktober 1964 datiert ist, sind die entsprechenden Empfehlungen bezüglich Laos niedergelegt worden. In Bezugnahme b) heißt es spezifisch, daß gewisse darin aufgeführte Aktionen jetzt beginnen sollen und der Rest durchgeführt werden soll „wie es jeweils erforderlich ist, um die amerikanischen Ziele in Südostasien zu erreichen".

[32]) NSC = National Security Council = Nationaler Sicherheitsrat.
[33]) JCSM = Joint Chiefs of Staff memorandum = Memorandum der Vereinigten Stabschefs.

3) In Bezugnahme d) sind die jüngsten JCS-Empfehlungen für „heißblütige" Vergeltungsschläge niedergelegt und Bezugnahme d) enthält eine Analyse der voraussichtlichen Reaktion auf diese Schläge durch DRV und Rotchina, sowie der wahrscheinlichen Ergebnisse. Die vorgeschlagenen Aktionen sind im wesentlichen die gleichen wie in Bezugnahme c), mit dem Unterschied, daß die „heißblütigen" Aktionen bei einem erheblich höheren Grad militärischer Aktivität eingeleitet werden sollen.

4) Nur in dem Sinne, daß die jeweils in diesen Dokumenten enthaltenen Aktionsprogramme in der kürzest möglichen Zeit, die mit der richtigen Durchführung militärischer Operation vereinbar ist, vollendet werden können, entsprechen sie der Option „B", so wie sie für die Zwecke der NSC Arbeitsgruppe definiert worden ist. Der Unterschied liegt darin, daß die Vereinigten Stabschefs zwar die Mittel zur Durchsetzung von Option „B", wie definiert, bereitstellen können, daß sie jedoch nicht ausdrücklich empfohlen haben, daß die Operationen auf einer unebedingt so starren (inflexible) Grundlage durchgeführt werden sollten. Tatsächlich wird bei allen Plänen zur Durchführung ausdrücklich eine kontrollierte Phase eingeschaltet, die eine Einstellung der Operationen erlauben würde, wann immer das von der Staatsführung gewünscht werden sollte.

5) Ich glaube, daß mein Entwurf zu Teil IV eine vernünftige Anwendung der JSC-Empfehlungen auf die Option „B", so wie sie für die Studie definiert ist, darstellt, doch bedeutet das nicht, daß die Vereinigten Staatschefs Option „B', so wie sie in der Studie definiert ist, empfohlen haben.

6) Es gibt in einem schon fortgeschrittenen Zustand der Fertigstellung eine JCS-Empfehlung für den eventuellen Rückgriff auf ein Aktionsprogramm, das, bei möglicherweise weiteren Abänderungen durch die Vereinigten Stabschefs, im wesentlichen die gleichen militärischen Aktionen vorsieht, wie sie in meinem Zusatzentwurf zum Teil VII enthalten sind. Es handelt sich dabei um die gleichen militärischen Aktionen wie oben, jedoch mit der Maßgabe, daß damit nicht sofort begonnen zu werden braucht, und mit größerem Nachdruck auf einer Ausdehnung der Gesamtzeit für die Durchführung der ganzen Liste. Daraus ergeben sich eine Reihe von willkürlichen Aufschüben, die zusätzlichen Zeitgewinn für mögliche diplomatische Kontakte bieten würden.

7) Wegen der damit verbundenen Verzögerungen handelt es sich dabei spezifisch um die Rückgriffsposition der JSC.

8) Zur gefl. Kenntnisnahme, die Analyse von Bezugnahme d) kommt zu dem bestimmten Schluß, daß die USA und ihre Verbündeten mit jedem Aktionsprogramm fertigwerden können, zu dem sich DRV und Rotchina unter Umständen entschließen könnten. Bemerken Sie, daß diese Schlußfolgerung im Zusammenhang mit dem intensivsten aller von den JCS entwickelten Aktionsprogramme erreicht worden ist. Darin drückt sich eine weniger pessimistische Position aus, als früher in einigen Projektentwürfen zum Ausdruck kam.

9) Schließlich sei hier ein allgemeiner Kommentar des JSC-Mitglieds in der Arbeitsgruppe wiedergegeben: Wir sind uns sehr wohl dessen bewußt, daß jede durchgreifende militärische Aktion, die von den Vereinigten Staaten angewendet werden könnte, in verschiedenen Kreisen ein Riesengeschrei (Hue and cry) auslösen wird. Der Einfluß, den diese Art von „Druck" auf die USA bei der Verteidigung ihrer nationalen Interessen ausübt, wird nicht größer sein, als wir es zulassen. In verschiedenen Entwürfen von Projekten kommt immer wieder die Ansicht zum Ausdruck, daß dieser Einfluß unbedingt groß sein müßte. Damit sind wir nicht einverstanden. Es gibt in unserer Zeit zu viele Beispiele von Ländern, deren Handlungen durch das bestimmt werden, was sie vermutlich als ihr (ein Wort unleserlich) ureigenes Interesse ansehen, ohne Rücksicht auf die „Weltmeinung", als daß wir uns der Ansicht anschließen könnten, daß die USA ihre Angelegenheiten jedes Mal auf der Grundlage eines Weltwettbewerbs der Popularität wahrnehmen sollten. Kurz gesagt, wir glauben daß gewisse starke Aktionen unsererseits in Südostasien erforderlich sind, daß wir sie ohne Rücksicht auf das, was man in gewissen anderen Kreisen darüber denkt, unternehmen müssen und daß, wenn wir sie nicht unternehmen würden, das Resultat für die USA erheblich ernster sein würde, als irgendeine Auswirkung der Weltmeinung, wenn wir sie unternehmen. Im übrigen glauben

wir nicht, daß, wenn wir die notwendigen Maßnahmen ergreifen, der entgegengesetzte Druck aus anderen Ländern wirklich sehr ernst sein würde — jedenfalls nicht von Ländern, die für uns etwas bedeuten.

XXV

Endgültiger Entwurf einer formellen Stellungnahme der „Arbeitsgruppe Südostasien", wie er am 29. November 1964 den leitenden Beamten überreicht wurde

I. Konzept

A. Die amerikanischen Ziele in Südvietnam (SVN) bleiben unverändert. Sie gehen darauf hinaus:

1) Hanoi und Nordvietnam (DRV) dazu zu bringen, daß sie ihre Leitung und Unterstützung in Südvietnam aufgeben und, soweit wie möglich, die Mitarbeit der DRV bei der Beendigung der Vietkong (VC) Operationen in SVN zu erreichen.

2) Ein unabhängiges und sicheres Südvietnam wiederherzustellen, mit angemessenen internationalen Garantien, darunter die Freiheit, amerikanische und andere äußere Hilfe nach Bedarf entgegenzunehmen.

3) Die Sicherheit anderer nicht-kommunistischer Länder in Südostasien aufrechtzuerhalten, insbesondere durch die Einhaltung der Genfer Abkommen über Laos aus dem Jahre 1962.

B. wir werden weiterhin in jeder möglichen Weise auf die Regierung von Südvietnam (GVN) Druck ausüben, damit sie wirksamer regiert und das Befriedungsprogramm vorantreibt.

C. Wir werden sofort mit den Regierungen von Südvietnam und Laos ein entschlossenes Aktionsprogramm einleiten, das gegen DRV-Tätigkeit in beiden Ländern gerichtet ist, darauf abzielt GVN-Moral zu heben und für Hanoi Kosten und Anstrengungen zu erhöhen, dabei gleichzeitig aber zu erkennen gibt, daß noch größerer Druck in Zukunft bevorsteht. Die erste Aktionsphase im Rahmen dieses Programms (vgl. Anlage D), innerhalb der nächsten 30 Tage, wird aus intensivierten Aktionen von der Art, wie sie schon im Gange sind, bestehen, dazu (1) bewaffnete amerikanische Erkundungsflüge in Laos und (2) GVN und vielleicht auch amerikanische Luftangriffe auf DRV als Vergeltung für jede größere oder spektakuläre Vietkong-Aktion im Süden, ob sie gegen amerikanische Anlagen und Personal gerichtet sei oder nicht.

D. Nach Ablauf der Periode von 30 Tagen können die Aktionen der ersten Phase entweder unverändert weitergehen oder zusätzliche militärische Maßnahmen können ergriffen werden, darunter die Evakuierung von Angehörigen und die mögliche Einleitung von Angriffen ein kurzes Stück über die Grenze hinweg gegen die Infiltrationswege aus der DRV. Im letzteren Falle würde das eine Übergangsphase werden. (Man muß darauf vorbereitet sein, den Zustrom von Angehörigen nach SVN in dem Zeitpunkt (unleserliches Wort) zu stoppen, in dem wir Luftangriffe von größerem Ausmaß unternehmen.

E. Danach, wenn GVN seine Wirksamkeit in annehmbarem Grad verbessert und Hanoi nicht unter annehmbaren Bedingungen nachgibt, oder wenn GVN nur durch stärkere Aktionen am Leben erhalten werden kann, sind die USA bereit, zu einem Zeitpunkt, der noch festgelegt werden muß, mit einer zweiten Programmphase zur Unterstützung von GVN und RLG zu beginnen, in der steigender militärischer Druck sich systematisch gegen DRV richtet. Ein solches Programm würde hauptsächlich aus immer heftiger werdenden Luftangriffen bestehen, deren Tempo und Gewicht der Situation angepaßt werden müßte, wie sie sich entwickelt (möglicherweise über eine Periode von 2 bis 6 Monaten). Die Angriffsziele in der DRV würden mit den Infiltrationszielen südlich der 19. Parallele beginnen und dann allmählich auf Ziele nördlich davon übergehen. Das könnte schließlich zu Maßnahmen führen wie Luftangriffen auf alle Ziele, die von militärischer Bedeu-

tung sind, Verminung der DRV-Häfen aus der Luft und eine amerikanische Seeblockade der DRV. Die ganze Reihenfolge der militärischen Aktionen soll so angelegt werden, daß sie den Eindruck eines beständigen, vorbedachten Unterfangens vermittelt, gleichzeitig aber den USA zu jeder Zeit die Option beläßt (soweit es die Reaktion des Feindes erlaubt), weiterzumachen oder nicht, zu eskalieren oder nicht, das Tempo zu beschleunigen oder nicht. Dabei würden die USA laufend auf jedes Zeichen des Einlenkens durch Hanoi achten und bereit sein, Verhandlungslösungen zu prüfen, durch die unsere Ziele in annehmbarer Weise verwirklicht werden können. Die USA würden danach streben, die Verhandlungen unter ihre Kontrolle zu bekommen und würden sich allen Versuchen der Südvietnamesen, unabhängig zu verhandeln, widersetzen.

(Unleserliche Überschrift)

A. Eine Erklärung des Weißen Hauses wird nach der Begegnung mit Botschafter Taylor herausgegeben werden; Text in Anlage B, beigefügt.

B. Botschafter Taylor wird sich sofort nach seiner Rückkehr mit GVN beraten und dabei die Lage im allgemeinen darlegen (im Einklang mit dem Entwurf seiner Instruktionen) gemäß Anlage B, beigefügt. Er soll dabei weiter auf die Annahme spezifischer Maßnahmen gemäß Zusatz zum Anhang B drängen.

C. Zum frühestmöglichen Zeitpunkt werden wir die Beweise verstärkter DRV-Infiltration öffentlich bekanntgeben. Diese Aktion wird von Mr. Chester Cooper koordiniert werden, damit eine Garantie dafür gegeben ist, daß die Beweise stichhaltig sind und daß die höheren Regierungsbeamten, die zu dem Thema früher ausgesagt haben, imstande sind, die Unterschiede zwischen den jetzigen Schätzungen und den früher gemachten zu erklären und zu verteidigen. Diese Bekanntgabe wird in vierfacher Form erfolgen:

1) eine „on-the-record"[34]-Darlegung vor der Presse in Washington, gleichzeitig mit einer „on-the-record"-Darlegung, oder Auseinandersetzung der Hintergründe, vor der Presse in Saigon.

2) Verfügbare Mitglieder des Kongresses sollen besonders unterrichtet werden (es soll kein besonderes Treffen der Führung zu diesem Zweck einberufen werden).

3) Die Botschafter der wichtigsten verbündeten Nationen sollen besonders unterrichtet werden.

4) Ein schriftlicher Bericht, in dem die Beweisführung vertieft und ihre Hintergründe erläutert werden, wird vorbereitet und soll in den nächsten zehn Tagen veröffentlicht werden.

D. Laos und Thailand

Die amerikanischen Botschafter in diesen Ländern sollen die führenden Stellen der Regierung (in allgemeinen Wendungen) über das Konzept informieren, das wir zu verfolgen gedenken wie auch über die spezifischen Aktionen, die ihrer Teilnahme oder Zustimmung bedürfen. Im Fall Laos werden wir die Genehmigung eines intensivierten Programms von (bewaffneten amerikanischen) Erkundungsangriffen sowohl im Pfannenstiel-Gebiet von Laos wie auch entlang der wichtigsten Infiltrationswege in Zentrallaos von RLG einholen. Diese Aktionen sollen nicht öffentlich bekanntgegeben werden, außer insoweit RLG damit einverstanden ist. Es ist jedoch aus Gründen der Moral in SV wichtig, daß ihre Existenz allgemein bekannt ist.

Thailand soll gebeten werden, unser Programm vollauf zu unterstützen, seine eigenen Anstrengungen im Norden und Nordosten zu intensivieren und die Operationen in Laos weiter durch den Einsatz zusätzlicher Piloten und womöglich Artillerie-Teams zu unterstützen.

E. Die wichtigsten Verbündeten

Wir werden sofort Großbritannien (DC), Australien, Neuseeland (Bundy) und die Philippinen (Humphrey?) konsultieren.

1) Großbritannien. Der Präsident wird das Konzept und die vorgeschlagenen Aktionen sofort Premierminister Wilson voll erklären und um volle britische Unterstützung nach-

[34] Bei einer „on-the-record"-Pressekonferenz darf das Gesagte wörtlich zitiert und der Sprecher mit Namen und Rang genannt werden, bei einer „off-the-record"-Pressekonferenz dagegen nicht.

suchen, ohne jedoch wegen der britischen Rolle in Malaysia einen weiteren britischen Beitrag zu verlangen.

2) Australien und Neuseeland sollen durch ihre Botschafter nicht nur um weitere Unterstützung, sondern auch um zusätzliche Beiträge angehalten werden.

3) Besonders sollen die Philippinen gedrängt werden, Beiträge im Sinne des Präsident Macapagal schon vorgelegten Programms von ungefähr 1800 Mann zu leisten.

F. Allgemein werden wir auf mehr Hilfe von Drittländern drängen und dabei den Ernst der Lage und unsere wachsende Besorgnis betonen. Ein Resümee der bestehenden Hilfe von Drittländern und der Art von Hilfe, die jetzt zu bekommen ist, findet sich in Anhang C, beigefügt.

G. *Kommunistische Länder*

1) Wir werden Hanoi unsere unveränderte Entschlossenheit (und) unsere Ziele zu erkennen geben, auch daß unsere Besorgnis über die Rolle der DRV wächst, um zu sehen, ob es irgendein Anzeichen des Wandels in der Position Hanois gibt.

2) Wir werden in dieser Periode keine besondere Verbindung zum kommunistischen China suchen.

3) Wir werden den Sowjets unsere Entschlossenheit und ernste Besorgnis zu erkennen geben, nicht in der Erwartung, daß sie ihre Haltung irgendwie ändern werden, sondern in Wirklichkeit um sie zu warnen, damit sie sich heraushalten und mit einiger Hoffnung, daß sie die Botschaft nach Hanoi und Peking weiterleiten werden.

H. Andere Länder

1) Wir werden unsere ernste Besorgnis wichtigen interessierten Regierungen wie Kanada, Indien und Frankreich zu erkennen geben, dabei aber vermeiden, das Konzept voll auseinanderzusetzen.

2) Im Falle einer Vergeltungsaktion werden wir diese bei den Vereinten Nationen erklären und verteidigen wie damals zur Zeit des Golf-von-Tonkin-Zwischenfalls. Wir haben nicht vor, die Frage sonst in den UN anzuschneiden. (Vielleicht wird die laotische Regierung die DRV-Infiltration in Laos in ihrer Rede betonen, dann sollten wir sie unterstützen und der Information weitere Verbreitung verschaffen.)

I. Intensivierte militärische Aktionen

1) Die GVN Seeoperationen (MAROPS) sollen intensiviert werden (dazu gehört amerikanischer Luftschutz für GVN-Schiffe gegen Angriffe von MIGs oder DRV-Schiffen), und wir werden in GVN dringen, daß sie diese als eine vollkommen gerechtfertigte Antwort auf die völlig illegalen Aktionen der DRV öffentlich vertreten und verteidigen soll.

2) Die laotischen Luftoperationen werden intensiviert werden, besonders in den Korridorgebieten und nahe den Grenzen zur DRV. Amerikanischer Luftschutz und Flak-Abwehr werden (eventuell) geboten werden, insoweit benötigt.

3) Amerikanische Höhenflüge über DRV zu Erkundungszwecken werden häufiger stattfinden.

4) Amerikanische bewaffnete Erkundungsflüge und Luftangriffe sollen in Laos ausgeführt werden, zuerst gegen das Korridorgebiet und danach in kurzer Zeit gegen die Nationalstraße 7 und andere Infiltrationswege, und zwar in einer größeren Operation, durch die wichtige Brücken zerstört werden sollen. (Diese Aktionen sollen nur insoweit öffentlich bekanntgemacht werden, als dies mit Souvanna abgesprochen worden ist). (Zu diesem Zeitpunkt haben wir vor, den Zustrom von Angehörigen nach VN zu stoppen.)

J. Vergeltungsaktionen

Für jede Provokation des VC, ähnlich den nachstehend aufgeführten, wird ein Vergeltungsschlag durchgeführt werden, am besten innerhalb von 24 Stunden, gegen eins oder mehrere ausgewählte Ziele in DRV. Dabei sollen in größtmöglichem Maße Streitkräfte der GVN eingesetzt werden, ergänzt durch amerikanische Streitkräfte soweit erforderlich. Welche Vergeltung im einzelnen erfolgen soll, wird zu gegebener Zeit bestimmt werden, im Einklang mit einem Verfahren schneller Reaktion, das noch auszuarbeiten ist. Die folgenden sind wohl geeignete Gelegenheiten für Repressalien, doch sollten wir auch auf andere geeignete Gelegenheiten aufpassen:

1) Angriffe auf Flugplätze
2) Angriffe auf Saigon
3) Angriffe auf Provinz- oder Bezirkshauptstädte
4) Größere Angriffe auf amerikanische Bürger
5) Angriffe auf größere Öldepots (auszuarbeiten)
6) Angriffe auf Brücken und Eisenbahnlinien, nachdem die jetzt beschädigten Anlagen wiederhergestellt sind und eine Warnung ausgesprochen worden ist.
7) Andere „spektakuläre" Handlungen wie z. B. ein früherer Angriff auf ein an einer Pier in Saigon liegendes Transportschiff.

In diesen wie in ähnlichen Fällen soll die Vergeltungsaktion so direkt wie möglich mit der Infiltration aus DRV in Verbindung gebracht werden, so daß wir eine doppelte Begründung haben.

Eine dehnbare Liste von Vergeltungszielen ist aufgestellt worden, die von Infiltrationszielen im südlichen Teil der DRV bis zu Flugplätzen, Häfen und Marinestützpunkten reicht, die sich auch südlich des 19. Breitengrades befinden.

K. Gemeinsame amerikanisch-südvietnamesische Planung wird in die Wege geleitet werden, sowohl für Vergeltungsaktionen wie auch für mögliche spätere Luftangriffe jenseits der Grenze zur DRV.

L. Bedeutsame Erklärung oder Rede. Je nach der Reaktion der öffentlichen Meinung in USA wird es vielleicht während dieser Zeit eine bedeutsame Erklärung oder Rede des Präsidenten geben. Das wird notwendigerweise der Fall sein, wenn eine Vergeltungsaktion unternommen wird, doch könnte auch eine andere wichtige Aktion, wie zum Beispiel das Abstoppen des weiteren Zustroms amerikanischer Angehöriger, als Gelegenheit dienen. In einer solchen Erklärung oder Rede würden unsere Ziele und unser Entschluß wieder zum Ausdruck gebracht werden, warum wir in Südvietnam sind und für wie ernst wir die Lage halten. Sie sollte auf jeden Fall bald, nachdem die Beweise für die Infiltration vorgelegt worden sind, stattfinden.

M. *Angehörige.* Der Zustrom von Angehörigen nach Südvietnam wird gestoppt werden (zu einem frühen Zeitpunkt, wahrscheinlich gleich nachdem sich Botschafter Taylor mit GVN beraten hat) (zu Beginn der zweiten Phase) und es wird darüber eine öffentliche Ankündigung erfolgen.

N. *Aufgeschobene Aktionen* (s. Anhang D)

Die folgenden Aktionen sollen nicht in der 30-Tage-Periode unternommen werden, sondern werden zur Annahme in der Übergangs- oder zweiten Phase des Programms in Erwägung gezogen:

1) Einsatz größerer Luftstreitkräfte in diesem Gebiet
2) Amerikanischer Luftschutz für GVN-MAROPS
(2) 3) (Soll wiederaufgenommen werden) Wiederaufnahme der Zerstörer-Patrouillen im Golf von Tonkin. Im Falle eines Angriffs würden diese eine alternative Grundlage für Repressalien darstellen und sie sollten in erster Linie in diesem Licht gesehen werden.
(5) 4) (Zur Evakuierung bereit sein). Evakuierung der amerikanischen Angehörigen.
(3) 5) Amerikanische Erkundungsflüge aus niedriger Höhe über DRV.
(4) 6) GVN-(Lao)-US-Luftangriffe jenseits der Grenze (s), anfänglich gegen Infiltrationswege und Anlagen und dann gegen andere Ziele südlich des 19. Breitengrads.

Anmerkung

Die Vereinigten Stabschefs empfehlen den sofortigen Beginn stark erhöhten militärischen Drucks auf DRV, beginnend mit einem heftigen und frühen Angriff großer Streitkräfte auf DRV; dieser sollte auf kurze Operationen in Laos und amerikanische Erkundungsflüge aus geringer Höhe nördlich der Grenze folgen, um auf diese Weise die Aufmerksamkeit der DRV vor dem schweren Angriff abzulenken. Dieses Programm zielt darauf ab, in den ersten drei Tagen den Flugplatz von Phuc Yen bei Hanoi zu zerstören, dazu andere Flugplätze und wichtige Öldepots, und klar darauf hinzuweisen, daß die USA militärische Gewalt bis zur äußersten Grenze dessen, was durch solche Gewalt erreicht werden kann, einzusetzen gedenken, um ihre Ziele in Südostasien zu erreichen und GVN

durch verminderte Hilfeleistung und Leitung für den Vietkong von Seiten der DRV eine Erleichterung zu verschaffen.

Das nachfolgende militärische Programm — darunter bewaffnete Erkundungsflüge der Infiltrationswege in Laos, Luftangriffe auf Infiltrationsziele in der DRV und schließlich immer weiter reichende Angriffe in ganz Nordvietnam — könnte vor der vollkommenen Zerstörung der DRV eingestellt werden, wenn unsere Ziele vorher erreicht werden. Das militärische Programm sollte ziemlich rasch durchgeführt werden, doch könnte das Tempo jeweils den Gegebenheiten, die zur Erreichung unserer Ziele notwendig sind, angepaßt werden.

7-Punkte-Friedensplan für Vietnam, vorgelegt von der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam*)

(Wortlaut)

Am 1. Juli 1971 legte die Leiterin der Delegation der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam bei den Pariser Vietnam-Verhandlungen, Außenministerin Frau Nguyen Thi Binh, den folgenden 7-Punkte-Friedensvorschlag ihrer Regierung vor. D. Red.

Dem Wunsch des vietnamesischen Volkes nach Frieden und Unabhängigkeit entsprechend,

den Wunsch des amerikanischen Volkes und der Völker der Welt nach Frieden berücksichtigend,

als Ausdruck des guten Willens, bei der Pariser Vietnam-Konferenz Fortschritte zu erzielen,

ausgehend von der 10-Punkte-Globallösung, den 8 Punkten vom 17. September 1970 und der 3-Punkte-Erklärung vom 10. Dezember 1970

wünscht die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam folgendes zu erklären:

1) Über den Stichtag für den vollständigen Rückzug der US-Streitkräfte

Die US-Regierung muß dem Aggressionskrieg in Vietnam ein Ende setzen, die Politik der „Vietnamisierung" des Krieges beenden, aus Südvietnam alle Truppen, alles Militärpersonal, alle Waffen und alles Kriegsmaterial der USA und der anderen Länder im US-Lager abziehen und alle US-Stützpunkte in Südvietnam abbauen, ohne Bedingungen irgendwelcher Art zu stellen.

Die US Regierung muß einen endgültigen Termin für den Abzug aller US-Streitkräfte und aller Truppen der anderen Länder im US-Lager festsetzen.

Wenn die US-Regierung für den Rückzug der gesamten Streitkräfte der USA und der Truppen der anderen Länder im Lager der USA aus Südvietnam einen endgültigen Termin im Jahr 1971 festsetzt, werden die betroffenen Seiten sich über die Modalitäten einigen:

a) über den ungefährdeten Abzug aller Truppen der USA und der Länder im US-Lager aus Südvietnam;

b) über die Freilassung aller militärischen und zivilen Kriegsgefangenen aller betroffenen Seiten (einschließlich der in Nordvietnam gefangenen Piloten), so daß sie alle schnell in ihre Heimat zurückkehren können.

Diese beiden Verfahren werden gleichzeitig beginnen und gleichzeitig enden.

*) Vgl. „Blätter" 11/70, S. 1215 ff (8 Punkte für den Frieden in Vietnam, Wortlaut).

Eine Feuereinstellung wird von den südvietnamesischen Volksbefreiungsstreitkräften und von den Streitkräften der USA und der anderen Länder im US-Lager eingehalten, sobald die Beteiligten eine Übereinkunft über den Abzug aller Truppen der USA und der anderen Länder im US-Lager erreicht haben.

2) Über die Frage der Macht in Südvietnam

Die US-Regierung muß wirklich das Recht der südvietnamesischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung respektieren, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Südvietnams beenden, die Unterstützung für die kriegslüsterne, von Nguyen Van Thieu geführte Gruppe, die gegenwärtig die Saigoner Verwaltung innehat, aufgeben und alle Manöver, einschließlich der Wahlmanöver, die darauf hinauslaufen, die Marionette Nguyen Van Thieu zu halten, beenden.

Die politischen, sozialen und religiösen Kräfte in Südvietnam, die im Wunsch nach Frieden und nationaler Eintracht übereinstimmen, werden verschiedene Wege finden, um eine neue Verwaltung zu bilden, die dem Frieden, der Unabhängigkeit, der Neutralität und der Demokratie den Vorrang gibt. Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam wird mit einer solchen Verwaltung sofort in Verhandlungen eintreten, mit dem Ziel, sich über folgende Fragen zu einigen:

a) eine breite dreiteilige Regierung der nationalen Eintracht zu bilden, die in der Periode zwischen der Wiederherstellung des Friedens, der Organisierung und der Abhaltung allgemeiner Wahlen in Südvietnam ihre Funktion wahrnehmen wird.

Eine Feuereinstellung wird von den südvietnamesischen Volksbefreiungsstreitkräften und der Armee der Saigoner Behörden eingehalten, sobald eine Regierung der nationalen Eintracht gebildet ist;

b) konkrete Maßnahmen für die erforderlichen Garantien zu ergreifen, damit alle Akte des Terrors, der Repressalien und der Diskriminierung gegen Personen verhindert werden, die mit der einen oder anderen Seite zusammengearbeitet haben; jede demokratische Freiheit für die südvietnamesische Bevölkerung sicherzustellen; alle Personen, die aus politischen Gründen inhaftiert wurden, freizulassen;

alle Konzentrationslager aufzulösen und alle Formen des Zwanges und der Nötigung zu beseitigen, damit der Bevölkerung gestattet wird, in völliger Freiheit an ihre Heimatorte zurückzukehren und in freier Entscheidung ihrer Beschäftigung nachzugehen;

c) darauf zu achten, daß die Lebensbedingungen der Bevölkerung stabilisiert und schrittweise verbessert werden; Bedingungen zu schaffen, die es erlauben, daß jeder seine Fähigkeiten und Kräfte einsetzen kann, um die Wunden des Krieges zu heilen und das Land wiederaufzubauen;

d) sich über Maßnahmen zu einigen, damit die Abhaltung wirklich freier, demokratischer und fairer allgemeiner Wahlen in Südvietnam gesichert wird.

3) Über die Frage der vietnamesischen Streitkräfte in Südvietnam

Die vietnamesischen Seiten werden gemeinsam die Frage der vietnamesischen Streitkräfte in Südvietnam in einem Geist nationaler Eintracht, Gleichheit und gegenseitiger Achtung, ohne ausländische Einmischung, entsprechend der Nachkriegssituation und mit dem Ziel, die Lebensbedingungen des Volkes zu erleichtern, regeln.

4) Über die friedliche Wiedervereinigung Vietnams und die Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden

a) Die Wiedervereinigung von Vietnam wird Schritt für Schritt, auf friedlichem Weg und auf der Basis der Diskussion und Übereinkunft zwischen den beiden Zonen, ohne Zwang und gewaltsame Einverleibung der einen durch die andere Seite und ohne fremde Einmischung erreicht werden.

Bis zur Wiedervereinigung des Landes werden die nördliche und die südliche Zone normale Beziehungen herstellen, Freizügigkeit, freien Briefverkehr, freie Wahl des Wohnsitzes garantieren und wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen nach dem Prinzip des beiderseitigen Interesses und Beistandes unterhalten.

Alle Fragen, die die beiden Zonen berühren, werden von qualifizierten Repräsentanten des vietnamesischen Volkes aus beiden Zonen auf der Basis von Verhandlungen ohne fremde Einmischung entschieden.

b) In Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Genfer Abkommens über Vietnam von 1954 und ausgehend von der gegenwärtigen zeitweiligen Teilung in zwei Zonen werden die nördliche und die südliche Zone Vietnams keinerlei Militärbündnissen mit fremden Mächten beitreten, werden es keinem fremden Land gestatten, Militärbasen, Truppen und Militärpersonal auf ihrem Boden zu unterhalten, werden den Schutz keines Landes, keines Militärbündnisses oder Blockes anerkennen.

5) Über die Außenpolitik des Friedens und der Neutralität Südvietnams

Südvietnam wird eine Außenpolitik des Friedens und der Neutralität verfolgen, Beziehungen mit allen Ländern ungeachtet ihrer politischen und sozialen Ordnung in Übereinstimmung mit den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz aufnehmen, ökonomische und kulturelle Beziehungen mit allen Ländern aufrechterhalten, die Zusammenarbeit mit fremden Ländern bei der Ausbeutung natürlicher Reichtümer Südvietnams aufnehmen, von jedem Land wirtschaftliche und technische Hilfe annehmen, sofern keine politischen Bedingungen daran geknüpft sind, und sich an regionalen Plänen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beteiligen.

Auf der Grundlage dieser Prinzipien werden nach Beendigung des Krieges Südvietnam und die USA Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene aufnehmen.

6) Über die Schäden, die von den USA dem vietnamesischen Volk in beiden Zonen zugefügt wurden

Die US-Regierung muß alle Verantwortung für die Verluste und Zerstörungen tragen, die sie dem vietnamesischen Volk in beiden Zonen zugefügt hat.

7) Über die Respektierung und die internationale Garantie der zu treffenden Vereinbarungen

Die beteiligten Seiten werden über die Formen der Respektierung und der internationalen Garantie der zu treffenden Abkommen eine Übereinkunft erzielen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Anton Neuhäusler, Knut Nevermann, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Harold Rasch, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Hans Rheinfelder, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Karl Graf v. Westphalen, Prof. Dr. Ernst Wolf. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Tel. 37 41 01. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,80; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—; $ 5,65/11,30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Nachtrag zu Heft 7/71

Infolge eines technischen Versehens sind in Heft 7/71 in der Rubrik „Autoren dieses Heftes" die entsprechenden Angaben aus Heft 6/71 wiederholt worden. Zur Richtigstellung legen wir dieser Ausgabe die biographischen Notizen zu Heft 7/71 bei.

GOLDBERG, Jörg, geb. 1943 in Wittenberge, studierte in Köln Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, promoviert zur Zeit über „Gewerkschaften als Unternehmer". *** *SCHILLING, Wilfried*, geb. 1919 in Stuttgart, studierte zunächst Musik und war später als Journalist, Redakteur und Mitarbeiter beim Rundfunk beschäftigt, lebt als freier Journalist in Italien; Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *ELLIESEN, Klaus*, geb. 1940 in Halle/Saale, lebt als freier Journalist bei Kiel. *** *ABENDROTH, Prof. Dr. Wolfgang*, geb. 1906 in Wuppertal, ist Ordentlicher Professor für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *UNGER, Karl*, geb. 1948 in Litzelsdorf (Österreich), studierte 1966/67 an der Universität Wien Soziologie und Philosophie, seit 1967 Politische Wissenschaften und Soziologie in Marburg/Lahn. *** *BAMBERG, Hans-Dieter*, geb. 1942 in Dortmund, zunächst Kaufmännischer Angestellter, dann Abitur am Abendgymnasium, studierte Politologie und Geschichte an der FU Westberlin. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BEYER, Prof. Dr. Wilhelm Raimund*, geb. 1902 in Nürnberg, studierte Rechtswissenschaften und Philosophie, Gründer und Erster Vorsitzender der Internationalen Hegel-Gesellschaft e. V.; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SOWKA, Gerd*, geb. 1923 in Klausberg/OS, arbeitet seit 17 Jahren als Fachwerker bei der Firma Vorwerk & Sohn, Wuppertal. *** *DE SOUSA FERREIRA, Eduardo*, Diplom-Volkswirt, geb. 1936 in Lissabon, dort Jurastudium, lebt als Doktorand in Heidelberg. Veröffentlichungen über politische und ökonomische Probleme des südlichen Afrika. Gegenwärtig mit der Publizierung eines Buches über die portugiesischen Kolonien beschäftigt. *** *HENNIG, Eike*, geb. 1943 in Kassel, studiert Politische Wissenschaften und Soziologie in Frankfurt, Doktorand; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BURGER, Hans-Georg*, geb. 1945 in Immenstadt/Allgäu, studierte zunächst in Köln, danach an der FU Westberlin; Doktorand am Institut für Publizistik der FU, Mitarbeiter am Seminar für Judaistik der FU.

Bemerkungen

Berichtigung: In dem Artikel von Helga Deppe-Wolfinger und Jutta v. Freyberg „Zur sozialen Lage der Frauen in der BRD und in der DDR", erschienen in Heft 4/71 der „Blätter", sind ein Druckfehler und eine unvollständige Formulierung zu korrigieren. Die auf S. 406 angegebene Zahl über den Anteil der Mädchen an den Abiturienten muß 37,3 statt 57,2 (%) lauten. In der vorletzten Zeile des ersten Absatzes auf S. 410 muß es „bei den männlichen Arbeitern" statt „bei den Männern" heißen. Wir bitten, diese Fehler zu entschuldigen.

Autoren dieses Heftes

ABENDROTH, Prof. Dr. Wolfgang, geb. 1906 in Wuppertal, ist Ordentlicher Professor für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *ELLIESEN, Klaus,* geb. 1940 in Halle/Saale, lebt als freier Journalist bei Kiel. *** *HENRY, Ernst,* geb. 1900, ist Historiker und Publizist. Veröffentlichungen in den sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften „Prawda", „Iswestija", „Literaturnaja Gazeta" und „Neue Zeit". Ernst Henry publizierte u. a. die Bücher „Will Hitler Europa überfallen?" und „Notizen zur Geschichte der Gegenwart". *** *WOLTER, Henner,* geb. 1944, studierte Jura in Tübingen, Westberlin und Kiel; z. Z. Gerichtsreferendar in Bonn; Mitglied des Zentralrats des Bundesverbandes Junger Juristen. *** *PETER, Gerd,* Dipl.-Pol., geb. 1941 in Wickenrode/Nordhessen, studierte in Westberlin Politologie, Publizistik und Wirtschaftswissenschaften, promoviert z. Z. am Otto-Suhr-Institut der FU in Westberlin bei Prof. Dr. Flechtheim. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *DIETZEL, Klaus-Peter,* geb. 1947 in Eschwege, studiert Soziologie und Politik an der Universität Marburg. *** *THOMSSEN, Dr. Wilke,* geb. 1933 in Oldenburg, studierte Soziologie in Frankfurt/Main, danach Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Sozialforschung in Frankfurt/Main, heute am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Westberlin. Seine Dissertation „Wirtschaftliche Mitbestimmung und sozialer Konflikt" erschien 1970 im Luchterhand-Verlag.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt eine Werbekarte des Pahl-Rugenstein Verlages bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Es schrieben bisher u. a.

Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres †
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Friedhelm Baukloh †
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Martin Bennhold
Max Bense
Igor Bestushew
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
William Borm
Achim v. Borries
Lord Boyd Orr
Wilfried v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Harold Davies
Frank Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Fritz Eichholtz †
Helga Einsele
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Ragnar Forbech
Gertrud v. le Fort
Wolfgang Friedmann
Ragnar Frisch
Klaus Fritzsche
Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Werner Hahlweg
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Wilhelm Hasenack

Hanns-Jochen Hauß
Hartmut Häußermann
Friedrich Heer
Horst Heiden
Eckart Heimendahl
Hans G. Helms
Werner Otto v. Hentig
Rudolf Hilf
Joachim Hirsch
Egbert Hoehl
Werner Hofmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Victor Kadalie
Erich Kahler
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Fritz Köhler
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Heinz Langerhans
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Carlo Levi
Hanns Linhardt
Albert J. Luthuli
Walther Maas
Werner Maihofer
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias †
Ernst May †
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Heinrich Meng
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Anna Niekiewicz
Friedhelm Nyssen
Reinhard Opitz
Hans Joachim Orth
Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen

Claudia Pinl
A. Poltorak
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki †
Harold Rasch
A. J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Felix Rexhausen
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Karl Rode
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz B. Schick
Theo Schiller
Richard Schmid
Franz Paul Schneider †
Robert Scholl
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Hans-Adalbert Schweigart
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman †
Karl Stankiewitz
Karl-Heinz Stanzick
A. S. Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Karl Stoevesandt
Stephen Swingler
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailovic
Gregori Tunkin
John E. Ullmann
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Jochen Willke
Hans Wirtz †
Claudia Wolff
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

ABENDROTH, Prof. Dr. Wolfgang, geb. 1906 in Wuppertal, ist Ordentlicher Professor für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *ELLIESEN, Klaus,* geb. 1940 in Halle/Saale, lebt als freier Journalist bei Kiel. *** *HENRY, Ernst,* geb. 1900, ist Historiker und Publizist. Veröffentlichungen in den sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften „Prawda", „Iswestija", „Literaturnaja Gazeta" und „Neue Zeit". Ernst Henry publizierte u. a. die Bücher „Will Hitler Europa überfallen?" und „Notizen zur Geschichte der Gegenwart". *** *WOLTER, Henner,* geb. 1944, studierte Jura in Tübingen, Westberlin und Kiel; z. Z. Gerichtsreferendar in Bonn; Mitglied des Zentralrats des Bundesverbandes Junger Juristen. *** *PETER, Gerd,* Dipl.-Pol., geb. 1941 in Wickenrode/Nordhessen, studierte in Westberlin Politologie, Publizistik und Wirtschaftswissenschaften, promoviert z. Z. am Otto-Suhr-Institut der FU in Westberlin bei Prof. Dr. Flechtheim. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *DIETZEL, Klaus-Peter,* geb. 1947 in Eschwege, studiert Soziologie und Politik an der Universität Marburg. *** *THOMSSEN, Dr. Wilke,* geb. 1933 in Oldenburg, studierte Soziologie in Frankfurt/Main, danach Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Sozialforschung in Frankfurt/Main, heute am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Westberlin. Seine Dissertation „Wirtschaftliche Mitbestimmung und sozialer Konflikt" erschien 1970 im Luchterhand-Verlag.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt eine Werbekarte des Pahl-Rugenstein Verlages bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.